

**URKUNDENBUCH
ZUR DEUTSCH-
DÄNISCHEN
ANGELEGENHEIT.
VOM. 29...**





Verhandenbuch

der

senats-russischen Ingenieurgesellschaft

am 1. August 1904, in der Sitzung 1904

Verhandenbuch

Verhandenbuch

Verhandenbuch

1904



I 79

20/2 66
35

Urkundenbuch

zur

deutsch-dänischen Angelegenheit.

K. Germano - Danish Affair

Vom 29. October 1857 bis 26. December 1861.



Hamburg.

Otto Meißner.

1862.



Druck von H. O. Voigt.

Vorwort.

Die deutsch-dänische Angelegenheit hat, seitdem sie von neuem Gegenstand der Verhandlung am Bunde geworden ist, die verschiedensten Phasen durchgemacht. Die dänische Regierung hat auf die mannigfachste Weise versucht, unter dem Anscheine von „Zugeständnissen“ die Dinge in eine Bahn zu bringen, bei der die dänischen Intentionen sich schließlich der Erreichung ihres Ziels versichert halten könnten. Diesen Versuchen, auf welche ein in gewisser Richtung nicht ungeübtes Cabinet viel Mühe und Scharfsinn verwendet hat, ist es zu danken, daß selbst diejenigen, welche dieser „die Ehre des deutschen Bundes und des gemeinsamen Vaterlandes im Innersten ergreifenden Frage“ mit Aufmerksamkeit gefolgt sind, nicht ohne besondere Schwierigkeit zu einer correcten Uebersicht über den Gang und die jeweilige Wendung der Dinge gelangen können. Auf diese Schwierigkeit scheint zuweilen dänischerseits eben so sehr, wie auf einen gewissen unverwundlichen guten Glauben, gerechnet zu sein; nicht immer ohne Erfolg.

Zur Erreichung einer correcten Uebersicht bedarf es gegenwärtig vor Allem einer Sammlung mindestens der wichtigsten einschlägigen Aktenstücke. Im Laufe von vier Jahren ist das Material so stark angewachsen, daß es in einiger Vollständigkeit nur an wenigen Stellen sich finden dürfte.

Die Absicht dasselbe, in handlicher Form gesammelt, allen denen zugänglich zu machen, welche der Sache der Herzogthümer aus Verurf oder freiem Antriebe etwas mehr als ein oberflächliches von der Tagesströmung abhängiges Interesse zuwenden, ist die Veranlassung zu der Herausgabe dieses die Periode vom 29. October 1857 bis 26. December 1861 umfassenden „Urkundenbuchs“ geworden. Das Material hierzu ist aus keiner diplomatischen Kanzlei geschöpft; man war bei der Arbeit auf das angewiesen, was im Laufe dieser Jahre die öffentlichen Blätter mittheilten. Nichtsdestoweniger wird sie alles Wesentliche in genügender Correctheit enthalten.

Die Sammlung zerfällt in zwei Theile: die eigentlichen „Urkunden“, welche neben den Verhandlungen am Bunde auch alles das umfassen, was zu diesen in directer Beziehung steht, und die „Beilagen“, welche außer einigen zum Verständniß der Verhandlungen und des gegenwärtigen Standes der Dinge unentbehrlichen Piecen (Nr. 1, 2, 3 und 5) vorzugsweise das Herzogthum Schleswig betreffen, während die Verhandlungen am Bunde, wie bekannt, bis auf die letzte Zeit bloß auf die „holstein-lauenburgische Sache“, als innere Angelegenheit des deutschen Bundes, sich bezogen haben.

Was die „Urkunden“ selbst betrifft, so konnten dieselben, indem man dem thatsächlichen Verlaufe der Dinge folgte, in drei Abschnitte gebracht werden.

Der erste umfaßt die Periode vom October 1857 bis Ende December 1858, während welcher die Bundesversammlung sich im Ganzen und Allgemeinen mit den Verfassungsverhältnissen der Herzogthümer Holstein und Lauenburg befaßte. Sie erklärte dieselben für theils dem Bundesrechte, theils den von der dänischen Regierung in den Verhandlungen von 1851 und 52 gegebenen Zusicherungen zuwiderlaufend und forderte, gleichzeitig neben der Aufhebung der in rechtswidriger Weise erlassenen Gesamtverfassung und der mit derselben in Beziehung stehenden Verordnungen, die Herstellung eines den getroffenen Vereinbarungen entsprechenden Zustan-

des. Diese Periode schließt mit den Patenten, durch welche die dänische Regierung sich dazu verstand, den ersten Theil dieser Forderung zu erfüllen, und dem Beschlusse vom 23. December 1858, in welchem die Bundesversammlung, in Erwartung, daß nunmehr seitens der königlich dänischen Regierung auch ungesäumt zur Erfüllung des zweiten Theils der von dem Bunde durch Beschluß vom 11. Febr. 1858 ausgesprochenen Forderung geschritten werden würde, dem zur Ausführung des Beschlusses eingeleiteten Executions-Verfahren einstweilen Anstand gab.

Das Verhalten der dänischen Regierung hat bekanntlich den gehegten Erwartungen nicht entsprochen. Unter den Vorlagen, die den holsteinischen Ständen Behufs Neuordnung der Verfassungsverhältnisse gemacht wurden, befand sich vielmehr die Gesamtverfassung, von welcher der deutsche Bund bereits erklärt hatte, daß sie den getroffenen Vereinbarungen nicht entspreche, in durchaus unveränderter Gestalt. Und da andererseits ein Eingehen auf den von der holsteinischen Ständeversammlung ausgearbeiteten Verfassungs-Entwurf durch den königlichen Commissar ohne Weiteres abgelehnt wurde, trat nunmehr das Verlangen nach einem rechtlich geordneten Provisorium, als die zur Zeit dringlichste Forderung, in den Vordergrund, wobei schließlich in dem Bundesbeschlusse vom 7. Februar 1861 speciell hervorgehoben wurde, daß das Budget für das Finanzjahr 1861/62 für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg nicht ohne Zustimmung der Stände dieser Herzogthümer festgestellt werden dürfe. Dieser Theil der Verhandlungen bildet den Gegenstand des zweiten Abschnitts.

Der dritte Abschnitt endlich beginnt mit einem Versuche der dänischen Regierung, die Zustimmung der holsteinischen Stände für einige ihnen mitgetheilte allgemeine Grundzüge einer gemeinschaftlichen Verfassung zu gewinnen, namentlich aber sie zum Eingehen auf eine Vorlage, betreffend die provisorische Stellung des Herzogthums Holstein in den gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie

zu veranlassen, deren Grundlagen den Bundesbeschlüssen in keiner Weise entsprachen. Nebenher bemühte sich die Regierung durch Manöver der allerzweideutigsten Art in Betreff des Budgets für das Finanzjahr 1861/62 die unter dem 25. September 1859 einseitig erlassene Bekanntmachung aufrecht zu halten, woran sich dann die weiteren diplomatischen Unterhandlungen knüpfen. Die jüngste preussische Depesche vom 5. December 1861, welche im Einverständniß mit Oesterreich erlassen ist, enthält einen wesentlichen Fortschritt, indem sie es vorzugsweise betont, daß die für Holstein verheißene Gleichberechtigung mit der dem Herzogthume Schleswig gegebenen Stellung in nothwendigem Zusammenhang stehe. Sie fordert demgemäß vor Allem eine befriedigende Erklärung über die Absichten der dänischen Regierung hinsichtlich der definitiven Gestaltung der Basis von 1852, insbesondere auch in Ansehung Schlesiens. Mit der ablehnenden Antwort des Ministers Hall vom 26. December 1861 schließt die vorliegende Urkundensammlung.

In diesen ganzen vier Jahren hat die dänische Regierung bei jedem einzelnen Schritte, den sie im Laufe der Verhandlungen that, immer von neuem laut und feierlich sich über die „Zugeständnisse“ u. s. w. verbreitet, zu denen sie weit über das hinaus, was mit Recht hätte gefordert werden können, neuerdings sich herbeigelassen habe. Fast in allen Aktenstücken, welche seitens des dänischen Cabinets bezüglich dieser Angelegenheit ausgefertigt worden sind, ist davon die Rede, wie man in der Absicht, endlich eine freundschaftliche Lösung der peinlichen Streitfrage herbeizuführen, sich wiederum zu einem „Opfer“ entschlossen habe. In den an die europäischen Mächte gerichteten Schriftstücken begegnet man alsdann der fast stereotyp gewordenen Versicherung, daß das dänische Gouvernement aus besonderer Rücksicht auf den Rath der freundschaftlich gesinnten Mächte sich zu den eben angezeigten Zugeständnissen herbeigelassen habe, daß nunmehr aber die „Würde des Souverains“, die „Selbst-

ständigkeit der dänischen Monarchie“ zc. zc., eine weitere Nachgiebigkeit unmöglich machten. Es ist eine Erscheinung, die unter diesen Umständen nichts Befremdliches haben kann, daß im eigenen Lande die Politik des gegenwärtigen dänischen Cabinets als eine in demüthigenden „Zugeständnissen“ sich erschöpfende, mitunter den bittersten Tadel findet.

Welche Verwandniß es aber in Wahrheit mit diesen „Zugeständnissen“ hat, mag ein kurzer Ueberblick über das, was sich schließlich als das Ergebniß derselben herausstellt, zeigen.

Als die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung auf die Angelegenheit der Herzogthümer gelenkt wurde, war die Lage der Dinge allerdings traurig genug. Die 1851 und 1852 ertheilten Zusicherungen waren gänzlich hintangesetzt. Statt bei Herstellung des projectirten Gesamtstaats gesetz- und verfassungsgemäß zu verfahren, hatte die dänische Regierung mit Hintansetzung der für die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg gesetzlich bestehenden Organe, in durchaus rechtswidriger Weise eine Verfassung promulgirt. Statt darauf Bedacht zu nehmen, daß durch die neue Organisation kein Theil der Monarchie dem andern untergeordnet werde, hatte sie für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten eine mit beschließender Befugniß ausgerüstete Repräsentation hergestellt, in welcher dem Königreiche eine überwiegende, absolute Majorität gesichert war. Als ob die dänische Monarchie ein einheitliches Staatswesen wäre, war die unbedingte Herrschaft der größeren Popzahl zur alleinigen Grundlage der Gesamtverfassung gemacht und damit eine völlige Unterordnung aller anderen Bestandtheile der Monarchie unter das Königreich herbeigeführt worden. Und diese Herrschaft des Königreichs war dadurch, daß man in den Sonderverfassungen der einzelnen Theile der Monarchie die größte Verschiedenheit walten ließ, eben so unerschütterlich wie unerträglich gemacht. Der dänischen Majorität hatte man, als ob sie in ihrem numerischen, in der Gesamtverfassung so rücksichtslos zur Geltung gebrachten Uebergewichte, nicht schon Vortheile genug

besäße, auch durch die Sonderverfassung, neben einem unbegrenzten parlamentarischen Einflusse auf die Regierung, alle Hebel constitutioneller Volksgewalt, alle Mittel der Agitation auf das festeste gesichert, während der ohnedies so schlecht situirten deutschen Minorität in politischer Beziehung der Mund geschlossen, die Hand gebunden und alle Mittel gesetzlichen Widerstandes so völlig geraubt waren, daß jede oppositionelle Regung gegen die Zumuthung, einer fremden Nationalität unterthan sein zu sollen, als eine strafbare Auflehnung gegen die Gewalt des Landesherrn behandelt werden konnte. Ein Volk, das nie dem Rechte des Siegers verfallen war, sollte den Interessen einer fremden Nationalität dienstbar sein, ihr ohne Murren die Herrschaft nebst allen Vortheilen der Regierungsgewalt einräumen, und der Ausbreitung ihres Sprachgebiets durch Zwangsmaßregeln ruhig zusehen; ein Land, dessen Souveraine den Ursprung ihrer Gewalt ausschließlich der freien Wahl und einem förmlichen Rechtsvertrage zu danken hatten, sollte sich unter der Maske der Legitimität das Joch der Fremdherrschaft aufbürden lassen und es gehorsam und in Demuth tragen.

Aber von diesen eben so ungerechten wie entwürdigenden Zumuthungen hat die dänische Regierung, auf die Gefahr hin, den dänischen Staat dadurch zu Grunde zu richten, bisher nicht das Mindeste aufgegeben. Im Gegentheil, sie hat es verstanden, die Situation in den Herzogthümern, soweit dies überhaupt möglich war, noch zu verschlimmern. Der deutsche Bund hatte im Interesse der Bundesländer die Aufhebung der im Widerspruche mit den gegebenen Zusicherungen erlassenen Verfassung für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie und die Herstellung eines Zustandes gefordert, durch welchen den Herzogthümern die ihnen gebührende selbstständige und gleichberechtigte Stellung gesichert würde. Um die Ausführung dieses Beschlusses zu erzwingen, war es, daß unterm 12. August 1858 das Executionsverfahren eröffnet wurde. Was that nun die dänische Regierung? Sie hob durch Patent vom 6. No-

vember 1858 das angefochtene Verfassungsgesetz für Holstein und Lauenburg auf, aber nur, um diese Herzogthümer fortan noch schlimmer und rechtloser hinzustellen, als dies vorher der Fall gewesen. Denn statt nunmehr auf die Einführung einer neuen gemeinschaftlichen Verfassung, durch welche den Herzogthümern die ihnen zugesagte selbstständige und gleichberechtigte Stellung gesichert wurde, Bedacht zu nehmen, wurde das Verfassungsgesetz vom 2. Oktober 1855 für Dänemark und Schleswig als „in ungeschwächter Wirksamkeit fortbestehend“ erklärt, während Holstein und Lauenburg jede Mitwirkung bei der gemeinschaftlichen Gesetzgebung, bei Bewilligung der Ausgaben für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie, selbst für denjenigen Theil dieser Ausgaben, dessen Deckung aus den besonderen Kassen dieser Landestheile bestritten wird, gänzlich entzogen wurde. Obwohl die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der gesammten Monarchie eine Einheit bilden und als solche administriert werden, obwohl es keine Angelegenheit giebt, die zwischen Dänemark und Schleswig allein gemeinsam wäre, sondern Alles, was überhaupt „gemeinschaftliche Angelegenheit“ ist, auch Holstein mit umfaßt — und mit umfassen muß, wenn nicht die Bildung eines die Rechte und Interessen Holsteins eben so sehr wie die Schleswigs gefährdenden „Eiderstaats“ herbeigeführt werden soll, — sollte dennoch der „Kumpfreichsrath“, in welchem die Bundesländer in keiner Weise mehr vertreten waren, als Organ für die constitutionelle Behandlung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten fortwirken, und namentlich bezüglich des Budgets die Rechte einer constitutionellen Volksvertretung üben. Vergeblich forderte die Bundesversammlung zwei Jahre hindurch von der dänischen Regierung, daß sie bis zur Herstellung einer definitiven Neuordnung der Verfassungsverhältnisse zum mindesten den holsteinischen und lauenburgischen Ständen gleiche Rechte einräume und alle Gesetzentwürfe, welche sie dem „Reichsrath“ zugehen lasse, auch den gesetzmäßigen Organen der Bundesländer unterbreite. In

schonendster Rücksicht darauf, daß dem deutschen Bunde nicht in Betreff aller Bestandtheile der dänischen Monarchie die gleiche Competenz zustand, ging die Bundesversammlung darüber hinweg, daß der „Reichsrath“ überall nicht länger als zu Recht bestehend angesehen werden konnte; sie ließ es völlig unerörtert, daß die Absicht der dänischen Regierung in Betreff des Verfassungsgesetzes vom 2. Oktober 1855 mit den Zusicherungen von 1851 und 1852 auf das allerentschiedenste in Widerspruch stand. Sie ging selbst auf den Standpunkt zurück, den die dänische Regierung in dem 1851 der sogenannten „Notabeln-Versammlung“ vorgelegten Pläne zu einer Organisation der Monarchie eingenommen, und dessen Anerkennung man damals deutscherseits entschieden abgewiesen hatte, weil man jede Herbeiführung einer engeren Verbindung zwischen Dänemark und Schleswig, als Mittel zur Vorbereitung einer Incorporation Schleswigs abwehren wollte. Der Bund wollte sich begnügen, wenn nur vorerst hinsichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie factisch Holstein und Lauenburg eine Gleichberechtigung mit den übrigen Theilen der Monarchie eingeräumt würde, und erbot sich, dann von der Weiterführung des Executionsverfahrens Abstand zu nehmen.

Es war nicht möglich, von der dänischen Regierung ein Abkommen in diesem Sinne zu erzielen. Trotzdem sie 1851 sich mit klaren Worten verbindlich gemacht hatte, allen Bestandtheilen der Monarchie eine „gleichberechtigte Stellung“ einzuräumen, weigerte sie sich auf das bestimmteste, die auf die gemeinschaftlichen Angelegenheiten bezüglichen, dem „Reichsrathe“ unterbreiteten Vorlagen, in gleicher Weise an die gesetzlichen Organe von Holstein und Lauenburg gelangen zu lassen. So ist also durch den Fortbestand einer organischen Verbindung Schleswigs mit Dänemark die Incorporation Schleswigs eine vollendete Thatsache. Und zugleich sind Holstein mit Lauenburg thatsächlich der Notwendigkeit einer Versammlung unterworfen, in welcher diese Herzogthümer in keiner Weise mehr repräsentirt sind.

Das ist das Resultat der angeblichen dänischen „Zugeständnisse“, das der Zustand, den die dänische Regierung durch die Art, wie sie die von dem Bunde verlangte Beseitigung des Verfassungsgesetzes vom 2. Oktober 1855 zur Ausführung brachte, herbeigeführt hat.

Die Regierung hat allerdings der letzten holsteinischen Ständeversammlung ihrerseits auch einen Entwurf, betreffend die provisorische Stellung Holsteins hinsichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie vorgelegt. Aber in dieser Vorlage war den holsteinischen Ständen jeder Einfluß auf die Bewilligung des ordinären Budgets entzogen, während dem „Reichsrathe“ seine bisherige Machtbefugniß und damit zugleich der mit der Bewilligung der finanziellen Mittel verbundene Einfluß auf die Regierung ungeschwächt verbleiben sollte; es war ferner die Mitwirkung der holsteinischen Stände im Gebiet der gemeinschaftlichen Gesetzgebung aufs äußerste beschränkt und überall so hingestellt, daß ihnen in jedem einzelnen Fall nur die Wahl blieb, sich entweder willenslos den Beschlüssen des „Reichsraths“ unterzuordnen, oder die Kluft zwischen Holstein und Schleswig zu erweitern, und zur Durchführung der Incorporation des Herzogthums Schleswig selbst die Mittel zu bieten; denn in allen Fällen, wo ihre Beschlüsse von denen des Reichsraths abweichen würden, war eine Ausscheidung Holsteins durch besondere Gesetzgebung und Verwaltung bereitwillig in Aussicht gestellt, während Schleswig in der engeren Gemeinschaft mit dem Königreich verbleiben sollte. Sich deutscherseits eine rechtliche Basis für die Incorporation Schleswigs zu verschaffen, — darauf ist überhaupt seit Jahren das ganze Verhalten der dänischen Regierung berechnet, um für die Erdrückung der deutschen Nationalität freien Spielraum zu gewinnen. Gelänge es ihr, die Verfassung vom 2. Oktober 1855 für Dänemark und Schleswig wirklich aufrecht zu erhalten, so wäre die engere Verbindung dieser beiden Länder noch unter viel günstigeren Bedingungen für die dänische Nationalität herbeigeführt, als dies selbst nach dem

politischen Programme der nationalen Agitatoren von 1848 in Aussicht stand. Denn das Deutschtum bliebe alsdann in dem Kampfe für seine Erhaltung selbst derjenigen Schutzwehren beraubt, welche es bei der damals bezweckten Ausdehnung des dänischen „Grundlovs“ auf Schleswig in der Einführung der Pressfreiheit und anderer persönlichen Rechte gefunden haben würde.

Auch das Verhältniß zu Holstein würde nach der Combination der gegenwärtigen dänischen Regierung sich viel günstiger für das dänische Volk gestalten, als dies in dem Programm von 1848 vorgesehen war. Holstein würde in Armee und Marine Dänemark tributpflichtig bleiben, um mit Gut und Blut national-dänischen Zwecken und Interessen zu dienen, und als Appendix eines „Eiderstaats“ einer national-dänischen Regierung unterworfen zu bleiben. Die „Aussonderung“ Holsteins würde genau so weit Platz greifen, als eben nöthig wäre, um ihm jeden politischen Zusammenhang mit Schleswig und jeden Einfluß auf die Angelegenheiten der Monarchie zu benehmen, ohne ihm eine politische Selbstständigkeit zu gewähren, welche seine freie deutsche Entwicklung sichern könnte. Eine solche Entwicklung könnte dem Systeme der dänischen Regierung gegenüber wegen der unausbleiblichen Rückwirkung auf Schleswig nicht geduldet werden. Auch würde sie zu dem Anspruche führen, die Kräfte und Mittel des Landes nur im eigenen Interesse zu verwenden; mit einem solchen Anspruche aber würden sich die Anforderungen des jetzigen Systems der dänischen Regierung nicht vertragen, denn dasselbe setzt eine Machtentfaltung voraus, zu der das Land Dänemark ausreichende Mittel bei weitem nicht würde bieten können.

Daß die holsteinischen Stände einem solchen Systeme nicht als gefügiges Werkzeug haben dienen wollen, begreift sich wohl. Nur eine Regierung wie die dänische, das Organ einer Partei, welche in einem von tiefen Schäden angefressenen öffentlichen Leben zur Herrschaft gekommen ist, konnte es ihnen als strafbare Widerseßlichkeit gegen die

Autorität des Landesherrn auslegen, daß sie in Vertheidigung der heiligsten Interessen des Landes, in Vertretung der Rechte und Würde einer im europäischen Culturleben hoch stehenden Nationalität, sich nicht gehorsam den Zumuthungen, die man ihnen stellt, fügen, sich vor dem Unrecht nicht beugen, sich nicht erniedrigen und die Fremdherrschaft nicht legalisiren wollten.

Es hat etwas für das deutsche Nationalgefühl tief Verletzendes, daß nachdem in der Angelegenheit der Herzogthümer so lange verhandelt ist, nachdem in derselben sieben Bundesbeschlüsse gefaßt worden sind, ihre Lage gegenwärtig noch eben so traurig ist, als sie es vor vier Jahren war. Dem königlichen Wort: „daß Preußen das Recht zu schützen bereit sei“, ist seitdem in vier Thronreden des Königs die Ankündigung gefolgt, daß Preußen im Verein mit den andern Gliedern des deutschen Bundes die Rechte der Herzogthümer wahren werde; in gleicher Weise haben andere deutsche Fürsten feierlich ihr Wort verbürgt. Und gleichwohl harren wir noch immer vergeblich des Erfolgs. Die Gelegenheit durch eine Bundesexecution — deren Bedeutung in öffentlichen Organen vielfach unterschätzt worden ist — von Dänemark die Erfüllung der Bedingungen zu erzwingen, gegen welche deutscherseits 1852 so weitgreifende Zugeständnisse gemacht wurden, ist 1861 ebenso versäumt worden wie 1859. Wenn Preußen in den jüngst wieder eröffneten Verhandlungen sich endlich erinnert, daß den deutschen Mächten wie das Recht, so die Pflicht obliegt, auch für Schleswig einzutreten, so ist mit dieser Wendung allerdings ein Fortschritt angebahnt. Wird dieser Weg jetzt mit Energie und Consequenz verfolgt, so wollen wir es nicht weiter beklagen, daß das bisherige auf die „holstein-lauenburgische Angelegenheit“ beschränkte Verfahren so ganz und gar resultatlos geblieben. Aber es ist auch endlich an der Zeit, daß die deutschen Mächte der schrittweise immer weiter vordringenden dänischen Usurpation mit dem Ernst und dem Nachdruck begegnen, welche allein Bürgen des Erfolges

sind; daß sie endlich darangehen, mit Ehren weiter zu führen, was sie vor Jahren angefangen und stets als eine „nationale Pflicht“ anerkannt haben; daß dem Auslande nicht länger das traurige Schauspiel geboten wird, Deutschland auf dem Wege, den die Erfüllung dieser Pflicht gebieterisch erheischt, wie verdrossen und verzagt, scheuen und schwankenden Schrittes vorgehen zu sehen.



XV

Inhalt.

Urkunden. Erster Abschnitt.

Vom 29. October 1857 bis 23. December 1858.

Nr.		Seite:	
1.	29. Oct. 1857.	Verlage von Oesterreich und Preußen. Antrag Hannovers. Vorstellung der Ritter und Landschaft des Herzogthums Lauenburg im Auszuge.	3—13.
2.	14. Jan. 1858.	Antrag des holsteinischen Ausschusses. Motivirung, im Auszuge	13—14. 15—17.
3.	4. Febr. "	Antrag der k. hannoverschen Regierung. Erklärung Dänemarks.	17—20.
4.	11. Febr. "	Antrag des holsteinischen Ausschusses. Abstimmung über die Anträge vom 14. Jan.	21.
5.	18. Febr. "	Erneuerung des Executions-Ausschusses.	21—22.
6.	26. März "	Erklärung der dänischen Regierung auf die Beschlüsse vom 11. u. 25. Febr.	22—27.
7.	29. April "	Majoritäts-Antrag des holsteinischen Ausschusses.	27—28.
8.	" "	Minoritäts-Antrag	28—29.
9.	" "	Dentschrift der k. hannoverschen Regierung.	29—38.
10.	20. Mai "	Abstimmung über die Majoritäts- und Minoritäts-Anträge	38—39. 39—40.
11.	15. Juli "	Erklärung der dänischen Regierung auf den Beschluß vom 20. Mai	40—42.
12.	29. Juli "	Antragsentwurf der vereinigten Ausschüsse (des holsteinischen Ausschusses in Verbindung mit der Executionscommission), mit Bezug auf die dänische Erklärung vom 15. Juli.	42—44. 44—46.
13.	5. Aug. "	Hannoversches Separatvotum, im Auszuge.	46.
14.	12. Aug. "	Abstimmung über die Aufschußanträge Oldenburgische Erklärung	46. 46.
15.	9. Sept. "	Dänische Erklärung auf den Beschluß vom 12. Aug. 1858.	47—48.
16.	6. Nov. "	Patente der dänischen Regierung vom 6. Nov. 1858	48—52.

XVI

	Seite:
17. 8. Nov. 1858. Dänische Circulardepeſche d. d. 8. Nov. 1858.	52—54.
18. 11. Nov. " Bericht der vereinigten Ausſchüſſe über die dänische Erklärung vom 9. Sept.	54—55.
19. 18. Nov. " Ueberweiſung der dänischen Patente vom 6. Nov. an die Ausſchüſſe	55.
20. 9. Dec. " Anträge der vereinigten Ausſchüſſe mit Bezug auf die Patente vom 6. Nov.	56.
23. Dec. " Abſtimmung über die Ausſchuſſanträge	57.

Zweiter Abſchnitt.

Vom 11. März 1859 bis Ende Februar 1861.

21. 11. März 1859. Aus dem Bedenken der hohſteinischen Stände- verſammlung vom 11. März 1859	61—67.
22. 23. Sept. " I. Patent für das Herzogthum Holſtein, be- treffend die Sicherſtellung der Intereſſen des Herzogthums Holſtein bei Behandlung der ge- meinſchaftlichen Angelegenheiten, d. d. 23. Sept. 1859.	67—69.
23. 25. Sept. " II. Bekanntmachung, betreffend den von dem Herzogthum Holſtein zur Deckung der gemein- ſchaftlichen Ausgaben der Monarchie während der Finanzperiode vom 1. April 1860 bis 31. März 1862 zu leiſtenden Beitrag, d. d. 25. Sept. 1859	69—71.
24. 2. Nov. " Erklärung der dänischen Regierung an die Bundesverſammlung	71—74.
25. 18. Febr. 1860. Anträge der vereinigten Ausſchüſſe mit Bezug auf die dänische Erklärung vom 2. Nov. 1859. Erklärung des dänischen Geſandten zu den Ausſchuſſanträgen	75—78.
26. 8. März " Abſtimmung über die Ausſchuſſ-Anträge.. Erklärung der großherzoglich und herzoglich ſächſiſchen Häuſer und der Luxemburgiſchen Regierung	78—80.
27. 26. Juli " Antrag der großherzoglich oldenburgiſchen Re- gierung	80—81.
28. 10. Sept. " Dänische Depeſche an die Geſandten von Preußen und Oeſterreich, d. d. 10. Sept. 1860.	81—83.
29. 17. Jan. 1861. Bericht der vereinigten Ausſchüſſe über den oldenburgiſchen Antrag vom 26. Juli 1860..	83—93.
30. 7. Febr. " Abſtimmung über die Ausſchuſſanträge vom 17. Jan.	93.
" Erklärung des dänischen Geſandten	93—98.
31. 23. Febr. " Depeſche von Lord John Ruſſell an Lord Comley, d. d. 23. Febr. 1861.	98—100.

XVII

Dritter Abschnitt.

Vom 6. März 1861 bis 26. Decbr. 1861.

Nr.	Datum.	Seite:
32.	6. März 1861. „ Königl. Eröffnung an die holsteinische Ständeversammlung	103—107.
33.	26. März „ Bedenken der Ständeversammlung, betreffend die königl. Eröffnung	108—111.
34.	6. März „ Gesetzentwurf, betreffend die provisorische Stellung Holsteins hinsichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie	112—116.
35.	„ Aus den Motiven zu § 13 des vorstehenden Gesetzentwurfs	116—120.
36.	10. April „ Aus dem Bedenken der Ständeversammlung über diesen Gesetzentwurf	120—127.
37.	10. April „ Aus dem Bedenken der Ständeversammlung betreffend die Budget-Angelegenheit	127—137.
38.	22. März „ Dänische Circulardepeſche d. d. 22. März 1861.	137—139.
39.	27. April „ Erklärung der dänischen Regierung an die Bundesversammlung	140—150.
40.	19. Juni „ Depeſche des Freiherrn v. Schleinig an den Grafen Bernstorff, d. d. 19. Juni 1861.	150—155.
41.	29. Juli „ Dänische Depeſche an die Höfe von Berlin und Wien, d. d. 29. Juli 1861.	156—157.
42.	2. Aug. „ Dänische Circulardepeſche d. d. 2. Aug. 1861.	158—160.
43.	12. Aug. „ Anzeige der vereinigten Ausschüsse	160—161.
44.	12. Aug. „ Depeſche des preußischen Ministeriums des Auswärtigen an den Gesandten in Kopenhagen, d. d. 12. Aug. 1861.	161—163.
45.	26. Oct. „ Dänische Depeſche an die Höfe von Berlin und Wien, d. d. 26. Oct. 1861.	163—171.
46.	5. Dec. „ Depeſche des Grafen Bernstorff an den preußischen Gesandten in Kopenhagen, d. d. 5. Dec. 1861	171—177.
47.	26. Dec. „ Depeſche des dänischen Ministers des Auswärtigen an den dänischen Gesandten in Berlin, d. d. 26. Dec. 1861.	177—186.

Beilagen.

1. A. Der der Notabeln-Versammlung vorgelegte Plan zur Organisation der dänischen Monarchie 189—191.
 B. Der von den holsteinischen Mitgliedern der Notabeln-Versammlung ausgearbeitete Organisations-Entwurf 191—195.
2. Normalbudget für die gemeinschaftlichen Einnahmen und Ausgaben der dänischen Monarchie 195—209.
3. Die Verfassung für das Herzogthum Holstein in ihrer gegenwärtigen Gestalt 210—219.
4. Bekanntmachung wegen Aufhebung verschiedener Vereine und Gesellschaften für das Herzogthum Schleswig, vom 23. Dec. 1858. 220.

XVIII

N ^o .	Seite:
5. Verzeichniß der Gesegentwürfe über gemeinschaftliche Angelegenheiten, welche mit dem Reichsrathe für Dänemark und Schleswig in der Session von 1859 gemäß der Verfassung vom 2. Oct. 1855 verhandelt worden sind.....	221—224.
6. Aus der Adresse der schleswigschen Ständeversammlung von 1860 an Se. Majestät den König.....	224—235.
7. Aus dem Berichte der Petitioncommission des preussischen Abgeordnetenhauses über drei Petitionen, das Herzogthum Schleswig betreffend.....	236—238.
8. Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 3. Mai 1860. Rede des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherrn v. Schleinitz.....	238—241.
9. Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 4. Mai. Abstimmlung über den Commissionsantrag.....	242—243.
10. Dänische Circulardepeche d. d. 25. Mai 1860.....	243—250.
11. Depeche des Freiherrn v. Schleinitz an Herrn v. Balan, nebst Denkschrift d. d. 29. Juni 1860.....	250—260.
12. Dänisches Memorandum vom Oct. 1860, durch englische Vermittelung in Berlin übergeben.....	260—263.
13. Verbalnote zu vorliegendem Memorandum.....	263—264.
14. Depeche des Freiherrn v. Schleinitz an den Grafen Bernstorff, d. d. 8. Nov. 1860.....	264—268.
15. Depeche des Lord John Russell an Mr. Paget in Kopenhagen, d. d. 8. Dec. 1860.....	268—269.
16. Depeche des Lord John Russell an den englischen Gesandten in Berlin, d. d. 8. Dec. 1860.....	270—274.
17. Depeche des Freiherrn v. Schleinitz an den Grafen Bernstorff in London, d. d. 29. Dec. 1860.....	274—277.
18. Patent, betreffend die Confirmation im Stifte Schleswig etc., vom 9. Jan. 1861.....	277—278.
19. Circular an sämtliche Kirchensynodatoren im Herzogthum Schleswig, betreffend das Halten von Hauslehrern.....	278—279.

Druckfehler:

- S. 238 3. 16 v. u. lies: 3. Mai statt: 13. Mai.
S. 251 müssen die Anführungszeichen statt Zeile 17. v. v. bei anerkennen auf
3. 21 v. o. bei **hegen** schließen.
S. 272 3. 18 v. o. lies: 26. Decbr. statt 6. Decbr.
(S. ferner die am Ende angegebenen Berichtigungen.)

I AP 65

A r k n u d e n.

Erster Abschnitt.

Vom 29. October 1857 bis 23. December 1858.



No. 1.

**Sitzung der deutschen Bundesversammlung
vom 29. October 1857.**

A. Vorlage von Oestreich und Preußen. — B. Antrag Hannovers. — C. Vorstellung der lauenburgischen Ritter- und Landschaft,

A. Vorlage von Oestreich und Preußen.

Nachdem von den Ständen des Herzogthums Lauenburg eine Beschwerde gegen die königlich dänische, herzoglich lauenburgische Regierung eingegangen ist, sind die Gesandten von Oestreich und Preußen angewiesen, im Namen ihrer allerhöchsten Regierungen der hohen Bundesversammlung nachstehende Mittheilungen in Betreff der damit verwandten holsteinischen Angelegenheit zu machen.

Die hohe Versammlung hat in der Sitzung vom 29. Juli 1852 von dem Seitens der Gesandten von Oestreich und Preußen erstatteten Berichte über die Vollziehung des ihren allerhöchsten Höfen ertheilten Mandats, sowie von der Seitens des Herrn Gesandten für Holstein und Lauenburg überreichten königlichen Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 Kenntniß genommen. Seitdem hat die Sache der Herzogthümer Holstein und Lauenburg, in Erwartung ihrer weiteren Entwicklung, einstweilen aufgehört, Gegenstand der Verhandlung im Schooße der hohen Versammlung zu sein. Der Erlaß der Specialverordnung, betreffend die Verfassungen der Herzogthümer Holstein und Lauenburg vom 11. Juni 1854, resp. 20. Decbr 1853, sowie des Verfassungsgesetzes für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten

der Monarchie vom 2. Octbr. 1855 gab indeß den Cabinet-
net von Wien und Berlin, im Hinblick auf die gegen sie in
Vertretung des Bundes von der königlich dänischen Regierung
übernommenen Verpflichtungen, Anlaß, mit der letzteren im Juni
v. J. von Neuem in Schriftwechsel zu treten, um dem königlich
dänischen Cabinet die gegen den deutschen Bund eingegangenen
Verbindlichkeiten gegenwärtig zu halten und der Wiederkehr der
früheren Verwickelungen vorzubugen. Sie versahen zu diesem
Zwecke ihre Vertreter in Kopenhagen unter'm 23. und 1. Juni
v. J. mit den erforderlichen Aufträgen. Die betreffenden Akten-
stücke, nebst den darin in Bezug genommenen Depeschen, nämlich:

- 1) einem gleichlautenden Erlasse des königlich dänischen
Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an die
königlich dänischen Gesandten in Wien und Berlin, vom
6. Decbr. 1851,
- 2) den darauf erfolgten Antworten des kaiserlich östrei-
chischen Hofes vom 26. und des königlich preussischen vom
30. Decbr. 1851.
- 3) der Rückäußerung des königlich dänischen Ministers
der auswärtigen Angelegenheiten vom 29. Januar 1852,
beehren sich die Gesandten der hohen Versammlung ganz erge-
benst vorzulegen.

Da die beiden Mächte in den anliegenden Antworten des
Kopenhagener Cabinets, vom 5., resp. 13. Septbr. d. J., in
Verbindung mit den mündlichen Erläuterungen des königlich dänischen
Herrn Bundestagsgesandten, eine Erlebigung der von
ihnen aufgestellten Bedenken nicht fanden, so richteten sie noch-
mals, und zwar untern 26, resp. 23. Octbr. v. J. die hier-
neben überreichten Erlasse an ihre diplomatischen Agenten in Co-
penhagen. Sie sprachen darin die Erwartung aus, daß die
dortige Regierung aus eigenem Ermeßsen zu dem Beschlusse ge-
lange, noch in der gegenwärtigen Lage der Dinge den Ständen
der Herzogthümer Geseigntheit zu geben, sich über die Gesamt-
verfassung der Monarchie zu äußern. Die königlich dänische
Regierung ging hierauf in ihrer Erwiderung zwar nicht ein,
wie die hohe Bundesversammlung aus den beiden Depeschen des
Herrn v. Scheele, an die königlich dänischen Gesandten in Wien
und Berlin, v. 23. Febr. d. J., und der dazu gehörigen Denkschrift
erschen wolle. Allein es wurde auf vertraulichem Wege
Hoffnung gegeben, daß das Kopenhagener Cabinet sich vielleicht

bereit finden lassen werde, die Stände von Holstein und Fauenburg zu einer außerordentlichen Diät einzuberufen, und mit denselben über den dermaligen Verfassungszustand des Landes und die eingetretenen Modificationen der früheren ständischen Rechte zu verhandeln. Unter diesen Umständen glaubten die beiden Cabinette von Wien und Berlin der Vorlage an den Bund noch Anstand geben und zunächst die königlich dänische Regierung nochmals zu einer Aeußerung in jener Beziehung veranlassen zu sollen, indem sie sich darauf beschränkten, die einzelnen hohen Bundesregierungen in ununterbrochener Kenntniß von dem Gange der Verhandlungen zu halten. Es wurde demgemäß den königlich dänischen Gesandten in Wien und Berlin in den letzten Tagen des März d. J. die entsprechende mündliche Eröffnung gemacht, wonach beide Höfe, in Erwartung einer eingehenden Erklärung des Kopenhagener Cabinets, die beabsichtigten Mittheilungen an die hohe Bundesversammlung noch um drei Wochen vertagen wollten. Durch den gleich darauf erfolgten Rücktritt des dänischen Ministeriums ergab sich eine weitere Verzögerung, bis die Regierungen von Oestreich und Preußen — nachdem die Ernennung eines neuen Ministeriums einige Wochen hindurch vergeblich erwartet worden war — die beabsichtigte Vorlage an die hohe Versammlung nicht länger glaubten zurückhalten zu sollen und ihren Gesandten den Auftrag ertheilten, dieselbe in der auf den 14. Mai d. J. anstehenden Bundestagsitzung einzubringen. Dieser Schritt unterblieb indessen, nachdem Tags zuvor das dänische Ministerium sich reconstituirt hatte und die Entschließung desselben, die Stände einzuberufen, nach Wien und Berlin auf telegraphischem Wege mitgetheilt worden war. Die Bereitwilligkeit zur Einberufung der Stände wurde in den an die königlich dänischen Gesandten in Wien und Berlin gerichteten Depeschen des Ministers Michelsen, vom 13. Mai d. J., wiederholt, ohne daß jedoch alle Bedenken über die Frage ausgeschlossen wurden, in welcher Ausdehnung man den Ständen die freie Erörterung ihrer Gravamina in Bezug auf die Gesamtverfassung Dänemarks gewähren wolle. Es wurde deshalb ein weiterer Schriftwechsel der Cabinette von Wien und Berlin mit dem Kopenhagener Cabinet erforderlich, welchen die Gesandten angewiesen sind, mit den gedachten beiden Depeschen vom 13. Mai d. J. der hohen Versammlung vorzulegen, nämlich die Rückänderungen ihrer Regierungen vom 20. Mai d. J. die dänischen

Erwiederungen nach Wien und Berlin vom 24. Juni und die Antworten hierauf vom 6. Juli d. J.

Die Hoffnung, daß auf dem Wege der Verhandlung mit den Ständen die so wünschenswerthe Ausgleichung werde erreicht werden, ist leider nicht erfüllt worden. Die neuerlichen Verhandlungen der letzten Ständerversammlung zu Tschoe sind noch in frischem Gedächtniß. Da die königlich dänische Regierung der letzteren nur in Betreff eines Verfassungsgesetzes für die besonderen Angelegenheiten des Herzogthums, nicht aber hinsichtlich der Stellung der Herzogthümer zur Gesamtmonarchie Vorlagen machte, so haben die Stände ihre Ansichten der Regierung in einem Bedenken vorgetragen, welches inzwischen im Druck erschienen ist und hieneben gleichfalls überreicht wird. Demnächst ist die Versammlung geschlossen worden, ohne daß eine Aussicht auf eine weiter eingehende Behandlung der Sache eröffnet ist.

Die allerhöchsten Höfe von Wien und Berlin hatten gehofft, durch ihre vertrauliche Vermittelung die Angelegenheit in Vertretung des Bundes so weit zu führen, daß sie der Beschlußnahme der hohen Bundesversammlung ein befriedigendes Resultat zur Sanction hätten unterbreiten können. Sie halten auch jetzt noch an der Hoffnung fest, daß die königlich dänische Regierung bemüht sein werde, den von den Ständen der Herzogthümer geltend gemachten Beschwerden die gewünschte Abhülfe zu Theil werden zu lassen. Sie haben sich indeß nicht für befugt erachtet, die im Namen des Bundes von ihnen gepflogenen Verhandlungen auf eine unbestimmte Zeit hinaus in einer unentschiedenen Lage zu belassen, ohne dieselben, mit dem Anheimstellen der näheren gemeinsamen Erwägung und Beschlußnahme, in die Hand der hohen Bundesversammlung niederzulegen.

B. Antrag Hannovers.

Von Sr. Majestät dem Könige, seinem allergnädigsten Herrn, ist der Gesandte beauftragt, folgende besondere Anträge und Motivirung der hohen Bundesversammlung im Anschluß an die Mittheilung der k. k. österreichischen und königlich preussischen Regierung vorzutragen.

Die Stände des Herzogthums Lauenburg haben nunmehr die hohe Bundesversammlung um Schutz ihrer und des Herzogthums verfassungsmäßiger Verhältnisse ausgegangen.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Sache Lauenburgs in allen wesentlichen Punkten mit den Klagen im engen und untrennbaren Zusammenhange steht, welche das Herzogthum Holstein führt. Namentlich geht dies aus dem Ausschußberichte der holsteinischen Ständeversammlung hervor, welcher im vorigen Monate von ihr zum Beschluß erhoben worden ist.

Die Klagen beider Herzogthümer haben die Nichterfüllung jener Verbindlichkeiten zur Grundlage, welche der königlich dänischen Regierung theils vermöge des Bundesrechts in Bezug auf die Herzogthümer Holstein und Lauenburg oblagen, theils von ihr ausdrücklich in den Verhandlungen von 1850 bis 1852 gegen den deutschen Bund und die Herzogthümer übernommen waren.

Raum dürfte es aber bezweifelt werden können, daß die Bundesversammlung vollkommen berechtigt ist, die Sache der Herzogthümer auf eigenen Antrieb anzugreifen und die Beschwerden der betheiligten Herzogthümer als bloße Anzeigen aufzufassen. Da die Verpflichtungen der königlich dänischen Regierung, um welche es sich hier handelt, theils durch die Grundgesetze des Bundes gegeben sind, theils zwischen dem deutschen Bunde und der königlich dänischen Regierung in Folge der angerufenen Intervention des Bundes unter Gewährleistung der allerhöchsten Höfe von Wien und Berlin vereinbart und unter die Garantie des Bundes gestellt sind: so ist in der gegenwärtigen Frage jene Competenz der Bundesversammlung begründet, welche Artikel 31 der Wiener Schlußakte verleiht.

Ebenso wenig dürfte es einem Zweifel unterliegen, daß es die höchste Zeit für die hohe Bundesversammlung ist, sich der Sache der Herzogthümer anzunehmen. Jener frühere Grund der Verzögerung, daß nämlich erst die Beschwerden und Wünsche der Herzogthümer gehört werden müßten, ehe der Bund über die Sache urtheilen könne, ist weggefallen, nachdem die holsteinischen Stände ihre Gravamina in dem bereits erwähnten Ausschußberichte niedergelegt und die lauenburgischen Stände ihre Ansichten und Wünsche in der überreichten Beschwerdeschrift ausgesprochen haben. Auch läßt sich nach der gegenwärtigen Sachlage kaum annehmen, daß die königlich dänische Regierung geneigt ist, über die hauptsächlichsten Beschwerden der Herzogthümer gegen die Gesamtverfassung mit diesen zu verhandeln oder aus freiem Antriebe jenen Beschwerden genügende Abhülfe zu

gewähren. Längeres Zögern dürfte nur die Folge haben, daß die königlich dänische Regierung auf dem Wege, aus der dänischen Monarchie einen Einheitsstaat, mit Unterordnung der Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg unter die dänische Bevölkerung und mit Unselbstständigkeit dieser Herzogthümer, zu schaffen, immer weiter vorwärtsschritte und die Rückkehr zu einem Gesamtsstaat mit gleichberechtigter Stellung aller Landestheile immer unmöglicher machte; und daß die hohe Bundesversammlung sich den Vorwurf zuzöge, nicht zur rechten Zeit einer so wesentlichen und dem Bundesrechte, sowie den Verträgen zuwiderlaufenden Verschlechterung des Verhältnisses der Herzogthümer widerstanden zu haben.

Bei dieser Sachlage und da Hannover als Bundesstaat überhaupt und als Grenznachbar der Herzogthümer ein besonderes Interesse dabei hat, daß die Verhältnisse dieser Länder zu einer festen, guten Ordnung kommen, so haben Seine Majestät den Gesandten beauftragt, folgende Anträge zu stellen:

- 1) die hohe Bundesversammlung wolle die Sache der Herzogthümer ex officio in Behandlung nehmen und auf dieser Grundlage den zu erwählenden Ausschuß beauftragen, die Verbindlichkeiten der königlich dänischen Regierung aus dem Bundesrechte und aus den Verhandlungen von 1851 und 1852 und deren Erfüllung oder Nichterfüllung zu untersuchen;
 - 2) falls es sich zeige, daß wesentliche Verbindlichkeiten nicht erfüllt worden sind, die königlich dänische Regierung um Erfüllung mit dem Vorbehalt ersuchen, daß die Bundesversammlung sich genöthigt sehen werde, die dem Bundesrechte und den übernommenen Verbindlichkeiten zuwiderlaufenden von der königlich dänischen Regierung erlassenen Bestimmungen und getroffenen Einrichtungen für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg und für den deutschen Bund als unverbindlich zu erklären, falls die königliche Regierung nicht innerhalb einer zu stellenden Frist die Erfüllung erwirke.
-

C. Die Vorstellung der Ritter- und Landschaft des Herzogthums Lauenburg.

Der wesentliche Inhalt derselben ist folgender:

A. Widersprüche gegen bundesrechtliche Bestimmungen.

I. Der § 5 der Gesamtverfassung von 1855 lautet:

„Bevor der König die Regierung antritt, übergibt er dem Geheimen Staatsrath schriftlich die eidliche Versicherung, unverbrüchlich die Verfassungsgesetze zu halten. — Kann der König diesen Eid nicht unmittelbar bei dem Thronwechsel ablegen, so wird die Regierung von dem Geheimen Staatsrath geführt, bis jene Eidesleistung Statt findet, es sei denn, daß durch ein Gesetz ein anderes bestimmt werde.“

In diesem § ist dreierlei auffallend: 1) daß der Regierungsantritt des Monarchen in der Monarchie und in den Herzogthümern abhängig gemacht wird von der eidlichen Zusicherung; 2) daß, wenn der König die Zusicherung nicht giebt, in der Monarchie und in den Bundesländern Holstein und Lauenburg nicht der Monarch; sondern der Geheime Staatsrath die höchste Gewalt ausüben soll; 3) daß ein Gesetz, d. h. dieser Geheime Staatsrath und der Reichsrath (die dänische Mehrheit) vereinigt, nöthigenfalls auch einen andern Interimregenten ernennen können, als den Geheimen Staatsrath. Dazu kommt noch, daß § 7 dem König seine Civilliste nur für die Dauer seiner Regierung gewährt, also mittelbar die Nichtgewährung einer Civilliste bis zur Eidesleistung droht. Unmöglich kann jener § 5 in einer Verfassung stehen bleiben, welche auch für Bundesländer gilt, denn derselbe widerspricht den Grundgesetzen des Bundes, insbesondere dem Artikel 57 der Schlusakte und dem Bundesbeschluß vom 23. August 1851, welchem die dänische Regierung beigetreten ist. Diese ist sonach nicht berechtigt, das Recht des Thronfolgers, welches sich nach dem monarchischen Prinzip an Geburt und Erbfolge knüpft, von einer aufschiebenden Bedingung abhängig zu machen, und eine andere Staatsgewalt, als die durch Erbfolge begründete, bis zur Erfüllung der Bedingung einzusetzen.

II. Auch § 49 der Gesamtstaatsverfassung: „Eine jede ordentliche oder außerordentliche Ausrüstung für Heer oder Flotte

soll durch Gesetz gebilligt sein," widerspricht den Bundespflichten, insbesondere dem Art. 58 der Schlußakte, indem die Erfüllung einer Bundespflicht von der dänischen Mehrheit des Reichsraths abhängiggemacht wird. Die Bestimmung der Verfassung in § 23: „Das Verhältniß der Herzogthümer Holslein und Lauenburg zum deutschen Bunde wird durch das gegenwärtige Gesetz nicht berührt," bietet um deswillen keine Abhülfe gegen den gegenwärtigen Uebelstand, da ein gesondertes Bundescontingent nicht besteht, sondern dasselbe einen untrennbaren Theil des dänischen Heeres bildet.

B. Verletzungen der Verfassung Lauenburgs durch die Gesamtverfassung.

I. Der § 22 der Gesamtstaatsverfassung besagt: „Entsteht eine Differenz zwischen dem Reichsrathe und der Repräsentation eines Landestheils darüber, in wie weit eine Angelegenheit zu den gemeinschaftlichen oder zu den gesonderten gehört, so wird sie vom Könige in dem Geheimen Staatsrath entschieden," d. h. die dänische Mehrheit der Minister entscheidet über die von der dänischen Mehrheit des Reichsraths herbeigeführten Differenzen.

II. In einer Verordnung vom 23. Juni 1856 hat die dänische Regierung den allgemeinen Grundsatz ausgesprochen, daß sie sich vorbehalte, nach eigenem Ermessen „sämmlichen Landestheilen drückfichtlich etwaiger Bestimmungen über den Umfang der besondern Angelegenheiten derselben, eine gleiche Stellung anzuweisen." Hiermit ist also ohne Rücksicht auf Art. 56 der Schlußakte eine beliebige einseitige Veränderung der lauenburgischen Verfassung in Aussicht gestellt.

III. Ebenso ist Art. 56 der Schlußakte verletzt durch die Bestimmung in § 21 der Gesamtstaatsverfassung, wonach der König die gesetzgebende Gewalt mit dem Reichsrathe theilt, wogegen sowohl nach dem Landesrecess von 1702 als der Verfassung Lauenburgs von 1853, der Erlaß neuer und die Abänderung, sowie Deutung bestehender Gesetze, der Zuziehung der Ritter- und Landschaft bedurften. Dieses Recht der Gesetzgebung ist den Ständen Lauenburgs bei allen Gesetzen entzogen, welche gemeinsame Angelegenheiten betreffen.

IV. Von der größten materiellen Wichtigkeit für Lauenburg ist jene Abänderung der alten Finanzverfassung, welche § 53 der Gesamtstaatsverfassung in den Worten enthält:

„Es verbleibt rücksichtlich der finanziellen Stellung des Herzogthums Lauenburg bei dem bisher Geltenden, bis anderweitig durch Gesetz darüber verfügt wird.“

Unter Gesetz ist, wie immer in der Verfassung, ein Zusammenwirken der bloßen dänischen Faktoren zu verstehen. Es alterirt diese Bestimmung die lauenburgische Verfassung: 1) in der Bestimmung, daß die Kosten der Regierung und Verwaltung von dem Landesherrn aus dem Ertrage der Domänen und Regalien bestritten werden, wozu Stände nur das Herkömmliche und Erforderliche nach eigener Bewilligung beisteuern, wogegen nach der Gesamtstaatsverfassung der Reichsrath, in welchem das Herzogthum Lauenburg keine hinreichende Vertretung hat, über die Einkünfte des Landes verfügen soll, das jetzt schon die unverhältnißmäßig hohe Summe von 300,000 Thlrn. zu den Kosten des Gesamtstaates nach Kopenhagen schickt; 2) die großen Domänen des Landes, welche gegen 200,000 Thlr. reiner Einnahme gewähren und von 1702 — 1853 allgemein als unveräußerlich und als Landesfache des Herzogthums anerkannt waren, sind nicht nur durch den erwähnten § 53 im Principe gefährdet, sondern insbesondere auch durch §§ 53 und 50 der Gesamtstaatsverfassung, welcher letztere die Veräußerung oder den Erwerb einer Domäne von einem Gesetze in dem oben angegebenen Sinne abhängig macht. Die praktische Bedeutung dieses Prinzips hat sich schon gezeigt durch das Gesetz vom 21. Juni 1856, welches in den Bundeslanden die Veräußerung von Domänialgrundstücken gestattet, deren jährlicher Ertrag 200 Thlr. nicht überschreitet, und durch einen Antrag der Regierung bei dem Reichsrathe auf Veräußerung der lauenburgischen Domäne Hollenbeck, welcher nur wegen Unvollständigkeit dieser Versammlung nicht zum Beschlusse erhoben wurde.

V. Es liegt in der Natur der Sache begründet, daß nach Herstellung einer dänischen Mehrheit im Ministerium, wie im Reichsrathe kein Minister deutscher Herzogthümer eine andere Richtung verfolgen kann, als die diesen Tendenzen entsprechende. Dies widerspricht zwar nicht einem einzelnen Paragraphen der lauenburgischen Verfassung, wohl aber der Definition des Gesamtstaates, wie sie in der dänischen Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 den deutschen Mächten gegenüber gegeben ist, „daß kein Theil dem andern untergeordnet sein sollte.“ Dieser Definition zuwider ist auch die Errichtung eines allgemeinen, d. h.

dänischen Ministeriums des Innern für alle Landestheile, am 16. Octbr. 1855, dem die Verwaltung der Domänen und Forsten mit übertragen worden, obgleich diese Angelegenheiten früher zum Geschäftskreise der Rentekammer gehörte, womit es nach der erwähnten Bekanntmachung beim Alten bleiben sollte. So wird durch die Uebertragung der Verwaltung aller wichtigen Angelegenheiten an oberste Instanzen von dänischer Nationalität und Richtung das deutsche Element von allem Einflusse im Innern der Herzogthümer entfernt und dem dänischen Elemente Einfluß, Aemter und Belohnungen im Innern dieser Lande gewährleistet.

Auf die vorstehende Beweisführung: daß die Gesamtverfassung in mehreren ihrer Bestimmungen wesentlichen Punkten der Bundesgesetze widerspricht und die Verfassung und Verwaltung Pauenburgs verschiedentlich auf verfassungswidrigem Wege abgeändert worden sind, sonach eine Verletzung der Selbstständigkeit des Herzogthums und der Bundesgrundgesetze vorliegt, hat die Ritter- und Landschaft ihre im Octbr. 1857 zu Radeburg unterzeichnete Bitte und Vorstellung an die hohe Bundesversammlung gegründet, welche mit folgendem Austrage schließt:

- 1) „hohe deutsche Bundesversammlung wolle erklären, daß diejenigen Bestimmungen des einseitig erlassenen Verfassungsgesetzes vom 2. Octbr. 1855, und die andern in dieser Denkschrift bezeichneten Erlasse und Maßnahmen, welche eine Unterordnung des Herzogthums Pauenburg in der Gesamtverfassung enthalten oder dessen begründeten Anspruch auf Selbstständigkeit verletzen, theils den Bundesrechte, insbesondere dem Artikel 56, theils den vertragsmäßig ertheilten Zusagen und feierlichen Erklärungen zuwiderlaufen und also für das Herzogthum Pauenburg nicht rechtsverbindlich seien;
- 2) demnächst bei der königlich dänischen Regierung dahin wirken, daß andere Bestimmungen und Einrichtungen an deren Stelle gesetzt werden, welche die Gleichberechtigung des Herzogthums in der Gesamtverfassung und die Selbstständigkeit seiner be-

sondern Verfassung und Verwaltung herstellen und garantiren.“

Es wurde beschlossen, diese Angelegenheit einem besondern, in nächster Sitzung zu erwählenden Ausschusse zur Berichterstattung zu überweisen.

No. 2.

Antrag des holsteinischen Ausschusses, gestellt in der Sitzung der Bundesversammlung vom 14. Jan. 1858.

„Hohe Bundesversammlung wolle beschließen:
durch Vermittelung des königlich dänischen Herrn
Gesandten für Holstein und Lauenburg

1) der königlich dänischen, herzoglich holstein- und lauenburgischen Regierung kund zu geben, daß sie a) in Hinblick auf die Bestimmung des Art. 56 der Wiener Schlußakte, die Verordnung vom 11. Juni 1854, betreffend die Verfassung für das Herzogthum Holstein, insoweit Bestimmungen derselben der Verathung der Provinzialstände des genannten Herzogthums nicht unterbreitet worden sind, wie die allerhöchste Bekanntmachung vom 23. Juni 1856, eine nähere Bestimmung der besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Holstein betreffend, dann das Verfassungsgesetz für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der dänischen Monarchie vom 2. October 1855, insoweit dasselbe auf die Herzogthümer Holstein und Lauenburg Anwendung finden soll, als in verfassungsmäßiger Wirksamkeit bestehend nicht anerkennen könne; und b) in den zum Behuf der

Neugestaltung der Verfassungsverhältnisse der Herzogthümer Holstein und Pauenburg und der Ordnung ihrer Beziehungen zu den übrigen Theilen der königlich dänischen Monarchie und ihrer Gesamtheit seither erlassenen Gesetzen und Anordnungen die allseitige Beachtung der in den Jahren 1851 und 1852 und namentlich durch die allerhöchste Bekanntmachung vom 28. Jan. 1852 in Bezug auf Abänderung der Verfassungen der genannten Herzogthümer, wie auf die denselben in der Gesamtmonarchie einzuräumende, gleichberechtigte und selbstständige Stellung gegebenen bindenden und das damals erzielte Einverständniß begründenden Zusicherungen vermisse;

c) auch das Verfassungsgesetz für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der dänischen Monarchie nicht durchweg mit den Grundsätzen des Bundesrechts vereinbar erachte;

2) demzufolge aber an die königl. herzogliche Regierung das Ansuchen zu stellen:

a) in den Herzogthümern Holstein und Pauenburg einen den Bundesgrundgesetzen und den erteilten Zusicherungen entsprechenden, insbesondere die Selbstständigkeit der besonderen Verfassungen und der Verwaltung der Herzogthümer sichernden und deren gleichberechtigte Stellung wahrenen Zustand herbeizuführen,

und b) der Bundesversammlung baldigst über die zu diesem Zwecke getroffenen oder beabsichtigten Anordnungen Anzeige erstatten lassen zu wollen.

(Angenommen den 11. Februar 1858.).

**Die Motivirung
des holstein-lauenburgischen Ausschusses.**

Der Vortrag des Bundesausschusses in der holsteinischen Angelegenheit d. d. 14. Jan. enthält eine sehr eingehende Darlegung der Streitfrage, indem die Ansichten einander gegenüber gestellt werden, welche einerseits die bisherigen Mandatare (Oestreich und Preußen), andererseits die dänische Regierung, ausgesprochen haben. Die Differenzpunkte sind schließlich in folgender Weise formulirt:

1 Die Mandatare des Bundes beanstanden: daß das Verfassungsgeſetz für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie vom 2. October 1855 ohne Vernehmung der Provinzialstände der Herzogthümer erlassen worden ist; sie nehmen hierin eine Verletzung des Art. 56 der Wiener Schlußakte, wie der im Jahre 1852 übernommenen Verpflichtungen wahr. Dieser Beanstandung hat das königliche Cabinet zu Kopenhagen entgegengestellt, daß bei Erlass der Gesamtverfassung der ordnungsmäßige Weg eingehalten worden sei, indem weder eine Vernehmung der Provinzialstände bezüglich derselben verfassungsmäßig erforderlich gewesen, noch desfalls in den Jahren 1851/52 bindende Zusicherungen gegeben worden seien. 2) Sie erstrecken diese Beanstandung kraft der Wiener Schlußakte auch auf die besondern Verfassungen der Herzogthümer Holstein und Lauenburg. Die §§ 3 und 4 des holsteinischen Verfassungsgeſetzes, welche die Angelegenheiten bestimmen, die als allgemeine der ganzen Monarchie und die als besondere holsteinische betrachtet werden sollen, seien nämlich von der Verathung durch die Provinzialstände ausgeschlossen worden, obwohl hierdurch das Gebiet der legislativen Thätigkeit der Provinzialstände ganz anders begrenzt wurde, als es früher der Fall war. Zudem seien noch durch § 24 etwaige Abänderungen gedachter §§ 3 und 4 von der Mitwirkung der Stände ausgeschlossen, und hierdurch die Begrenzung des Wirkungskreises der letzteren ganz dem Gutbefinden der Regierung unterstellt worden. Analog hätten sich die Verhältnisse in Lauenburg bezüglich der Specialverordnung vom 20. December 1853 gestaltet. Von königlich dänischer Seite wurde hierauf erwidert: es sei für angemessen erachtet worden, behufs der Neugestaltung der Verhältnisse vorerst die Provinzialverfassungen in der Art umzubilden, daß sie nicht länger eine

Gesamtverfassungsangelegenheit umfaßten, damit sodann die gemeinschaftliche Verfassung ohne Collision erlassen werden könnte. Nachdem den Provinzialständen die Entwürfe der besondern Verfassungen zur Begutachtung vorgelegt, und so jede Einwirkung derselben auf die der gemeinschaftlichen Gesetzgebung und Verwaltung zugewiesenen Gegenstände gesetzlich aufgehoben gewesen, sei zum Oetopiren der Gesamtverfassung vorgeschritten worden.

3. Nach der Ansicht von Oestreich und Preußen verstößt die Gesamtverfassung auch in materieller Hinsicht, insbesondere hinsichtlich der Domänen, gegen die gegebenen Zusagen, indem die Domänen 1852 und 1854 Sache der einzelnen Landestheile gewesen, durch das Patent vom 23. Juni 1856 jedoch den gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie zugezählt worden seien. Die königlich dänische Regierung hob hiegegen hervor: die sogenannten Domänen bestünden im Wesentlichen nur aus Grundabgaben von verkauften Ländereien und aus Waldungen, deren Verwaltung seit Jahrhunderten für die ganze Monarchie von einer collegialisch zusammengesetzten Behörde für die gemeinschaftliche Staatscasse geführt worden sei; auch die Instruction für die neugeschaffene schleswig-holsteinische Regierung vom 25. Mai 1834 habe die Verwaltung der Domänen und Regalien ausdrücklich von der Sonderverwaltung der Herzogthümer ausgenommen.

4. Die Mandatare des Bundes erachten die Zusicherung, daß in der gesamten Monarchie kein Theil dem andern untergeordnet werden solle, dadurch für unerfüllt, daß in der Repräsentation die Vertreter des Königreichs Dänemark in dem entschiedensten Uebergewicht sich befänden und die Competenz dieser Versammlung, sowie des Reichsraths, in die speciellen Rechte und Interessen der einzelnen Landestheile schädlich eingreife. Die Widerlegung dieses Bedenkens versucht die dänische Regierung durch den Nachweis, daß die den Provinzialständen entzogenen Angelegenheiten von jeher als gemeinsam betrachtet worden seien, und durch die Behauptung, daß die Krone über den Parteien stehe.

5. Dieselben beanstanden vom Standpunkt des Bundesrechts die Bestimmung des § 5 der Gesamtverfassung, welcher für den Fall eines Thronwechsels den Regierungsantritt des Thronfolgers von vorgängiger Leistung des Eides auf die Verfassung abhängig macht, und inzwischen ein ministerielles Interregnum anordnet. Die dänische Regierung glaubt jene Bestimmung als ungefährlich hinstellen zu können, da der conservative

Charakter des Reichsraths durch seine Zusammensetzung verbürgt, und einer Steuerverweigerung durch Festsetzung eines Normalbudgets vorgebeugt sei. Was endlich G. die Grenzregulirungsfrage zwischen Holstein und Schleswig betrifft, so erklärt die dänische Regierung sich zu deren Wiederaufnahme bereit, und sichert zu, daß die bisher vom Kronwerk Rendsburg verkauften Grundstücke zum Herzogthum Schleswig unzweifelhaft gehört hätten, durch deren Verkauf die Grenzberichtigungsfrage also nicht präjudicirt würde.

No. 3.

**Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom
4. Februar 1858.**

Antrag Hannovers wegen Erlass eines Inhibitoriums. — Erklärung Dänemarks über die lauenburgische Beschwerde.

A. Hannover.

Der hannoversche Gesandte ist von seiner allerhöchsten Regierung beauftragt, in Bezug auf die holstein-lauenburgische Angelegenheit Folgendes der hohen Bundesversammlung vorzutragen: Wenn die hohe Bundesversammlung den Beschluß fassen sollte, welcher von dem niedergesetzten Ausschusse in der holstein-lauenburgischen Angelegenheit beantragt worden ist, so würde der Natur der Sache nach den Anträgen des Ausschusses der weitere Antrag nachfolgen müssen: daß die königlich dänische Regierung bezüglich der Herzogthümer Holstein und Lauenburg nicht weiter fortfahre auf der rechtswidrigen Basis zu handeln, namentlich aber keine neuen Gesetze, Maßregeln und Auflagen durch den Reichsrath beschließen lasse, insofern diese Anwendung auf die Herzogthümer finden sollen. Die Umstände erfordern aber nach Ansicht der königlichen Regierung, daß die hohe Bundesversammlung recht bald, wo möglich gleichzeitig mit dem Hauptbeschlusse, dessen naturgemäße Consequenz ausspreche. Denn obwohl die königlich dänische Regierung die Forderungen des deutschen Bundes hinreichend durch die mitgetheilten Berichte und Anträge des Ausschusses kennen muß, so scheint es doch nicht, daß sie die Absicht habe, von selbst bis zur Herstellung des von der

hohen Bundesversammlung zu fordernden rechtmäßigen Zustandes in den Herzogthümern einzuhalten mit Ausführung und Anwendung des gegenwärtigen vertragswidrigen Verfassungsverhältnisses. Die Haltung des königlich dänischen Ministeriums gegen den Antrag, welchen mehrere holsteinische Mitglieder des Reichsraths in der Sitzung vom 19. Januar d. J. stellten, nämlich daß die Verhandlungen des Reichsraths nur auf die Aufrechterhaltung des ordinären Budgets und zur Fortführung der laufenden Administrationsfachen beschränkt werden möchten — befundet, daß kein Stillstand der Thätigkeit des Reichsraths bezüglich der Herzogthümer von der königlich dänischen Regierung bezweckt wird. Vielmehr deuten sichere Anzeichen darauf hin, daß sich die königlich dänische Regierung beeilt, die Zeit bis zur Fassung eines Bundesbeschlusses und dessen weiterer praktischer Verfolgung dazu zu benutzen, um noch eine Reihe Interessen und Wünsche des Landes Dänemark auf Kosten der Herzogthümer möglichst zu fördern, vollendete Thatfachen den Forderungen des deutschen Bundes gegenüber zu erzeugen und die Möglichkeit zu erschweren, hinsichtlich der Herzogthümer auf einen bessern Zustand zurückzukommen und die Wunden zu heilen, welche unter der Herrschaft des jetzigen Zustandes geschlagen sind. Die unpassenden Befestigungswerke zu Lande und zur See, welche mit großem Kostenaufschlage gegenwärtig vom Reichsrathe beschlossen werden sollen, gehören zu jenen Sonderinteressen des Landes Dänemark. Nach dem Dastürhalten der königlich (han-noverschen) Regierung entspricht es aber weder der Würde, noch dem Interesse des deutschen Bundes und Deutschlands, das königlich dänische Gouvernement noch länger ohne Einspruch auf der seitherigen rechts- und vertragswidrigen Basis bezüglich der Herzogthümer fortgehen zu lassen. Sie hat deshalb den Gesandten ermächtigt, folgenden Antrag einzubringen: Die Bundesversammlung wolle gleichzeitig

mit dem bezüglich der Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg demnächst zu fassenden Beschlüsse, oder wenigstens sofort nach diesem, von der königlich dänischen Regierung verlangen, daß dieselbe bis dahin, daß sie die Forderungen des Hauptbundesbeschlusses erfüllt habe, davon abstehe, neue Gesetze, Verfügungen und Geld-

auflagen, welche über den factischen Zustand, der bis zum jüngsten Zusammentritt des Reichsraths stattfand, hinausgehen, durch den Reichsrath oder unmittelbar hinsichtlich der Herzogthümer Holstein und Lauenburg zu beschließen und einzuführen.

B. Dänemark.

Die Erklärung, welche Dänemark über die Verfassungs-Verhältnisse des Herzogthums Lauenburg abgegeben, geht von dem Grundsatz aus, daß die Ritter- und Landschaft von Lauenburg nicht berufen sei, das Herzogthum Lauenburg im Allgemeinen beim Bunde zu vertreten, vielmehr habe sie sich auf den Nachweis zu beschränken, daß sie in bestimmten, verfassungsmäßig ihr zukommenden Rechten verletzt sei. Trotz der Ueberschreitung der Competenz, welche nach Ansicht der königlich dänischen Regierung dadurch vorliegt, daß die Ritter- und Landschaft nicht allein Rechte von Lauenburg, sondern auch von Holstein und solche des deutschen Bundes vertreten zu müssen geglaubt, und obgleich die dänische Regierung deshalb Abweisung fraglicher Beschwerden von Seiten des Bundes erwartet, so hat die genannte königliche Regierung dennoch aus bundesfreundlichen Rücksichten geglaubt, in die Widerlegung der vom Bunde angenommenen lauenburgischen Beschwerde eingehen zu müssen. Was zunächst die staatsrechtliche Stellung des Herzogthums, ob Provinz oder selbstständiger Laudestheil betrifft, so wird mit Eingehen auf die Geschichte von Lauenburg seit 1702 der Beweis versucht, daß das Herzogthum innerhalb des braunschweig-lüneburgischen Staates von jeher nur eine beschränkte Selbstständigkeit in der inneren provinziellen Gesetzgebung und Verwaltung besessen habe, welche durch die gemeinsame ständische Verfassung des Königreichs Hannover vom 12. August 1815 noch weiter beschränkt worden sei. Als Provinz sei Lauenburg am 29. Mai 1815 an Preußen, und von Preußen am 4. Juni 1815 an Dänemark abgetreten worden, und habe niemals andere, als Localbehörden besessen. Was die finanzielle Stellung Lauenburgs angeht, so führt die dänische Denkschrift aus, wie die Ritter- und Landschaft niemals ein vollständiges Steuerbewilligungsrecht in der neueren Bedeutung des Wortes hatte. Nur neue Auflagen mußten durch sie bewilligt werden, aber bei

der Verwaltung der Domänen ist die Ritter- und Landschaft nie zugezogen worden, auch sind schon früher Veräußerungen lauenburgischer Domänen vorgenommen worden. Nachdem das Patent vom 20. Decbr. 1853 die Verfassung geordnet, handelte es sich um die verfassungsmäßige Ordnung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten, d. h. um die Stellung des Herzogthums zum Gesamtstaate. In der Verfassung für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten vom 26. Juli 1854 ist, nach Ansicht der dänischen Regierung, von einem Widerspruch mit dem lauenburgischen Verfassungsgesetz nicht die Rede, denn die in einer Eingabe der Ritter- und Landschaft vom 1. Juli 1856 geäußerte Befürchtung, daß die Verfassung vom 2. Octbr. 1855 mit dem Patent vom 20. Decbr. 1853 in Widerstreit gerathen könne, sei durch die Zusicherung vom 21. Januar 1857, daß in der finanziellen Stellung des Herzogthums keine Veränderung eintreten solle, erledigt, zur Veräußerung von Domänen aber habe, wie erwähnt, die Ritter- und Landschaft nie ein Recht der Zustimmung befohlen. Die Ausführungen ihrer Denkschrift faßt die dänische Regierung schließlich in folgenden Sätzen zusammen: Der Ritter- und Landschaft ist durch die Verfassung für die gemeinsamen Angelegenheiten kein einziges Recht benommen. Durch die dem Reichsrathe gegebenen Zusicherungen hat der König kein einziges der Ritter- und Landschaft zustehendes Recht oder Privilegium aufgehoben. Was insbesondere eine bis ins Einzelne gehende ausdrückliche Begrenzung der gemeinschaftlichen und der besonderen lauenburgischen Angelegenheiten betrifft, so wird eine solche aber nicht ohne Zuziehung sowohl des Reichsraths, als der Ritter- und Landschaft bewerkstelligt werden können, und bis auf diese Weise neue Bestimmungen, z. B. über den Beitrag des Herzogthums zu den gemeinschaftlichen Ausgaben getroffen werden können, hat es bei den bis jetzt geltenden Regeln sein Verbleiben. In völliger Uebereinstimmung mit diesen Regeln ist es auch, daß der König im Geheimen Staatsrath entscheidet, inwieweit eine Angelegenheit zu den gemeinschaftlichen oder den besonderen gehört, falls Meinungsverschiedenheiten darüber stattfinden.

Der Antrag Hannovers, wie die Erklärung Dänemarks wurde dem Ausschusse zur baldigen Berichterstattung überwiesen.

No. 4.

**Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom
11. Februar 1858.**

**Antrag des holsteinischen Ausschusses mit Bezug auf den Antrag
der königlich hannoverschen Regierung vom 4. Februar 1858.**

Die Bundesversammlung wolle die Erwartung aussprechen, daß Dänemark sich von jetzt an in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg aller weiteren, mit dem zu fassenden Beschlusse nicht in Einklang stehenden Vorschritte auf der Basis der verfassungsmäßigen Wirksamkeit entbehrenden Gesetze enthalten werde.

(Zum Beschluß erhoben den 25. Febr. 1858.)

Die Anträge des holsteinischen Ausschusses vom 14. Januar (S. No. 2) wurden, nachdem der Ausschuß dargelegt, daß die in der vorigen Sitzung bezüglich Lauenburgs abgegebene Erklärung der dänischen Regierung keinen Anlaß zur Abänderung dieser Anträge biete, fast einstimmig angenommen.

No. 5.

**Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom
18. Februar 1858.**

Erneuerung des Executionsausschusses.

Die in der Sitzung vom 11. Februar beantragte Reconstitution des Executionsausschusses wurde vorgenommen. Es wurden gewählt zu Mitgliedern derselben die Gesandten von Oestreich, Preußen, Baiern, Königreich Sachsen und Württemberg, und zu Stellvertretern diejenigen von Hannover und Baden.

Ueber die Stellung und die Befugnisse des Executionsausschusses enthält die Bundesexecutionsordnung vom 3. August 1820 die näheren Bestimmungen. Wir fügen hier die Hauptbestimmungen derselben bei: Art. I. Die Bundesversammlung hat das Recht und die Verbindlichkeit, für die Vollziehung der Bundesakte und übrigen Grundgesetze des Bundes, der, in Gemäßheit ihrer Competenz, von ihr gefaßten Beschlüsse, der durch Austräge gefällten schiedsrichterlichen Erkenntnisse, der unter die Gewährleistung des Bundes gestellten compromissarischen Entscheidungen und der am Bundestage vermittelten Vergleiche, sowie für die Aufrechthaltung der von dem Bunde übernommenen besonderen Garantien zu sorgen, auch zu diesem Ende, nach Erschöpfung aller anderen bundesverfassungsmäßigen

Mittel, die erforderlichen Executionsmaßregeln in Anwendung zu bringen. — Art. II. Zur Erfüllung dieser Verbindlichkeit wählt die Bundesversammlung jedesmal für den Zeitraum von sechs Monaten, mit Einschluß der Ferien, aus ihrer Mitte eine Commission von fünf Mitgliedern mit zwei Stellvertretern, dergestalt, daß bei deren jedesmaliger Erneuerung wenigstens zwei neue Mitglieder darin aufgenommen werden. An dieselbe werden alle der Bundesversammlung zukommenden Eingaben und Anzeigen abgegeben, welche auf die in Art. I. bezeichneten Vollziehungsgegenstände Bezug haben. Art. III. Dieser Commission liegt ob, zuvörderst zu prüfen, ob der bundesmäßigen Verpflichtung vollständige oder unzureichende Folge geleistet worden sei und darüber Vortrag an die Bundesversammlung zu erstatten. Erhält diese dadurch die Ueberzeugung, daß in dem gegebenen Falle die gesetzlichen Vorschriften gar nicht oder nicht hinlänglich befolgt worden sind, so hat sie, nach Beschaffenheit der Umstände, einen kurzen Termin anzuberaumen, um von den Gesandten der Bundesstaaten, welche solches angeht, entweder die Erklärung der hierauf erfolgten Vollziehung oder die genügende und vollständige Nachweisung der Ursachen, welche der Folgeleistung noch entgegenstehen, zu vernehmen. Nach erfolgter Erklärung oder, in Ermangelung dieser, nach Ablauf der bestimmten Frist hat die Bundesversammlung auf das von der Commission darüber abzugebende Gutachten zu beurtheilen, in wie fern die Sache erledigt oder der Fall der Nichterfüllung der bundesmäßigen Verpflichtung begründet und sonach das geeignete Executionsverfahren zu beschließen ist. — Art. IV. Ehe die Bundesversammlung die wirkliche Ausführung ihres wegen der Execution und der dabei anzuwendenden Mittel gefaßten Beschlusses verfügt, wird sie denselben der Regierung des theiligten Bundesstaats durch dessen Bundestagsgesandten mittheilen und zugleich an diese eine angemessene motivirte Aufforderung zur Folgeleistung, unter Bestimmung einer nach Lage der Sache zu bezeichnenden Zeitfrist ergehen lassen. — Art. V. Wenn hierauf die Befolgung angezeigt wird, so hat die Commission ihr Gutachten darüber abzugeben und der Bundestag zu beurtheilen, inwiefern solches zur Genüge geschehen ist. Ergeht keine solche Anzeige, oder wird selbige nicht hinreichend befunden, so wird ohne Verzug der wirkliche Eintritt des angedrohten Executionsverfahrens beschlossen und zugleich der Bundesstaat, der zu diesem Beschlusse Anlaß gegeben hat, davon nochmals in Kenntniß gesetzt.

No. 6.

Erklärung der dänischen Regierung, übergeben in der Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 26. März 1858.

Nachdem die von der Bundesversammlung am 11. und 25. v. M. in der Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg gefaßten Beschlüsse zur Kunde der königl. Regierung gebracht worden sind,

hat selbige diese Beschlüsse zum Gegenstand ihrer gewissenhaftesten Erwägung gemacht, und will nicht unterlassen, schon jetzt folgende Anzeige und Erklärung abzugeben. Zur Vermeidung unnöthiger Wiederholungen hat die Regierung sich hierbei in der Hauptsache auf das Herzogthum Holstein beschränkt, und sich einer besonderen Erörterung der Verhältnisse des Herzogthums Lauenburg auch aus dem Grunde enthalten zu können geglaubt, weil selbige in praktischer Rücksicht geringere Schwierigkeiten darbieten, wie die Regierung sich auch im Ganzen auf die frühere ausführliche Erörterung beziehen kann. Die in Betrachtung kommenden Momente sind hauptsächlich theils formeller, theils realer Natur.

I. In formeller Beziehung ist es von der Bundesversammlung in deren Sitzung vom 11. v. Mts. ausgesprochen, daß eine Beeinträchtigung der Rechte der holsteinischen Stände dadurch, daß selbige nicht über alle Bestimmungen der Verordnung vom 11. Juni 1854 vernommen worden sind, stattgefunden habe, und in Hinblick auf die Bestimmung des Art 56 der Wiener Schlussakte angenommen, daß demzufolge die Verordnung vom 11. Juni 1854, insoweit Bestimmungen derselben der Berathung der Provinzialstände des Herzogthums Holstein nicht unterbreitet worden sind, die Allerhöchste Bekanntmachung vom 23. Juni 1856 und das Verfassungsgesetz für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie vom 2. Octbr. 1855, insoweit dasselbe auf die Herzogthümer Holstein und Lauenburg Anwendung finden soll, als in verfassungsmäßiger Wirksamkeit bestehend nicht anerkannt werden können. Es ist diesseits schon in der am 11. v. Mts. abgegebenen Erklärung ausgesprochen, daß die Regierung solchen Bundesbeschlüssen Folge leisten werde, welche innerhalb der unbefristeten Competenz des Bundes gefaßt werden möchten, selbst in solchen Fällen, wo selbige das Gewicht der Argumente, welche den Beschlüssen zu Grunde liegen, nicht einzusehen vermag. Diese Erklärung kann insoweit auf den Bundesbeschluß Anwendung finden, als nach demselben die Verordnung vom 28. Mai 1831 (vgl. Verordnung vom 15. Mai 1834) in Beziehung auf Holstein zum Theil nicht im verfassungsmäßigen Wege verändert worden ist, und es wird dann erforderlich sein, daß diesem formellen Mangel abgeholfen werde.

Es dürfte alsdann am nächsten liegen, das Verhältniß in der bei Erlassung provisorischer Gesetze stattfindenden Weise aufzufassen. Die Vernehmung der betreffenden Versammlung, welche gewöhnlich vor der gesetzlichen Verfügung Platz nimmt, muß nachträglich eintreten; in dem Charakter und Wesen der Vernehmung kann keine Veränderung stattgefunden haben. Es wird hier die Beschwerde erhoben, daß die holsteinischen Provinzialstände mit Bezug auf einen Theil der Verordnung vom 11. Juni 1854 nicht Gelegenheit erhalten haben, ihre beratheude Stimme abzugeben; diese Beschwerde wird beseitigt, indem dieser Theil der Verordnung den gedachten Provinzialständen zur Berathung unterbreitet wird. Selbstverständlich würde in dem betreffenden Entwurf nichts aufgenommen werden, wozu die Bestimmung der Provinzialstände erforderlich wäre, wohl aber eine ausdrückliche Feststellung der provinziellen Selbstständigkeit. Wenn dann seiner Zeit dieser Entwurf zum Gesetz würde erhoben worden sein, versteht es sich von selbst, daß die Feststellung der besonderen Angelegenheiten in

der Folge nicht auf anderem Wege hinfürbe verändert werden können, als durch eine von dem König und den holsteinischen Provinzialständen vereinbarte veränderte Verfassungsbestimmung.

Es soll ferner den Umständen nach nicht bestritten werden, daß, da ein Theil der Angelegenheiten, worüber (es sei das nun rechtlich notwendig gewesen oder nicht) die holsteinischen Provinzialstände früher sind vernommen worden, z. B. Zollgesetzgebungssachen, als gemeinschaftliche Sachen betrachtet werden müssen, Veranlassung sein könnte, die Gelegenheit zu benutzen, welche durch den Bundesbeschluß der Regierung sich darbietet, ohne mit ihrer über die Entstehung der gemeinschaftlichen Verfassung oft ausgesprochenen und unverändert festgehaltenen rechtlichen Ansicht in Widerstreit zu gerathen, in dem den holsteinischen Provinzialständen vorzulegenden Entwurf eine ungefähr dahin lautende Schlußbestimmung aufzunehmen, daß übrigens (also unter Beobachtung der in dem Entwurfe vorangeführten Bestimmungen und der in dem unangefochtenen Theile der Verordnung vom 11. Juni 1854 enthaltenen Regeln, die Ordnung der provinziellen Selbstständigkeit Holsteins betr.) es dem Könige vorbehalten bleibe, die Stellung des Herzogthums Holstein in der dänischen Monarchie zu ordnen. Auf Grundlage dieses Paragraphen wird mithin die Versammlung Gelegenheit erhalten von dem holsteinischen Standpunkte aus ihre Ansichten und Wünsche auszusprechen, und selbige werden als Material bei einer eventuellen Verhandlung über eine Revision der gemeinschaftlichen Verfassung und des Wahlgesetzes dienen können, die nur unter Mitwirkung des Reichsraths zu bewerkstelligen sein wird. Welche Berücksichtigung den Wünschen und Aeußerungen der holsteinischen Provinzialstände würde zu Theil werden können, dürfte natürlich lediglich von deren Inhalt abhängen; daß sie nicht bindend sein können, ist eine Selbstfolge.

Auf diesem Wege dürfte dann sowohl ein die Selbstständigkeit der besondern Verfassung und Verwaltung des Herzogthums völlig sichernder Zustand herbeigeführt, als jeder aus der Verordnung vom 28. Mai 1831, namentlich deren § 4 zu folgernden formellen Forderung, insofern dies der von der Bundesversammlung geltend gemachten Ansicht nach nicht schon geschehen ist, Genüge gethan werden.

II. Insofern demnachst der Bundesbeschluß vom 11. v. M., was die Realität betrifft, in Uebereinstimmung mit den Anträgen des in dieser Angelegenheit niedergesetzten Ausschusses gegen die bestehende Ordnung der verfassungsmäßigen Stellung des Herzogthums Holstein in der dänischen Monarchie und namentlich gegen den Inhalt der gemeinschaftlichen Verfassung selbst Einwendungen erhoben hat, folgt es von selbst, daß die Regierung dies Verhältniß anders auffassen muß, als mit Rücksicht auf die formelle Frage, ob die Verordnung vom 28. Mai 1831 in Bezugnahme auf genanntes Herzogthum in verfassungsmäßigem Wege verändert worden ist. Die Regierung muß insofern lediglich sich auf ihre schon am 11. v. Monats abgegebene Erklärung beziehen, daß hier Verhandlungen in Frage stehen, mit Rücksicht auf welche ein einseitiges Auslegungsrecht der Bundesversammlung nicht eingeräumt werden kann, wie bereitwillig man übrigens ist, hierüber an der durch Bundesbeschluß vom 29. Juli 1852 gegebenen Grundlage eine nähere Verhandlung anzuknüpfen. Wenn nament-

lich in Zweifel gezogen worden ist, ob das Verfassungsgeſetz für die gemeinſchaftlichen Angelegenheiten der Monarchie durchweg mit den Grundsätzen des Bundesrechts vereinbar ſei, ſo glaubt die Regierung, es werde mittelſt einer näheren Verhandlung erkannt werden, wie wenig hier ein wirklicher Mangel an Uebereinstimmung ſtattfindet. Und inſofern auf die in den Jahren 1851—52 gepflogenen Verhandlungen Bezug genommen worden iſt, hegt die Regierung die Erwartung, daß es zur Klarheit wird gebracht werden können, wie die Regierung, während ſie beſtrebt war, unter Mitwirkung der hollſteinischen Provinzialſtände die Selbſtſtändigkeit der beſonderen Verfaſſung und Verwaltung des Herzogthums Holſtein völlig ſicher zu ſtellen, gleichzeitig bemüht geweſen iſt, den Landeſtheilen, dem Herzogthum Holſtein nicht weniger als den andern, bei der Ordnung der gemeinſchaftlichen Verfaſſungsverhältniſſe gleiche Berechtigung zu Theil werden zu laſſen. Die Regierung kann nicht umhin, angelegentlich zu wünſchen, daß es gelingen möge, die der unangeſochtenen Wirkſamkeit der Geſamtverfaſſung mit Beziehung auf die Herzogthümer Holſtein und Lauenburg ſich entgegenſtellenden Hinderniſſe mittelſt einer näheren Verhandlung baldmöglichſt und ein für allemal zu beseitigen. Allein es läßt ſich kaum verkennen, daß es, falls der Zweck erreicht werden ſoll, gerathen ſein wird, für die Verhandlungen eine von den für die Bundesverſammlung zu Frankfurt ordentlichereweiſe geltenden verſchiedene Form zu ermitteln. Die königliche Regierung darf annehmen, daß dieſe Auffaſſung, um Billigung zu finden, keiner ins Einzelne eingehenden Begründung bedarf. Die Verhandlung würde deſſenungeachtet ſehr wohl in Frankfurt geführt werden können, allein ſie dürfte zwiſchen Delegirten unter ſolchen Formen zu führen ſein, deren Vereinbarung kaum mit Schwierigkeiten verbunden ſein würde, wenn die Anſicht der Regierung über die Verhandlungsweiſe Anerkennung gefunden haben möchte. Auf dieſem Wege würde man ohne Zweifel am leichtesten zur Löſung der vorliegenden Aufgabe gelangen, indem wohl vorausgeſetzt werden darf, daß die Wahl ſeitens des Bundes einen Repräſentanten treffen werde, der mit dem Repräſentanten der königlichen Regierung den Wuſch einer auf gerechte und billige Weiſe, ohne Eingriffe in die Rechte der Krone, zu erreichenden gütlichen Ausgleichung theilen würde. Ueber den für den Anfang dieſer Verhandlung zu wählenden Zeitpunkt können verſchiedene Anſichten obwalten; überwiegende Gründe dürften jedoch dafür reden, daß die endliche Verhandlung erſt nach Bernehmung der hollſteinischen Provinzialſtände zu führen ſei.

III. Inſofern ſchließlich die Bundesverſammlung in ihrem Beſchlusse vom 25. v. M. die Erwartung ausgeſprochen hat, daß die königliche Regierung in den Herzogthümern Holſtein und Lauenburg ſich aller weiteren, mit dem Bundesbeſchlusse vom 11. v. Mts. nicht in Einklang ſtehenden, die dermalige Sachlage ändernden Vorſchritte auf der Baſis der für dieſelben verfaſſungsmäßiger Wirkſamkeit entbehrenden Geſetze enthalten werde, ſaßt die königliche Regierung das Verhältniß folgendermaßen auf:

Es wird zwar nicht zu vermeiden ſein, daß die Wirkſamkeit einzelner Theile der Geſamtſtaatsverfaſſung für das Herzogthum Holſtein aus dem Grunde afficirt wird, daß der Bundesbeſchluss der provinziellen Verfaſſung für das Herzogthum Holſtein theilweiſe Gültigkeit abgeſprochen,

und die Regierung, wie schon ausgesprochen, geglaubt hat, diesem Beschlusse Rechnung tragen zu müssen. Wie es jedoch nur die Wirksamkeit der Gesamtstaatsverfassung ist, welche in gewissen Beziehungen afficirt wird, so weit es das Herzogthum Holstein betrifft, so löst diese Wirkung sich auch nicht über einen gewissen Kreis hinaus erstrecken, indem sonst der in dem verfassungsmäßigen Bande der Monarchie entstehende Riß größer sein würde, als sich durch die Anwendung des 56. Artikels der Wiener Schlußakte auf den § 4 der Verordnung vom 28. Mai 1831 mit irgend einem Rechte begründen ließe. Auch würde dies nicht einmal aus dem Bundesbeschlusse vom 25. v. Mts. herzuleiten sein, welcher die Erwartung ausspricht, daß die Regierung sich von jetzt an in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg aller weiteren, die dermalige Sachlage ändernden Vorschritte enthalten werde. Dieser unbestimmte Ausdruck dürfte nämlich seine rechtliche Erklärung nur im Hinblick auf den ganzen Ausgangspunkt für die von dem Bunde gegen den jetzt bestehenden Zustand erhobene Clirude finden können. Hiernach aber dürfte das Gebiet, auf welchem die verfassungsmäßige Wirksamkeit des Reichsraths mit Beziehung auf das Herzogthum Holstein eine Einbuße erlitten hat, nicht wohl auf andere Weise bezeichnet werden können, als durch einen Hinweis auf die Verträge, welche ihrem Inhalte und Charakter nach früher den holsteinischen Provinzialständen vorzulegen gewesen wären. Die Regierung wird mithin, in Gemäßheit der Bundesbeschlüsse vom 11. und 25. vor. Mts., sich aufgefordert finden, die Verhandlungen mit dem Reichsrathe über den selbigen vorgelegten Entwurf zu einem neuen Zolltarif zur Zeit nicht zum Abschlusse zu führen. Auch wird die Regierung ihr Bestreben dahin richten, daß vermieden werde, von den holsteinischen Provinzialständen zur Deckung der Bedürfnisse der Gesamtmonarchie eine Steueranlage nach Maßgabe der Verordnung vom 11. Juni 1854 § 3 zu fordern, indem solches nur mittelst eines neuen besondern holsteinischen Gesetzes würde geschehen können.

Anders stellt sich das Verhältniß mit Rücksicht auf solche Verfügungen, welche nach den früheren provinzialständischen Begriffen nicht zu dem Gebiet der Gesetzgebung gehörten, welche nie zu einer Verhandlung mit den holsteinischen Provinzialständen geeignet sein würden, und welche daher seiner Zeit von S. M. dem König aus freier Machtvollkommenheit entschieden wurden. Wenn nun S. M. der König sich entschlossen hat, in diesen Angelegenheiten, welche von jeher für die Monarchie gemeinschaftlich gewesen sind, die Mitwirkung seines Reichsraths zu benutzen, so wird die Wirksamkeit eines solchen, nach Zuziehung des Reichsraths gefaßten allerhöchsten Beschlusses für das Herzogthum Holstein von dem deutschen Bunde nicht beanstandet werden können. Dies gilt namentlich mit Rücksicht auf die Bestimmungen, welche über die Ausgaben zu den gemeinschaftlichen Administrationszweigen in dem Biennium 1858 — 1860 getroffen werden sollen. So lange die Regierung einer neuen holsteinischen Steueranlage entbehren kann, und also neuer nur unter Mitwirkung der Provinzialstände zu erlassender Steuergesetze nicht bedarf, wird in dem bevorstehenden hoffentlich kurzen Uebergangszustande mit Beziehung auf das Herzogthum Holstein kein Einwand gegen die regelmäßige unter Mitwirkung des Reichsraths zu bewerkstelligende Ordnung der Ausgaben und Einnahmen sich erheben lassen. Es ist sogar

bei vielen dieser Beschlüsse etwas durchaus Zufälliges, daß die Zustimmung des Reichsraths in der Form eines Gesetzes hervortritt. Der Beschluß ist in der That nur eine Autorisation für die Regierung zur Abhaltung der Ausgaben.

Das somit mit Rücksicht auf finanzielle Bewilligungen geltende gilt auch von andern Gesetzen, z. B. von dem Heerorganisationsplan. Während die dem König gegen den deutschen Bund in militärischer Beziehung obliegenden Pflichten selbstverständlich unverlegbar sind und nicht zur Competenz des Reichsraths gehören, hat andererseits der König stets sein Heerwesen ohne Zuziehung der holssteinischen Provinzialstände geordnet. Wenn nun namentlich mit Rücksicht auf die finanzielle Seite der Heerorganisationsverhältnisse eine Zuziehung des Reichsraths erforderlich ist, wird von dem Standpunkte der früheren holssteinischen Provinzialstände keine Einrede gegen die Beschlüsse erhoben werden können, welche der König nach Zuziehung des Reichsraths hinsichtlich der Organisation seines Heeres fassen möchte. Hiermit soll übrigens nicht in Abrede gestellt werden, daß die Grenze zwischen den Angelegenheiten, rücksichtlich welcher die Wirksamkeit des Reichsraths in Holstein unleugbar afficirt wird, und derjenigen, welche früher der beratenden Wirksamkeit der Provinzialstände völlig entzogen waren, in mehreren Richtungen unbestimmt sein kann. Die Aufforderung, von beiden Seiten einer billigen und gemäßigten Aufsicht Raum zu geben, wird hier aber um so stärker sein, als der Uebergangszustand hoffentlich nicht von langer Dauer sein wird.

No. 7.

**Majoritätsantrag des holssteinischen Ausschusses, eingereicht
in der Sitzung der Bundesversammlung
den 29. April 1858.**

Hohe Versammlung wolle, aus Anlaß der von dem königlich dänischen Herrn Gesandten für Holstein und Lauenburg in der Bundestagsitzung vom 26. März d. J. zu Protocoll gegebenen Erklärung,

- 1) an die königlich dänische, herzoglich holsstein-lauenburgische Regierung, unter Bezugnahme auf die im vorstehenden Vortrage enthaltenen Erörterungen, das Ansuchen stellen, ihr baldmöglichst, und jedenfalls innerhalb der nächsten sechs Wochen, bestimmte Mittheilungen darüber machen lassen zu wollen, wie sie im Vollzuge des Bundesbeschlusses vom 11. Febr. l. J., Ziffer 2, lit. a, die Verhältnisse der Herzogthümer Holstein und Lauenburg zu ordnen gedenke, sich aber auf dieser Grundlage die Beschlußfassung darüber vorbehalten, welcher Werth den in Aussicht

gestellten Verathungen mit deren Ständen beizukommen und ob und in welcher Form weitere Verhandlungen einzuleiten sein werden;

- 2) der königlich-herzoglichen Regierung kund geben, wie sie die Ausführung des Bundesbeschlusses vom 25. Febr. d. J. zunächst als ihre Aufgabe betrachtet, eine weitere Beschlußfassung in dieser Beziehung aber für den Fall vorbehalten werden müsse, daß Vorgänge zur Kenntniß kommen sollten, welche mit dem gedachten Beschlusse nicht in Uebereinstimmung wären, und
- 3) den königlich dänischen, herzoglich holstein-lauenburgischen Herrn Gesandten ersuchen, vorstehenden Beschluß zur Kenntniß seiner höchsten Regierung zu bringen.

No. 8.

**Minoritätsantrag des holsteinischen Ausschusses (Hannover),
eingereicht den 29. April 1858.**

Hohe Bundesversammlung wolle aus Anlaß der vom königlich dänischen Gesandten für Holstein und Lauenburg in der Bundesversammlung vom 26. März d. J. zu Protokoll gegebenen Erklärung

- 1) der k. dänischen herzoglich holstein-lauenburgischen Regierung kund geben, wie sie sich außer Stand befinde, die in Aussicht gestellten Verhandlungen mit den Ständen des Herzogthums Holstein und mit einem Commissair des deutschen Bundestages, unter den Voraussetzungen, Bedingungen und Beschränkungen, mit welchen sie vorgeschlagen sind, für einen zulässigen und zweckmäßigen Weg für die Behandlung der Sache zu erachten;
- 2) an die königlich-herzogliche Regierung das Ersuchen

stellen, wenigstens innerhalb sechs Wochen bestimmte Anzeigen darüber zu machen, welche Einrichtungen und Bestimmungen in Verfassung und Verwaltung sie bezüglich der Herzogthümer Holstein und Lauenburg einzuführen beabsichtige, um für diese einen Zustand herzustellen, wie ihn die Ziffer 2, a, des Bundesbeschlusses vom 11. Febr. d. J. voraussetzt;

- 3) der königlich-herzoglichen Regierung mit Bezug auf die Ausführung des Bundesbeschlusses vom 25. Febr. d. J. erklären, wie sie die Auslegung des Bundesbeschlusses nicht anzuerkennen vermöge, welche in der Erklärung vom 26. März aufgestellt ist, vielmehr sich jede weitere Beschlußfassung vorbehalte falls Vorgänge zu ihrer Kenntniß kommen sollten, welche mit dem Zwecke und Wortlaute jenes Bundesbeschlusses nicht in Uebereinstimmung ständen;
- 4) den königlich dänischen Gesandten ersuchen, vorstehenden Beschluß zur Kenntniß seiner höchsten Regierung zu bringen.

(Die Abstimmung über die Majoritäts- und Minoritätsanträge wird auf den 20. Mai anberaumt.)

No. 9.

Denkschrift der königlich hannoverschen Regierung, in Bezug auf die dänische Erklärung vom 26. März 1858.

Der Bundesbeschluß vom 11. Februar d. J. verlangt von der königlich dänischen Regierung: 1) einen Zustand in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg herbeizuführen, welcher den Bundesgrundgesetzen und den Zusicherungen von 1851 und 1852 entspricht und insbesondere die Selbstständigkeit der besonderen Verfassung und Verwaltung jener Herzogthümer und ihre gleichberechtigte Stellung wahr; 2) Anzeige von den Anordnungen zu erstatten, welche die königlich dänische Regierung zur Herstellung eines solchen Zustandes entweder getroffen hat oder beabsichtigt.

Durch die Erklärung vom 26. März d. J. zeigt nun die königlich dänische Regierung der Bundesversammlung an, welche Anordnungen sie beabsichtigt, um hinsichtlich der Herzogthümer jene geforderten Zustände zu erzeugen. Entsprechen sie dem Bundesbeschlusse? und stellen sie ein Verhältniß für die Herzogthümer her, wie der Bundesbeschluß es verlangt?

1. Zunächst giebt die königlich dänische Erklärung (unter 1) die Mittel an, wodurch sie die formellen Mängel heben will, womit die seit 1854 eingeführten Einrichtungen behaftet sind.

Der Bundesbeschluß vom 11. Februar d. J. spricht nämlich aus, daß die §§ 1—6 des holsteinischen Verfassungsgesetzes vom 11. Juni 1854, ferner die allerhöchste Bekanntmachung vom 23. Juni 1856 und die Gesamtverfassung vom 2. October 1855 für Holstein, beziehungsweise für Lauenburg, rechtungsgültig entstanden seien, weil die Stände von Holstein resp. Lauenburg, nicht bei ihrer Entstehung verfassungsmäßig mitgewirkt hätten. Diese ständische Theilnahme war durch Art. 56 der Wiener Schlusssakte gefordert und außerdem von der königlich dänischen Regierung vertragsmäßig garantirt. Was sichert nun die königlich dänische Regierung in ihrer jüngsten Erklärung zu, um jene formelle Ungültigkeit zu beseitigen?

1) Hinsichtlich der holsteinischen Verfassung vom 11. Juni 1854 will die königliche Regierung der holsteinischen Ständeversammlung denjenigen Theil nachträglich zur Berathung vorlegen, welcher ihrer Berathung im Jahre 1853 entzogen war; damit sei der formelle Mangel gehoben, sagt jene Erklärung. Da die königliche Regierung bisher beständig die Vorlage der §§ 1—6 verweigerte, so kann die Zusage in der jetzigen Erklärung insofern als eine Art Concession gegen den Bund und Holstein angesehen werden. Indessen nähere Betrachtung der Sache zeigt, daß die nachträgliche Vorlage weder den formellen Mangel hebt noch im Zustande Holsteins etwas bessert, ja noch außerdem die Holsteiner bedroht, bei dieser Gelegenheit in ihre Sonderverfassung jene Theilung der gemeinschaftlichen und besonderen Sachen eingeschoben zu bekommen, welche in der allerhöchsten Bekanntmachung vom 23. Juni 1856 festgestellt war. Im Berliner Frieden und bei den Stipulationen der drei allerhöchsten Höfe wurde bekanntlich hinsichtlich der Stellung der Herzogthümer im Gesamtstaate und bezüglich ihrer Verfassung und Verwaltung der Zustand vor dem Kriege (status quo ante) als Ausgangspunkt angenommen und festgesetzt, daß (mit einigen zugestandenen Ausnahmen) die Zustände vor dem Kriege wieder hergestellt und dann nicht anders geändert, „weiter fortgebildet und entwickelt“ werden sollten als in verfassungsmäßigem Wege (königlich dänische Depesche vom 6. December 1851, kaiserlich österreichische Depesche vom 26. December 1851, königlich preussische Depesche vom 30. December 1851, Bundestagesprotocolle 1852, S. 779.) Was war also bei der ständischen Mitwirkung vorausgesetzt? Existenz des status quo ante und daß von ihm ausgegangen werde. Unter welchen Umständen soll jetzt die nachträgliche Vorlage der §§ 1—6 geschehen? Die Institutionen, auf welche sie sich beziehen, sind bereits durch die Verfassungsgesetze von 1854, namentlich durch die Principien der Gesamtverfassung fortgebildet und stehen entwickelt da; der status quo ante besteht zum großen Theile nicht mehr, und die königlich dänische Regierung hat ihn nicht etwa gegenwärtig hergestellt: es ist also keine freie Mitwirkung zu einem neuen Verfassungszustande offen. So zeigt sich denn, daß die nachträgliche Vorlage der §§ 1—6 bedeutungslos ist im Sinne der Stipulationen und nicht als eine Erfüllung derselben dargestellt werden kann. — Sie genügt auch nicht dem Artikel 56 der Wiener Schlusssakte. Wenn eine Verfassung ohne Annehmen

des verfassungsmäßigen Weges abgeändert ist, so folgt aus jenem Artikel nicht nachträgliche Vorlage der neuen Verfassungsbestimmungen, welche wider seinen Wortlaut eingeführt sind, sondern vielmehr zunächst Ungültigkeit dieser letzteren und Herstellung des früheren Verfassungszustandes. Stellte nun etwa die königlich dänische Regierung den status quo ante her? Oder behält sie nicht vielmehr im Wesentlichen das Neue bei und legt es als bestehend den Ständen nur zum Besprechen vor, weil sie vermöge des bloßen Verathungsrechtes keine Befugniß der Aenderung haben? Obgleich aber demnach der bestehende formelle Mangel nicht durch die nachträgliche Vorlage aufgehoben wird, so könnte man diese doch noch immer als eine, wenn auch höchst theilweise, Abhülfe des holsteinischen Verfassungszustandes und als stückweise Vereitwilligkeit, dem Bundesbeschlusse vom 11. Februar zu entsprechen ansehen, wenn die königlich dänische Regierung beabsichtigte, bei jener Vorlage die Beeinträchtigungen aufzuheben und gut zu machen, welche sie wider die Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 und wider den Wortlaut der §§ 1 — 6 der Verfassung vom 11. Juni 1854 den besondern Angelegenheiten der Herzogthümer in Verfassung und Verwaltung zugefügt hat. Davon ist aber in der jüngsten Erklärung keine Rede. Eine reelle Abhülfe zu Gunsten der Selbstständigkeit der Herzogthümer in Verfassung und Verwaltung folgt also nicht aus der Vorlage; sie enthält keinen Fortschritt im Sinne der Forderung, welche der Bundesbeschluß vom 11. Februar an die königliche Regierung stellte. Zudem also die Bundesversammlung die Vorlage so genehmigte, wie sie jetzt in der Erklärung angezeigt ist, so sanctionirte sie mittelbar, daß jene Beeinträchtigungen von der königlich dänischen Regierung mit Recht in die holsteinische Verfassung aufgenommen würden. Will dies die Bundesversammlung? Kann sie es? Vielmehr glauben wir anzunehmen zu müssen, daß dem Bunde und Holstein ein bedeutender Schaden geschähe, wenn die Vorlage so vor sich ginge, wie die königlich dänische Regierung sie beabsichtigt. Wie wir nämlich die letztere verstehen, so will die königliche Regierung die §§ 1—6 in einem neu redigirten Entwurfe vorlegen, welcher dem Inhalte der allerhöchsten Bekanntmachungen vom 23. Juni 1856 (worin die besondern Angelegenheiten des Herzogthums Holstein verfassungswidrig bestimmt werden) und vom 16. October 1855 (worin ein Ministerium des Innern für die Monarchie mit verfassungswidriger Competenz eingeführt ist) entspricht.

2. Die allerhöchste Bekanntmachung vom 23. Juni 1856 (Bestimmung der besondern Angelegenheiten Holsteins) anlangend, so ist ihre nachträgliche Vorlage nicht einmal in der königlich dänischen Erklärung erwähnt. Wie schon gesagt, die königliche Regierung beabsichtigt aller Wahrscheinlichkeit nach den Inhalt jener Bekanntmachung in den § 3 des holsteinischen Verfassungsgesetzes zu setzen und so den Ständen zum Verathen vorzulegen. Auf diese Weise hätte dann die königliche Regierung den doppelten Vortheil, einmal, daß sie nichts hinsichtlich der Scheidung in allgemeine und besondere Angelegenheiten im Sinne des Bundesbeschlusses vom 11. Februar verbesserte und doch dazu die Genehmigung des Bundes bekäme — insofern dieser die nachträgliche Vorlage der §§ 1 — 6 so billigte, wie die königlich dänische Erklärung anzeigt.

3. Die Gesamtverfassung der Monarchie vom 2. October 1855

betreffend, so spricht a, die königlich dänische Erklärung aus, daß sie auch jetzt nicht den Ständen der Herzogthümer zur Berathung vorgelegt werden solle. Freilich würde die nachträgliche Vorlage die formelle Unthätigkeit nicht heben, welche dadurch entstanden ist, daß den Ständen der Herzogthümer keine Mitwirkung beim Schaffen der Gesamtverfassung eingeräumt wurde. Es gilt hier was wir bereits oben von der nachträglichen Vorlage der §§ 1 — 6 der holsteinischen Verfassung sagten. Namentlich den Stipulationen von 1851 und 1852 gegenüber enthielt die nachträgliche Vorlage der bestehenden Gesamtverfassung eine so wesentliche Berrückung des Zweckes der vorgängigen Vorlage, daß jene nimmermehr für gleichbedeutend mit dieser und für eine Erfüllung der Verbindlichkeit ausgegeben werden könnte. Denn die bedungene Mitwirkung der Stände bei dem Schaffen der Gesamtverfassung hatte offenbar den Zweck, den Ständen Gelegenheit zu bieten, Unterordnung und Uebervortheilung in der Gesamtmonarchie abzuwehren (was namentlich von den lauenburgischen Ständen mit großem Effecte geschehen konnte, da sie das Zustimmungsgerecht besaßen) und nöthigenfalls die Intervention des Bundes anzurufen. Jetzt aber, nachdem die Verfassung der Monarchie geschaffen ist, würde die nachträgliche Vorlage für Holstein ohne allen praktischen Effect sein, während sie dagegen allerdings die lauenburgischen Stände wegen ihres Zustimmungsgerechts in die gute Position brächte, nöthigenfalls die Gesamtverfassung ganz oder theilweise zu verwerfen. Auch könnte der Bund gar nicht einwilligen und seine Mitwirkung dazu leisten, daß diese Gesamtverfassung, welche er wegen ihres Inhalts theilweise für illegal erklärt hat, nachträglich den Ständen der Herzogthümer unverändert vorgelegt werde. Von diesen Umständen aber abgesehen, enthält die Weigerung der königlich dänischen Regierung, auch nur nachträglich die Gesamtverfassung den Ständen ebenso vorzulegen, wie die §§ 1 — 6 der holsteinischen Verfassung, jedenfalls kein Moment, welches als ein Entgegenkommen oder eine Concession gegenüber der bundesmäßigen Nothwendigkeit aus Artikel 56 der Wiener Schlussakte und den Stipulationen gedeutet werden könnte. b) Dagegen erbiethet sich die königlich dänische Erklärung anstatt der Vorlage zu folgender Procebur: a a) Zu dem neuen Entwurfe der §§ 1 — 6 (d. h. also in der Sonderverfassung Holsteins) soll noch ein weiterer Paragraph des Inhalts gefügt werden, daß es dem Könige vorbehalten bleibe, die Stellung des Herzogthums in der dänischen Monarchie zu ordnen. bb) Dieser Paragraph und dessen Berathung werde dann den holsteinischen Ständen Berechtigung und Gelegenheit geben, vom Sonderstandpunkte Holsteins ihre Wünsche und Ansichten über ihre Stellung in der dänischen Monarchie, d. h. über die Gesamtverfassung auszusprechen. c c) Diese Wünsche würden nicht bindend sein, aber als Material dienen können, wenn einmal König und Reichsrath eine Aenderung der Gesamtverfassung und des Wahlgesetzes vornehmen sollten.

Enthalten diese Anerbieten ein genügendes Surrogat für die widerrechtlich entzogene ständische Mitwirkung beim Schaffen der Gesamtverfassung? Gewähren oder versprechen sie für die Herzogthümer eine Abhülfe hinsichtlich ihrer gegenwärtigen ungerechten Stellung in der dänischen Monarchie? Können sie als eine Erfüllung der Forderung angesehen werden,

welche der Bundesbeschluß vom 11. Februar d. J. an die königlich dänische Regierung stellte? Wir müssen ihnen alle diese Eigenschaften absprechen. Es ist eine starke Zumuthung an den Bund, daß er seine Zustimmung dazu geben soll, in die holsteinische Sonderverfassung einen Vorbehalt einzuschreiben und nur der Verathung der Stände zu unterziehen, daß der König einseitig, (d. h. ohne Mitwirkung der holsteinischen Stände) die Stellung Holsteins zu ordnen haben solle, so weit dieses Ordnen über die Bestimmungen der §§ 1 — 6 hinausgehe. Ist es nicht eine Hauptbeschwerde des Bundes, daß die königlich dänische Regierung einseitig bei der Gesamtverfassung zu Werke ging? Soll er jetzt nachträglich und ganz beiläufig das Prinzip des Artikels 56 der Wiener Schlussakte und der Verabredungen von 1851 und 1852 zu Gunsten der königlich dänischen Regierung aufgeben? Und hat er überhaupt ein Recht, Holstein durch Anerkennung eines solchen Vorbehaltes noch schlechter zu stellen und der einseitigen Disposition seiner Regierung preis zu geben? Wahrscheinlich glaubt die königlich dänische Regierung, daß sie in die holsteinische Verfassung einen solchen Vorbehalt bringen könne und müsse, weil sie ihn auch in die lauenburgische Verfassung bei deren Publication hinein octroyirt hat. Indessen gerade dieses einseitige Hineinschreiben bildet mit ein Gravamen der lauenburgischen Landschaft (Seite 11 der lauenburgischen Beschwerde) und ist nicht vom Bundestage gebilligt worden. Wie kommt die königlich dänische Regierung darauf dem Bunde anzufinnen, daß er freiwillig dasselbe Gebrechen für die holsteinische Verfassung genehmigen soll? Auch würde der Bund mittelbar seine bisherige Rechtsbasis aufgeben, wenn er einräumte, daß erst jener Vorbehalt geschaffen werden müsse, ehe die Stände über die Gesamtverfassung reden dürften. Die königlich dänische Regierung geht bei dem Vorschlage eines solchen Vorbehaltes davon aus, daß die Stände kein Recht besäßen über die Gesamtverfassung zu verathen; sie sucht daher erst nach einem besonderen neuen Anhaltspunkt, um auch nur das Vortragen von ständischen Wünschen und Ansichten zu legitimiren. Und die Bundesversammlung, welche unbedingt von einem Recht der Stände auf Mitwirkung bei der Gesamtverfassung ausgeht, sollte jenen entgegengesetzten dänischen Standpunkt adoptiren und die bisherige Basis aufgeben? Das wäre eine große Concession und eine starke Inconsequenz!

Von dem projectirten Vorbehalte aber abgesehen, hat das Hören der Stände über ihre Wünsche und Ansichten bezüglich der Gesamtverfassung an sich keinen Werth als Abhilfe im Sinne des Bundesbeschlusses oder als Concession für den Bund und die Herzogthümer, dagegen aber große Bedenken. Die königliche Regierung will den Ständen keine Propositionen über eine neue oder abgeänderte Gesamtverfassung machen, welche die gerügten Fehler vermeidet. Sie erklärt im Voraus, daß Alles, was die Stände über die Gesamtverfassung sagen würden, höchstens als schätzbare Material für den Reichsrath dienen könne, wenn dieser einmal eine Aenderung der Gesamtverfassung vornehmen sollte, daß also von Verhandlung mit ihnen über die Gesamtverfassung gar keine Rede sei. Werden die holsteinischen Stände unter diesen Aussichten daran gehen, nochmals Wünsche und Ansichten auszusprechen, nachdem sie bereits im vorigen Jahre ihre Bedenken abgegeben haben? Werden sie sich etwa herbeilassen, selbst Vor-

schläge über eine bessere Einrichtung der Gesamtverfassung aufzustellen? Man kann mit mathematischer Sicherheit voraussagen, daß sie sich nicht völlig vergebliche Mühe machen werden. Der Schluß dieses Hörens der Stände fiel also nicht anders aus als im vorigen Jahre, wo die allerhöchsten Höfe von Wien und Berlin schließlich dem Bundestage vortragen mußten, daß die Versammlung der holsteinischen Stände geschlossen worden sei, ohne daß Aussicht auf eine weiter gehende Verhandlung der Sache bestehe. — Außerdem verläßt der Bund seinen bisherigen Standpunkt und wird inconsequent, wenn er die Stände der Herzogthümer vorschiebt, um zu erfahren, was er thun soll. Von dem ersten vorläufigen Berichte des Ausschusses für die holstein-lauenburgische Sache an, durch alle Verhandlungen und Beschlüsse des Bundestages hindurch bis zur jüngsten Zeit, ging die Bundesversammlung davon aus, daß es sich nicht bloß um eine Reclamation der lauenburgischen Landschaft, sondern um Aufrechterhaltung von Gesetzen und Rechten des Bundes aus eigenem Antriebe handle — eine Anschauung, die so stark vorwaltete, daß der lauenburgischen Landschaft nicht einmal der Bundesbeschluß vom 11. Februar d. J. mitgetheilt wurde. Auch ist in Bezug auf Holstein das Auftreten des Bundes ex officio außer Zweifel, da die holsteinischen Stände gar nicht reclamirt haben. Wie stimmt es nun mit diesem Principe, wenn jetzt der Bundestag die holsteinischen Stände dazu braucht, um zu einer Ansicht zu kommen, wie er seine Rechte verteidigen soll? Ist es des Bundes würdig, daß er gewissermaßen auf das Hören jener Stände provocirt, obgleich er wissen muß, daß sie sich ohne vorliegende Propositionen weder mit Nutzen äußern können noch werden. Freilich wendet man ein, daß dem Bunde nicht zuzumme, eine neue Organisation der Gesamtverfassung in den Herzogthümern ohne Mitwirkung der Stände anzuordnen. Ist denn aber der Bund schon so weit, daß er anordnen will? Hat er eine neue, bessere Ordnung der Dinge in der Hand? Bis jetzt sehen wir nichts davon. Wenn er einmal zu diesem Punkte gelangt und im Besitze eines bestimmten Organisationsplanes ist, dann mag es auch richtig und gut sein die Stände darüber zu hören. Vorläufig thut er aber nach unserer Ansicht wohl, wenn er bei der Rolle bleibt, welche er und die beiden Großmächte bei dem Berliner Frieden in der Sache der Herzogthümer gespielt haben, nämlich nicht direct den Inhalt bestimmen zu wollen, welchen die Organisation des Gesamtstaates haben soll, sondern nur die Verpflichtungen aufrecht zu erhalten, welche die königlich dänische Regierung übernommen hat und die meistens negativen Charakters sind, d. h. sagen, was die Gesamtverfassung nicht enthalten soll. Die Initiative zu positiven Vorschlägen liegt jetzt der königlich dänischen Regierung ob. Man lasse sie bei ihr und wolle sie auch nicht den Ständen zuschieben und sie auf diesem Umwege doch mittelbar übernehmen.

4. Wir haben hier noch zu erwähnen, daß nach der königlich dänischen Erklärung Lauenburg bei Hebung der formellen Mängel, welche die Regierung beabsichtigt, gar nicht berücksichtigt wird, sondern nur Holstein. Bezüglich der lauenburgischen Landschaft ist von einer nachträglichen Vorlage der neueren Anordnungen, welche die Verfassung und Verwaltung des Herzogthums betreffen, eben so wenig die Rede, als von einer Vorlage der Gesamtverfassung oder auch nur von einem Hören darüber. Wo-

her rührt dieses völlige Vergessen Lauenburgs? Der Eingang der königlich dänischen Erklärung sucht es zu rechtfertigen; wir glauben aber, daß der wahre Grund darin liegt, daß Lauenburg schon immer das Zustimmungserrecht in Verfassungssachen besaß und also die königlich dänische Regierung diesen Ständen nicht blos zum leeren Schein nachträglich Verfassungsbestimmungen vorlegen könnte. Jedenfalls darf bei der Taxation der königlich dänischen Erklärung nicht übersehen werden, daß sie hinsichtlich Lauenburgs ad. I keine Concession enthält.

II. Sodann zeigt die königlich dänische Regierung (unter II) an was sie zur Abhülfe der Beschwerden thun will, welche gegen den Inhalt der Organisation des Gesamtstaats von Seiten des Bundestags erhoben worden sind. Der Bundesbeschluß vom 11. Februar d. J. und dessen Motivirung zählt nämlich eine Reihe von Einrichtungen in der Organisation der Verfassung und Verwaltung des Gesamtstaates auf, welche theils wider die Bundesgrundgesetze, theils gegen die abgeschlossenen Verträge von der königlich dänischen Regierung eingeführt wurden und den Herzogthümern eine untergeordnete Stellung in der Gesamtmonarchie geben oder ihre garantierte Selbstständigkeit als Sonderkörper kränken. Hierauf fordert der Bundesbeschluß die königlich dänische Regierung auf, hinsichtlich der Herzogthümer einen anderen Zustand herzustellen, welcher den Grundgesetzen des Bundes und den Stipulationen entspricht. Was bietet nun die königliche Regierung dem Bunde? Erklärt sie, in irgend einem Punkte Abhülfe der Beschwerden angeordnet zu haben? Verspricht sie in irgend einem Punkte Abhülfe leisten zu wollen? Proponirt sie dem Bunde irgend welche Maßregeln, welche an und für sich einen besseren Zustand herbeizuführen vermögen? Nichts von alledem; sie jagt einfach dem Bunde: Verhandeln wir mit einander. Liegt in dieser Willfährigkeit der königlich dänischen Regierung, mit dem Bunde zu verhandeln, eine Concession oder eine Erfüllung des Bundesbeschlusses vom 11. Februar? Nicht im entferntesten. Sie geht ja dabei nicht davon aus, daß der Bund ein Recht besitze von ihr eine andere Stellung der Herzogthümer zu fordern; sie will nicht über die Erfüllung des Verlangens verhandeln, welches der Bund gestellt hat, sondern sie leugnet ausdrücklich die Competenz des Bundes, einseitig solche Forderung zu stellen; sie stellt als Ziel der Verhandlungen auf, bei dem Bunde zu bewirken, daß die Gesamtverfassung, wie sie jetzt ist, ungehinderte Wirksamkeit auf die Herzogthümer finde, d. h. daß der Zustand bleibe, wie er jetzt ist; sie will den Bund in den Verhandlungen überzeugen, daß jene erhobenen Beschwerden unbegründet sind. Sie beabsichtigt also bei den Verhandlungen als zweiter Theil zu erscheinen, welcher dem Bunde völlig gleichberechtigt ist, und mit ihm erst noch darüber zu rechten habe, ob die Forderung des Bundesbeschlusses vom 11. Februar und was von ihr zu erfüllen sei. Deshalb auch die proponirte Form der Verhandlung: von jedem Theile ein Delegirter, natürlich mit dahinter stehendem gleichberechtigten Ratificationsrechte des Bundestages und des dänischen Reichsrathes. Unmöglich kann der Bund den Vorschlag zu solcher Verhandlung annehmen. Da die Proposition der königlich dänischen Regierung nicht die Competenz des Bundestages zu der Forderung zur Basis hat, welche im Bundesbeschlusse vom 11. Februar gestellt ist, so verrückt der Bundestag selbst seine rechtliche

Position, wenn er auf Unterhandlungen eingeht, bei denen der andere Theil ihm von Haus aus eine falsche Rechtsbasis zuschreibt, und sich selbst eine rechtliche Stellung beilegt, welche der Bund nicht anerkennen kann. Da ferner die königlich dänische Regierung nur an den Bundesbeschluß vom 29. Juli 1852 anknüpfen will, bekanntlich aber leugnet, daß die Stipulationen von 1851 und 1852 integrierende Bestandtheile dieses Bundesbeschlusses seien, so würde der Bundestag die Grundlage jener Stipulationen mittelbar aufgeben, indem er auf Verhandlungen sich einließe, welche nur von dem Bundesbeschlusse vom 29. Juli 1852 ausgehen. Da endlich die königlich dänische Regierung dem Bundestage keine positiven Maßregeln, um den Herzogthümern eine bessere Stellung zu erwirken, proponirt hat als Unterlage der Verhandlungen, so würden diese schwerlich zu irgend einem gedeihlichen Resultate führen. Wo beide Unterhändler von ganz verschiedener Basis ausgehen, wo Dänemark den Grund der erhobenen Beschwerden leugnet und außerdem keine positive Unterlage der Verhandlung vorliegt, da ist es fast nothwendig, daß diese in einen fruchtlosen Meinungsstreit ausläuft und ohne Resultat endigt. Hat man nicht bereits seit 1856 verhandelt, um Dänemark zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten zu bewegen? Was fruchtete die Verhandlung? Oder soll die Bundesseite die Initiative zu positiven Vorschlägen ergreifen? Das wäre ein gefährlicher Wechsel der Rollen, welcher das dänische Ministerium und den Reichsrath zum Richter über die Propositionen des Bundes setzte. Und angenommen, die beiden Verhändler vereinigten sich über abhelfende Maßregeln — welche Garantie besteht, daß sie vom dänischen Ministerium und Reichsrathe genehmigt werden?

Nach unserer Auffassung gewährt die königlich dänische Regierung gegenüber der Forderung des Bundesbeschlusses vom 11. Febr. d. J. durchaus nichts Besseres, am allerwenigsten aber Genügendes, was für eine Erfüllung desselben angesehen werden dürfte. Die königliche Regierung will nur so weit den Bundesbeschluß direct erfüllen, als er die §§ 1 — 6 der holsteinischen Verfassung vom 11. Juni 1854 betrifft; und auch diese Erfüllung soll nur ausgeführt werden, weil die königliche Regierung dabei nichts opfert, und da sie außerdem jene Erfüllung so einzurichten gedenkt, daß sie für ihre unrechtmäßige Scheidung in gemeinschaftliche und besondere An gelegenheiten eine Legalisation gewinnt. Sonst aber bleibt die königliche Regierung dabei, daß die Stände der Herzogthümer kein Recht auf eigentliche Verhandlung über die Gesamtverfassung besitzen und auch kein solches bekommen sollen; sie leugnet nach wie vor die Competenz des Bundes, einseitig Aenderungen der Gesamtverfassung zu fordern; sie giebt nur die Competenz des Bundes zu, so weit sie unbestritten sei, und erachtet sich nur so weit zur Erfüllung der Bundesbeschlüsse verpflichtet. Maßregeln, welche die Herzogthümer in eine bessere Lage versetzen, und die der Bundesbeschluß vom 11. Febr. fordert, werden von ihr nicht verheißten, sondern sie erklärt nur: einerseits will ich anhören, was die holsteinischen Stände wünschen, aber dann mit den Wünschen thun, was ich mag; andererseits bin ich geneigt mit dem Bunde einen Versuch zur Güte zu machen, aber ohne feste Grundlage, ohne Proposition und Zusage und ohne Garantie für Erfüllung des Ausgemachten. Außerdem wird Holstein und Lauenburg in der königlich dänischen Erklärung getrennt gehalten, und das letztere ganz

in den Hintergrund geschoben. Es kann kaum verkannt werden, daß nicht die Absicht, den Bundesbeschluß vom 11. Februar zu erfüllen, der königlich dänischen Erklärung zu Grunde liegt, sondern daß die Tendenz in ihr vorwaltet, die holstein-lauenburgische Angelegenheit zu verschleißen und dem Bunde gegenüber eine günstige Position zu gewinnen. Es sollen die holsteinischen Stände gehört werden, vielleicht dann nachträglich auch noch die lauenburgische Landschaft; darüber vergeht wenigstens ein halbes Jahr. Erst hierauf wäre Verhandlung mit dem Bunde einzuleiten, obgleich das Material, welches aus dem Anhören der Stände entspringt, nach der königlich dänischen Erklärung nur für Regierung und Reichsrath bestimmt ist. Diese Verhandlung kostet gewiß noch ein halbes Jahr. So würde im Ganzen wieder ein ganzes Jahr zum Opfer gebracht, nachdem schon 1856 — 1857 mit vergeblichen Verhandlungen verfloßen war. Und wenn sich der Bund mit der Basis, welche die königlich dänische Erklärung einnimmt, auf Verhandlungen einließe, so glitte ihm sein bisheriger Rechtsboden und seine Competenz unter den Füßen weg. Jedenfalls steht wohl fest, daß die königlich dänische Regierung dem Bundesbeschlusse vom 11. Februar durch ihre Erklärung nicht genügt hat; denn sie zeigt weder getroffene noch beabsichtigte Aenderungen an, welche dem Zustande der Herzogthümer Abhülfe bringen. Nach unserer Ansicht würde daher bei der Bundesversammlung durch den Ausschuß beantragt werden dürfen zu beschließen: daß die Bundesversammlung zwar nichts dagegen zu erinnern finde, wenn die königlich dänische Regierung den holsteinischen Ständen denjenigen Theil der Verfassung Holsteins vom 11. Juni 1854, welcher noch nicht zur Verathung vorgelegen hat, vorlegen wolle, vorausgesetzt, daß in der Vorlage nichts enthalten sei, was der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 und den Stipulationen von 1851 und 1852 widerspräche; daß aber im übrigen die Erklärung vom 26. d. M. nicht als eine genügende Erfüllung des Bundesbeschlusses vom 11. Februar d. J. angesehen werden könne und demnach an die königlich dänische Regierung das Ersuchen wiederholt werden müsse, binnen einer Frist von 6 Wochen Anzeige über die Anordnungen erstatten zu lassen, welche sie zur Herbeiführung des in der No. 2, a, des Bundesbeschlusses vom 11. Februar bezeichneten Zustandes getroffen habe oder beabsichtige. — Es dürfte nicht rathlich sein, wenn jetzt der Bund nur Propositionen zur Verhandlung fordern wollte, weil dadurch die königlich dänische Regierung von der weitergehenden Pflicht liberirt würde, welche der Bundesbeschluß vom 11. Februar stellt, und sich dann die Erfüllung nur um Einbringen von Vorschlägen drehte. Festes Beibehalten der Position des Bundesbeschlusses vom 11. Februar ist wohl unerläßlich und das Beste.

III. Außerdem zeigt noch die königlich dänische Erklärung an, wie der Bundesbeschluß vom 25. Februar d. J. erfüllt werden solle. Dieser forderte nämlich, daß die königlich dänische Regierung bezüglich der Herzogthümer Holstein und Lauenburg nicht weiter mit neuen Gesetzen und Maßregeln fortfahre, welche auf der verfassungswidrigen Basis der §§ 1—6 der holsteinischen Verfassung von 1854, der Bekanntmachung vom 23. Juni 1856 und der Gesamtverfassung vom 2. October 1855 geschaffen wären und die dermalige Sachlage in den Herzogthümern ändern. Sagt nun

die königlich dänische Regierung zu, dieser Aufforderung zu entsprechen? Sie giebt an, sie verstehe den Bundesbeschluß so, daß die königliche Regierung keine neuen Gesetze erlassen solle, hinsichtlich deren die holsteinischen Stände nach der holsteinischen Verfassung von 1831 ein Mitwirkungsrecht besaßen hätten; daß sie dagegen mit dem Reichsrathe weiter gesetzgebend procediren dürfe, wo es auf Gegenstände ankomme, welche vormalß nicht zur Competenz der holsteinischen Stände gehörten. Lauenburg wird auch hier nicht weiter in Betracht gezogen. Liegt in dem Bundesbeschluß vom 25. Februar d. J. eine solche Unterscheidung, wie die königlich dänische Regierung sie macht? War es Absicht, ihr weiteres legislatorisches Fortschreiten mit Hülfe des Reichsrathes in den Fällen zu gestatten, wo sie glaubt, daß ehemals die holsteinischen Stände nicht competent gewesen seien, und selbst wenn jenes Fortschreiten dem Zustande der Herzogthümer neue Beeinträchtigung zufügt? Wollte der Bundesbeschluß das Herzogthum Lauenburg nicht mit in das Inhibitorium eingeschlossen wissen? Es kann schwerlich einem Zweifel unterliegen, daß der Bundesbeschluß alle neuen Gesetze und Maßregeln, welche mit dem Reichsrathe geschaffen werden und die faktische Sachlage zum Nachtheile der Herzogthümer Holstein und Lauenburg verändern, ausgeschlossen wissen wollte. Denn er geht ja von Verfassungswidrigkeit der Gesamtverfassung und also auch des Reichsrathes bezüglich der Herzogthümer aus. Wenn die Auslegung des Bundesbeschlusses vom 25. Februar von dem Bundestage anerkannt würde, welche die königlich dänische Regierung macht, so ist dem weiteren Fortschritte des dänischen Interesses auf der Bahn gegen die Herzogthümer Thor und Thür offen und der eigentliche Zweck des Bundesbeschlusses vereitelt. Oder will jene Regierung den Herzogthümern und dem Bunde anheim stellen zu entscheiden, was ehemals zu der ständischen Competenz in beiden Herzogthümern gehört hat? Denn wenn sie und der Reichsrath diese Competenz anlegen, so ist es ganz klar, daß so ziemlich jedes Gesetz nach ihrer Ansicht zulässig sein wird. Daher geht es auch wohl nicht an, daß der Bundestag jetzt schweigend die dänische Auslegung hinnimmt, sondern nach unserer unmaßgeblichen Ansicht dürfte vom Ausschusse zu beantragen sein, daß die Bundesversammlung der königlich dänischen Regierung erkläre: sie könne jene Auslegung des Bundesbeschlusses vom 25. Februar nicht gut heißen, sondern müsse die Erwartung aussprechen, daß sich die königlich dänische Regierung aller neuen Gesetze und Maßregeln enthalten werde, welche die dermalige Sachlage in den Herzogthümern zu deren Nachtheil verändern. Sie behalte sich im Einzelfall das Weitere vor.

No. 10.

Beschluß der Bundesversammlung vom 20. Mai 1858.

Die Bundesversammlung beschließt aus Anlaß der von dem königlich dänischen Herrn Gesandten für Holstein und Lauen-

burg in der Bundestagesitzung vom 26. März l. J. zu Protokoll gegebenen Erklärung:

- 1) an die königlich dänische, herzoglich holstein-lauenburgische Regierung unter Bezugnahme auf die in dem Ausschußvortrage enthaltenen Erörterungen, das Ansuchen zu stellen, ihr baldmöglichst, und jedenfalls innerhalb der nächsten sechs Wochen, bestimmte Mittheilung darüber machen lassen zu wollen, wie sie im Vollzuge des Bundesbeschlusses vom 11. Februar l. J. Ziffer 2, lit. a, die Verhältnisse der Herzogthümer Holstein und Lauenburg zu ordnen gedenke, sich aber auf dieser Grundlage die Beschlußfassung darüber vorzubehalten, welcher Werth den in Aussicht gestellten Berathungen mit deren Ständen beikomme, und ob und in welcher Form weitere Verhandlungen einzuleiten sein werden;
- 2) der königlich-herzoglichen Regierung in Bezug auf die Ausführung des Bundesbeschlusses vom 25. Februar zu erklären, daß sie die Auslegung dieses Bundesbeschlusses nicht anzuerkennen vermöge, welche in der dänischen Erklärung vom 26. März aufgestellt sei, vielmehr sich jede weitere Beschlußfassung vorbehalte, falls Vorgänge zu ihrer Kenntniß kommen sollten, welche mit dem Zwecke und Wortlaute jenes Bundesbeschlusses nicht in Uebereinstimmung ständen.

Bei der in der Sitzung vom 20. Mai erfolgten Abstimmung giebt der königlich dänische Gesandte Nachstehendes zu Protokoll:

Die in der Erklärung vom 26. März l. J. enthaltenen Anerbietungen waren aus dem ernstesten und aufrichtigen Bestreben hervorgegangen, alle hinsichtlich der Verfassungsverhältnisse der Herzogthümer Holstein und Lauenburg obschwebenden Verwickelungen durch eine den beiderseitigen Rechten und Interessen entsprechende Verständigung dauernd und in möglichst

kurzer Zeit zu ordnen. Desto mehr hat die königliche Regierung bedauert, daß diese Auerbietungen sich wider Erwarten eines entsprechenden Entgegenkommens nicht zu erfreuen gehabt haben. Indem der Gesandte namentlich angewiesen ist, sich auf die Namens seines Souverains abgegebenen Erklärungen zurückzubeziehen (namentlich auch, was die Grenzen angeht, innerhalb welcher von der königlich dänischen Regierung eine Competenz des Bundes auf Grund der Bundesakte und der Wiener Schlußakte anerkannt wird), hat derselbe gegen die Ausschufsanträge zu stimmen, übrigens seiner allerhöchsten Regierung ausdrücklich die ferneren Erklärungen vorzubehalten, zu denen etwa die Behandlung der Sache Gelegenheit oder Aufforderung geben möchte.

No. 11.

Erklärung der königlich dänischen Regierung auf den Beschluß der Bundesversammlung vom 20. Mai, übergeben in der Sitzung der Bundesversammlung vom 15. Juli 1858.

Die königliche Regierung will sich auf die vielen in den Ausschufsvorträgen zum Vorschein gekommenen Aeußerungen nicht näher einlassen, welche zu einer Beschwerde oder Widerlegung Stoff enthalten würden, wenn eine in das Detail eingehende Prüfung nothwendig wäre. Sie will sich im Interesse der Sache darauf beschränken, gegen die in denselben aufgestellten Behauptungen, welche einen Eingriff in die Rechte Sr. Majestät des Königs enthalten, Verwahrung einzulegen.

Was nun den Bundesbeschluß selbst betrifft, laut dessen die königliche Regierung ersucht wird, bestimmte Mittheilung darüber machen lassen zu wollen, wie sie in Vollzug des Bundesbeschlusses vom 11. Februar l. J. Ziffer 2, lit. a, die Verhältnisse der Herzogthümer Holstein und Lauenburg zu ordnen gedenke, indem die Bundesversammlung sich auf dieser Grundlage die Beschlußfassung darüber vorbehält, welcher Werth den in Aussicht gestellten Verathungen mit deren Ständen beizumessen, und ob und in welcher Form weitere Verhandlungen einzuleiten sein werden, so vermag die königl. Regierung nicht einzusehen, wie eine solche Mittheilung auf dem jetzigen Standpunkte der Angelegenheit vor Eröffnung der Verhandlungen ohne eine Anticipation thöulich sein solle, welche mit dem Zwecke selbst, der Erreichung einer gütlichen Uebereinkunft über die endliche Ordnung der von dem Herzogthume Holstein und dem Herzogthume Lauenburg einzunehmenden Stellung in der Verfassung des dänischen Gesamtstaats im Widerspruch stehen würde.

Nächstlich des Herzogthums Lauenburg glaubt die königliche Regierung sich auf ihre unterm 4. Februar d. J. abgegebene Erklärung beziehen zu können. Dieselbe erlaubt sich nur, da in dem Ausschufsbericht vom 11. Februar die Aeußerung sich findet, daß die von der königlichen Regierung ausgesprochene Auffassung des Verhältnisses zwischen der Ge-

sammntverfassung und der besondern lauenburgischen landständischen Verfassung nicht mit Bestimmtheit aus den in der Gesamtstaatsverfassung in deren jetziger Form enthaltenen Bestimmungen zu entnehmen sei, ausdrücklich hinzuzufügen, daß sie nicht ungeneigt sein wird, solche ausdrückliche verfassungsmäßige Normen zu veranlassen, durch welche jeglicher Zweifel an der Richtigkeit der von der königlichen Regierung in der Erklärung vom 4. Februar ausgesprochenen Ansicht hinfällig werden würde.

Eine augenblickliche Verhandlung mit der lauenburgischen Ritter- und Landschaft über eine ausdrückliche Abgrenzung der besondern Angelegenheiten mit Beziehung auf das Herzogthum Lauenburg ist der königlichen Regierung nicht nothwendig oder zweckmäßig erschienen, da in den hergebrachten Verhältnissen keine Veränderungen vorgenommen worden sind, und jedes Bedenken seitens der Ritter- und Landschaft durch die Durchführung der eben angedeuteten Maßregel wegfallen muß.

Mit Beziehung auf das Herzogthum Holstein hingegen ist die Stellung eine andere. Wie der hohen Bundesversammlung erinnerlich sein wird, haben die holsteinischen Provinzialstände, ungeachtet der Gelegenheit, welche ihnen im vorigen Jahre gegeben wurde, sich über die Abgrenzung zwischen den gemeinschaftlichen und besondern Angelegenheiten zu äußern, sich nicht veranlaßt gefunden, zur Beantwortung dieser Frage für das Herzogthum Holstein beizutragen. Die königliche Regierung hätte erwartet, daß die Provinzialstände, wenn ihnen auf diese Weise wiederum Gelegenheit gegeben würde, sich sowohl hierüber, wie überhaupt über die Stellung des Herzogthums in der Gesamtverfassung auszusprechen, einer desfallsigen Aeußerung sich nicht würden entziehen können, ohne daß sogleich angenommen werden müßte, entweder, daß die in der jetzigen Ordnung enthaltenen Bestimmungen billigerweise nichts zu wünschen übrig ließen, oder daß die Wünsche allenfalls der Natur wären, daß man sich ihnen bestimmten Ausdruck zu verleihen nicht getraue, eine Berücksichtigung derselben mithin nicht in der Möglichkeit läge. Es erschien der königlichen Regierung um so wünschenswerther, eine Aeußerung seitens der Provinzialstände zu erhalten, bevor die in der diesseitigen Erklärung vom 26. März vorgeschlagenen Verhandlungen eröffnet wurden, als nicht wird verkannt werden können, daß die seitens der Bundesversammlung mit Beziehung auf das Herzogthum Holstein gegen die in der Gesamtverfassung vom 2. October 1855 enthaltene Ordnung erhobenen Einreden weder so einfach noch so unzweideutig sind, daß eine bestimmte Mittheilung über die Art und Weise, wie die Regierung diese Einreden zu beseitigen gedenke, als die natürliche und unmittelbare Antwort sich darbieten könnte. Die Erfahrung hat vielmehr gelehrt, wie wenig die von Sr. Majestät dem König gemachten Einräumungen in dem Geiste gewürdigt wurden, in welchem sie gemacht worden sind, weshalb die königliche Regierung befürchten muß, daß eine gütliche Schlichtung, selbst wenn sie sonst zu erreichen wäre, durch eine solche verfrühte Mittheilung unmöglich gemacht werden würde.

Mit Rücksicht auf den zweiten Beschluß des Bundes, die Auslegung des Bundesbeschlusses vom 25. Februar d. J. betreffend, kann die königliche Regierung zwar nur in der Ueberzeugung beharren, daß bei der Ordnung der Gesamtverfassung mit Beziehung auf die Herzogthümer

Holstein und Lauenburg sowohl von der Regierung, welche zu derselben den Grund gelegt, als von derjenigen, welche auf diesen Grund den Bau weiter angeführt hat, ein durchaus verfassungsmäßiges Verfahren befolgt worden ist. Es hat jedoch dieselbe schon früher dem Bundestag in gewissen Richtungen eine Competenz nicht abgesprochen werden können, durch welche die königliche Regierung sich bewegen finden möchte, mit Beziehung auf die Herzogthümer Holstein und Lauenburg Beschlüssen desselben, auch solchen, deren Begründung nicht anerkannt werden konnte, Folge zu leisten, und dieselbe will in ihrem angelegentlichen Interesse der Vermeidung eines verderblichen Zusammenstoßes sich bereit finden lassen, der in dem wiederholten Bundesbeschuß No. 2 ausgesprochenen Ansicht möglichst Rechnung zu tragen ob sie gleich fortdauernd die Tristigkeit der Gründe, auf welche diese sich stützt, einzusehen nicht vermag. Von diesen Motiven geleitet, ist die königliche Regierung, um jedes formelle Bedenken zu beseitigen, welches den Bundestag etwa weniger geneigt machen könnte, auf eine Verhandlung der von hier aus vorgeschlagenen Act, welche der diesseitigen Ansicht nach die einzige ist, wodurch eine gütliche Schlichtung herbeigeführt werden könnte, einzugehen bereit, unter der genannten Bedingung in Uebereinstimmung mit den Bundesbeschlüssen vom 25 Februar, sowie 20. Mai d. J. No. 2, die Gesamtverfassung vom 2. October 1855 als für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg mittlerweile außer Wirksamkeit stehend zu betrachten, dergestalt daß die Verhandlung zwischen den Delegirten, unter ausdrücklichen Vorbehalten der unverletzlichen Gerechtsame Sr. Majestät des Königs und der Rechte von Allerhöchstdemselben zu dem deutschen Bund nicht gehörenden Landestheilen, einfach die endliche Festsetzung der verfassungsmäßigen Stellung des Herzogthums Holstein und des Herzogthums Lauenburg in der allgemeinen Organisation des Gesamtstaats, in welcher die vollen Rechte Sr. Majestät des Königs in ihrem ganzen Umfang neben der Allerhöchstdemselben als Mitglied des deutschen Bundes mit Beziehung auf die Herzogthümer Holstein und Lauenburg obliegenden Pflichten gewahrt werden, zum Zweck habe, und wird alledam darauf zu rechnen sein, daß die interimistische anomale Stellung von kurzer Dauer sein werde.

No. 12.

Antragentwurf, eingebracht Namens der vereinigten Ausschüsse (holsteinischer- und Executionsausschuß) in der Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 29. Juli 1858.

„Hohe Versammlung wolle beschließen:

I. der königlich dänischen, herzoglich holstein- und lauenbur-

gischen Regierung zu erklären, daß die Mittheilung vom 15. Juli d. J. als eine hinlängliche Erfüllung des Bundesbeschlusses vom 20. Mai l. J. und der bundesrechtlichen Pflichten, auf welchen dieser nebst dem Beschlusse vom 11. Februar d. J. beruht, nicht angesehen werden könne;

II. die königlich-herzogliche Regierung demnach auf Grund des Artikels III der Executionsordnung vom 3. August 1820 aufzufordern, binnen einer Frist von drei Wochen

1) sich darüber näher zu erklären, ob mit dem Verfassungsgesetze für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der dänischen Monarchie vom 2. Octbr. 1855 gleichzeitig die königlichen Bekanntmachungen vom 16. Octbr. 1855, die Errichtung eines Ministeriums für die gemeinschaftlichen inneren Angelegenheiten der Monarchie und vom 23. Juni 1856, eine nähere Bestimmung der besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Holstein betreffend, sowie die §§ 1—6 der Verordnung vom 11. Juni 1854, die Verfassung des Herzogthums Holstein betreffend, für gedachtes Herzogthum und beziehungsweise für das Herzogthum Lauenburg außer Wirksamkeit treten,

2) durch das Organ der vereinigten Ausschüsse, deren vertraulicher Sitzung der Herr Bundestagsgesandte der königlich-herzoglichen Regierung zu diesem Behufe anzuwohnen eingeladen wird, der Bundesversammlung solche Mittheilungen machen zu lassen, welche dem Beschlusse vom 20. Mai l. J., Ziffer 1, entsprechen, und die Ausführung der Beschlüsse vom 11. und 25. Febr. l. J. sicher stellen;

III. die vereinigten Ausschüsse zur Entgegennahme und sofortigen Prüfung der zu erwartenden Mittheilun-

gen des königlich dänischen Herrn Bundestagsgesandten für Holstein und Lauenburg zu ermächtigen, und IV. diesen Herrn Gesandten zu ersuchen, vorstehenden Beschluß zur Kenntniß seiner höchsten Regierung zu bringen.“

Die Abstimmung über diese Anträge wird auf den 12. August anberaumt. (S. No. 14.)

No. 13.

Separatvotum des hannoverschen Gesandten.

In der Sitzung der Bundesversammlung vom 5. August legte der hannoversche Gesandte ein ausführliches Separatvotum vor, welches seinen Hauptinhalt nach auf Folgendes hinausläuft:

Die Motivirung des Ausschußberichts ist so beschaffen, daß man ihr nicht beitreten kann. Denn sie zeigt ein künstlich gesuchtes Bestreben, eine theilweise Erfüllung der Ziffer 1 des Bundesbeschlusses vom 20. Mai herauszubringen, obgleich die Forderung dieser Ziffer gar nicht erfüllt ist. Sie tagirt zu diesem Zweck die königlich dänischen Auslassungen wegen Lauenburgs und wegen der Außervirkksamleitzung der Gesamtverfassung überaus hoch, verschweigt, daß die Antwort vom 15. Juli d. J. auch die Unterhandlung gegenüber dem Bundestag einfach abgelehnt hat, in auffallender Weise, und spricht nicht bloß keine Rüge aus, daß die Antwort vom 15. Juli abermals nichts Reelles gewährt, vielmehr auf neue die Sache verschleppt, sondern redet in anerkennendem Ton. Sie fingirt endlich Dinge, welche gar nicht existiren, nämlich, daß die königlich dänische Regierung eine wahre Aufhebung der Gesamtverfassung zugejagt, und die Aufrechterhaltung der Gesamtverfassung und die Ratifikation des Reichsraths aufgegeben habe. Nach Ansicht der Minorität wäre diese Motivirung durch eine andere zu ersetzen, welche dem wirklichen Sachverhalt und dem bisherigen Verfahren Dänemarks entspricht. Die Anträge des Ausschußberichts anlangend, so ist 1) die Ziffer 1 nicht als Antwort auf den Zwischenast der angebotenen Unterhandlungen formulirt. Sie steht ferner, wie die Motivirung deutlich darthut, auf dem Standpunkt, daß die Ziffer 1 des Bundesbeschlusses vom 20. Mai ziemlich erfüllt, und nur noch eine Ergänzung in der Richtung zu Verhandlungen erforderlich sei, während dieselbe in der Wirklichkeit gar nicht erfüllt ist, und ohne anderes Stellen der Forderung die Sache durch die zu milde Wendung Einbuße erleiden dürfte. Nach Ansicht der Minorität würde die Ziffer 1 lauten müssen: Der königlich herzoglichen Regierung zu erklären, daß die Mittheilung vom 15. Juli d. J. nicht als eine solche angesehen werden könne, welche eine hinreichende

Grundlage zur Eröffnung zu Verhandlungen gewähre, also zum Bedauern der Bundesversammlung vorläufig von diesen abgesehen werden müßte. 2. Die Ziffer II, leidet nach Ansicht der Minorität an folgenden Fehlern: a) enthält sie die Fiktion, daß die königlich dänische Regierung eine wahre Aufhebung der Gesamtverfassung zugefagt habe, und fordert dann auf Grundlage jener fingirten Aufhebung, daß auch die übrigen beanstandeten Gesetze aufgehoben werden. Trotzdem und zugleich vergißt sie aber auszusprechen, daß die Auserwirkungssetzung nicht bloß durch die dänisch-ministerielle Betrachtung, sondern einen regelrechten legislativen Akt erfolgen solle; b) sie vergißt zu bedingen, daß an die Stelle der aufgehobenen Gesetze für die Zwischenzeit bis zum Herstellen des Definitivums ein Zustand im Voraus von Dänemark gewährt werde, welcher den Ständen der Herzogthümer das Zustimmungsgerecht zu den allgemeinen Angelegenheiten gewährt, und also verhindert, daß die Herzogthümer nach der Aufhebung jener Gesetze schlechter stehen als jetzt; c) ist die Forderung darin auf die Basis des Art. III gestellt, während die angebotene Suspension oder Aufhebung bisher keine Bundespflicht war und keine Nichtfolgeleistung vorliegt, also die Bedingungen der Execution nicht vorhanden sind. Und trotzdem sie auf Art. III gestellt wird, ist doch jene Forderung nicht so formulirt, wie dieser fordert. Nach Ansicht der Minorität würde also diese Ziffer entweder so zu lauten haben: „Der königlich-herzoglichen Regierung zu erklären, daß die Befolgung des Bundesbeschlusses vom 25. Februar und des Bundesbeschlusses vom 20. Mai d. J., Ziffer 2, ohne die Bedingung der Verhandlung und ohne die Befolgung auf die Zeit etwaiger Verhandlungen und auf das Gesamtverfassungsgefeß vom 2. Octbr. 1855 zu beschränken, wie die Erklärung vom 15. Juli es mittelbar thut, erwartet werde.“ Oder: „Der königlich-herzoglichen Regierung zu erklären, daß auf die Annahme der Suspension der Gesamtverfassung, welche anstatt der durch die Bundesbeschlüsse vom 25. Febr. d. J. und 20. Mai, Ziffer 2, enthaltenen Verlangen vorgeschlagen sei, nur unter der Voraussetzung eingegangen werden könne, daß die Suspension bis dahin dauere, wo ein Definitivum nach Maßgabe des Bundesbeschlusses vom 11. Febr., Ziffer 2 lit. a, eingeführt ist, daß ferner die Suspension auch die übrigen beanstandeten Gesetze und Verordnungen betreffe, und durch einen legislativen Akt für die Herzogthümer veröffentlicht, und auch zugleich für die Zwischenzeit bis zum Definitivum ein Zustand von der königlich-herzoglichen Regierung hergestellt werde, welcher den Ständen der Herzogthümer die Zustimmung hinsichtlich der allgemeinen Angelegenheiten der Monarchie gewährt.“ Auch würde diese Ziffer in beiden Fassungen nicht auf die Basis des Artikels III gestellt werden können. 3) Gegen die Ziffer II., 2 wendet die Minorität ein, daß a) die Forderung der Mittheilungen nicht gehörig auf die Grundlage des Bundesbeschlusses vom 11. Februar gebracht ist; b) sie nicht dem Artikel III der Executionsordnung gemäß formulirt ist; c) daß nach ihr die Mittheilungen wider den klaren Laut von Bundesgesetzen, namentlich aber der Executionsordnung, an die Ausschüsse unmittelbar gelangen, und der königlich dänische Gesandte zu dem Executionsausschuß gezogen werden

soll, welches letztere außerdem als eine noch nie dagewesene Abnormität bezeichnet werden muß. Die Minorität unterläßt auch nicht wider diese illegale Aenderung eines organischen Bundesgesetzes hiermit feierlichst zu protestiren. Die Ziffer 11, 2, würde nach Ansicht der Minorität so zu lauten haben: Die königlich-herzogliche Regierung demnach auf Grund des Artikels III der Executionsordnung aufzufordern, binnen einer Frist von drei Wochen die Vollziehung des Ansuchens im Bundesbeschluß vom 11. Februar Ziffer 2, lit. b, anzuzeigen oder genügenden Nachweis der Ursachen mitzutheilen, welche der Folgeleistung noch entgegenstehen. Ziffer III der Anträge würde nach Ansicht der Minorität ganz wegfallen müssen, weil ihr Inhalt der Executionsordnung widerspricht.

No. 14.

In der Sitzung der Bundesversammlung vom 12. August 1858 stimmten für die Anschußanträge (S. No. 12.):

Baiern, Sachsen, Württemberg, die beiden Hessen, Braunschweig, Nassau und die 16. Kurie ohne Weiteres;

Oestreich, Preußen, Baden und Mecklenburg, mit besonderem Anschluß der Motive; Oldenburg und die freien Städte stimmten dem hannoverschen Separatvotum bei.

Oldenburg gab außerdem noch folgende Erklärung zu Protokoll: „Für Oldenburg ist der Gesandte angewiesen zu erklären, daß die großherzogliche Regierung den von der königl. hannoverschen Regierung gestellten Anträgen beistimmt, indem sie die dafür angeführten Gründe vollkommen zutreffend findet.“

Se. königl. Hoheit der Großherzog bedauert es tief, daß er sich gezwungen sieht, eine von der Majorität der hohen Bundesversammlung abweichende Separaterklärung in das Protokoll niederlegen zu müssen. Allein derselbe glaubt einer ihm als Mitglied des deutschen Bundes, als deutschem Fürsten und als Glied des herzogl. schleswig-holstein-gottorpischen Hauses obliegenden gebieterischen Pflicht und Schuldigkeit zu gehorchen, wenn derselbe sich in dieser die Ehre des deutschen Bundes und des gemeinsamen Vaterlandes im Innersten ergreifenden Frage mit unumwundener Offenheit gegen eine Beschlußnahme erklärt, welche nach seiner unerschütterlichen Ueberzeugung mehr geeignet ist, den durch die bereits gefaßten Bundesbeschlüsse gewonnenen festen Anhalt zu untergraben, als dem zu erstrebenden Ziel näher zu kommen. Der Gesandte hat sich im übrigen auf den am 11. Februar d. J. Namens der großherzoglichen Regierung gemachten Vorbehalt zurückzubeziehen, welchem auch durch gegenwärtige Erklärung nicht präjudicirt sein soll.“

No. 15.

Sitzung der Bundesversammlung vom 9. September. 1858.

Der königlich dänische Gesandte übergab im Vollzug des Beschlusses vom 12. August nachfolgende Erklärung:

„Nachdem die königl. Regierung mit Rücksicht auf den Bundesbeschluß vom 20. Mai d. J., die Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg betreffend, in der Sitzung vom 15. Juli voraussetzungsweise ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen hatte, „die Gesamtverfassung vom 2. October 1855 als für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg mittlerweile außer Wirksamkeit seiend zu betrachten“ ist sie durch Beschluß hoher Bundesversammlung vom 12. v. M. aufgefordert worden, sich darüber näher zu erklären, „ob mit dem Verfassungsgeetze für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der dänischen Monarchie vom 2. October 1855 gleichzeitig die königlichen Bekanntmachungen vom 16. October 1855, die Errichtung eines Ministeriums für die gemeinschaftlichen inneren Angelegenheiten der Monarchie, und vom 23. Juli 1856, eine nähere Bestimmung der besondern Angelegenheiten des Herzogthums Holstein betreffend, sowie die §§ 1 — 6 der Verordnung vom 11. Juni 1854, die Verfassung des Herzogthums Holstein betreffend, für gedachtes Herzogthum und beziehungsweise für das Herzogthum Lauenburg außer Wirksamkeit treten.“ Daneben ist die königliche Regierung durch den so eben gedachten Beschluß der hohen Versammlung zu einer vertraulichen Mittheilung darüber aufgefordert worden, wie sie die Verfassungsverhältnisse der Herzogthümer Holstein und Lauenburg von neuem zu ordnen gedenke. In ersterer Beziehung wird schon in dem am 29. Juli erstatteten, dem letzten Bundesbeschluß vorangegangenen Ausschußvortrage hervorgehoben, „daß die königliche Regierung bereits in ihrer Erklärung vom 26. März d. J. das Vorhaben über die beanstandeten Bestimmungen der holsteinischen Verfassung, wie über die vorerwähnte Verordnung vom 23. Juni 1856, mit den Ständen noch in Verhandlung zu treten, ausgedrückt habe, daher wohl mit allem Grund voraussetzen sein dürfte, daß dieselbe die bezüglich der Gesamtverfassung ausgesprochene Bereitwilligkeit unbedenklich

auf die mit dieser in untrennbarem Zusammenhang stehenden Gesetze und Verordnungen erstrecken werde.“ Eine weitere Erwähnung des unter'm 16. October 1855 errichteten Ministeriums für die gemeinschaftlichen inneren Angelegenheiten der Monarchie erscheint der königlichen Regierung um so weniger erforderlich, als Se. Majestät der König bereits unter'm 26. Juli d. J. es allergnädigst für zweckmäßig befunden haben, jenes Ministerium vollständig aufzuheben. Uebrigens kann die königliche Regierung sich jener Voraussetzung des Ausschusses, was die königliche Bekanntmachung vom 23. Juni 1856 und die §§ 1—6 der Verordnung vom 11. Juni 1854 anbelangt, lediglich anschließen, selbstverständlich dermaßen, daß dem Inhalt letztgedachter Paragraphen, insofern derselbe auf früheren Gesetzen und Rechtsnormen beruht, kein Eintrag gethan werde, in welcher Rücksicht es genügen dürfte, beispielsweise daran zu erinnern, wie sich der § 1 auf das Thronfolagesetz, der § 2 auf die Rechte und Pflichten des Königs als Mitglied des deutschen Bundes für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg bezieht u. s. w. Da die königliche Regierung ferner in der im letzten Bundesbeschuß anheimgegebenen Form vertraulicher Mittheilungen eine Anleitung zu der mittelst der diesseitigen Erklärungen vom 26. März und 15. Juli d. J. in Vorschlag gebrachten förmlichen Verhandlung erblickt hat, welche letztere, nach ihrer unveränderten Ueberzeugung, am Ende doch der einzige Weg zu einer gütlichen Schlichtung sein dürfte, so hat sie den Gesandten ermächtigt, auf diesfällige Einladung den vereinigten Ausschüssen über die Mittel und Wege zur Durchführung der endlichen Ordnung der verfassungsmäßigen Stellung des Herzogthums Holstein und des Herzogthums Lauenburg in der dänischen Monarchie solche vertrauliche Mittheilungen zu machen, die schon in dem gegenwärtigen Stadium der Sache möglich sind.“

Diese Erklärung wurde an die vereinigten Ausschüsse überwiesen.

No. 16.

Die Patente vom 6. November 1858.

I. Patent wegen Aufhebung des Verfassungs-Gesetzes vom 2. October 1855, für das Herzogthum Holstein und für das Herzogthum Lauenburg.

Wir Frederik der Siebente, von Gottes Gnaden

König zu Dänemark, der Wenden und Gothen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stormarn, der Dithmarschen und zu Rauenburg, wie auch zu Oldenburg.

Thun kund hienit: Nachdem die deutsche Bundesversammlung durch Beschluß vom 11. Febr. 1858 kund gegeben, wie selbige das Verfassungsgesetz für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten Unserer Monarchie vom 2. Octbr. 1855, insoweit dasselbe auf Unsere Herzogthümer Holstein und Rauenburg Anwendung finden solle, als in verfassungsmäßiger Wirksamkeit bestehend nicht erkennen könne, haben Wir in Gemäßheit des § 23 des vorgenannten Verfassungsgesetzes vom 2. Octbr. 1855, nach welchem das Verhältniß Unserer Herzogthümer Holstein und Rauenburg zum deutschen Bunde durch dieses Gesetz nicht berührt wird und jede aus diesem Verhältniß entspringende Verpflichtung ein gesondertes Anliegen bildet und als solches dem Reichsrathe unbeikommend ist, beschlossen, das mehrgedachte Verfassungsgesetz, insoweit dasselbe unsere Herzogthümer Holstein und Rauenburg betrifft, aufzuheben.

Indem Wir Uns vorbehalten, zur Herbeiführung eines verfassungsmäßigen Wiederanschlusses oftgedachter Herzogthümer an die nicht zum deutschen Bunde gehörenden Theile Unserer Monarchie, für welche das Verfassungsgesetz vom 2. October 1855 in ungeschwächter Wirksamkeit zu bestehen fortfährt, geeignete Schritte vorzunehmen, gebieten Wir demnächst, wie folgt:

§ 1.

Für Unsere zum deutschen Bunde gehörenden Herzogthümer Holstein und Rauenburg wird das Verfassungsgesetz vom 2. Octbr. 1855 aufgehoben.

§ 2.

Unsere Minister für die auswärtigen Angelegenheiten, den Krieg, die Marine und die Finanzen sind in Zukunft, insoweit ihr Wirkungskreis sich auf die Herzogthümer Holstein und Rauenburg bezieht, nach Maßgabe Unserer Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 Uns allein verantwortlich.

Wonach sich ein Jeder, den es angeht, allerunterthänigst zu achten.

Gegeben auf Unserem Schlosse Christiansborg, den 6. November. 1858.

Urkundlich unter Unserem Königlichem Handzeichen und vordruckten Inſiegel.

Frederik II.

(L. S.)

G. Hoff.

- II. Patent für das Herzogthum Holstein, wegen Aufhebung der §§ 1 — 6 der Verordnung vom 11. Juni 1854, betreffend die Verfassung für das gedachte Herzogthum, sowie der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 23. Juni 1856, eine nähere Bestimmung der besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Holstein betreffend.**

Wir Frederik der Siebente, von Gottes Gnaden König zu Dänemark, der Wenden und Gothen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stormarn, der Dithmarschen und zu Lauenburg, wie auch zu Oldenburg

Thun kund hiemit: Nachdem die deutsche Bundesversammlung durch Beschluß vom 11. Febr. 1858 kundgegeben, daß selbige die Verordnung vom 11. Juni 1854, betreffend die Verfassung für das Herzogthum Holstein, insoweit Bestimmungen derselben dem Beirath der Provinzialstände des gedachten Herzogthums nicht unterbreitet worden sind, sowie die Allerhöchste Bekanntmachung vom 23. Juni 1856, eine nähere Bestimmung der besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Holstein betreffend, als in verfassungsmäßiger Wirksamkeit bestehend nicht erkennen könne, haben Wir zu verordnen beschlossen und verordnen hiemit:

Die §§ 1—6 der Verordnung vom 11. Juni 1854, betreffend die Verfassung für das Herzogthum Holstein, sowie die Allerhöchste Bekanntmachung vom 23. Juni 1856, eine nähere Bestimmung der besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Holstein betreffend, werden hiedurch aufgehoben.

Wonach sich ein Jeder, den es angeht, allerunterthänigst zu achten.

Gegeben auf Unserm Schlosse Christiansborg, den 6.
November 1858.

Urkundlich unter Unserem Königlichem Handzeichen und
vorgedruckten Insigne.

Frederik II.

(L. S.)

J. J. Ausgaard.

**III. Patent, betreffend die Einberufung der Provinzial-
Ständeversammlung für das Herzogthum Holstein.**

Wir Frederik der Siebente, von Gottes Gnaden
König zu Dänemark, der Wenden und Gothen, Herzog zu
Schleswig, Holstein, Stormarn, der Dithmarschen und zu Lau-
enburg, wie auch zu Oldenburg,

Thun kund hiemit: Wir haben zu beschließen Uns
Allerhöchst bewogen gefunden, die Provinzialständeversammlung
für das Herzogthum Holstein auf den 3. Januar des künftigen
Jahres einzuberufen.

Indem Wir solches sämmtlichen Unseren lieben und ge-
treuen Unterthanen in Unserem Herzogthum Holstein hierdurch
eröffnen, befehlen Wir zugleich Unseren getreuen Provinzial-
ständen im Herzogthum Holstein, den Abgeordneten oder den
verordnungsmäßig statt ihrer eintretenden Stellvertretern, daß
sie sich auf den gedachten 3. Januar in Unserer Stadt Ålborg
einfinden und desjenigen gewärtig sein sollen, welches Wir ihnen
durch Unseren Commissarius werden vorlegen lassen. Insbe-
sondere wollen Wir der sorgfältigen Prüfung Unserer gedachten
Stände diejenigen Vorlagen empfohlen haben, welche Wir, nach-
dem die §§ 1—6 der Verordnung vom 11. Juni 1854, be-
treffend die Verfassung für das Herzogthum Holstein, und die
Allerhöchste Bekanntmachung vom 23. Juni 1856, eine nähere
Bestimmung der besonderen Angelegenheiten des Herzogthums
Holstein betreffend, so wie für Unser zum deutschen Bunde ge-
hörige Herzogthum Holstein das Verfassungsgesetz für die ge-
meinschaftlichen Angelegenheiten Unserer Monarchie vom 2. Octo-
ber 1855 in Uebereinstimmung mit dem Beschlusse des deutschen
Bundes vom 11. Februar d. J. durch Unsere Allerhöchsten Er-
lasse vom heutigen Tage aufgehoben worden sind, zur Ergän-
zung der Verfassung Unseres Herzogthums Holstein erforderlich
erachten, und wodurch Wir Unseren getreuen Provinzialständen

des Herzogthums Holstein Gelegenheit geben werden, ihre Wünsche und Anträge über die Ordnung der verfassungsmäßigen Stellung des Herzogthums Holstein in Unserer Gesamtmonarchie auf der durch die Allerhöchste Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 gegebenen Grundlage auszusprechen. Uebrigens verweisen Wir sie auf den Inhalt der Verordnung vom 11. Juni 1854, sowie deren Anhänge und versehen Uns zu sämmtlichen Mitgliedern der Provinzialständeversammlung, daß sie immer eingedenk der landesväterlichen Absichten, in welchen die Provinzialstände eingeführt und deren Befugnisse erweitert sind, sich die Erreichung derselben angelegen sein lassen, dazu ihrerseits möglichst beitragen und dadurch dem in sie gesetzten Vertrauen entsprechen werden.

Die Versammlung hat ihre Verhandlungen so einzurichten, daß dieselben innerhalb 8 Wochen beendet sein können.

Wonach sich ein Jeder, den es angeht, allerunterthänigst zu achten.

Gegeben auf Unserem Schlosse Christiansborg, den 6. November 1858.

Urkundlich unter Unserem königlichen Handzeichen und vorgedrucktem Insignel.

Frederik II.

(L. S.)

J. J. Ansgaard.

No. 17.

Dänische Circulardepesche vom 8. November 1858.

Nach einer längeren Darlegung, in welcher die dänische Regierung von ihrem Gesichtspunkte aus den bisherigen Verlauf der zwischen ihr und den deutschen Mächten und später am Bunde stattgehabten Verhandlungen resumirt, heißt es dann bezüglich der nunmehrigen Lage:

„Die dänische Regierung glaubte nach dem Auerbieten, (die ersten sechs Paragraphen der holsteinischen Verfassung außer Kraft zu setzen,) alle Bedingungen erfüllt zu haben, von welchen der Bund die Annahme eines

Weges, der die Frage in Wirklichkeit zu einer befriedigenden Lösung führen könnte, abhängig machte. Durch die provisorische Suspendirung der constitutionellen Verfügungen, die bestritten worden sind, so wie der von diesen Verfügungen untrennbaren Ordonanzen, hatte man geglaubt allen Forderungen genügt zu haben, welche der Bundestag, den Bundesacten gemäß, unter Executionsstrafe verlangen konnte; — auf der andern Seite durch vorgeschlagene Verathung mit Ständen und durch die projectirte Unterhandlung mit dem Bund vermittelt Abgeordneter. Diese Unterhandlungen mögen nun den Verathungen der Stände vorhergehen oder nach denselben erfolgen — man hatte den Weg und die Mittel angegeben, um in einwurfsfreier Weise die Vereinigung von Holstein und Lauenburg mit der Gesamtverfassung der dänischen Monarchie zu bewerkstelligen. Man verhehlte es sich nicht, daß ein befriedigendes Resultat zur Bedingung hat, nicht bloß daß die Stände endlich den passiven Widerstand aufgeben, den sie dem im Jahre 1852 entworfenen System entgegensetzten, sondern auch daß die Majorität des Bundestages die dieser Organisation feindseligen Bestrebungen zurückweise, welche ganz andere Zwecke verfolgen, Zwecke die, nachdem sie sich während einiger Zeit in verschiedenen Organen der deutschen Presse haben kundgegeben, nun auch im Bundestage selbst zu Tage treten. Allein die Regierung des Königs hatte das Bewußtsein, kein gesetzliches und passendes Mittel vernachlässigt zu haben, das nach ihrer Meinung geeignet wäre, eine rasche und glückliche Lösung der Frage herbeizuführen. Unglücklicherweise scheint es, daß man in den vereinigten Commissionen in Frankfurt die Grenzen hat überschreiten wollen, die, nach der Auslegung welche vom dänischen Gesichtspunkt aus die einzig natürliche ist, die man dem Erlaß vom 12. August geben kann, in diesem ansgesetzt sind. Man hat zur Kenntniß der dänischen Regierung gebracht, daß man sich bei der Suspendirung der bestrittenen holsteinischen und lauenburgischen Verfügungen nicht aufhalten will, sondern die vollständige Aufhebung dieser Bestimmungen verlange, indem man sich ohne Rücksicht dem in dieser Beziehung vom Berliner Cabinet bei Gelegenheit eines Notenwechsels zwischen diesem und dem Wiener ausgesprochenen Verlangen angeschlossen hat. Die Regierung des Königs hat es sich nicht verhehlen können, daß die Zurückweisung dieses Begehrens aller Wahrscheinlichkeit nach eine Beletzung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg, in Ausübung des Bundesrechts nach sich ziehen würde, es mußte denn sein, daß die vier nicht deutschen Mächte, welche den Vertrag vom 8. Mai 1852 unterzeichnet haben, für angemessen halten, in wirksamer Weise dazwischen zu treten. Allein diese Bedingung hat sich nicht verwirklicht. Im Gegentheil, die Vertreter der genannten Mächte sind darüber einig gewesen, der Regierung des Königs mit einem solchen Begehren, wegen Abschaffung des gemeinschaftlichen Verfassungsgesetzes für Holstein und Lauenburg, zuvorkommen, indem sie sich zu dieser Maßregel in Folge von früheren Beschlüssen des Bundestages entschließt; und da die Gesetzlichkeit eines Schrittes dieser Natur für diejenigen Theile der Monarchie, welche nicht zum deutschen Bunde gehören, aus einer ausdrücklichen Verfügung dieser gemeinschaftlichen Verfassung erhellt, hat der König unter dem Datum vom 6. d. Monats das königliche Patent bezüglich der Abschaffung des Ver-

fassungsgeſetzes vom 2. October 1855 für das Herzogthum Holſtein und für das Herzogthum Lauenburg erlaſſen. Durch zwei andere Ordonnanzen vom ſelbigen Datum hat der König die §§ 1 — 6 der Verordnung vom 11. Juni 1854, bezüglich der beſonderen Beſaffung Holſteins, und das Patent vom 23. Juni 1856 abgeſchafft, und zu gleicher Zeit die Provinzialſtände von Holſtein auf den 3. Januar, 1859 einberufen. Der König, unſer erlauchter Fürſt, hat ſich in dieſer Weiſe zu dem wichtigen Schritt entſchloſſen, welcher, nach dem ausdrücklichen Inhalt (teneur) der zwiſchen den beiden deutſchen Großmächten ausgewechſelten Noten, jeden Anlaß zur Execution beſeitigen muß, und aus Achtung vor dem Bundesbunde, das ihn für Holſtein und Lauenburg verpflichtet, und indem er ſich den wiederholten Rathſchläſſen ſeiner nichtdeutſchen Allirten fügt, hat er jedem Verlangen willfahrt, zu deſſen Rechtfertigung das deutſche Bundesrecht angerufen werden könnte. Die Regierung des Königs ſchmeichelt ſich mit der Hoffnung, daß der deutſche Bund dieſes Betragen zu ſchätzen wiſſen, und auch ſeinerſeits dazu beitragen werde, daß dieſe Differenz, welche ſchon ſo lange dauert und ſo gefährlich für die gegenseitigen Intereſſen iſt, endlich einer friedlichen Löſung entgegengeführt werde. Sie giebt ſich um ſo mehr dieſer Hoffnung hin, als es ihr unmöglich iſt, auf dem Wege der Zugeständniſſe weiter vorzugehen. Wenn daher gegen alles Erwarten der Bund neue Begehren von größerer Tragweite ausſprechen würde, wenn er ſich zu Schritten entſchloſſe, welche die dem König, als Mitglied des Bundes, zukommende ſouveraine Gewalt verletzen, und noch mehr, wenn er die Unabhängigkeit antaſtete, die dem König als Fürſten der dänischen Monarchie angehört, ſo wäre es eine patriotiſche Pflicht für eine jede dänische Regierung, ſich einer ſolchen Verletzung des Rechts der Monarchie mit um ſo größerer Entſchloſſenheit zu widerſetzen, als ſie auf den ergebeneu und energiſchen Beistand der Nation zählen, und ſich auf die Sympathien der Mächte ſtützen könnte, welche ihr lebhaftes und beſtändiges Intereſſe für eine freie und unabhängige dänische Monarchie bewieſen haben. Ich fordere Sie auf, mein Herr ..., indem Sie ein Exemplar der beiliegenden Aktenſtücke hinzufügen, dieſe Depeſche Herrn mitzutheilen, und ihm eine Abſchrift davon zu laſſen. Ich habe die Ehre zu ſein.

(gez.) Haſſ.“

No. 18.

Sitzung der deutſchen Bundesverſammlung vom 11. November 1858.

Der für die Verfaſſungsverhältniſſe der Herzogthümer Holſtein und Lauenburg niedergeſetzte Ausſchuß und die Executionscommiſſion erſtatteten gemeinſchaftlich Vortrag über das Ergebniß der von ihnen nach Maßgabe des Bundesbeſchlusses vom

12. August d. J. gepflogenen Prüfung der im Vollzug des gedachten Beschlusses von dem königlich dänischen Gesandten für Holstein und Lauenburg in der Bundestagsitzung vom 9. September d. J. abgegebenen Erklärung und der den vereinigten Ausschüssen vertraulich gemachten Mittheilungen. In diesem Vortrag, welcher bereits festgestellt und abgegeben war, ehevor die Kunde von den Maßregeln anher gelangte, welche die königlich dänische herzoglich holstein-lauenburgische Regierung am 6. November getroffen hat, war von den Ausschüssen dargelegt worden, wie sie die erwähnten Erklärungen und Mittheilungen für genügend nicht erachten könnten, weil einerseits die Verfassungsgefetze und Verordnungen, welche die Bundesversammlung als für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg verfassungsmäßiger Wirksamkeit entbehrend bezeichnet hatte, von der königlich-herzoglichen Regierung nur voraussetzungsweise einstweilen suspendirt werden wollten, und weil andererseits bezüglich Neugestaltung der Verfassungsverhältnisse der Herzogthümer aus gedachten Mittheilungen nicht erhelle, welche Einrichtungen dessfalls die königliche Regierung zum Vollzug des Bundesbeschlusses vom 11. Februar d. J. zu treffen oder vorzuschlagen beabsichtige.

Die vereinigten Ausschüsse beantragen deshalb:

- „1. Der dänischen Regierung kund zu geben, daß die Bundesversammlung in der Erklärung vom 9. September und in den Mittheilungen des dänischen Gesandten an die Ausschüsse eine genügende Erfüllung der im Bundesbeschlusse vom 12. August enthaltenen Aufforderung nicht erkennen könne;
2. Die Executionscommission zu beauftragen für weiteres Verfahren entsprechende Anträge nach Maßgabe der Bundesgefetze zu stellen.“

Nachdem der dänische Gesandte in derselben Sitzung die königlichen Patente vom 6. November überreicht, findet eine Abstimmung über obige Ausschußanträge nicht statt.

No. 19.

Sitzung der Bundesversammlung v. 18. November 1858.

Der vom Präsidium in der vorigen Sitzung gestellte Antrag, die dänischen Erlasse vom 6. d. M. den vereinten Ausschüssen zur Begutachtung zuzuweisen, wurde einstimmig angenommen.

No. 20.

Sitzung der Bundesversammlung vom 9. December 1858.

Die vereinigten Ausschüsse bringen ihren Bericht über die dänischen Patente vom 6. November ein und beantragen in demselben:

- „1. Dem zur Erwirkung der Ausführung des Bundesbeschlusses vom 11. Februar d. J. unterm 12. August d. J. eingeleiteten bundesgesetzlichen Verfahren einstweilen Anstand zu geben;
2. die vereinigten Ausschüsse aber zu beauftragen, über das Ergebniß der bevorstehenden Verhandlungen mit den Ständen des Herzogthums Holstein, oder auch im Verlauf derselben, wenn nöthig, einen weiteren Bericht zu erstatten.“

Am Schluß dieses Berichtes heißt es:

„Da die holsteinischen Stände bereits auf den 3. f. M. einberufen sind, für deren Verhandlungen aber nur ein Zeitraum von zwei Monaten in Aussicht genommen ist, und da ferner auch gewärtigt werden darf, daß die königlich herzogliche Regierung das Ergebniß jener Verhandlungen möglichst bald zur Kenntniß hoher Versammlung bringen wird, so ist die Frist, während welcher mit weiterem Vorschreiten dahier vorläufig einzuhalten wäre, verhältnißmäßig so kurz, daß der, für den Fall daß wider Verhoffen das einweilen eingestellte Verfahren wieder aufgenommen werden müßte, hierdurch veranlaßte Zeitverlust, gegenüber der Aussicht auf Vereinigung der Sache in gemeinsamem Einverständnisse, keine überwiegende Bedeutung verdienen dürfte. Es würde ja dabei überdieß hoher Versammlung stets unbenommen bleiben, ihre Thätigkeit sofort wieder eintreten zu lassen, wenn sich in der Zwischenzeit und aus dem Verlauf der bevorstehenden Verhandlungen allenfalls ein Bedürfniß hierzu herausstellen sollte, zu dem Ende möchte aber den berichtenden Ausschüssen, welche von selbst berufen sind, den weiteren Gang der Sache fortan möglichst im Auge zu behalten, der Auftrag zu ertheilen sein, hoher Versammlung, wenn sich ein Anlaß hierzu darbieten sollte, sofort weiteren Bericht zu erstatten, und etwa für nöthig erachtete Anträge zu unterbreiten.“

In der Sitzung der Bundesversammlung vom 23. December wurden die obigen Ausschlußanträge vom 9. einstimmig angenommen.

Zweiter Abschnitt.

Vom 11. März 1859 bis Ende Februar 1861.

Aus dem Bedenken der holssteinischen Ständeversammlung
an Se. Majestät den König, vom 11. März 1859.

„Allerdurchlauchtigster,
Großmächtigster,
Allergnädigster König und Herr!

Ew. Majestät haben geruht, der Provinzialständeversammlung des Herzogthums Holstein einen Gesehentwurf, betreffend die Verfassung des Herzogthums Holstein; ferner das durch Allerhöchstes Patent von 6. November v. J. für die Herzogthümer Holstein und Pauenburg aufgehobene Verfassungsgesetz für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der dänischen Monarchie vom 2. October 1855, und das vorläufige Wahlgesetz, betreffend die Wahlen zum Reichsrathe, von demselben Datum, letztere beiden Gesetze mit dem Bedenken, daß dieselben von der Versammlung als Entwürfe zu betrachten seien, durch Allerhöchstdero Commissair vorlegen zu lassen.

Die Versammlung hat diese Vorlagen durch einen Ausschuß von elf Mitgliebern prüfen lassen, demnächst der verordnungsmäßigen Vor- und Schlußberathung unterzogen, und beehrt sich, die in dieser Veranlassung von ihr gefaßten Beschlüsse in diesem allerunterthänigsten Bedenken zu Ewr. Majestät Allerhöchsten Kunde gelangen zu lassen.

Die Versammlung hat zunächst geglaubt, ihre Aufmerksamkeit der augenblicklichen Lage des Herzogthums Holstein zuwenden zu müssen, und erlaubt sich in dieser Beziehung Folgendes ehrerbietigst zu bemerken.

Durch die Patente vom 6. November v. J. ist das Verfassungsgesetz für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der dänischen Monarchie vom 2. October 1855 für die Herzogthümer Holstein und Pauenburg aufgehoben, und die Minister für die auswärtigen Angelegenheiten, des Kriegs, der Marine und der Finanzen sind in Zukunft, insofern ihr Wirkungsbereich sich auf die Her-

zogthümer Holstein und Lauenburg bezieht, nach Maßgabe der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 Ewr. Majestät allein verantwortlich. Dabei ist im Eingange des Patents ausdrücklich gesagt, daß für die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Theile der Monarchie das Verfassungsgesetz vom 2. Octbr. 1855 in ungeschwächter Wirksamkeit zu bestehen fortfahre.

Dieser Absicht Ewr. Majestät Regierung dürfte nun freilich ein wesentliches rechtliches Bedenken entgegenstehen. Denn das Gesetz vom 2. October 1855 betraf die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der dänischen Monarchie als einer Gesamtheit. Wenn dasselbe jetzt für zwei Theile dieser Gesamtheit aufgehoben ist, so dürfte es nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen für die übrigen Theile um so weniger fortbestehen können, als die Gesamtheit im Uebrigen thatsächlich fortbesteht, und fortführt, gemeinschaftliche Angelegenheiten zu behalten. Die Gesetzgebung rücksichtlich dieser Angelegenheiten läßt nämlich, so lange sie gemeinschaftlich sind, in der Regel keine verschiedenartige Behandlung, je nach den Theilen der Monarchie, welche sie betreffen, zu. Für dieselben, soweit sie das Königreich und das Herzogthum Schleswig angehen, soll das Gesetz vom 2. Octbr. 1855 nach wie vor maßgebend sein, und bei ihrer Untrennbarkeit von denselben Angelegenheiten der Herzogthümer Holstein und Lauenburg würde dasselbe Gesetz daher auch für diese maßgebend sein müssen, obgleich es für sie ausdrücklich aufgehoben ist. Daß die Beschlüsse der dänischen und schleswigschen Mitglieder des Reichsraths nicht unmittelbar auf die gemeinschaftlichen Angelegenheiten, insoweit diese die Herzogthümer Holstein und Lauenburg betreffen, sich beziehen würden, macht keinen wesentlichen Unterschied. Insoweit Ew. Majestät jenen Beschlüssen Allerhöchstens Sanction erteilten, würde auf dieselben in den desfallsigen Erlassen für Dänemark und Schleswig Bezug genommen werden, in den Erlassen für Holstein und Lauenburg würde solche Bezugnahme fehlen. Die Erlasse für diese und für jene Theile der Monarchie würden aber nicht anders, als mit einander übereinstimmen können, weil eben die thatsächliche Gemeinschaftlichkeit der betreffenden Angelegenheiten die Möglichkeit einer verschiedenartigen Behandlung derselben so gut wie ausschließt.

Die Versammlung kann daher nicht erkennen, daß etwa durch die Aufhebung des Verfassungsgesetzes vom 2. October

1855 für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg die alleinige königliche Autorität rücksichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten derselben wiederhergestellt wäre. Im Gegentheil würde in Wahrheit, wenn die ausgesprochene Absicht ohne Weiteres zur Ausführung gebracht würde, die Autorität eines lediglich aus dänischen und schleswigischen Abgeordneten bestehenden Reichsraths sich auf die in demselben durchaus nicht vertretenen Herzogthümer Holstein und Lauenburg erstrecken. Es würde mithin die Lage dieser Herzogthümer durch den Wegfall der ihnen in dem gemeinschaftlichen Verfassungsgefesze verliehenen, wenn auch noch so ungenügenden Vertretung, wo möglich, nur noch verschlechtert sein.

Es liegt außer dem Bereich der Beurtheilung der Versammlung, welches Gewicht die übrig gebliebenen Mitglieder des Reichsraths diesem rechtlichen Bedenken zusprechen, und ob sie trotz desselben und der nicht mehr zutreffenden §§ 24 bis 28 und 37 des Gefeszes vom 2. October 1855 sich für competent erachten werden, auf Grund dieses Gefeszes Beschlüsse zu fassen. Für die Beschlüsse des Herzogthums Holstein kann zur Zeit nur die vorgedachtermaßen ausgesprochene Absicht Ewr. Majestät Regierung maßgebend sein. Es hat daher die drohende Gefahr, in welche das Herzogthum Holstein durch die Erlasse vom 6. November gerathen ist, auch nicht verkannt werden können.

Unter diesen Umständen hat die Ständeversammlung es nicht unterlassen dürfen, ihr Bestreben darauf zu richten, daß solche Gefahr abgewendet würde. Hierbei ist namentlich der Gesichtspunkt für sie leitend gewesen, daß, wie sehr man auch von allen Seiten bemüht sein wird, eine befriedigende, definitive Ordnung der gegenseitigen Verhältnisse der der Monarchie angehörigen Länder herbeizuführen, doch voraussichtlich eine längere Zeit darüber hingehet, ehe das gewünschte Ziel erreicht sein wird, und die Gesetzgebung rücksichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten inzwischen nicht wird ruhen dürfen. Daß die Regierung Ewr. Majestät denselben Gesichtspunkte eine hohe Bedeutung nicht werde absprechen wollen, hat die Versammlung nicht in Zweifel ziehen können. Es hat dabei auch nicht verkannt werden können, daß, wenn auf dem Wege des Einverständnisses zwischen verschiedenen repräsentativen Körperschaften ein gemeinsames Ziel erreicht werden soll, die Aussicht auf ein gedeihliches Zusammenwirken bei einem gleichberechtigten Auftreten derselben

in eben solchem Grade erhöht wird, wie sie schwindet, wenn das Gleichgewicht von vorne herein gestört ist. Es wird nämlich auf der einen Seite jeder noch so ferne Schritt auf dem Wege zur Wiederherstellung des Gleichgewichts für eine Concession gehalten werden, welche selbstverständlich auf der andern Seite als solche keine Anerkennung finden kann. Für die Wahrheit dieses Satzes hat die Erfahrung der neuesten Zeit zu viele Belege geliefert, als daß es nicht von Allen, welche, ohne irgend einem Hintergedanken die Thür offen zu halten, eine Befestigung der Monarchie durch eine für alle Theile befriedigende Ordnung der gegenseitigen Verhältnisse anstreben, als ein Bedürfnis erkannt werden sollte, das gestörte Gleichgewicht vor allen Dingen wieder herzustellen. Daß aber jetzt, nachdem der holsteinischen Ständeversammlung die Gesamtverfassung als Entwurf vorgelegt worden, auf dem nun betretenen Wege wird fortgeschritten werden, daß also auf dem Wege der Verhandlung mit dem dänischen Reichstage, mit den Ständeversammlungen der Herzogthümer Schleswig und Holstein und mit der Ritter- und Landschaft des Herzogthums Lauenburg die gemeinsamen Verfassungsverhältnisse werden festgestellt werden müssen, wenn dieses Ziel nicht überhaupt aufgegeben werden soll — das dürfte nach dem allerunterthänigsten Dafürhalten der Versammlung keinem Zweifel unterliegen. Denn dieser Weg erscheint ihr nicht nur als der allein rechtmäßige, sondern er ist auch längst zwischen der Regierung Ew. Majestät und den deutschen Großmächten, im Namen des Bundes, vertragsmäßig festgesetzt, und die Erfahrung hat bewiesen, daß eine Abweichung von demselben nur zu heillosen Verwirrung und Unsicherheit in allen öffentlichen Verhältnissen führe. Es ist auch nicht zu verkennen, daß, nachdem Ew. Majestät die Absicht an den Tag gelegt hat, ein Einverständniß mit der holsteinischen Ständeversammlung über das Verhältniß des Herzogthums zur Gesamtmonarchie herbeiführen zu wollen, auch den übrigen Landesvertretungen gegenüber kaum ein anderer Weg, als der bezeichnete übrig zu bleiben scheint, wenn nicht diese in eine Lage gebracht werden sollen, welche die gegründetste Ursache zur Unzufriedenheit geben würde.

Daß die jetzigen Verhandlungen nur eingeleitet seien, um augenblicklich drohende Gefahren von der Hand zu halten, solcher Ansicht hat die Versammlung nicht geglaubt, Raum geben zu dürfen. Voransichtlich würden ja solche Gefahren nur in viel erhöhterem Grade wieder hervortreten.

Die Beforgniß, daß das Herzogthum Holstein durch Aus-
führung der in Beziehung auf die fortdauernde Wirksamkeit des
Reichsraths für das Königreich Dänemark und das Herzog-
thum Schleswig von Ewr. Majestät Regierung ausgesprochenen
Absicht unter den übrigen vorhandenen Umständen, für eine,
ihrer Dauer nach, vorher nicht zu berechnende Zeit in eine sei-
ner Selbstständigkeit und Gleichberechtigung widerstreitende Ab-
hängigkeit von den Beschlüssen eines Reichsraths für Dänemark
und Schleswig gerathen würde, hat der Versammlung unter
diesen Umständen völlig begründet erscheinen müssen.

Die deutsche Bundesversammlung hat schon durch
Beschuß vom 11. Februar v. J. von Ewr. Majestät Regie-
rung die Anzeige von solchen Anordnungen verlangt, welche
dieselbe zur Herstellung eines den Bundesgrundgesetzen und den
Zusicherungen von 1851/52 entsprechenden und insbesondere die
Selbstständigkeit der besonderen Verfassung und Verwaltung der
Herzogthümer Holstein und Lauenburg und ihre gleichberechtigte
Stellung wahrenen Verhältnisses entweder getroffen habe oder
beabsichtige. Es wird daher auch kein Zweifel darüber erlaubt
sein, daß der deutsche Bund sich nicht dabei beruhigen würde,
wenn das Herzogthum Holstein in der gedachten Weise auf eine
unbestimmte Zeit in einen den Bundesgrundgesetzen und den
Zusicherungen von 1851/52 noch weniger entsprechenden,
seine Selbstständigkeit und Gleichberechtigung noch weniger
wahrenen Zustand versetzt würde, als derjenige war, dessen Fort-
dauer der Bund für unzulässig erklärt hat. Hieran schließt sich
mit Nothwendigkeit die zuversichtliche Erwartung, daß die augen-
blicklich ruhenden Verhandlungen zwischen Ewr. Majestät Regie-
rung und dem deutschen Bunde, nachdem sie wieder aufgenommen
sein werden, vor Allem zur vorläufigen Feststellung eines den
gedachten Anforderungen einigermaßen genügenden Verhältnisses
des Herzogthums Holstein zu den übrigen Theilen der Monarchie
führen werden. Dieses wird sich nicht auf andere Weise erreichen
lassen, als dadurch, daß der Ständeversammlung des Herzog-
thums Holstein bis weiter dieselben Befugnisse rücksichtlich der
dem Herzogthume mit den übrigen Theilen der Monarchie ge-
meinschaftlichen Angelegenheiten eingeräumt werden, wie solche
dem Reichsrathe in Beziehung auf Dänemark und Schleswig
zustehen sollen. Lediglich in solcher Herstellung des zur Zeit ge-
störten Gleichgewichts zwischen den dem deutschen Bunde angehöri-

gen und den demselben nicht angehörigen Theilen der dänischen Monarchie kann die Ständeversammlung einige Beruhigung für die nächste Zukunft erblicken, und wie sehr sie auch auf ein entsprechendes vorläufiges Resultat der gedachten Verhandlungen wird rechnen können, so sind doch die Interessen, um deren vorläufigen Schutz es sich handelt, von zu großer Bedeutung, als daß die Ständeversammlung es hätte unterlassen dürfen, ihrer gerechten Besorgniß einen Ausdruck zu verleihen, und wegen Abhülfe der dem Herzogthum Holstein drohenden Gefahr ihren Vorschlag zu machen.

Die Ständeversammlung hat daher den Beschluß gefaßt, in diesem allerunterthänigsten Bedenken es auszusprechen, wie sie es vor allen Dingen für nothwendig halte:

daß bis zur definitiven Ordnung des Verhältnisses des Herzogthums Holstein zur Gesamtmonarchie kein Gesetz rücksichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten mit Wirksamkeit für das Herzogthum ohne vorgängige Zustimmung der holsteinischen Ständeversammlung erlassen werden dürfe, und folglich der Ständeversammlung die deshalb erforderliche Befugniß beigelegt werde."

In Bezug auf die der Ständeversammlung unverändert wieder vorgelegte Verfassung für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten vom 2. October 1855 sagt das Bedenken:

„Wenn nun schon nach den Vorgängen in der Versammlung der holsteinischen Stände die unveränderte Mittheilung der oftgedachten Gesetze, selbst ohne Motive, wie sie sonst in Begleitung von Gesetzentwürfen zu erscheinen pflegen, hat auffallend sein müssen, so hat die Versammlung dieses Vorgehen vollends nicht für der Sachlage entsprechend halten können, wenn sie in Betracht zog, daß die Gesamtstaatsverfassung nicht allein aus formellen, sondern auch aus materiellen Gründen und weil mehrere ihrer Bestimmungen mit der deutschen Bundesgesetzgebung in Widerstreit stehen, von dem deutschen Bunde durch Beschluß vom 11. Februar 1858 für nicht zu Recht bestehend erklärt ist.

Die Ständeversammlung des Herzogthums Holstein, als eines deutschen Bundesstaates, sieht sich nicht im Stande, Gesetze, über welche in der deutschen Bundesversammlung schon ein solches Urtheil gefällt ist, anzunehmen, sie hat daher den Beschluß fassen müssen, ehrerbietigst zu erklären:

daß sie ihre Zustimmung zur Erlassung des Verfassungsgesetzes vom 2. October 1855 und des Wahlgesetzes von gleichem Datum für das Herzogthum Holstein versage."

No. 22.

I. Patent für das Herzogthum Holstein, enthaltend einige interimistische Bestimmungen, betreffend die Sicherstellung der Interessen des Herzogthums Holstein, bei Behandlung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten.

Wir Frederik der Siebente, von Gottes Gnaden König zu Dänemark, der Wenden und Gothen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stormarn, der Dithmarschen und zu Lauenburg, wie auch zu Oldenburg &c. &c.

Thun kund hiemit: In dem allerunterthänigsten Bedenken, welches Unsere getreue Provinzialständeverammlung des Herzogthums Holstein unterm 11. März d. J. über die Vorlagen abgegeben hat, welche Wir zur Ergänzung der Verfassung des Herzogthums erforderlich erachteten, und wodurch der Provinzialständeverammlung Gelegenheit gegeben worden, ihre Wünsche und Anträge über die Ordnung der verfassungsmäßigen Stellung des Herzogthums Holstein in Unserer Gesamtmonarchie auf der durch die Allerhöchste Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 gegebenen Grundlage auszusprechen, haben Wir Vorschläge, welche geeignet wären, von Uns Allerhöchst sanctionirt zu werden, nicht gefunden.

Es ist jedoch Unser Allergnädigster Wille, daß ferner auf einen verfassungsmäßigen Anschluß Unserer Herzogthümer Holstein und Lauenburg an die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Theile Unserer Monarchie hingearbeitet werde.

Da Wir indessen besorgen müssen, daß annoch einige Zeit verstreiche, bis dies Ziel erreicht sein wird, so haben Wir Allerhöchst beschlossen, auf Grundlage Unserer Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 und im Anschlusse an Unsere Patente vom 6. Novbr. v. J. zur Sicherung der Interessen Unseres Herzogthums Holstein bei Behandlung gemeinschaftlicher Angelegenheiten bis zur Durchführung einer endgültigen Regulirung der Verfassungs-Verhältnisse einige interimistische Bestimmungen hinsichtlich dieses Herzogthums zu treffen.

Zu diesem Ende wollen und gebieten Wir wie folgt:

1. Eine Angelegenheit, welche zur Zeit eine besondere holsteinische Angelegenheit bildet, und folchergestalt zu dem Unserem Ministerium für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg angewiesenen amtlichen Wirkungskreise gehört, soll diesem Ministerium nichts anders, als durch ein in Uebereinstimmung mit Unserer Allerhöchsten Verordnung vom 11. Juni 1854 erlassenes Gesetz entzogen werden.

2. In den gemeinschaftlichen Angelegenheiten Unserer Monarchie sollen endgültige Gesetze über Gegenstände, welche vor Erlass Unserer Verordnung vom 11. Juni 1854 zum Wirkungskreise der früheren beratenden holsteinischen Provinzialstände gehört haben würden, für das Herzogthum Holstein nicht erlassen werden, bevor der Provinzialständeverammlung dieses Herzogthums Gelegenheit gegeben ist, ihr Gutachten in der betreffenden Angelegenheit abzugeben.

3. Gleichfalls wollen Wir von der Provinzialständeverammlung Unseres Herzogthums Holstein solche allerunterthänigste Anträge in Betreff gemeinschaftlicher Angelegenheiten der Monarchie entgegennehmen, deren Einreichung zu jenem früheren Wirkungskreise der Provinzialständeverammlung gehörte.

4. Ferner haben Wir mit Rücksicht darauf, daß es durch die letzte stattgehabte Volkszählung dargethan ist, wie die Volkszahl Unseres Herzogthums Holstein einen geringeren Theil der Volkszahl Unserer Monarchie ausmacht, als früher, beschlossen, daß bis anderweitig von Uns hierüber verfügt wird, von dem Herzogthum Holstein nur 21,64 pCt. zu den gemeinschaftlichen Ausgaben der Monarchie beigetragen werden sollen.

5. Als Beitrag des Herzogthums Holstein zur Bestreitung der gemeinschaftlichen Ausgaben der Monarchie sind zunächst 21,64 pCt. derjenigen Staatseinnahmen anzusehen, welche bisher gemeinschaftliche gewesen sind.

6. Sodann entrichtet das Herzogthum Holstein von demjenigen Betrage, um welchen die gemeinschaftlichen Ausgaben der Monarchie die gemeinschaftlichen Einnahmen etwa übersteigen möchten, 21,64 pCt., welche Ausgabe aus den besondern Einnahmen des Herzogthums abzuhalten ist.

7. Da es indessen Unser Allerhöchster Wille ist, daß der Beitrag des Herzogthums Holstein zu den gemeinschaftlichen

Ausgaben der Monarchie innerhalb solcher Grenzen gehalten werde, daß es unter gewöhnlichen Verhältnissen und namentlich in Friedenszeiten nicht nothwendig wird, Unsere Provinzialständerversammlung des Herzogthums Holstein Behufs Aufbringung des zur Deckung der gemeinschaftlichen Ausgaben der Monarchie von den besondern Eutraden des Herzogthums zu entrichtenden Beitrages zur Vornahme einer außerordentlichen Reparation aufzufordern, so haben Wir Allerhöchst beschloffen, für jedes einzelne Jahr auf Vorschlag Unseres Finanzministers in diesem Sinne das Maximum festzusetzen, welches der auf das Herzogthum Holstein fallende Betrag zu den gemeinschaftlichen Ausgaben der Monarchie nicht überschreiten darf.

Wonach sich allerunterthänigst zu achten.

Urkundlich unter Unserem Königlichem Handzeichen und vorgedruckt In Siegel.

Gegeben auf Unserem Schlosse Christiansborg, den 23. September 1859.

Frederik II.

(L. S.)

G. Sall. J. J. Ansgaard. Fenger.

No. 23.

II. Bekanntmachung, betreffend den von dem Herzogthum Holstein zur Deckung der gemeinschaftlichen Ausgaben der Monarchie während der Finanzperiode vom 1. April 1860 bis 31. März 1862 zu leistenden Beitrag.

Se. Majestät der König haben auf desfällige allerunterthänigste Vorstellung des Finanzministeriums unterm 23. d. M. Allerhöchst zu resolviren geruht, wie folgt:

§ 1. Zur Abhaltung derjenigen Ausgaben, welche in Gemäßheit des vorläufigen Normalbudgets vom 28. Februar 1856 und der Uns vorgelegten Aufklärungen über die Bedürfnisse der gemeinschaftlichen Administration in der Finanzperiode vom 1. April 1860 bis 31. März 1862 bevorstehen werden, soll von Unserem Herzogthume Holstein ein Beitrag geleistet werden von höchstens 7,255,072 Thlr., deren Vertheilung vorläufig folgendermaßen veranschlagt wird:

zu Unserer Civilliste.	346,240 Thlr.
zu den Apanagen u. d. Hauses . . .	160,162 "

zu Unserem Geheimen Staatsrathe .	28,738	Thlr.
zur Verzinsung und Abtragung der Staatsschuld	2,472,586	"
zum Pensionswesen	584,496	"
zu Unserem Ministerio d. Auswärtigen	103,104	"
„ Unserem Kriegsministerio	1,850,683	"
„ Unserem Marineministerio	848,663	"
„ Unserem Finanzministerio	190,653	"
„ verschiedenen und unvorhergese- nen Ausgaben	669,747	"
zusammen	7,255,072	"

Die Vertheilung dieses Beitrages auf die beiden Jahre, aus welchen die Finanzperiode besteht, behalten Wir Uns vor näher zu bestimmen.

§ 2. Dieser Beitrag ist folgendermaßen aufzubringen:

a. durch den Antheil Unseres Herzogthums Holstein, ²¹⁶⁴ ₁₀₀₀₀	
an den gemeinschaftlichen Einnahmen der Monarchie	
Dieser ist veranschlagt:	
vom Ueberschuß aus den Domaniel- Einnahmen zu	764,013 Thlr.
vom Ueberschuß vom Herzogthum Lauenburg	108,200 "
vom Ueberschuß von den dänisch-west- indischen Inseln	18,545 "
von Zinsen von und Abträgen auf Staatsactiven	355,820 "
von den Zinsen des Derefundsfonds	519,360 "
vom Ueberschuß des Eidercanals . .	" "
vom Ueberschuß aus den Zoll-, Kar- tenstempel- nebst Schiffahrts-Ab- gaben, Brennerei-Zutraden zc., .	3,359,030 "
vom Ueberschuß vom Post- und Te- legraphenwesen	95,701 "
von den Classen-Votto-Zutraden . . .	43,280 "
von verschiedenen Einnahmen . . .	173,363 "
zusammen	5,437,312 Thlr.

b. durch einen Zuschuß aus den besonderen Einnahmen Unseres Herzogthums Holstein, welcher für das Finanzjahr vom 1. April 1860 bis zum 31. März 1861 zu 908,880 Thlr. festgestellt wird, und für das Finanzjahr vom 1. April

1861 bis zum 31. März 1862 von uns näher festgestellt werden wird, dergestalt jedoch, daß gedachte Summe von 908,880 Thlr. nicht überschritten wird.

Solches wird zur Nachricht und Nachachtung für Alle, die es angeht, hierdurch bekannt gemacht.

Königliches Finanzministerium zu Kopenhagen, den 25. Septbr. 1859.

Fenger.

Andresen.

No. 24.

**Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom
2 November 1859.**

Der königlich dänische Gesandte für Holstein und Lauenburg übergiebt folgende Erklärung:

Hohe Bundesversammlung hat durch Passus 2 des am 23. Decbr v. J. in der holstein-lauenburgischen Verfassungsangelegenheit gefaßten Beschlusses die seit dem 12. August 1858 vereinigten sehr verehrlichen Ausschüsse unter Andern beauftragt, über das Ergebnis der von der königlich dänischen Regierung in der 35ten vorigjährigen Bundestagsitzung angekündigten Verhandlung mit den Provinzialständen des Herzogthums Holstein ihr weiteren Bericht zu erstatten. Aufknüpfend an diesen Beschluß und von dem Wunsche begleitet, so weit irgend thunlich, die mit dieser Angelegenheit verbundenen Schwierigkeiten einer gerechten und dauernden Lösung entgegenzuführen, haben Se. Majestät der König den gehorsamst Unterzeichneten anzuweisen geruht, über die erwähnte Verhandlung, sowie nicht minder über Allerhöchste ihre weiteren Absichten nachstehende von den Hauptactenstücken begleitete Mittheilung an die Ausschüsse zu richten. In Uebereinstimmung mit den der hohen Bundesversammlung seinerzeit vorgelegten allerhöchsten Patenten vom 6. November v. J., wodurch Se. Majestät der König für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg die rücksichtlich dieser Herzogthümer beanstandeten Verfassungsbestimmungen aufzuheben und mit Beziehung hierauf die holsteinischen Provinzialstände einzuberufen geruht hatten, traten letztere zu Nybø am 3. Januar d. J. zusammen. Auf allerhöchsten Befehl wurde der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verfassung des Herzogthums Holstein, nebst dazu gehörigen Motiven, vom königl. Commissarius der Provinzialständerversammlung vorgelegt. Wie dieser Entwurf in seinen übrigen Bestimmungen frühere Anträge der Versammlung bezüglich der provinziellen Verfassung des Herzogthums thunlichst berücksichtigte, so enthielt der Schlußparagraph eine Aufforderung an die Stände, ihre Wünsche und Anträge über die verfassungsmäßige Stellung des Herzogthums in der Gesamtmonarchie auf der durch die Allerhöchste Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 gegebenen Grundlage vollständig anzusprechen. In dieser Beziehung konnte das, freilich für Holstein und Lauenburg aufgehobene, Verfassungsgezet vom 2. Febr. 1855, sowie das provisorische Wahlgezet vom nämlichen Tage einen Ausgangspunkt und die natürlichste Grundlage für die Verhandlungen darbieten. Die Stände folgten der in dieser Weise an sie gestellten Aufforderung

und erstatteten unter'm 11. März ihr ausführliches allerunterthänigstes Bedenken, von einem neuen Entwurfe sowohl einer gemeinschaftlichen Verfassung für die Monarchie als einer besondern Verfassung für das Herzogthum Holstein begleitet. Wie die königliche Regierung nicht den Ernst und die Sorgfalt verkennt, womit die Ständeversammlung die derselben gestellte wichtige Aufgabe behandelt hat, so erkennt sie mit Befriedigung an, daß dieselbe sich bestrebt, Tendenzen zurück zu drängen, die eben so wenig mit der unbestreitbaren Thatsache, daß gemeinschaftliche Interessen der verschiedenen Theile der Monarchie mit einander zu einem Ganzen verbinden, in Einklang stehen, als sie mit der gegebenen Grundlage für die Ordnung des Staates vereinbar wären. Allein daneben muß die Regierung es bedauern, daß die Vorschläge, welche die Ständeversammlung hinsichtlich der Ordnung der gemeinschaftlichen Verfassung stellen zu müssen geglaubt hat, so wenig zur Ertheilung der höchsten Sanction geeignet sind. Es bedarf einer weiteren Ausführung nicht, daß, wenn die Stände eine gemeinschaftliche Verfassung in Vorschlag bringen, welche zu einem jeden gemeinschaftlichen Gesetze und zu einer jeden Geldbewilligung über das Normalbudget hinaus, die Zustimmung von vier provinziellen vereinzelt und getrennt verhandelnden Versammlungen erheischen würde, eine solche Verfassung weder der von der allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar bezweckten Verbindung der einzelnen Theile der Monarchie zu einem wohlgeordneten Ganzen entspricht, noch überall praktisch möglich oder gerecht sein würde. Ungeachtet die königliche Regierung daher in den von den holsteinischen Ständen abgegebenen Bedenken Vorschläge, die geeignet wären, von Sr. Majestät sanctionirt zu werden, nicht gefunden hat, glaubt sie doch nicht schon jetzt auf die Hoffnung verzichten zu müssen, daß eine bessere Erkenntniß dessen, was die gemeinsamen Interessen erfordern, in Holstein sich werde geltend machen können. Von der Ansicht ausgehend, es sei der Augenblick noch nicht gekommen, eine definitive Bestimmung über die verfassungsmäßige Stellung des Herzogthums in der Monarchie zu treffen, hat die Regierung daher geglaubt, zur Zeit ihre Aufmerksamkeit darauf richten zu müssen, dem Herzogthum Holstein eine Stellung während der Uebergangsperiode bis zur endgültigen Regulirung der Verfassungsverhältnisse zu sichern, durch welche für die dortigen Unterthanen Sr. Majestät jegliche Besorgniß, es werde der holsteinische Gesichtspunkt bei der Leitung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten aus den Augen verloren werden, beseitigt wird, theils aber auf Anbahnung eines Weges, welcher besser als der bisher befolgte, durch eine allseitige Erörterung der obschwebenden Fragen zum Ziele zu führen geeignet sein möchte. Die holsteinischen Stände haben es selbst hervorgehoben, wie eine Uebergangszeit von größerer Ausdehnung nicht vermieden werden könne, und daß es jedenfalls weiterer Verhandlungen bedürfen würde, ehe ein endlicher Abschluß zu erreichen sei. So weit thunlich hat demnach die Regierung es sich angelegen sein lassen, für ihre Maßnahmen in den von den Ständen solchermaßen dargelegten Ansichten und Wünschen Anknüpfungspunkte anscheinend zu machen. In ersterer Beziehung haben Sr. Majestät unter'm 23. Septbr. d. J. ein Patent für das Herzogthum Holstein ergehen lassen, enthaltend einige interimistische Bestimmungen, betreffend die Sicherstellung der Interessen des Herzogthums bei Behandlung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten.

Die hierdurch dem Herzogthum verliehene Stellung während der Uebergangsperiode ist folgende: Bis eine Verfassungsbestimmung an Stelle des aufgehobenen § 3 der Verordnung vom 11. Juni 1854 treten kann, ist es durch No. I des angeführten Patents festgestellt, daß eine Angelegenheit, welche zur Zeit eine besondere holssteinische Angelegenheit bildet, und solcherge-
gestalt zu dem Ministerium für die Herzogthümer Holstein und Lauen-
burg angewiesenen amtlichen Wirkungskreise gehört, diesem Ministerium
nicht anders als durch ein in Uebereinstimmung mit der Verordnung vom
11. Juni 1854 erlassenes Gesetz entzogen werden könne. Hierdurch ist
die in Gemäßheit der Bekanntmachung vom 28. Jan. 1852 früher
gezogene und von den holssteinischen Ständen auch als zweckmäßig anerkannte
Grenze zwischen den gemeinschaftlichen und den besonderen Angelegenheiten
gegen einseitige Veränderungen gesichert. Bezüglich der Behandlung der ge-
meinsamen Angelegenheiten in der Uebergangszeit ist es sodann durch
Nr. II des gedachten Patents bestimmt, daß endgültige Gesetze über Ge-
genstände, welche vor Erlass der Verordnung vom 11. Juni 1854 zum
Wirkungskreise der früheren beratenden holssteinischen Provinzialstände ge-
hört haben würden, für das Herzogthum Holstein nicht erlassen werden
sollen, bevor der Provinzialständerversammlung dieses Herzogthums Gele-
genheit gegeben sei, ihr Gutachten in der betreffenden Angelegenheit abzu-
geben, und in demselben Umfange ist nach Nr. III des Patents der Pro-
vinzialständerversammlung das Recht zugesprochen, Anträge in Betreff ge-
meinschaftlicher Angelegenheiten der Monarchie bei Sr. Majestät einreichen
zu dürfen. Was besonders die finanziellen Verhältnisse anbelangt, so hatten
die Stände in ihrem Bedenken zwei Punkte hervorgehoben, nämlich theils
daß von Alterszeiten eine nicht ganz richtige Position der aus den im
Herzogthum belegenen Intraden fließenden Einnahmen stattfinde, theils daß
das Verhältniß, nach dem der Beitrag Holsteins zu den gemeinschaftlichen
Ausgaben durch das Verfassungs-gesetz vom 2. October 1855 und die frühe-
ren Budgets regulirt war, auf Grund der verhältnißmäßig größeren
Volkszähl, welche eine spätere Volkszählung für den übrigen Theil der
Monarchie ergibt, nicht länger correct sei. In ersterer Beziehung haben
Se. Majestät der König in Uebereinstimmung mit den Vorschlägen einer
von der Regierung niedergelegten Commission eine Umposition zum Vor-
theil der besonderen Finanzen des Herzogthums Holstein durch eine besondere
Resolution angeordnet. In letzterer Beziehung ist durch Nr. IV des er-
wähnten Patents die Quote Holsteins genau nach der letzten Volkszählung
in der Monarchie auf 21, ⁶⁶ % anstatt wie früher auf 23 pCt. fest-
gesetzt, und somit diese Zahl für den Antheil Holsteins an den gemein-
schaftlichen Einnahmen sowohl als für den Beitrag des Herzogthums zu
den gemeinschaftlichen Ausgaben maßgebend geworden (vergl. Nr. V. und
VI. des Patents vom 23. Septbr. d. J.). Gleichwie der Beitrag Hol-
steins zu den gemeinschaftlichen Ausgaben solchergegestalt auf eine feste und
gerechte Weise demjenigen der andern Landestheile gegenüber festgestellt
worden, so ist derselbe auch absolut und unabhängig von anderen Ein-
flüssen als dem souverainen königlichen Willen normirt worden. Durch
Nr. VII des Patents haben Se. Majestät es als Allerhöchsth ihren Willen
ausgesprochen, daß der Beitrag des Herzogthums Holstein zu den gemein-

schaftlichen Ausgaben der Monarchie innerhalb solcher Grenzen gehalten werde, daß es unter gewöhnlichen Verhältnissen und namentlich in Friedenszeiten nicht nothwendig wird, die Provinzialständeverammlung des Herzogthums Holstein behufs Aufbringung des zur Dedung der gemeinschaftlichen Ausgaben der Monarchie von den besondern Zuträgen des Herzogthums zu entrichtenden Beitrags zur Vornahme einer außerordentlichen Repartition aufzufordern. Wie es daher in Verbindung hiermit ausgesprochen worden ist, daß Se. Majestät der König auf Vorschlag des Finanzministers jährlich das Maximum festsetzen werden, welches der auf das Herzogthum Holstein fallende Beitrag zu den gemeinschaftlichen Ausgaben der Monarchie nicht überschreiten dürfe, so haben Se. Majestät auch mittelst Allerhöchster Resolution schon jetzt das Budget des Herzogthums Holstein für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie in der nächsten Finanzperiode innerhalb der angegebenen Garantien festgesetzt. Nach wie vor bleibt es aber der Hauptzweck der Bestrebungen der königlichen Regierung, auf den verfassungsmäßigen Wiederanschluß der Herzogthümer Holstein und Lauenburg an die nicht zum deutschen Bunde gehörenden Theile der Monarchie hinzuwirken. Der gemachte Versuch, durch Verhandlungen mit den holsteinischen Provinzialständen zu einem praktischen Resultate zu gelangen, ist freilich erfolglos geblieben; allein die Regierung hat doch nicht die Hoffnung aufgegeben, auf dem Wege der Verhandlungen ein Einverständniß zu erreichen, das die beste Grundlage einer dauerhaften Ordnung bilden würde. Nur dürfte die gewonnene Erfahrung empfehlen, die neuen Verhandlungen in einer anderen Form und in einem größeren und vollständigeren Umfange als früher eintreten zu lassen. Es ist daher die Absicht der königlichen Regierung, in der nächsten Zukunft die geeigneten Schritte vorzunehmen, damit Abgeordnete für das Herzogthum Holstein mit Vertretern der übrigen Theile der Monarchie in gleicher Zahl von der holsteinischen Provinzialständeverammlung und von dem Reichsrathe gewählt, behufs einer gemeinsamen Verhandlung zusammentreten können, in welcher die verschiedenen Gesichtspunkte über die zweckmäßigste Anordnung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten durch eine erschöpfende und freie Auswechslung der Gedanken und Wünsche sich in eine mehr übereinstimmende und geistreiche Ansicht vereinigen können. Möglicherweise wird es sich aus diesen Verhandlungen ergeben, daß die Bedenken, die sich dem Anschlusse des Herzogthums Holstein an eine gemeinschaftliche Verfassung der Monarchie entgegengestellt haben, beseitigt werden können, wenn für die Verfassung vom 2. Decbr. 1855 gewisse Modificationen — die etwa auch von anderen Seiten und aus anderen Rücksichten sich als gerecht und wünschenswerth erzeigen möchten — ins Leben gerufen würden. Durch eine solche umfassende und allgemeine, von der Regierung geleitete Verhandlung zwischen Vertretern der verschiedenen Theile der Monarchie wird dann — so hofft die königliche Regierung — eine Verfassung vorbereitet werden können, welche zu einer den Ansichten der Bewohner der verschiedenen Landestheile über ihre Interessen und Rechte entsprechenden definitiven Ordnung führen würde.

No. 25.

Ausschufsanträge vom 18. Februar 1860.

„Hohe Bundesversammlung möge

- I. durch Vermittelung des königlich dänischen Herrn Gesandten für Holstein und Lauenburg der königlich-herzoglichen dänischen Regierung unter Bezugnahme auf die vorhergegangenen Erörterungen fundgeben, daß die Bundesversammlung zwar a) in den bisherigen Maßnahmen der Regierung, insbesondere in den der holsteinischen Ständerversammlung gemachten Vorlagen und in der einfachen Zurückweisung der Propositionen dieser Stände noch immer die Erfüllung der durch den Bundesbeschluß vom 11. Februar 1853, Ziffer 2 sub a und b, festgestellten Verpflichtungen derselben zu vermissen, und deßhalb auf deren schleuniger Erfüllung zu bestehen habe; gleichwohl b) mit Rücksicht auf die von der königlich-herzoglichen Regierung mittelst des Herrn Gesandten für Holstein und Lauenburg vom 2. November 1859 gegebenen Erklärungen von dem zur Erwirkung der Ausführung jenes Beschlusses durch Bundesbeschluß vom 12. August 1858 bereits eingeleiteten bundesgesetzlichen Verfahren noch ferner Abstand nehmen werde. Sie knüpft jedoch c) hieran die Bedingung, daß bis zur Herstellung eines definitiven, den Zusicherungen von 1851 und 1852 entsprechenden Verfassungszustandes 1) hinsichtlich der Bestimmung über die Gegenstände, welche als allgemeine oder besondere Angelegenheiten betrachtet werden sollen, der Inhalt der allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 ausschließlich maßgebend sei, und 2) in Wahrung der Gleichberechtigung der deutschen Bundesländer mit den

übrigen Theilen der Monarchie für die Dauer des Zwischenzustandes, alle Gesetzentwürfe, welche dem Reichsrathe zugehen, auch den Ständen der Herzogthümer Holstein und Lauenburg unterbreitet werden, und kein Gesetz in gemeinschaftlichen Angelegenheiten, namentlich auch in Finanzsachen, für die Herzogthümer erlassen werde, wenn es nicht die Zustimmung der Stände dieser Herzogthümer erhalten hat, indem die Bundesversammlung Verordnungen, welche im Widerspruch hiermit erlassen werden sollten, als rechtsverbindlich für die Herzogthümer nicht werde betrachten können.

II. Der königlich-herzoglichen Regierung ferner zu eröffnen, daß die Bundesversammlung der Absicht dieser Regierung, Delegirte der verschiedenen Theile des Reiches zu Berathungen über eine gemeinschaftliche definitive Verfassung zu berufen, unter der Bedingung nicht entgentreten wolle, daß a) dem Princip der Vereinbarung von 1851 und 1852 entsprechende Verhandlungen mit Delegirten der gesetzlichen Specialvertretungen sämtlicher Landestheile stattfinden, daß b) dieselben mit möglichster Beschleunigung herbeigeführt werden, damit in den Herzogthümern der Herstellung eines gesetzmäßigen Verfassungszustandes diese Zwischenmaßregel nicht unnötige Verzögerung verursache, und daß c) selbstverständlich durch diese Berathungen der Verhandlung mit den Ständen der Herzogthümer in keiner Weise präjudicirt werde.“

In dem diesen Beschlüßanträgen vorausgeschickten Ausschußberichte werden die von dem Könige von Dänemark am 23. September 1859 erlassene interimistische Verordnung, sowie die erläuternden Erklärungen, welche dem Bunde und den beiden deutschen Großmächten durch die Note des dänischen Bundestagsgesandten vom 2. November 1859 communicirt wurden,

als nicht befriedigend bezeichnet; es wird vielmehr die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß die von dem Könige von Dänemark erteilten Zusicherungen und die zwischen ihm und den beiden deutschen Großmächten zu Stande gekommenen Vereinbarungen von 1851 und 1852 genau eingehalten und in Erfüllung gebracht werden. Nur in Berücksichtigung des Umstandes, daß die dänische Regierung nun durch die von ihr vorgeschlagene Delegirtenversammlung eine endliche Erledigung der schwebenden Differenzen anstreben wolle, wird von den vereinigten Ausschüssen die Sistirung der Execution, d. h. eine einstweilige Unterlassung weiteren Vorgehens auf dem Executionswege, beantragt, jedoch unter den in dem Beschlußentwurfe bezeichneten Bedingungen für das Provisorium. Auch soll die Competenz des Executionsausschusses in dieser Sache ausdrücklich vorbehalten bleiben, d. h. dem Executionsausschusse bleibt es vorbehalten, jederzeit von sich aus Anträge, welche er für nöthig erachten würde, bei dem Bund zu stellen.

Nach Verlesung der Ausschuß-Anträge giebt der königlich dänische Gesandte folgende Erklärung zu Protokoll:

„Wenn in den eben verlesenen Ausschuß-Anträgen, zusammengehalten mit den vorausgehenden Erörterungen, auch jetzt, nachdem sämmtliche im Bundesbeschlusse vom 11. Februar 1858 beanstandeten Verfassungs-Bestimmungen für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg aufgehoben und verfassungsmäßige Einleitungen für Herbeiführung eines alle Rechte und Interessen berücksichtigenden Verfassungszustandes theils getroffen, theils angeboten, auch den Special-Verfassungen entsprechende Bürgschaften während des Uebergangszustandes bereitwilligst gegeben worden sind, die Anordnung und Vollziehung des Executions-Verfahrens gegen Se. Majestät den König von Dänemark in Aussicht gestellt und zugleich während dieses Provisoriums, sowie für die eventuelle Feststellung aller Verfassungsfragen, für die holsteinischen und lauenburgischen Stände eine sehr ausgedehnte, über deren bisherige Competenz hinausgehende, beschließende Befugniß in Anspruch genommen wird, so hat der Gesandte sich für jetzt unter Zurückbeziehung auf seine früheren Erklärungen um so mehr auf eine vorläufige Verwahrung zu beschränken, als seine allerhöchste Regierung an der Hoffnung festhalten zu dürfen glaubt, es werde Hohe Bundesversammlung den Weg, welcher nach Ueberzeugung der königlichen Regierung der practische ist, um auf den Grund des Bundesbeschlusses vom 29. Juli 1852 eine endliche Ausgleichung herbeizuführen, nicht zu einem unmöglichen

machen wollen. Wenn dabei auch für die eventuelle Vertretung, welche den nicht zum deutschen Bunde gehörigen Theilen der Monarchie bei Berathungen von Delegirten für eine gemeinsame Verfassung zu gewähren sein würde, die bundesrechtliche Competenz in Anspruch genommen werden wollte, so kann der Gesandte nicht umhin, hiergegen schon bei Einbringung der Anträge im Namen seines allerdurchlauchtigsten Souverains Protest niederzulegen. Zugleich hat derselbe seiner allerhöchsten Regierung wie alle Rechte, so die weiter für nöthig zu erachtenden Erklärungen und Erläuterungen vorzubehalten.“

No. 26.

Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 8. März 1860.

Die Abstimmung über die Anträge der vereinigten Ausschüsse vom 18. Februar fand in der Sitzung der Bundesversammlung vom 8. März statt. Dieselben wurden angenommen.

Bei der Abstimmung gaben die großherzoglich und herzoglich sächsischen Häuser folgende Motivirung zu Protokoll:

„Der Gesandte ist angewiesen, den Anträgen der vereinigten Ausschüsse beizutreten und dabei unter Bezugnahme auf die Abstimmung seiner höchsten Regierungen in der 27ten Sitzung vom 12. August 1858 zu erklären, wie man es als sich von selbst verstehend ansehe, daß durch die von dem königlich dänischen Herrn Bundesabgeordneten für Holstein und Lauenburg in Betreff jener Anträge abgegebenen Erklärungen den Rechten des Bundes in keiner Weise präjudicirt werden könne. — Für Koburg-Gotha hat der Gesandte hieneben Folgendes zu Protokoll zu geben: Die von dem königlich dänischen Herrn Gesandten für Holstein-Lauenburg in das Protokoll der 6 Sitzung niedergelegte Erklärung und Verwahrung hat die Ansicht der herzoglichen Regierung von der Richtigkeit und Nothwendigkeit des von den vereinigten Ausschüssen gestellten Antrages zu erschüttern nicht vermocht. Denn der von der königlich-herzoglichen Regierung für allein praktisch gehaltene Weg, wie derselbe sich in dem durch den Antrag der vereinigten Ausschüsse zu beseitigenden Patente vom 23. September 1859 kund giebt, besteht lediglich darin, die Stände der Bundesländer dadurch zur Aufopferung ihrer gerechten Ansprüche zu bewegen, daß denselben kein Widerspruchsrecht gegen die in gemeinschaftlichen Angelegenheiten ergehenden Beschlüsse der Regierung und des Reichsrathes zuerkannt wird.

Dieser Weg ist aber eben so wenig mit dem Bundesrechte als mit den besondern Verpflichtungen der königlich-herzoglichen Regierung vereinbar. Es wird vielmehr mit Bezug auf diese Verpflichtungen festzuhalten sein, daß die Stände der Herzogthümer in keiner Beziehung minder berechtigt sein können, als die zur Zeit noch für gemeinschaftliche Angelegenheiten bestehende Vertretung des Königreichs Dänemark, und daß daher auch der Landesvertretung der Herzogthümer, namentlich in Betreff der Feststellung der Einnahmen und Ausgaben für gemeinschaftliche Angelegenheiten ganz dieselben Befugnisse zustehen, wie der des Königreichs. Der Protest der königlich-herzoglichen Regierung gegen die Competenz der Bundesversammlung für die eventuelle Vertretung, welche den nicht zum deutschen Bunde gehörigen Theilen der Monarchie bei Berathungen von Delegirten über eine gemeinschaftliche Verfassung zu gewähren sein wird, beruht im Allgemeinen auf einem logischen und was das Herzogthum Schleswig speciell betrifft, auf einem rechtlichen Irrthum. Denn was die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Theile der Monarchie im Allgemeinen betrifft, so versteht es sich nach dem Begriffe jedes Verhältnisses von selbst, daß, wenn der Bundesversammlung die Competenz beizuhören, zu bestimmen, welcher Art diejenige Vertretung sein soll, die bei den fraglichen Berathungen den Bundesländern zu gewähren ist, dieselbe zugleich berechtigt ist, zu erklären, sowohl mit welcher Art von Delegirten aus den übrigen Theilen der Monarchie die holsteinischen und lauenburgischen Stände nicht zu verhandeln haben, als auch mit welchen dieselben vielmehr allein in Berathung treten können. Was das Herzogthum Schleswig aber insbesondere betrifft, so bilden die staatsrechtlichen Verhältnisse desselben einen rechtlichen und integrierenden Theil der Vereinbarungen von 1851 und 1852 und es wird seiner Zeit darauf zu sehen sein, daß die von der königlich-herzoglichen Regierung dem deutschen Bunde gegenüber übernommenen Verpflichtungen auch für dieses Herzogthum ihre loyale und volle Ausführung erhalten. Die herzogliche Regierung kann in dieser Hinsicht lediglich auf ihre Abstimmung in der Bundestagsitzung vom 11. Februar 1858 Bezug nehmen und braucht kaum hinzuzufügen, daß das Verfassungsgezet vom 2. October 1855 auch für das Herzogthum Schleswig im Widerspruche mit jenen Vereinbarungen erlassen und daher ohne Rechtsbestand ist, sowie daß durch die beabsichtigte Berathung von Delegirten auch der Verhandlung mit den Ständen des Herzogthums Schleswig nicht präjudicirt werden wird.“

Gegen die Ausschufsanträge stimmen: Niederlande wegen Luxemburg und Limburg; zur Motivirung giebt der Gesandte Folgendes zu Protocoll:

„Niederlande wegen Luxemburg und Limburg. Da die königlich niederländische, großherzoglich luxemburgische Regierung von ihren in der 27. Sitzung vom 12. August 1858 entwickelten Ansichten über die holsteinische Verfassungsangelegenheit nicht abzugehen vermag, so kann sie auch gegenwärtig den Ausschlußanträgen nicht beitreten, da dieselben fortwährend executivische, der Sachlage nach diesseitiger Ansicht nicht entsprechende, Maßregeln in Aussicht stellen, für die Herzogthümer Berechtigungen in Anspruch nehmen, welche in ihren Specialverfassungen nicht begründet scheinen, und endlich für die nicht zum Bunde gehörigen Theile der dänischen Monarchie Andeutungen enthalten, welche für die königlich dänische Regierung nicht maßgebend sein können. Der Gesandte ist daher angewiesen, gegen die Anträge zu stimmen und sich dafür auszusprechen, daß der königl.-herzogl. Regierung zunächst überlassen werden möge, auf dem von ihr angedeuteten Wege zwischen den verschiedenen, zum Bunde gehörigen Theilen des Reichs eine definitive gemeinschaftliche Verfassung zu berathen und zu Stande zu bringen.“

No. 27.

Sitzung der Bundesversammlung vom 26. Juli 1860.

Antrag der Großherzoglich Oldenburgischen Regierung.

„Mittels Bundesbeschlusses vom 8. März d. J. war hinsichtlich der Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg bestimmt worden, daß die Bundesversammlung zwar von dem zur Erwirkung der Ausführung des Bundesbeschlusses vom 11. Februar 1858 bereits durch den Bundesbeschluß vom 12. August 1858 eingeleiteten bundesgesetzlichen Verfahren vorläufig noch ferner Abstand nehmen werde; die Bundesversammlung hatte hieran jedoch Bedingungen geknüpft, insbesondre auch wörtlich diejenige, „daß kein Gesetz über gemeinschaftliche Angelegenheiten, namentlich auch in Finanzsachen, für die Herzogthümer erlassen werde, wenn es nicht die Zustimmung der Stände dieser Herzogthümer erhalten habe, indem die Bundesversammlung Verordnungen, welche im Widerspruche hiermit ergehen sollten, als rechtsverbindlich nicht würde betrachten können.“ Nun ist durch das „Gesetz und Ministerialblatt“ für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg vom 3. Juli das Staatsbudget für das Finanzjahr vom 1. April

1860 bis zum 31. März 1861, welches den Ständen der Herzogthümer nicht zur Zustimmung vorgelegt gewesen ist, publicirt und in Kraft gesetzt worden. Daß hierdurch gegen eine ausdrückliche Bedingung und den Zweck des durch den Bundesbeschluß vom 8. März d. J. vorläufig genommenen Abstans des einseitig verfahren und der Stand der Sache wesentlich umgestaltet worden ist, erscheint kaum zweifelhaft. Es dürfte deshalb genügen, auf diese Thatfachen unter gleichzeitiger Bezugnahme auf den Beschluß vom 20. Mai 1858 Ziffer 2 hinzuweisen, um den Antrag im Allgemeinen zu rechtfertigen, welchen die Großherzoglich Oldenburgische Regierung hiermit dahin stellt: daß in Erwägung genommen werden möge, ob nunmehr nicht ein Vorgehen nach Maßgabe der Bundesbeschlüsse vom 11. Februar 1858 und 12. August 1858 geboten sei. Der Gesandte hat vorstehenden Antrag um so mehr ungesäumt in der heutigen Sitzung (26. Juli) zu stellen, damit solcher schon während der Vertagung von den höchsten und hohen Regierungen in Betracht gezogen werde.“ —

Der dänische Gesandte behielt sich hierauf weitere Erklärung vor und die hohe Versammlung beschloß den Antrag den vereinigten Ausschüssen mit dem Auftrage zuzuwiesen, über die thatsächlichen Verhältnisse Aufklärungen sich zu verschaffen, und, sobald diese eingebracht sein werden, der Bundesversammlung Bericht zu erstatten.

No. 28.

Depesche des königlich dänischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Geheimrath Hall, an den k. preussischen Gesandten Herrn v. Palan, mit. mit. an den k. k. österreichischen Geschäftsträger, Herrn v. Jäger.

d. d. Kopenhagen, den 10. September 1860.

Einem von den vereinigten Ausschüssen in Frankfurt an die königlich preussische, sowie an die kaiserlich königlich österreichische Regierung gerichteten Ersuchen gemäß haben Ew. Hochwohlgeboren gemeinschaftlich mit dem kaiserlich königlich Geschäftsträger sich bei der königlichen Regierung verwendet, um mit den

nöthigen Aufklärungen über die thatsächlichen Verhältnisse versehen zu werden, welche dem von der großherzoglich oldenburgischen Regierung in der 25. Bundestagesitzung d. J. eingebracht, die Publication des Staatsbudgets für das Finanzjahr vom 1. April 1860 bis zum 31. März 1861 in dem Herzogthume Holstein betreffenden, Antrage zu Grunde gelegt worden sind. Indem ich mich auf das von dem königlichen Bevollmächtigten in der sechsten Bundestagesitzung vom 8. März d. J. abgegebene Votum im Allgemeinen beziehen muß, in welchem die königliche Regierung eingehend erörtert hat, wie eine den holsteinischen Provinzialständen für die Uebergangszeit zugestehende allgemeine und durch keine anderweitigen Garantien bestimmte, beschließende Befugniß in den gemeinschaftlichen Angelegenheiten weder in den gegebenen geschichtlichen und rechtlichen Verhältnissen gegründet, noch überhaupt praktisch ausführbar sei, verfehle ich übrigens nicht hinsichtlich des in Frage kommenden speciellen Falles Ew. Hochwohlgeboren Folgendes ganz ergebenst mitzutheilen.

Nachdem Ee. Majestät der König in dem, der an die vereinigten Ausschüsse gerichteten Note vom 2. November 1859 als Beilage angefügten, allerhöchsten Patente vom 23. September v. J. die finanziellen Verhältnisse Holsteins für die Uebergangszeit im Allgemeinen geregelt hatten, geruhten Allerhöchstdieselben durch ein anderes Patent vom 25. desselben Monats das Budget für die allgemeinen Angelegenheiten, soweit dasselbe das Herzogthum Holstein betrifft, während der bevorstehenden Finanzperiode zu genehmigen. Wie es sich durch das Einsehen dieses Aktenstückes, das ich ergebenst anschließe, herausstellen wird, ist durch dasselbe nicht nur der aus den besondern Einnahmen des Herzogthums zu den gemeinschaftlichen Ausgaben während der jetzigen Finanzperiode zu entrichtende Beitrag normirt, sondern überhaupt alle auf Holstein fallenden gemeinschaftlichen Einnahmen und Ausgaben für die verschiedenen Abtheilungen des allgemeinen Staatshaushalts genau und unabhängig von allen andern Einflüssen als dem souverainen königlichen Willen festgestellt worden. — Das in dem großherzoglich oldenburgischen Antrage gedachte, durch das „Gesetz und Ministerialblatt“ für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg vom 3. Juli d. J. publicirte sogenannte Staatsbudget für das Finanzjahr vom 1. April 1860 bis zum 31. März 1861 ist folglich für Hol-

sein kein neues Gesetz, noch hat dasselbe überhaupt den Charakter eines Gesetzes. Das Budget für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten während der jetzigen Finanzperiode war, soweit dasselbe das Herzogthum Holstein betrifft, vor der Zusammenkunft des Reichsraths und lange vor dem Beschlusse der Bundesversammlung durch allerhöchste Resolution bestimmt und publicirt. Die in dem königlichen Patente vom 25. September enthaltenen verschiedenen Einnahme- und Ausgabenposten finden sich deshalb auch völlig unverändert in der oben erwähnten, von dem königlichen Bevollmächtigten in der 25. diesjährigen Bundestagsitzung mitgetheilten (s. d. Anlage) Publication des „Gesetz- und Ministerialblatts“ wieder, welche in der That lediglich nur als eine statistische Zusammenstellung aller innerhalb der Grenzen der Monarchie für das Finanzjahr vom 1. April 1860 bis zum 31. März 1861 geltenden finanziellen Bestimmungen anzusehen ist.

Wie bereitwillig die königliche Regierung auch immer sein wird, genaue und eingehende Aufklärungen zur Beurtheilung holsteinischer Verhältnisse der Bundesversammlung zugehen zu lassen, so glaube ich mich doch im vorliegenden Falle auf die oben stehenden kurzen Bemerkungen beschränken zu dürfen, indem es hoffentlich aus denselben genügend hervorgehen wird, daß die antragstellende hohe Regierung einerseits mit dem Inhalte des königlichen Patents vom 25. September v. J. nicht genau bekannt gewesen sei, andererseits der in dem „Gesetz- und Ministerialblatte“ für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg enthaltene Publication eine Bedeutung beigelegt habe, welche derselben in der That durchaus nicht zusteht.

Genehmigen etc. etc.

(sign.) C. Hall.

No. 29.

Sitzung der Bundesversammlung vom 17. Januar 1861.

Vortrag

des am 29. Octbr. 1857 niedergelegten Ausschusses und der Executions-Commission, die Verfassungs-Angelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg, insbesondere den oldenburgischen Antrag vom 26. Juli 1860 betreffend.

I.

Durch den Beschluß, welchen die hohe Bundesversammlung in der Verfassungs-Angelegenheit der Herzogthümer Holstein

und Lauenburg in der 8. Sitzung vom 8. März v. J. gefaßt hat, sind die vereinigten Ausschüsse beauftragt worden, mit Rücksicht auf die Ausführung dieses Beschlusses nach ihrem Ermessen und wenn nothwendig an die Bundesversammlung weiteren Bericht zu erstatten.

Die vereinigten Ausschüsse glaubten zunächst erwarten zu sollen, welche weiteren Eröffnungen die königlich-herzogliche Regierung an die Bundesversammlung gelangen lassen würde, da die Bundesversammlung in Bezug auf die Abstimmung des königlich-herzoglichen Gesandten auf Vorschlag des Präsidiums ausdrücklich ausgesprochen hatte, daß sie solchen Eröffnungen entgegen sehe.

Diese Erwartung erfüllte sich jedoch nicht. Dagegen ist durch das „Gesetz und Ministerialblatt“ für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg vom 3. Juli v. J., das durch allerhöchstes königliches Reskript vom 15. Mai v. J. genehmigte Staatsbudget für das Finanzjahr vom 1. April 1860 bis zum 31. März 1861 publicirt und in Kraft gesetzt worden, ohne daß es den Ständen der genannten Herzogthümer zur Zustimmung vorgelegt gewesen ist.

Diese Thatsache mußte von den vereinigten Ausschüssen um so mehr genauer Erwägung unterzogen werden, als in Folge derselben die großherzoglich oldenburgische Regierung in der 25. Sitzung vom 26. Juli v. J. den Antrag stellte, daß in Erwägung genommen werden möge, ob nunmehr nicht ein Vorgehen nach Maßgabe der Bundesbeschlüsse vom 11. Febr. 1858 und 12. August 1858 geboten sei.

Auf diesen Antrag hatte der königlich-herzogliche Herr Gesandte seiner allerhöchsten Regierung wie alle ihre Rechte, so weitere Erklärungen vorbehalten und zur vorläufigen Erläuterung der in Betracht kommenden Verhältnisse diejenigen Bemerkungen zu Protokoll übergeben, mit welchen das königliche Finanzministerium die Bekanntmachung des Staatsbudgets begleitet hatte.

Die hohe Bundesversammlung wies sowohl den Antrag als diese Mittheilung des königlich-herzoglichen Herrn Gesandten den vereinigten Ausschüssen mit dem Auftrage zu, über die thatsächlichen Verhältnisse Aufklärung sich zu verschaffen, und sobald dieselben eingelangt sein werden, Bericht zu erstatten.

Die Ausschüsse traten sofort am 27. Juli v. J. in Berathung und richteten an die Herren Gesandten von Oestreich und Preußen das Ersuchen, sich bei ihren allerhöchsten Regierungen dahin zu verwenden, daß dieselben über die dem großherzoglich-sachsenburgischen Antrag zu Grunde gelegten thatsächlichen Verhältnisse durch ihre Gesandtschaften in Kopenhagen die nöthigen Aufklärungen erheben und außer mittheilen lassen möchten.

Die beiden Herren Gesandten erklärten sich bereit, diesem Ersuchen sofort zu entsprechen, und theilten hierauf in einer gemeinschaftlichen Note vom 29. Novbr. v. J. den vereinigten Ausschüssen mit, ihre beiden allerhöchsten Regierungen hätten ihren Vertretern am königlich dänischen Hofe entsprechende Weisungen zugehen lassen, und diese hätten sich an den königlich dänischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Hall, gewendet, um mit den gewünschten Aufklärungen versehen zu werden. Dieser habe sodann unterm 10. Septbr. v. J. eine gleichlautende Note an die Vertreter Oestreichs und Preußens gerichtet, wovon sie nunmehr, erhaltenem Auftrage gemäß, den Ausschüssen Abschriften übergeben.

II.

(Folgt die dänische Note vom 10. Septbr. 1860, S. No. 28 sammt dem Wortlaute des königlichen Patents vom 25. Septbr. 1859, S. No. 24.)

III.

Bei dieser Sachlage wird es zunächst darauf ankommen, zu prüfen und festzustellen, in welchem Verhältnisse die Feststellung und Publication des Staatsbudgets, wie sie am 15. Mai und 3. Juli v. J. erfolgt ist, sich zu dem Bundesbeschlusse vom 8. März v. J. befindet.

In diesem Beschlusse ist sub I. c. 2 ausgesprochen, daß die Bundesversammlung Verordnungen über gemeinschaftliche Angelegenheiten, namentlich auch in Finanzsachen, als rechtsverbindlich für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg nicht würde betrachten können, wenn sie nicht die Zustimmung der Stände dieser Herzogthümer erhalten haben.

Hiermit steht die Feststellung und Publication des Budgets für das Finanzjahr 1860 auf 1861, formell betrachtet, in unverkennbarem Widerspruche; denn dieses Budget ist den Ständen nicht zur Berathung vorgelegt worden, und hat somit auch deren Zustimmung nicht erhalten.

Diesen Widerspruch sucht die Erklärung des königlich dänischen Herrn Ministers vom 10. Septbr. v. J. durch die Hinweisung auf das königliche Patent vom 23. Septbr. 1859 zu lösen, durch welches das Budget für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten, soweit dasselbe das Herzogthum Holstein betrifft, lange vor dem Bundesbeschlusse vom 8. März v. J. festgestellt worden sei. Die Publication vom 3. Juli v. J. sei nur eine Folge hiervon, eine statistische Zusammenstellung, keinesweges aber ein Gesetz und noch weniger ein neues Gesetz.

Hiergegen kommt jedoch zunächst in Betracht, daß weder das schon in dem früheren Ausschußvortrage besprochene königliche Patent vom 23. Septbr. 1859, noch das jetzt zum ersten Male geltend gemachte königliche Patent vom 23. Septbr. 1859 eine definitive Festsetzung dessen enthalten, was das Herzogthum Holstein in der laufenden Finanzperiode zu den Ausgaben für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie beizusteuern habe. Beide Patente bezeichnen ihre Bestimmungen als vorläufige, und stellen vorerst nur ein nicht zu überschreitendes Maximum auf. Die schließliche Feststellung des wirklich im ersten Jahre Aufzubringenden bedurfte also noch einer ferneren Anordnung, und diese ist eben in dem allerhöchsten Reskripte vom 15. Mai v. J. gegeben und am 3. Juli v. J. publicirt worden. Das königliche Patent vom 23. Septbr. 1859 insbesondere bestimmt nur den Maximalbeitrag Holsteins für die Finanzperiode vom 1. April 1860 bis zum 31. März 1862 im Betrage von 7,255,072 Rthlr., und sagt ausdrücklich, daß die Vertheilung dieses Beitrags auf die beiden Jahre vorbehalten werde. Diese Vertheilung ist nunmehr durch die Publication vom 3. Juli v. J. erfolgt, und diese ist mithin keinesweges eine bloße Zusammenstellung früherer Feststellungen, sondern eine neue selbstständige Anordnung. Zu einer solchen war aber eben nach dem Bundesbeschlusse vom 8. März v. J. die Zustimmung der holsteinischen Stände erforderlich, und dieses Erforderniß konnte dadurch nicht beseitigt werden, daß nunmehr die Resolutionen vom September 1859 als definitives Gesetz aufgefaßt und das Budget auf dieses gestützt wurde.

Aber auch ganz abgesehen hiervon, und angenommen, die Publication des Budgets für das Finanzjahr 1860—61 sei lediglich als eine Folgerung aus dem Patent vom 23. Septbr. 1859 zu betrachten, so entsteht immerhin die weitere Frage, ob

die königlich-herzogliche Regierung Angesichts des Bundesbeschlusses vom 8. März d. J. noch berechtigt war, diese Folgerung zu ziehen, und ob das September-Patent diesem Bundesbeschlusse gegenüber zu Recht bestehen, und zur Grundlage von weiteren Verordnungen gemacht werden könne, und gerade diese Frage glauben die vereinigten Ausschüsse bestimmt verneinen zu müssen.

Zu dem Vortrage, welchen die Ausschüsse in der 6. vorjährigen Sitzung vom 18. Februar erstattet haben, ist VIII. und X. ausführlich dargethan, warum den holsteinischen Ständen das Recht der Zustimmung zu allen Gesetzen in allgemeinen Angelegenheiten und insbesondere auch zu den finanziellen zuerkannt werden muß. Es ist dargethan worden, daß es sich dabei nicht um ein neues Recht, sondern um die Anwendung der alten ständischen Rechte auf die neuen Verhältnisse, namentlich in Gemäßheit der Verabredungen und Verheißungen von 1852 handle. In diesem Sinne wurde der Bundesbeschluß vom 8. März v. J. gefaßt, und es ist daher in keiner Weise eine unstatthafte Zurückbeziehung desselben auf frühere Fälle, wenn man den Maßstab dieses Beschlusses auch an das Patent vom 25. Septbr. 1859 legt. Hätte die Bundesversammlung, als sie ihren Beschluß faßte, von dem erwähnten Patent Kenntniß gehabt, so würde sie sofort dessen Anerkennung verweigert haben, und es steht daher auch nichts im Wege, dies jetzt zu thun. Was auch immer die Gründe gewesen sein mögen, aus welchen die gesandtschaftliche Note vom 2. November 1859 bei Darlegung der Ansichten und Absichten der königlich-herzoglichen Regierung nur das Patent vom 23. Septbr., nicht auch dasjenige vom 25. Septbr. 1859 zur Kenntniß der Bundesversammlung zu bringen hatte, diese Thatsache kann jedenfalls der hohen Versammlung die Befugniß nicht entziehen, das Patent vom 25. Septbr. 1859 als einen integrierenden Theil jener Ansichten und Absichten nach denselben Rechtsprincipien zu würdigen, welche sie als die maßgebenden erkannt hat.

Was das Herzogthum Lauenburg betrifft, so ist nach den in dem Ausschußvortrage vom 18. Febr. v. J. sub XII. Ausgeführten nicht der mindeste Zweifel, daß die Feststellung und Publication des Budgets vom 15. Mai und 3. Juli v. J. der Zustimmung der Stände bedurfte, und daher, soweit diese nicht erfolgt sein sollte, der rechtlichen Wirksamkeit entbehren muß. Das königliche Patent vom 25. Septbr. 1859 kann hier auch

nicht einmal scheinbar entgegengehalten werden, da es sich auf das Herzogthum Lauenburg nicht bezieht.

IV.

Angeichts dieses Widerstreits zwischen den Regierungsakten vom 15. Mai und 3. Juli v. J. und dem Bundesbeschlusse vom 8. März v. J. erachteten es die vereinigten Ausschüsse für nothwendig, die gegenwärtige Lage der Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer im Allgemeinen ins Auge zu fassen.

Durch die Bundesbeschlüsse vom 11. und 25. Februar, 20. Mai und 12. August 1858 war an die königlich-herzogliche Regierung ein zweifaches Ansuchen gestellt worden, nämlich die Gesamtverfassung vom 2. Octbr. 1855 nebst ihren Zubehörungen für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg außer Wirksamkeit zu setzen und in den beiden Herzogthümern einen den Bundesgrundgesetzen und den erteilten Zusicherungen, insbesondere der allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Jan. 1852 entsprechenden, die Selbstständigkeit der besonderen Verfassungen und der Verwaltung der Herzogthümer sichernden und deren gleichberechtigte Stellung wahrenen Zustand herbeizuführen. Damit war schließlich auf Grund des Art. III. der Executionsordnung vom 3. August 1820 die Aufforderung verbunden worden, binnen einer Frist von drei Wochen entsprechende Erklärungen und Mittheilungen zu machen.

In Folge dessen machte der königlich-herzogliche Herr Gesandte in der Sitzung vom 11. Novbr. 1858 die Mittheilung dreier königlichen Patente vom 6. Novbr. 1858, in welchen die Bundesversammlung die Erfüllung des ersten der beiden oben bezeichneten Ansuchen, nämlich die Beseitigung der beanstandeten Gesetze und Verordnungen, erkannte, bezüglich des zweiten Ansuchens aber einen Anfang zur Erfüllung in der Berufung der holsteinischen Stände wahrnehmen zu sollen glaubte, und deshalb durch Beschluß vom 23. December 1858 dem unterm 12. August desselben Jahres eingeleiteten bundesgesetzlichen Verfahren einstweilen Anstand gab.

Die Bundesversammlung ging dabei von der Erwartung aus, daß die königlich-herzogliche Regierung auch im weiteren Verlaufe der Sache Einleitungen zu treffen suchen werde, welche geeignet wären, zum erwünschten Ziele zu führen. Hierzu gewährte sie auch volle Zeit und freie Bewegung, und griff die Angelegenheit erst wieder auf, nachdem ihr durch eine Note

des königlich-herzoglichen Herrn Gesandten an die vereinigten Ausschüsse vom 2. November 1859 mitgetheilt worden war, was die königlich-herzogliche Regierung bisher gethan habe, und was sie ferner zu thun gedenke.

Diese Mittheilungen enthielten die Anzeige, daß eine definitive Regelung der Verfassungsverhältnisse bisher nicht gelungen sei, daß die Regierung deshalb beabsichtige, Delegirte der verschiedenen Theile des Reiches in der nächsten Zukunft zu gemeinsamer Verhandlung zu berufen, und daß inzwischen durch ein königliches Patent vom 23. Septbr. 1859 für die Sicherstellung der Interessen des Herzogthums Holstein während der unvermeidlichen Uebergangszeit gesorgt worden sei.

Wenn man erwägt, daß nach so langer Zeit ein so ungenügendes Resultat vorlag, und wenn man die vielfachen Einwendungen ins Auge faßt, welche gegen das Verfahren der königlich-herzoglichen Regierung seit dem Bundesbeschlusse vom 23. December 1858 und gegen den Inhalt des königlichen Patents vom 23. Septbr. 1859 in dem Ausschußvortrag vom 18. Februar 1860 als begründet nachgewiesen worden sind, so wäre unzweifelhaft die Bundesversammlung schon damals berechtigt gewesen, dem unterm 12. August 1858 eingeleiteten Verfahren weitere Folge zu geben. Sie hat jedoch, treu jenem Geiste der Mäßigung und bundesfreundlichen Rücksicht, welchen sie in der Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer von Anfang an betheilt hat, gleichwohl in dem Beschlusse vom 8. März 1860 von jenem Verfahren vorläufig noch ferner Abstand genommen, und sich damit begnügt, diejenigen Bedingungen festzustellen, unter welchen sie theils das angeordnete Provisorium gewähren lassen, theils der beabsichtigten Berufung von Delegirten der verschiedenen Theile des Reiches nicht entgegengetreten wollte.

Dieses Verfahren hat leider nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Schon die Erklärung des königlich-herzoglichen Herrn Gesandten in der Sitzung vom 8. März v. J. ließ vermuthen, daß die königlich-herzogliche Regierung nicht geneigt sei, dem Bundesbeschlusse Folge zu leisten. Nachdem jedoch die Bundesversammlung den Ausführungen und Vermehrungen des Herrn Gesandten gegenüber nicht bloß den Beschluß dennoch gefaßt, sondern noch besonders auf denselben und dessen Motive hingewiesen und ausgesprochen hatte, daß sie weiteren Eröffnungen

der königlich-herzoglichen Regierung entgegensetze, konnte erwartet werden, daß die königlich-herzogliche Regierung die von ihr selbst eingeschlagene Bahn zum Ziele in dem Sinne verfolgen werde, in welchem die Bundesversammlung entgegenkommend die Hand dazu geboten hatte.

Diese Erwartung ist leider in keiner Art in Erfüllung gegangen. Was zunächst die Herstellung definitiver Verfassungszustände betrifft, so hat die königlich-herzogliche Regierung hiefür geradezu gar nichts gethan. Die Berufung von Delegirten der verschiedenen Theile des Reichs zu Berathungen über eine definitive gemeinschaftliche Verfassung, welche die königlich-herzogliche Regierung unterm 2. November 1859 für die nächste Zukunft in Aussicht gestellt, und welcher der Bundesbeschluß vom 8. März v. J. unter der Bedingung zugestimmt hatte, daß sie mit möglichster Beschleunigung herbeigeführt werde, hat bis jetzt nicht stattgefunden. Aber auch die Stände Holsteins sind nicht wieder berufen worden, denen doch die Regierung selbst das Zeugniß des Ernstes und der Sorgfalt in den letzten Berathungen erteilt hat. Der zweite Theil der in den Bundesbeschlüssen vom Jahre 1858 begründeten Anforderungen ist also noch völlig unerfüllt, ja es ist zur Zeit keinerlei Einleitung zu deren Erfüllung getroffen.

Dieser Umstand könnte, in Erwägung der Schwierigkeiten, welche sich der königlich-herzoglichen Regierung für die Herstellung einer den Verabredungen und Verheißungen von 1851 und 1852 entsprechenden Gesamtverfassung in andern Theilen der Monarchie entgegenstellen mögen, einer nachsichtigeren Beurtheilung unterzogen werden, wenn wenigstens das Provisorium dem Bundesbeschlusse vom 8. März v. J. entsprechend geregelt worden wäre. Aber auch dies ist nicht geschehen. Die königlich-herzogliche Regierung hat nicht bloß unterlassen, der Bundesversammlung die von ihr erwartete Erklärung der Anerkennung ihres letzten Beschlusses zu geben, sondern sie hat auch durch die einseitige Feststellung und Publication des Budgets für das Finanzjahr 1860—61 vom 15. Mai und 3. Juli v. J. diesem Beschlusse direct entgegengehandelt, wie oben sub III. nachgewiesen worden ist.

Wenn über den Sinn und die Tragweite dieser Regierungsakte und über die ganze Haltung der königlich-herzoglichen Regierung dem Bundesbeschlusse vom 8. März v. J. gegenüber

noch der geringste Zweifel bestehen könnte, so ist er durch die Note des königlich dänischen Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten vom 10. Septbr. v. J. vollkommen gehoben, in welcher unter Bezugnahme auf das Votum des Herrn Gesandten in der Sitzung der Bundesversammlung vom 8. März v. J. der Satz aufgestellt wird, daß eine den holsteinischen Provinzialständen für die Uebergangszeit zugestehende allgemeine und durch keine anderweitige Garantie bestimmte beschließende Befugniß in den gemeinschaftlichen Angelegenheiten weder in den gegebenen geschichtlichen und rechtlichen Verhältnissen gegründet, noch überhaupt praktisch ausführbar sei.

Dieser Satz nimmt zunächst dem in derselben Note gemachten Versuche, die einseitige Feststellung des Budgets aus dem königlichen Patent vom 25. Septbr. 1859 zu rechtfertigen, jeden Werth und steht mit diesem sogar in innerem Widerspruch; denn, wenn die holsteinischen Stände wirklich kein Recht hatten, über das Budget gehört zu werden, wie es der Bundesbeschluß vom 8. März v. J. feststellt, so war es auch ganz gleichgültig, ob das königliche Patent vor oder nach diesem Bundesbeschlusse erlassen war. Dieser Satz der Note vom 10. Septbr. v. J. ist somit zugleich die bündigste Bestätigung der oben sub II. gegebenen Ausführungen.

Derselbe hat aber noch eine viel größere Tragweite. Nicht bloß bezüglich des Budgets, sondern allgemein bezüglich aller gemeinschaftlichen Angelegenheiten tritt er dem Inhalte der Nr. 1. c. 2 des Bundesbeschlusses vom 8. März v. J. entgegen, und enthält somit die officiële Erklärung, daß die königlich-herzogliche Regierung die Hauptbedingung nicht zu erfüllen gesonnen sei, von welcher die Bundesversammlung ihre Zustimmung zu dem eingeleiteten Provisorium und die fernere Aussetzung des durch Beschluß vom 12. August 1858 eingeleiteten bundesgesetzlichen Verfahrens abhängig erklärt hat.

V.

Unter diesen Umständen erachten es die vereinigten Ausschüsse für eben so begründet als unvermeidlich, daß das am 12. August 1858 eingeleitete bundesrechtliche Verfahren wieder aufgenommen werde.

Dabei wird jedoch der inzwischen veränderten Sachlage gemäß zunächst auf das durch das königliche Patent vom 23. Septbr. 1859 begründete Provisorium Rücksicht zu nehmen und dafür Sorge zu tragen sein, daß dasselbe im Sinne des Bundesbeschlusses vom 8. März v. J. gehandhabt werde.

Hierdurch soll und kann die in den Bundesbeschlüssen vom Jahre 1858 enthaltene Aufforderung zur Herstellung eines definitiven Verfassungszustandes weder aufgehoben, noch in den Hintergrund gedrängt werden. Vielmehr ist die erneute Aufforderung zu Maßnahmen, welche die Herstellung eines mit jenen Beschlüssen übereinstimmenden Definitivums in nahe Aussicht stellen, für die königlich-herzogliche Regierung eben so in der jetzigen Sachlage begründet, als in der Wiederanknüpfung an den Bundesbeschluß vom 12. August 1858 enthalten.

Die Ausschüsse beantragen demnach:

I. Hohe Bundesversammlung wolle beschließen,

- 1) daß sie das Seitens der königlich-herzoglichen Regierung erlassene Patent vom 23. Septbr. 1858 sammt allen darauf gegründeten weiteren Verordnungen bezüglich des Budgets der Herzogthümer Holstein und Lauenburg in so lange nicht als zu Recht bestehend betrachten könne, als dieselben der Zustimmung der betreffenden Stände ermangeln, daß sonach auch das Budget für das mit dem 1. April 1861 beginnende Finanzjahr der laufenden Finanzperiode nicht ohne Zustimmung der Stände der beiden Herzogthümer festgestellt werden könne;
- 2) daß sie von der königlich-herzoglichen Regierung eine ausdrückliche Erklärung dahin verlange, daß dieselbe den durch Ziffer I. c. 1 und 2 des Bundesbeschlusses vom 8. März 1860 getroffenen Anordnungen für das Provisorium nachkommen werde;
- 3) daß sie, falls eine solche Erklärung binnen 6 Wochen Seitens der königlich-herzoglichen Regierung nicht in vollkommen sichernder Weise erfolge, das durch

den Bundesbeschuß vom 12. August 1858 eingeleitete Verfahren wieder aufnehmen werde.

- II. Den königlich dänischen Herrn Bundestagsgesandten für Holstein und Lauenburg ersuchen, vorstehenden Beschluß zur Kenntniß seiner höchsten Regierung zu bringen.
-

No. 30.

Sitzung der Bundesversammlung vom 7. Februar 1861,

Die Anträge der vereinigten Ausschüsse vom 17. Januar (S. oben) werden zum Bundesbeschlusse erhoben.

Bei der Abstimmung giebt der k. dänische Gesandte folgende Erklärung zu Protocoll:

„Der Gesandte hat auf Befehl seiner allerhöchsten Regierung nachstehende Abstimmung zu Protocoll zu geben: Als hohe Bundesversammlung die von den vereinigten Ausschüssen unterm 18. Februar v. J. gestellten Anträge am 8. März v. J. zum Beschlusse erhob, durfte die königliche Regierung, ungeachtet des Inhalts dieses Beschlusses, die Hoffnung festhalten, daß derselbe keine thatsächlichen Schwierigkeiten hervorrufen würde. Zwar muß die königliche Regierung noch an der Ueberzeugung festhalten, daß die aufgestellten Forderungen durch die geschichtlichen und rechtlichen Verhältnisse nicht begründet seien, da einerseits die holsteinische Provinzialständeverfassung den Ständen nur rücksichtlich neuer Steueraufgaben beschließende Befugniß, aber mit Bezug auf Verwendung selbst der besondern Einnahmen und Mittel keine Mitwirkung, geschweige denn ein entscheidendes Botum, erteilt, andererseits die allerhöchste Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 eine beschließende Befugniß für die holsteinischen Provinzialstände nur hinsichtlich derjenigen Angelegenheiten in Aussicht stellt, die nach der in dieser königlichen Bekanntmachung getroffenen Ordnung dem betreffenden Landestheile als seine (ihm eigenthümliche, also nicht gemeinschaftliche) Angelegenheiten angehören sollten. Und eben so wenig konnte es der dänischen Regierung zweifelhaft erscheinen, daß eine den holsteinischen Provinzialständen zuzugestehende allgemeine, durch keine anderweitigen Garantien bestimmte, beschließende Befugniß in den gemeinschaftlichen Angelegenheiten praktisch sich als völlig unausführbar herausstellen müßte. Aber auf der anderen Seite erschien es als das Ziel, das jener Beschluß sich gestellt hatte, die Herzogthümer Holstein und Lauen-

burg gegen eine befürchtete Einwirkung des für die übrigen Theile der Monarchie bestehenden Reichsrathes sicher zu stellen; die Forderung, die demzufolge gemacht wurde, ging darauf hinaus, daß Gesetzesvorlagen, die in der Zukunft dem Reichsrathe zugehen sollten, auch der holsteinischen Ständerversammlung zu unterbreiten seien, und die Eventualität selbst konnte demnächst erst dann Platz greifen, wenn dieser Reichsrath wieder zusammenberufen sein würde. In genauer Uebereinstimmung mit diesem Charakter einer eventuellen Verwahrung, beziehungsweise Prohibitoriums, hatte der Bundesbeschluß keine sofortige Anerkennung von Seiten der königlichen Regierung gefordert, noch weniger eine besonderer Frist hinzugefügt, innerhalb welcher eine solche Erklärung abgegeben werden sollte. Da nun nach der bestehenden Verfassung der Reichsrath erst im Laufe von zwei Jahren wieder einberufen sein würde, glaubte die königliche Regierung sich der Hoffnung hingeben zu können, es würde ihren unausgesetzten, durch Entgegentreten der Bundesversammlung nicht erschwerten, Bestrebungen gelingen, binnen des Verlaufes dieses Zeitraumes mit Hülfe einer neuerrichteten Ständerversammlung eine definitive Regulirung der Stellung Holsteins in der gesammten Monarchie herbeizuführen und damit die anderen Schwierigkeiten eines Provisoriums in befriedigender Weise zu lösen.

Mit um so größerem Bedauern hat daher die königliche Regierung aus den vorliegenden Anträgen entnehmen müssen, wie man jetzt, den eingeschlagenen Weg verlassend und dem Beschlusse vom 8. März eine neue und unerwartete Tragweite ohne irgend einen vorliegenden Grund gebend, von der königlichen Regierung eine sofortige ausdrückliche Anerkennung desselben verlangt, Anträge denen sie um so weniger sich im Stande sieht beizustimmen, als die im erwähnten Beschlusse enthaltenen Forderungen nunmehr in einer Weise ausgelegt worden sind, die eine den bestehenden Gesetzen und Normen entsprechende Verwaltung und Regierung geradezu unmöglich machen würde.

Wenn die vereinigten Ausschüsse den Anlaß dieses Vorgehens in dem seiner Zeit von der großherzoglich oldenburgischen Regierung eingebrachten Antrag gesucht haben, muß die königliche Regierung sich vorerst auf die in der hohen Versammlung vorliegenden, Note vom 10. September v. J. gegebene Erklärung über die thatsächlichen Verhältnisse zurückbeziehen. Es ist darin dargelegt, wie das im Gesetz- und Ministerialblatt für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg vom 3. Juli v. J. aufgenommene Staatsbudget lediglich eine Wiederholung und Zusammenstellung früher getroffener finanzieller Bestimmungen ist, indem, was namentlich Holstein betrifft, durch das Allerhöchste Patent vom 25. September 1859, unabhängig von

allen andern Einflüssen und ausschließlich nach der souverainen Entscheidung Sr. Majestät des Königs, lange vor dem Beschlusse vom 8. März, und folglich in einer Zeit, wo hohe Bundesversammlung eine Competenz in Betreff der gemeinschaftlichen Finanzen noch nicht beanspruchte, der Antheil Holsteins an den gemeinschaftlichen Einnahmen und Ausgaben für die 2jährige Finanzperiode 1860—1862 festgestellt worden war.

Die Beanstandung des sogenannten Staatsbudgets vom 3. Juli v. J. würde demnach eine Beanstandung des Allerhöchsten Patents vom 25. September 1859 sein, eine solche aber, selbst von dem im Beschlusse vom 8. März eingenommenen Standpunkte aus, nur in einer diesem letzteren beizulegenden rückwirkenden Kraft eine Begründung suchen können. Eine solche Anwendung dieses Beschlusses würde aber nicht nur mit den unzweifelhaftesten landesherrlichen Rechten Sr. Majestät des Königs unvereinbar sein, sondern auch, wie schon oben erwähnt, dem Wortlaute des fraglichen Beschlusses widersprechen, indem derselbe lediglich eine für das weitere Verfahren der königlichen Regierung, also für die Zukunft, von dieser hohen Versammlung für zweckmäßig erachtete Bedingung, welche überdies in allen Vorträgen als eine neue Bedingung bezeichnet wird, aufstellen wollte. Wenn, um diesen Widerspruch gewissermaßen zu erklären, in dem Ausschussvortrage unter III bemerkt werden ist, daß jenes Patent damals der Bundesversammlung noch unbekannt gewesen sei und deshalb von dem Beschlusse nicht hätte berücksichtigt werden können, so wird nicht unerwähnt bleiben dürfen, daß es bereits in der gesandtschaftlichen Note vom 2. November 1859 wörtlich heißt:

„so haben Se. Majestät mittelst allerhöchster Resolution schon jezt das Budget des Herzogthums Holstein für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie in der nächsten Finanzperiode innerhalb der angegebenen Garantien festgesetzt,“

und in der vor Fassung des Beschlusses in der Sitzung vom 8. März abgegebenen Erklärung ausdrücklich gesagt und angezeigt wurde:

„wie Allerhöchstdieselben daher auch während der letzten Zusammenkunft des Reichsraths die Unabhängigkeit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg von den Beschlüssen des Reichsraths vollkommen sicher gestellt haben, so war durch eine besondere allerhöchste Resolution schon vor der Eröffnung desselben das Budget des Herzogthums Holstein, insoweit es die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie betrifft, für die nächste zweijährige Finanzperiode festgestellt.“

Angesichts dieser wiederholten und vollständigen Darlegung der Sache, worauf es ankam und auf die jetzt so großes Gewicht gelegt wird, kann die königliche Regierung um so weniger zugeben, daß hohe Bundesversammlung mit dem eben jene Feststellung enthaltenen Gesetze unbekannt gelassen worden sei, als dieses Patent sofort als solches publicirt worden ist, und zwar gerade in derselben Weise, von welcher hohe Versammlung, wenn hochdieselbe aus dem sogenannten Staatsbudget vom 3. Juli v. J. Anlaß zu einer Beschlusfassung nehmen sollte, diesen Anlaß abgeleitet haben würde.

Wenn der vorliegende Antrag außerdem auch der vermeintlichen Rechte des Herzogthums Lauenburg diesem Staatsbudget gegenüber gedenkt, so darf schließlich auch bemerkt werden einerseits, daß auch für Lauenburg die nöthigen Bestimmungen durch ein allerhöchstes Patent vom 25. September 1859 getroffen worden waren, andererseits, daß die finanzielle Sonderstellung dieses Landestheils von so eigenthümlicher Natur ist, daß die Vorlage des gemeinschaftlichen Budgets durchaus von keinem Interesse für die lauenburgischen Stände sein würde, so daß dieselben weder in der an hohe Versammlung gerichteten Reclamation, noch der königlichen Regierung gegenüber, je einen solchen Wunsch ausgesprochen haben.

Für den Fall, daß die königlich dänische Regierung sich außer Stande sehen würde, den zwei ersten Punkten des vorliegenden Antrages Folge zu leisten, haben die vereinigten Ausschüsse sodann darauf angetragen, daß das durch den Beschluß von 12. August 1858 eingeleitete Verfahren wieder aufgenommen werden solle.

Das durch den Bundesbeschluß vom 12. August 1858 eingeleitete Executionsverfahren war, wie solches bereits damals von dem Gesandten geltend gemacht wurde, schon in formeller Beziehung schwerlich durch die Bundes-Gesetzgebung gerechtfertigt, die weder etwas von der selbstbestimmten Vereinigung der Executions-Commission mit einem zur Behandlung einer bestimmten Angelegenheit bestellten Ausschusse, noch auch von der Berechtigung enthält, ohne einen förmlichen Beschluß der Bundesversammlung und ohne abermalige Prüfung der Sachlage die Executions-Commission in Thätigkeit zu setzen. Schon aus diesem Grunde würde die königliche Regierung gegen ein Anknüpfen an die damalige „Einleitung“ und ein Vorgehen auf dieser Grundlage Verwahrung einlegen müssen. Es tritt aber die noch viel gewichtigere Erwägung hinzu, daß der Beschluß vom 12. August 1858 offenbar mit ganz anderen Voraussetzungen und mit einem ganz verschiedenen Ziele das Executionsverfahren in Aussicht nahm, als jetzt dessen Wiederaufnahme begleitet würden. Damals waren die von hoher Versammlung beanstandeten verschiedenen Verfassungsbestimmungen der Herzogthümer Hol-

stein und Lauenburg von der königlichen Regierung noch in fortgesetzter Gültigkeit aufrecht erhalten, und der Beschluß bezweckte gerade die Aufhebung dieser Bestimmungen. Dieser Zweck wurde sodann sehr bald nachher durch Erlassung des Allerhöchsten Patents vom 6. November dess. J. vollständig erreicht, und wenn jetzt unter so völlig veränderten Umständen ein Executionsverfahren wieder eröffnet werden sollte, so müßte dasselbe nicht nur mit dem durch die Executionsordnung vorgeschriebenen ersten Stadium wieder beginnen, sondern auch nur diejenige Forderung, welche hohe Versammlung aus den Bundesgesetzen ableiten will, als Object dieser Execution und als Inhalt des Definitivums aufstellen und abgrenzen.

Bei der gegenwärtigen Sachlage würde die königliche Regierung daher in einem Executionsverfahren des Bundes, nur ein in der Bundesgesetzgebung nicht begründetes, daher außer der Competenz dieser hohen Versammlung liegendes Vorgehen erblicken können. Jetzt könnte der einzige Zweck eines solchen Verfahrens nur der sein, eine neue und definitive Regulirung der Stellung Holsteins und Lauenburgs in der gesammten Monarchie herbeizuführen. Einerseits ist aber diese Aufgabe der königlichen Regierung auch dadurch nicht erleichtert, daß die Bundesversammlung, welche die aufgehobenen Verfassungsbestimmungen aus dem Grunde beanstandete, daß dieselben nach ihrer Ansicht die den beiden Herzogthümern zustehende Gleichberechtigung und Selbstständigkeit verletzt haben sollten, diese allgemeinen und so verschiedenartiger Auslegung unterliegenden Begriffe bis jetzt noch nicht genauer präcisirt hat. Andererseits handelt es sich nicht ausschließlich von holsteinischen oder lauenburgischen Verhältnissen, sondern von der Stellung dieser Herzogthümer zu und in der Gesamtmonarchie, insoweit also von den Verfassungsangelegenheiten derselben im Allgemeinen, und von dieser Seite liegt selbstverständlich die Erledigung dieser Fragen nicht mehr innerhalb der grundgesetzlichen Competenz des Bundes. Unter diesen Umständen hätte die königliche Regierung wohl das Recht gehabt, zu erwarten, daß diese hohe Versammlung, der überdies weder in einer Eingabe der holsteinischen Stände, noch in der Uebnahme einer besonderen Garantie (s. Wiener Schlußakte Art. 61) in Bezug auf Holstein eine specielle Veranlassung zum Einschreiten erwachsen ist, ihr die für die Lösung dieser schwierigen Aufgabe so nöthige Zeit hätte einräumen wollen. Um so mehr, als ein Vorgehen des Bundes auf dem jetzt eingeschlagenen, von der königlichen Regierung nicht vorauszu sehenden, Wege diese Lösung auf normalem Wege so gut wie unmöglich macht, die Regierung demnach darin zu ihrem lebhaftesten Bedauern ein Hinausgehen wie über die früheren Beschlüsse, so über Geist und Inhalt der alle Genossen des Bundes

bindenden Grundverträge und Gesetze, vor Allem aber eine Kränkung der durch eben diese Verträge und Gesetze geführten Rechte Er. Majestät des Königs werde erblicken müssen.

In Uebereinstimmung hiermit ist der Gesandte daher von seiner Allerhöchsten Regierung angewiesen, gegen die Anträge zu stimmen und unter Zurückbeziehung auf die früher abgegebenen Erklärungen und Verwahrungen noch einmal die souverainen Rechte des Königs, seines Allergnädigsten Herrn, feierlichst zu verwahren."

No. 31.

Depesche des englischen Staatssecretärs Lord John Russell an den Gesandten in Paris Lord Cowley.

Auswärtiges Amt, den 23. Februar 1861.

Mylord! Graf Flahaut hat mich im Namen seiner Regierung ersucht, ihm die Ansichten der englischen Regierung über die Angelegenheiten von Holstein-Lauenburg zu skizziren. Auf das Ersuchen des französischen Gesandten will ich Ihnen daher mittheilen, wie Ihrer Majestät Regierung diese verwickelte Frage im Allgemeinen auffaßt. Prinzipiell hält sie dafür, daß Dänemark Ehren halber verpflichtet ist (in honour bound) die im Jahre 1852 gegebenen Versprechungen (pledges) zu erfüllen. Im jetzigen Stadium der Unterhandlung verlaugt der deutsche Bund, daß die Abgaben und Ausgaben Holsteins von den holsteinischen Ständen votirt werden sollen. Ob dies dem deutschen Bunde immer als Regel gegolten hat, läßt sich wohl in Frage stellen. Die deutschen Länder Oesterreichs z. B. sind augenfällig niemals dieser Regel unterworfen worden, während andre deutsche Staaten sie mehr dem Namen als der Sache nach befolgt haben. Das Prinzip jedoch erscheint Ihrer Majestät Regierung als ein solches, das füglich auf alle deutschen Bundesstaaten Anwendung finden kann. Eine repräsentative Versammlung ist unsern Ideen zufolge die rechte Behörde, um ein Budget der Abgaben und Ausgaben zu sanktioniren, und Dänemark würde in den Augen der englischen Regierung durchaus keinen Casus belli gegen Deutschland haben, wenn der Bund selbst vermittelst einer Bundesexecution diese Regel in Holstein zur Geltung bringen sollte. Allein eine praktische Schwierigkeit

entspringt aus der oft aufgeworfenen Frage, wie Holstein mit dem richtigen verhältnißmäßigen Beitrage zu den allgemeinen Ausgaben der dänischen Monarchie belastet werden soll. Man hat vorgeschlagen, die zu diesem Zwecke nöthigen Summen von einer Versammlung votiren zu lassen, in welcher Dänemark mit 1,500,000 Seelen Bevölkerung, Holstein mit 500,000, Schleswig mit 430,000, und Lauenburg mit 80,000, jedes die gleiche Anzahl Mitglieder hätten. Aber wiewohl dieser Plan den Schein der Gerechtigkeit haben mag, so ist er doch offenbar eine Unbilligkeit gegen das Volk von Dänemark. Ein andrer Plan, der in Holstein entworfen wurde, würde den Landtagen von Holstein, Schleswig und Lauenburg die gleiche Befugniß wie Dänemark geben, die Steuern¹ und Voranschläge für das Jahr zu bewilligen oder zu verweigern. Aber dieser Plan ist so schwerfällig und unsicher, daß er, wenn man ihn je in Ausführung brächte, nur dazu dienen würde, die dänische Monarchie zu lähmen. Das von der dänischen Regierung aufgestellte Prinzip, daß die Landtage (Diets) von Holstein und Dänemark jeder eine fixe Summe zu den allgemeinen Ausgaben der Armee, Flotte und Civilliste beitragen und das Uebrige je nach dem Ermessen jeder der beiden Versammlungen votirt werden soll, scheint weit vernünftiger. Es würde allerdings nöthig sein, die Summe enge zu begrenzen, vielleicht auf nicht mehr als zwei Drittel des von Dänemark vorgeschlagenen Betrages zu ermäßigen, die Berechnungen (accounts) sowohl dem Landtage von Holstein wie dem von Dänemark vorzulegen und beiden Versammlungen das gleiche Recht zu verleihen, die etwaigen, das bedungene Fixum übersteigenden, Geldforderungen zu verweigern. Dies ist ein einfacher Abriß der Bedingungen, über welche Deutschland und Holstein sich (mit Dänemark) einigen könnten, wenn sie eine Einigung wünschten. Von Schleswig ist hier nichts gesagt. Das Herzogthum Schleswig ist ein dänisches Herzogthum, und obgleich die Ehre und das Interesse Dänemarks verlangen, daß Schleswig mit Billigkeit behandelt werde, so könnte doch der König von Dänemark sich nicht ohne Gefahr über die dem Herzogthume zu gewährenden Bedingungen in eine Unterhandlung mit Deutschland einlassen. Seit der Abfassung dieser Depesche verlautet es, daß die holsteinischen Stände auf den 6. März einberufen sind, so daß man Zeit zur Ueberlegung gewinnen wird. Ew. Excellenz können diese

Depesche Herrn Thoudenel vorlesen und erklären, daß sie in Folge von Herrn v. Flahaut's Anfrage geschrieben ist.

Ich bin &c.

J. Russell.

Unterm 1. März erwiederte darauf Lord Cowley, daß Mr. Thoudenel ebenfalls der Ansicht ist, es sei nichts als billig, daß der Plan der Vertheilung der gemeinsamen Staatsausgaben der holsteinischen Ständeversammlung mitgetheilt, und daß die Zustimmung derselben zu der auf Holstein fallenden Quote nachgesucht werde. (S. Nr. 146 des engl. Blaubuchs.)

Dritter Abschnitt.

Vom 6. März 1861 bis 26. December 1861.

No. 32.

Eröffnung für die holsteinischen Provinzialstände,
betreffend

die von der Provinzialständeversammlung des Herzogthums Holstein im Jahre 1859 beschlossenen allerunterthänigsten Anträge in der Verfassungsangelegenheit, sowie die in dieser weiter vorzunehmenden Schritte.

Wir Frederik der Siebente, von Gottes Gnaden König zu Dänemark, der Wenden und Gothen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stormarn, der Dithmarschen und zu Lauenburg, wie auch zu Oldenburg &c. &c., entbieten Unserer getreuen holsteinischen Ständeversammlung Unsere Huld und Gnade.

Wie solches bereits in Unserem Allerhöchsten Patente vom 23. September 1859, enthaltend einige interimistische Bestimmungen zur Sicherung der Interessen des Herzogthums Holstein bei Behandlung gemeinschaftlicher Angelegenheiten, ausgesprochen worden, haben Wir in dem allerunterthänigsten Bedenken, welches Unsere getreue Ständeversammlung des Herzogthums Holstein unter dem 11. März s. J. über die Vorlagen abgegeben hatte, welche Wir zur Ergänzung der Verfassung des Herzogthums Holsteins erforderlich erachteten, und wodurch der Provinzialständeversammlung Gelegenheit gegeben worden, ihre Wünsche und Anträge über die verfassungsmäßige Stellung des Herzogthums Holstein in Unserer Gesamtmonarchie auf der durch die Allerhöchste Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 gegebenen Grundlage vorzubringen, solche Vorschläge nicht finden können, welche geeignet wären, einer verfassungsmäßigen Neuordnung in der angegebenen Beziehung zum Grunde gelegt und von Uns demnächst Allerhöchst sanctionirt zu werden. Denn wenn Wir auch nicht den Ernst und die Sorgfalt verkennen, womit sich die Versammlung der ihr damals gestellten Aufgabe unterzog und die Lösung derselben auf der vorgezeichneten Grundlage herbeizuführen suchte, hat Uns doch die Prüfung des von ihr allerunterthänigst eingereichten „Entwurfs zu einem

gemeinschaftlichen Verfassungsgesetz für die dänische Monarchie“ zu der Ueberzeugung führen müssen, daß die darin enthaltenen Bestimmungen, namentlich aber der Hauptantrag über die Behandlung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten in vier getrennten Versammlungen, einerseits mit der oben erwähnten Bekanntmachung im Widerspruche stehen, — andererseits in ihrer practischen Anwendung jede regelmäßige Regierung unmöglich machen müßten. Indem Wir also die Hoffnung aufzugeben uns gezwungen sahen, auf der von Unserer getrennen Ständerversammlung solchergestalt dargebotenen Grundlage zu einer befriedigenden Neuordnung der Verfassungsverhältnisse in Unserer Monarchie zu gelangen, fanden Wir uns aus landesväterlicher Fürsorge veranlaßt, für die Zeit, welche, wie zu besorgen stand, jedenfalls noch bis zur Erreichung jenes Ziels verstreichen würde, zur Sicherung der Interessen des Herzogthums Holstein während des Zwischenzustandes, die in Unserm oben gedachten Allerhöchsten Patente vom 23. September 1859 enthaltenen Bestimmungen zu treffen. Gleichzeitig aber gaben Wir Unsern Allergnädigsten Willen kund, daß auch ferner auf einen verfassungsmäßigen Wiederaufschluß Unseres Herzogthums Holstein an die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Theile Unserer Monarchie hingearbeitet werde. In Uebereinstimmung hiermit gaben Wir beim Bundestage die Absicht zu erkennen, Deputirte für Holstein mit Repräsentanten für die übrigen Theile der Monarchie zu einer Verhandlung über die zweckmäßige Ordnung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten zusammentreten zu lassen. Nachdem Wir die Ueberzeugung hatten gewinnen müssen, daß eine Einigung mit dem Bundestage über die Art und Weise, in der die fragliche Maßregel zur Ausführung zu bringen sei, nicht zu erwarten war, mußte freilich jener Plan, für welchen unter solchen Umständen kein günstiger Erfolg zu erwarten stand, wieder aufgegeben werden. Bei Mittheilung der hierauf bezüglichen Erklärung beim Bundestage ließen Wir jedoch durch Unsern Bundestagsgesandten zugleich die Absicht Unserer Regierung kundgeben, desungeachtet ihre Bestrebungen, eine gemeinschaftliche Verfassung zu Stande zu bringen, nicht aufgeben, vielmehr darauf Bedacht nehmen zu wollen, nach Beendigung der zu Ende des vorigen Jahres vorzunehmenden Neuwahlen zur holsteinischen Ständerversammlung mit der neu erwählten Versammlung über den Entwurf einer neuen gemein-

schaftlichen Verfassung directe und unmittelbare Verhandlungen zu eröffnen.

Inzwischen sind seitens des deutschen Bundes Schritte geschehen, welche nicht ohne Einfluß auf den regelmäßigen Gang der obigen Angelegenheit bleiben konnten. Durch Bundesbeschluß vom 8. März v. J. ist das Verlangen gestellt worden, daß während des Zwischenzustandes, bis zur Zustandebringung einer gemeinschaftlichen Verfassung, alle Gesetzentwürfe, welche dem Reichsrathe zugehen, um in Holstein Gültigkeit zu erlangen, auch den Ständen dieses Herzogthums vorgelegt und kein Gesetz über gemeinschaftliche Angelegenheiten, namentlich auch in Finanzsachen, für das Herzogthum erlassen werde, wenn es nicht die Zustimmung der Ständerversammlung erhalten habe; — und durch weiteren Beschluß vom 7. Februar d. J. hat der Bundestag für den Fall, daß der obigen Forderung nicht binnen der gestellten Frist entsprochen werde, Uns eine Bundesexecution angedroht. Unter diesen Umständen haben Wir es nicht für angemessen erachten können, der Versammlung einen neuen vollständigen Entwurf zu einer gemeinschaftlichen Verfassung vorlegen zu lassen. Abgesehen nämlich von den Schwierigkeiten, welche sich überhaupt der Behandlung dieser Angelegenheit bisher entgegengestellt haben, und welche durch die seitens der Ständerversammlung in ihrer vorigen Diät gestellten Anträge nicht vermindert worden sind, scheint namentlich der gegenwärtige Augenblick unter den gegebenen Verhältnissen wenig dazu geeignet, eine solche Vorlage mit derjenigen Ruhe und Unbefangtheit zu prüfen, welche erforderlich sind, um der Hoffnung auf einen günstigen Erfolg Raum zu lassen.

Nichts desto weniger wünschen Wir in der oben angegebenen Richtung einen vorbereitenden Schritt zu thun, durch welchen eine definitive befriedigende Lösung der Verfassungsfrage herbeigeführt werden könnte.

Von der auf allgemeiner Erfahrung gestützten Annahme ausgehend, daß die Theilung der Gesamtvertretung der Monarchie in zwei Kammern wohl geeignet sein werde, einerseits die gegen die bestehende Repräsentationsform gehegten Bedenkllichkeiten zu beseitigen, andererseits der ganzen Institution eine gedeßlichere Entwicklung zu sichern, haben Wir daher Unsern Commissair beauftragt, die Versammlung zu einer Aeußerung über die Einführung einer derartigen Organisation zu veran-

lassen, welche in der Weise zu bewerkstelligen wäre, daß der durch das gedachte Verfassungsgesetz gestiftete Reichsrath in zwei Kammern getheilt, die erste Kammer aus wenigstens 30 von Uns nach freiem Ermessen auf Lebenszeit gewählten Mitgliedern, die zweite Kammer aus 60, zur Hälfte mittelbar, zur Hälfte unmittelbar, nach den bisherigen Regeln, jedoch nur auf 6 Jahre gewählten Mitgliedern gebildet, und demnächst alle Gesetze in gemeinschaftlichen Angelegenheiten beiden Kammern zur Beschlußnahme vorgelegt würden. Bei der weiteren Durchführung dieser Veränderung würden Wir zugleich darauf bedacht sein, die eventuelle neue Gesamtvertretung mit erweiterten constitutionellen Gerechtsamen auszurüsten. Wir würden daher dem jetzt bestehenden Reichsrathe, bei Vorlage der in Gemäßheit des oben aufgestellten Zweikammersystems in der gemeinschaftlichen Verfassung vorzunehmenden Modificationen zur Beschlußnahme, Vorschläge machen, namentlich dahin zielend, den jetzt geltenden Censur für die unmittelbaren Wahlen zum Reichsrathe auf die Hälfte herabzusetzen und den beiden Kammern des neu zu bildenden Reichsraths das Recht der Gesetzes-Initiative beizulegen. Nach geschehener Vorlage des modificirten Verfassungsgesetzes in dem bestehenden Reichsrath und erfolgter Genehmigung seitens des letzteren würden Wir demnächst dasselbe ebenfalls Unserer getreuen Ständeversammlung zur Beschlußnahme vorlegen lassen, und auf diese Weise die Verfassungsangelegenheit zum Abschluß führen.

Unabhängig jedoch von der obigen Vorlage haben Wir darauf Bedacht nehmen müssen, eine neue Ordnung der Verhältnisse während des Zwischenzustandes zu Wege zu bringen.

Da es Uns aber unthunlich hat erscheinen müssen, der im Bundesbeschlusse vom 8. März v. J. enthaltenen Forderung Folge zu geben, haben Wir einen Entwurf eines Gesetzes, betreffend die provisorische Stellung des Herzogthums Holstein hinsichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie, ausarbeiten lassen und unsern Commissair beauftragt, denselben der Versammlung vorzulegen. Wir verweisen rücksichtlich der Bestimmungen dieses Entwurfs auf die denselben begleitenden Motive, und geben Uns der

Hoffnung hin, daß Unsere getreuen Stände in dieser Vorlage den Beweis Unserer Bereitwilligkeit finden werden, die Wohlfahrt Unseres Herzogthums Holstein auch in dieser Beziehung möglichst zu fördern. Durch das fragliche Provisorium würde der Ständerversammlung eine erhöhte Sicherheit für die Wahrung der Interessen des Herzogthums und durch die dergestalt erweiterte Autonomie ein wesentlicher Antheil an der beschließenden Befugniß in den gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie eingeräumt sein.

Endlich haben Wir beschlossen, Unsern getreuen Ständen aufs Neue den Entwurf eines Verfassungsgesetzes für die besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Holstein vorlegen zu lassen. Es gereicht Uns zur besonderen Befriedigung, daß bei Abfassung desselben in umfassender Weise auf die in dem obengedachten ständischen Verfassungsentwurf enthaltenen Anträge hat Rücksicht genommen werden können. Der Entwurf in seiner jetzigen Gestalt bietet ein reiches Maß bürgerlicher Freiheit, sowie Wir es stets allen Unsern geliebten Unterthanen gewünscht, und, so weit es die Verhältnisse zuließen, auch gewährt haben.

In Betreff der übrigen von der Ständerversammlung in ihrer vorigen Diät beschlossenen allerunterthänigsten Anträge und unterstützten Petitionen behalten Wir Uns eine fernere Allerhöchste Eröffnung vor.

Wir bleiben Unsern getreuen Provinzialständen in Gnaden gewogen.

Urkundlich unter Unserm Königlichem Handzeichen und vordruckten Insignel.

Gegeben auf Unserm Schlosse Christiansborg, den 2. März 1861.

Frederik II.

(L. S.)

Kanslöff.

No. 33.

Bedenken der holssteinischen Ständeversammlung auf die ihr übergebene königliche Eröffnung, betreffend die Grundzüge einer definitiven Organisation der Monarchie.

Allerdurchlauchtigster,
Großmächtigster,
Allergnädigster König und Herr!

Ew. Majestät haben geruht, der Provincialstände-Versammlung des Herzogthums Holstein in der Allerhöchsten Eröffnung die Grundzüge einer definitiven Organisation der Monarchie zu ihrer Aeußerung mittheilen zu lassen.

Die Versammlung hat diese Vorlage durch einen Ausschuß von elf Mitgliedern prüfen lassen, demnächst der ordnungsmäßigen Vor- und Schlußberatung unterzogen und beehrt sich, den in dieser Veranlassung gefaßten Beschluß in diesem allerunterthänigsten Bedenken zu Ew. Majestät Allerhöchsten Kunde gelangen zu lassen.

In ihrer letzten Diät war der Holssteinischen Ständeversammlung die Aufgabe gestellt, ihre Wünsche und Anträge über die Ordnung der verfassungsmäßigen Stellung des Herzogthums Holstein in der Gesamtmonarchie auf der durch die Allerhöchste Bekanntmachung vom 28. Jan. 1852 gegebenen Grundlage auszusprechen. Sie unterzog sich dieser Aufgabe mit Ernst und Selbstverläugnung und hat in einem ausführlich motivirten Bedenken diejenigen Bedingungen festgestellt, durch deren Durchführung allein, bei einer gesamtstaatlichen Organisation der Monarchie auf der gegebenen Grundlage, den auf Erhaltung der Selbstständigkeit und Gleichberechtigung aller Theile der Monarchie gerichteten Zusagen genügt und die Sicherung der wesentlichsten Interessen der Herzogthümer erlangt werden kann. In der Allerhöchsten Eröffnung sind die gemachten Vorschläge als unausführbar zurückgewiesen, und dagegen der Versammlung die Grundzüge einer neuen Organisation zu ihrer Aeußerung mitgetheilt, durch welche Ew. Königlichen Majestät Regierung eine definitive befriedigende Lösung herbeiführen zu können gemeint hat. Die Versammlung hat sich bemüht, diese Vorlage mit derjenigen Ruhe und Unbefangenheit zu prüfen, welche Ew.

Königl. Majestät von ihr zu fordern ein Recht haben. Sie bedauert, durch gewissenhafte Prüfung zu dem Resultat gelangt zu sein, daß auf Grund dieser Vorlage ein Abschluß nicht zu erreichen ist.

Der Plan Ew. Königl. Majestät besteht im Wesentlichen darin, daß der durch das Verfassungsgesetz vom 2. Oct. 1855 gestiftete Reichsrath in zwei Kammern getheilt, die erste Kammer aus wenigstens 30 von dem König nach freiem Ermessen auf Lebenszeit gewählten Mitgliedern, die zweite aus 60, zur Hälfte mittelbar, zur Hälfte unmittelbar nach den bisherigen Regeln auf 6 Jahre gewählten Mitgliedern gebildet, und alle Gesetze in gemeinschaftlichen Angelegenheiten beiden Kammern zur Beschlußnahme vorgelegt werden sollen. Der für die unmittelbaren Wahlen zum Reichsrath geltende Censur soll auf die Hälfte herabgesetzt und den beiden Kammern das Recht der Gesetzesinitiative beigelegt werden.

In dem Bedenken, welches die letzte Versammlung Ew. Majestät über die Verfassungsfrage erstattete, ist es nachgewiesen, wie die Selbstständigkeit der einzelnen zur Monarchie vereinigten Länder mit der Bildung einer gemeinschaftlichen Repräsentation in einem constitutionellen Gesamtorgan unvereinbar ist; wie namentlich der durch das Verfassungsgesetz vom 2. Octobr. 1855 gebildete Reichsrath auch dem Anspruch auf Gleichberechtigung der Länder in keiner Weise genügt, indem er den dänischen Mitgliedern eine feste Majorität sichert; wie das Wahlgesetz, welches darauf berechnet ist, in künstlicher Weise Minoritätswahlen zu Stande zu bringen, es unmöglich macht, in den gewählten Mitgliedern eine wirkliche Vertretung der Länder zu erkennen. Diese Bedenken sind nicht berücksichtigt. In den vorgelegten Grundzügen ist an der Bildung eines Reichsrathes festgehalten; es ist weder auf eine andere Zusammensetzung desselben, noch auf ein verändertes Wahlgesetz Bedacht genommen. Die einzige wesentliche Aenderung besteht darin, daß die von Ew. Majestät ernannten Mitglieder eine besondere erste Kammer bilden, und die bisherigen Bestimmungen über die Vertheilung dieser Mitglieder auf die einzelnen Länder der Monarchie wegfallen sollen. Es bedarf keines Nachweises, daß eine erste Kammer, frei gewählt von einer Regierung, in welcher, wie das in dem Bedenken ebenfalls nachgewiesen ist, und wie dieser Vorschlag es wieder ergibt, das dänische Element entschieden

überwiegt, statt ein Gegengewicht zu bieten, den Druck, welcher auf die Herzogthümer geübt wird, nur noch mehr organisiren und verstärken müßte. Und ebenso einleuchtend ist es, daß die in Aussicht genommene Erweiterung der constitutionellen Befugnisse einer Vertretung, deren Existenz schon für die Herzogthümer eine Gefahr ist, diese Beforgnisse nicht beseitigen könnte. Die Versammlung hat daher darüber nicht zweifelhaft sein können, daß sie ihre allerunterthänigste Erklärung dahin abgeben müsse:

daß sie auf solche Vorschläge für die Organisation der Monarchie, wie sie durch die Allerhöchste Eröffnung in Aussicht gestellt sind, nicht werde eingehen können.

Seit 10 Jahren haben die tüchtigsten Kräfte an der Lösung der streitigen Fragen fruchtlos gearbeitet. Zwei Verfassungsgesetze sind für die Monarchie erlassen und nach kurzer Frist wieder aufgegeben. Zahlreiche Projecte sind aufgetaucht und spurlos vorübergegangen. Die Vorschläge der Versammlung haben den gewünschten Erfolg nicht gehabt. Daß Erw. Königl. Majestät nach Allem, was vorgegangen, der Versammlung einen solchen Plan haben vorlegen lassen, darin hat diese nur einen neuen Beweis erkennen können, daß es ein vergebliches Bestreben ist, auf dem bisher eingeschlagenen Wege zu einer befriedigenden Lösung gelangen zu wollen. Sie ist dadurch nur in der Ueberzeugung bestärkt, daß dieser Schwebezustand, in welchem Schleswig die ihm gebührende Stellung fortwährend vorenthalten wird, wie in den letzten 10 Jahren, so auch für die Zukunft einen fortdauernden inneren Krieg mit sich bringt, in dem die besten Kräfte, welche der Entwicklung des Volkes gehören, in nutzlosen Kämpfen vergeudet werden. Seit äußerlich der Friede hergestellt worden, ist die Verbitterung der Gemüther nur im Steigen begriffen.

Jahrhunderte hat zwischen den Herzogthümern eine enge staatsrechtliche Verbindung bestanden; ihr Streben ist immer auf engere Vereinigung, auf volle Ausbildung und Durchführung dieser Verbindung gegangen. Die feste, entschiedene Richtung eines Volkes, die Frucht langer, an Kämpfen und Mühen reicher Jahrhunderte, wird nicht so leicht preisgegeben; am wenigsten, wenn das Neue, das an die Stelle treten soll, Niemanden befriedigt, zu keinem bestimmten Ziele führt, die fort-

gährende Quelle neuer Verwickelungen ist. Die Versammlung hat in dem allerunterthänigsten Bedenken, welches sie in ihrer letzten Diät über die Verfassungsverhältnisse der Monarchie Ew. Majestät erstattete, dem innigen Verlangen des Landes nach Wiederherstellung und zeitgemäßer Entwicklung der altherberechtigten Verbindung der Herzogthümer dringende Worte gegeben. Ihre Worte haben bei den Vertretern Schleswigs einen lauten Wiederhall gefunden. Sie hat es für ihre Pflicht ansehen müssen, auf's Neue mit allem Ernst und aller Entschiedenheit allerunterthänigst zu erklären, daß nach ihrer tiefsten Ueberzeugung der wahre Friede dem Lande nicht wiederkehren wird, so lange nicht jenem Verlangen vollständig Genüge geschehen.

Wiederholt und auf das Nachdrücklichste hat Ew. Königlichen Majestät Regierung das Verlangen ausgesprochen, mit einer neugewählten Versammlung in neue Verhandlungen zu treten. In der Allerhöchsten Eröffnung ist dies wieder hervorgehoben. Trotz der drängenden Verhältnisse hat Ew. Majestät Regierung Jahre verstreichen lassen, um in neugewählten Vertretern einen correcteren Ausdruck für die Meinung des Landes zu finden. Jetzt besteht die Versammlung zur größeren Hälfte aus neuen Mitgliedern. Ew. Majestät werden erkennen, daß in dem wiederholten Ausspruch nicht eine zufällige Majorität, sondern das tiefste Gefühl des ganzen Volkes seinen Ausdruck findet.

Auch in Dänemark wird man sich endlich der Ueberzeugung nicht mehr verschließen, daß der Friede mit Deutschland die erste Bedingung für Dänemarks gesunde Entwicklung ist, daß es schon durch die deutsche Bevölkerung der Herzogthümer auf das Bündniß mit Deutschland angewiesen wird, und daß es mit Deutschland keinen festen, dauernden Frieden haben kann, so lange es den Herzogthümern ihr Recht vorenthält.

Iphoe, den 26. März 1861.

Ew. Königlichen Majestät

allerunterthänigste, treuegehoramste Provinzialstän-
derversammlung des Herzogthums Holstein.

Scheel-Plessen.

E. Versmann.

p. t. Präsident.

Berichterstatter.

No. 34.

Entwurf eines Gesetzes, betreffend die provisorische Stellung des Herzogthums Holstein hinsichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der dänischen Monarchie.

§ 1. Hinsichtlich derjenigen Angelegenheiten, welche nach Unserer Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 zu dem amtlichen Wirkungskreise Unsers Ministeriums für die auswärtigen Angelegenheiten, Unsers Finanzministeriums, Unsers Kriegsministeriums und Unsers Marineministeriums gehören, soll Unser Herzogthum Holstein mit den übrigen Bestandtheilen Unserer Monarchie eine gemeinsame Verwaltung behalten.

§ 2. Veränderungen in der bestehenden Gesetzgebung, betreffend alle Steuern und Abgaben im Herzogthum Holstein, welche der gemeinschaftlichen Casse zufließen, die Königl. im Herzogthum Holstein belegenen Domainen, das Zollwesen im Herzogthum, den Eidercanalzoll, das Post- und Telegraphenwesen und das Münzwesen im Herzogthum, sollen künftig nicht anders, als nach vorgängiger Zustimmung der Versammlung der Landstände des Herzogthums Holstein, vorgenommen werden.

§ 3. Aus den Theilen der Armee, die im Herzogthum Holstein recrutirt werden, soll hinsichtlich der damit verbundenen Ausgaben eine eigene Abtheilung der Armee gebildet werden. Veränderungen in der Militairgesetzgebung sollen, in so weit sie diese Abtheilung der Armee betreffen, nur mit Zustimmung der Landstände vorgenommen werden.

§ 4. Gesetze, betreffend eine Aenderung der bestehenden Pläne für die Stellung der Mannschaft zum Land- oder Seeheere und die Herbeischaffung von Pferden, Lebensmitteln, Fourage, Quartier und ähnlichen Naturallieferungen zu denselben, erfordern, in so weit sie das Herzogthum Holstein betreffen, die Zustimmung der Landstände.

§ 5. Ebenso kann nur nach vorgängiger Zustimmung der Landstände das Indigenatgesetz verändert, oder das Indigenatrecht an Ausländer, die im Herzogthum Holstein ansässig sind, von Uns ertheilt werden.

§ 6. In so weit die in den §§ 2 bis 5 genannten Veränderungen in der Gesetzgebung der Art sind, daß die Ausführung derselben entsprechende Veränderungen in der Gesetzge-

hung für die übrigen Theile der Monarchie voraussetzt, wollen Wir die betreffenden Gesetzentwürfe nicht Allerhöchst sanctioniren, bevor von dem Reichsrath ein übereinstimmender Beschluß gefaßt worden ist.

Wir wollen der Versammlung der Landstände Vorschläge zu solchen Bestimmungen in ihrer Geschäftsordnung vorlegen lassen, die geeignet sein werden, etwaige Abweichungen der Beschlüsse auszugleichen. Sollte es jedoch auch mit Hilfe solcher Bestimmungen nicht möglich sein, zu einem übereinstimmenden Beschluß zu gelangen, und ist eine Veränderung in der bestehenden Gesetzgebung von Uns und von einer der genannten Versammlungen als dringend anerkannt, behalten Wir Uns vor, mit Zustimmung dieser Versammlung die Veränderung in dem betreffenden Theile der Monarchie eintreten zu lassen, und diejenigen Verwaltungsmaßregeln zu treffen, welche eine Folge der dadurch entstehenden Einschränkung in der bisher bestehenden Gemeinschaft sind.

§ 7. Die Versammlung der Landstände, ist befugt in den in den §§ 2 bis 5 genannten Angelegenheiten Veränderungen in der Gesetzgebung bei Uns allerunterthänigst zu beantragen.

§ 8. Gleichfalls soll die Versammlung zur Einreichung und Unterstützung von Vorschlägen, Anträgen und Beschwerden in allen gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie, in so weit sie das Interesse des Herzogthums Holstein berühren, befugt sein. Auf solche, sowie auf die im vorstehenden Paragraphen erwähnten Eingaben, werden Wir der Versammlung der Landstände, in so fern sie noch vereinigt ist, sonst aber der nächsten Versammlung der Landstände, Unsere Allerhöchste Entschließung eröffnen lassen.

§ 9. Für die folgenden Angelegenheiten und Institutionen werden die Ausgaben durch die Landstände des Herzogthums Holsteins bewilligt, aber aus den gemeinschaftlichen Einnahmen der Monarchie abgehalten:

- 1) die Grenzollbewachung im Herzogthum Holstein,
- 2) die locale Zollverwaltung im Herzogthum,
- 3) die locale Post- und Staatstelegraphenverwaltung im Herzogthum,
- 4) das Lootsen-, Leuchtfeuer- und Bakenwesen an den Holsteinischen Küsten,

5) die Centralkasse in Rendsburg,

6) die Münze in Altona.

§ 10. Für die im § 3 erwähnte Abtheilung der Armee werden die Ausgaben ebenso durch die Landstände des Herzogthums Holstein bewilligt, aber aus den besonderen Einnahmen des Herzogthums abgehalten.

§ 11. Die ordinären Ausgaben für die in den §§ 9 und 10 genannten Verwaltungszweige werden durch ein Normalbudget festzustellen sein; die extraordinären Ausgaben werden durch besondere Zulagegesetze bewilligt.

Bis dieses Normalbudget durch Gesetz festgestellt werden kann, wollen Wir ein vorläufiges Normalbudget bestimmen, in welchem die Ausgaben aufgeführt werden sollen, welche in bestehenden Gesetzen oder in den ordinären Anforderungen der verschiedenen Verwaltungszweige begründet sind. Jedoch darf die Gesamtsumme jedes Hauptabschnittes dieses Budgets den Durchschnittsbelauf derjenigen Summen nicht übersteigen, welche zu demselben Zweck für die Finanzperioden vom 1. April 1856 bis 31. März 1860 bewilligt worden sind. Der Theil dieses Normalbudgets, welcher die obengenannte Armeetheilung betrifft, befaßt, außer den Ausgaben zu dieser Abtheilung selbst, einen festen jährlichen Zuschuß zu denjenigen militairischen Institutionen, welche nach der Bildung dieser Abtheilung für dieselbe mit dem übrigen Heere gemeinschaftlich verbleiben. In dem vorläufigen Normalbudget darf dieser Zuschuß nicht mehr als 21, „ pCt. von dem Durchschnittsbelauf der Summen betragen, die zu demselben Zweck für die Finanzperioden vom 1. April 1856 bis 31. März 1860 bewilligt worden sind.

§ 12. Der besonderen Cassé des Herzogthums Holstein sollen künftig 21, „ pCt. von allen gemeinschaftlichen Einnahmen der Monarchie, mit Ausnahme des Zuschusses der einzelnen Landestheile von den besonderen Einnahmen derselben (Post. 10 des vorläufigen Normalbudgets vom 28. Februar 1856), zu Gute geschrieben werden.

Doch soll der Ueberschuß aus den im Herzogthum Holstein belegenen Königlich Domainen gegen eine jährliche Verfallsomme von 640,000 Rth. an die gemeinschaftliche Cassé der Monarchie den besonderen Einnahmen des Herzogthums Holstein zufallen. Für die Bewilligung der Ausgaben, welche aus den mit diesen Domainen verbundenen Einnahmen abzu-

halten sind, gelten die im § 11 enthaltenen Regeln, jedoch mit Berücksichtigung der Bestimmungen Unserer Allerhöchsten Resolution vom 23. September 1859 wegen einer veränderten budgetmäßigen Postirung und Berechnung verschiedener, die in dem Herzogthum Holstein belegenen Domainen betreffenden Einnahmen und Ausgaben s. w. d. a.

Sollte in irgend einem die gemeinschaftlichen Einnahmen berührenden Puncte eine Einschränkung der bestehenden Gemeinschaft nach den Bestimmungen des § 6 vorgenommen werden, geht die dadurch betroffene Einnahme von einer gemeinschaftlichen zu einer besonderen über.

§ 13. Zur Deckung der folgenden gemeinschaftlichen Ausgaben der Monarchie wird ein fester jährlicher Beitrag, der nur mit Zustimmung der Landstände erhöht werden kann, der besonderen Cassé des Herzogthums Holstein zur Last zu schreiben sein, nämlich:

zu Unserer Civilliste	173,000 Rth.
„ den Apanagen Unsers Königl. Hauses	80,000 „
„ Unserm Geheimen Staatsrath	15,000 „
„ der Verzinsung und Abtragung der Staatsschuld	1,187,000 „
„ Unserm Ministerium des Auswärtigen	52,000 „
„ Unserm Marineministerium	440,000 „
„ Unserm Finanzministerium (hierunter die zu verschiedenen und unvorhergesehenen Ausgaben der Monarchie bisher budgetirten Summen)	133,000 „

Ferner werden der besonderen Cassé des Herzogthums 21, . . pCt. von dem zu gemeinschaftlichen Pensionen, sowohl für Beamte und ihre Hinterlassenen, als für die militäiren Unterclassen und die Invaliden, nach den bestehenden gesetzlichen Regeln erforderlichen Belaufe zur Last zu schreiben sein. Extraordinaire Pensionsgesetze für im Herzogthum angestellte Beamte unter den Ministerien für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten und deren Hinterlassene werden den Landständen vorzulegen sein.

So fern 21, 1/2 pCt. von dem zur Verzinsung und Abtragung der Staatsschuld der Monarchie erforderlichen jährlichen Gesamtbelauf als Folge etwaiger Veränderungen im Betrage der Staatsschuld oder in deren Verzinsung und Abtragung in dauernder Weise auf eine geringere Summe, als oben stehende 1,187,000 Rth., anzuschlagen sein möchten, wird dieser feste jährliche Beitrag aus der besonderen Casse des Herzogthums Holstein entsprechend zu ermäßigen sein. Das Herzogthum wird dagegen 21, 1/2 pCt. von der eventuellen Unterbilanz der allgemeinen Wittwenkasse zu tragen haben.

Für das Finanzjahr vom 1. April 1861 bis zum 31. März 1862 sollen diejenigen Bestimmungen, welche durch Unsere Allerhöchste Resolution vom 23. September 1859, betreffend den von dem Herzogthum Holstein zur Deckung der gemeinschaftlichen Ausgaben der Monarchie während der Finanzperiode vom 1. April 1860 bis zum 31. März 1862 zu leistenden Beitrag, getroffen sind, maßgebend sein.

§ 14. Für provisorische Gesetze, sowie für die Abhaltung von Ausgaben, welche nicht bewilligt sind, sollen die Bestimmungen in den §§ 15 und 17 des Gesetzes, betreffend die Verfassung des Herzogthums Holstein, auch in gemeinschaftlichen Angelegenheiten gültig sein.

§ 15. Die Staatsrechnungsablage wird den Landständen zum Bedenken vorgelegt, bevor selbige von Uns genehmigt wird.

§ 16. Gesetze, wodurch dieses Gesetz verändert oder interpretirt wird, sowie Gesetze, welche eine fernere Entwicklung der Stellung des Herzogthums Holstein in der Monarchie bezwecken, können nur nach vorgängiger Zustimmung der Landstände des Herzogthums erlassen werden.

No. 35.

Ans den Motiven des Entwurfs zu einem Gesetze, betreffend die provisorische Stellung des Herzogthums Holstein hinsichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der dänischen Monarchie.

Der § 13 des Entwurfs betrifft die Theilnahme des Herzogthums an den gemeinschaftlichen Ausgaben der Monarchie, welche nicht zum Voraus von den entsprechenden Intraden abgehalten wer-

den. Mit Ausnahme der Ausgaben für das Landheer, cfr. § 3, sind die als gemeinschaftliche Ausgaben der Monarchie aufgeführten Pöste ganz dieselben, welche bisher als solche bewilligt sind, und ihrer Natur nach sowohl, wie nach der Beschaffenheit der Institutionen, für deren Zwecke sie verwendet werden, sich als gemeinschaftliche darstellen. Diese Ausgaben sind demnach folgende:

- 1) zu der Civilliste Sr. Majestät des Königs,
- 2) zu den Apanagen des Königlichen Hauses,
- 3) zu dem Geheimen Staatsrath,
- 4) zu der Verzinsung und Abtragung der Staatsschuld der Monarchie,
- 5) zu dem Ministerium des Aeußern,
- 6) zu dem Marineministerium,
- 7) zu dem Finanzministerium, unter welchem Posten die bisher als besondere Ausgabepöste im Budget der Monarchie aufgeführten Conti: „Verschiedene Ausgaben“ und „Unvorhergesehene Ausgaben“ mit befaßt sind;
- 8) zu dem Pensionswesen, in so weit solches die unter der Verwaltung für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten angestellten Beamten und deren Hinterlassene, sowie die militairen Unterclassen betrifft, und der Invalidenversorgung.

Als Holsteins Beitrag zu den unter 1 bis 7 aufgeführten Ausgaben ist in dem Paragraphen eine feste jährliche Summe bei jedem einzelnen Conto angegeben, die aus der besondern Cassc Holsteins, der auch der Antheil an den gemeinschaftlichen Einnahmen nach § 12 zufällt, abzuhalten ist. Bei der Berechnung der Größe der angeführten Beiträge sind die für die Finanzperioden vom 1. April 1856 bis zum 31. März 1860, während deren die Repräsentanten für das Herzogthum Holstein an den betreffenden Verhandlungen Theil genommen haben, hinsichtlich der verschiedenen Conti bewilligten Summen zum Grunde gelegt. Gleichwie man indessen selbstsüchtig bei dieser Berechnung diejenigen Ausgaben außer Acht gelassen, welche neben den zur Bestreitung der gewöhnlichen Erfordernisse nöthigen Summen ausnahmsweise, namentlich auf dem Conto „für verschiedene Ausgaben,“ wo in früheren Budgets in der Regel derartige Ausgaben Platz fanden, bewilligt gewesen, ebenso

liegt es in der Natur der Sache, daß man die in der Zwischenzeit eingetretenen Verhältnisse nicht hat unberücksichtigt lassen können, z. B. die für die Hälfte der fraglichen Perioden eingetretene Herabsetzung der Befoldungszulage für die Beamten und Angestellten der Monarchie (welche Zulagen übrigens in der Berechnung überall bei den einzelnen Verwaltungszweigen in Anschlag gebracht sind), wie denn namentlich auch auf die Verminderung der Staatsschuld der Monarchie Rücksicht genommen worden, welche theils in Folge der regelmäßigen Abträge und theils durch Rückzahlung verschiedener Anleihen eingetreten und auf die jährlichen Bedürfnisse zur Verzinsung, wie auch zum Theil zur Abtragung der Staatsschuld von Einfluß ist. Sollten die Verhältnisse es mit sich führen, daß die Totalsumme der Staatsschuld so tief herabginge, oder daß der Eintritt einer Veränderung in Betreff der Verzinsung oder Abtragung der Staatsschuld bewirkte, daß voraussichtlich 21, .. pCt. der zur laufenden Verzinsung und Abtragung dieser Schuld jährlich erforderlich werdenden Summen in einer Reihe von Jahren weniger betragen würden, als der im Paragraphen als Holsteins Beitrag aufgeführte Belauf von 1,187,000 Rth., wird die verhältnißmäßige Herabsetzung des genannten Beitrags sich als eine natürliche Folge ergeben. Andererseits ist es bereits jetzt vorauszu sehen, daß die Staatsschuld der Monarchie in einer nahen Zukunft eine Vermehrung durch die, wie bereits längst bekannt, unvermeidliche Unterbilanz der allgemeinen Wittwencasse erleiden wird. Daß das Herzogthum Holstein an der Deckung dieser Unterbilanz Theil zu nehmen hat, folgt geradezu daraus, daß die gedachte Wittwencasse die Bewohner des Herzogthums so gut wie die der übrigen Monarchie umfaßte.

Für die oben unter Nr. 8 aufgeführten Ausgabepöste wird sich nach der Beschaffenheit der unter selbige fallenden Ausgaben kaum ein fester jährlicher Beitrag ermitteln lassen; es ist deshalb in den Gesegentwurf die Bestimmung aufgenommen, daß Holstein aus seiner besonderen Cassc 21, .. pCt. des nach den bestehenden gesetzlichen Regeln zu diesen Ausgaben erforderlich werdenden Belauks beizutragen hat. Eine dergartige Bestimmung dürfte auch gerade aus dem Grunde um so weniger Bedenken erregen, als die Administration bei ihren Dispositionen über die betreffenden Conti an bereits vorhandene vollständige Gesetzbestimmungen gebunden ist, welche selbige ohne

desfällige gesetzliche Autorisation zu überschreiten nicht befugt ist. Falls ausnahmsweise eine solche für unter der gemeinsamen Verwaltung fortirende Beamte, die in Holstein fungiren oder zuletzt fungirt haben, oder für deren Hinterlassene zur Frage kommen sollte, wird das dazu erforderliche Gesetz nur unter Mitwirkung der holsteinischen Ständerversammlung emaniren.

Die im Obigen bereits bei mehreren Gelegenheiten hervorgehobene Rücksicht, daß die herbeizuführende Ordnung nicht der Eventualität Raum geben dürfe, daß die Staatsverwaltung auf Grund des getheilten Gesetzgebungs- und Bewilligungsrechts ins Stocken gerathe, hat es auch mit Entschiedenheit empfohlen, daß der Beitrag des Herzogthums zu den gemeinschaftlichen Ausgaben der Monarchie auf feste jährliche Summen reducirt werde. Es erhellt indessen aus den Summen selbst, wie aus der zum Grunde liegenden Berechnung, daß dieselben eben nur als Beiträge zur Deckung der ordinären laufenden Ausgaben aufzufassen sind. Daß fernerweitige Zuschüsse erforderlich werden, wird daher auch nicht zu vermeiden stehen; in solchem Fall wird aber die Genehmigung der Stände beizubringen sein, in welcher Beziehung eine behuße Bestimmung in den Gesetzentwurf aufgenommen worden. Von dem Standpunkte des Herzogthums Holstein dürfte auch um so weniger Bedenken gefunden werden, auf ein solches an und für sich wesentliche Vortheile mit sich führendes Arrangement einzutreten, als bei einer Vergleichung der in dem § 13 angelegten Beiträge mit der in dem § 12 angegebenen Theilnahme an den gemeinschaftlichen Einnahmen der Monarchie unter ordentlichen Verhältnissen eine Bilanz zu Gunsten der besonderen Cassse Holsteins anzunehmen ist, welche dazu wird beitragen können, den außerordentlichen Anforderungen Genüge zu leisten, die seitens der Monarchie erhoben und seitens der Ständerversammlung gebilligt werden möchten.

Die in dem Vorstehenden hinsichtlich der Beiträge Holsteins zu den gemeinschaftlichen Ausgaben der Monarchie angegebene Ordnung wird, der Schlußbestimmung in dem § 13 des Entwurfs zufolge, erst mit dem 1. April 1862 in Kraft treten. Hierfür spricht nicht nur der Umstand, daß die Bewilligungen für die Finanzperiode vom 1. April 1860 bis zum 31. März 1862 bereits längst vorliegen, sondern daß auch die Verwaltung der Monarchie jetzt nicht ohne Nachtheil für wesentliche

Interessen mitten in der Periode den Weg verlassen kann, den selbige, auf ihre Bewilligungen fußend, einmal betreten hat. Für das Herzogthum Holstein ist es daher zweckmäßig, die mittelst der Allerhöchsten Resolution vom 23. September 1859, (siehe die angeschlossene Bekanntmachung des Finanzministeriums vom 25. s. M.) getroffenen Bestimmungen annoch für das Finanzjahr vom 1. April 1861 bis zum 31. März 1862 maßgebend sein zu lassen.

No. 36.

Aus dem Bedenken der holsteinischen Ständerversammlung über den Entwurf zu einem Gesetze, betreffend die provisorische Stellung des Herzogthums Holstein hinsichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der dänischen Monarchie.

Allerdurchlauchtigster,
Großmächtigster,
Allergnädigster König und Herr!

Ew. Majestät haben geruht, der Provinzialständerversammlung des Herzogthums Holstein den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die provisorische Stellung des Herzogthums Holstein hinsichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der dänischen Monarchie, vorlegen zu lassen.

Die Versammlung hat diese Vorlage durch einen Ausschuß von elf Mitgliedern prüfen lassen, demnächst der ordnungsmäßigen Vor- und Schlußberatung unterzogen, und beehrt sich, die in dieser Veranlassung gefaßten Beschlüsse in diesem allerunterthänigsten Bedenken zu Ew. Majestät Allerhöchster Kunde gelangen zu lassen.

I. Die große Schwierigkeit, welche einer definitiven Ordnung der Verfassungsverhältnisse entgegensteht, hatte die Versammlung veranlaßt, in ihrer letzten Diät auf eine provisorische Ordnung der Stellung des Herzogthums allerunterthänigst anzutragen, durch welche der holsteinischen Ständerversammlung rücksichtlich aller in gemeinschaftlichen Angelegenheiten zu erlassenden Gesetze die mitbeschließende Befugniß ertheilt werde. In Uebereinstimmung hiermit hat der deutsche Bund unterm 8. März

v. J. beschlossen, „daß für die Dauer des Zwischenzustandes alle Gesetzentwürfe, welche dem Reichsrath zugehen, auch den Ständen der Herzogthümer Holstein und Lauenburg vorgelegt werden, und kein Gesetz über gemeinschaftliche Angelegenheiten, namentlich auch in Finanzsachen, für die Herzogthümer erlassen werde, wenn es nicht die Zustimmung der Stände dieser Herzogthümer erhalten habe.“

Seit der Stellung jenes Antrages sind zwei Jahre verflossen. Während dieser Zeit ist nichts geschehen, was das erschütterte Vertrauen zu Ew. Majestät Regierung wieder herstellen könnte. Die Mißstände, über welche die Versammlung in ihrem allerunterthänigsten Bedenken vom 10. März 1859 sich beschwerte, das Vorwiegen des national dänischen Einflusses in der Regierung, der Mangel jeder wirksamen Vertretung Schleswigs und Holsteins in den wichtigsten staatlichen Angelegenheiten, der Druck, welcher in finanzieller, wie in jeder andern Beziehung auf den Herzogthümern lastet, die Beeinträchtigung der deutschen Nationalität in Schleswig, das Verbot jeglicher Vereinigung der Bewohner Schleswigs und Holsteins, zu welchem Zweck es auch sei, — das Alles dauert unverändert fort. Einzelne Concessionen der kleinlichsten Art, welche in Schleswig der deutschen Bevölkerung gemacht sind, haben nicht dazu gedient, die Lage zu verbessern, sondern nur constatirt, wie begründet die Beschwerden waren. In Holstein ist die Polizeigewalt in Bewegung gesetzt, um Einzelpetitionen politischen Inhalts an die Ständerversammlung zu verhindern, obgleich das Petitionsrecht durch die Verfassung gewährleistet ist und nach dem Ausspruch der Gerichte die von den Petenten gewählten Formen gesetzlich erlaubt sind. In Schleswig, wo die gleichen gesetzlichen Bestimmungen gelten, werden wegen solcher Petitionen, erlaubten, aber mißliebigen Inhalts, welche unter Innehaltung der gleichen Formen eingereicht sind, Hunderte gerichtlich verfolgt und bestraft; einer der Verfasser wird mit schwerer Festungsstrafe belegt, weil er das Verbrecherische einer Handlungsweise hätte einsehen müssen, welche ein Gutachten der Kieler Juristenfacultät für gesetzlich zulässig erklärt. Wegen Verbreitung des Adressentwurfs der Majorität der Schleswigschen Ständerversammlung, welche schließlich von den Gerichten für strafflos erklärt worden, wird einem Buchhändler in Schleswig, ohne rechtlichen Grund und gegen die gerichtliche Verfügung,

auf polizeilichem Wege sein Geschäftsbetrieb ein Jahr lang entzogen. Beamte, welche den politischen Verfolgungsgelüsten nicht mit hinreichendem Eifer dienen, oder zur eifrigen Theilnahme an den Wahlumtrieben sich nicht verstehen, werden beseitigt. In Schleswig werden die sogenannten Uebelgesinnten durch förmliche Proscriptionslisten stigmatisirt, ohne daß der betreffende Beamte zur Verantwortung gezogen wird. Gegen jede den Tendenzen der Regierung widerstrebende Richtung im deutschen Sinne werden alle Mittel der Staatsgewalt aufgebieten, die größten Ausschreitungen in dänischer Richtung werden geduldet oder selbst begünstigt. Die sämtlichen niederen Aufstellungen im Zoll- und Postfach werden den Reserveofficieren und Unterofficieren vorbehalten, und die Zoll- und Postcomtoiristen sind im October v. J. aufgefordert, sich zum Dienst in der dänischen Armee zu stellen, wenn sie den Anspruch auf Berücksichtigung bei Besetzung solcher Posten nicht gänzlich verlieren wollen. Auf den Zoll- und Postdienst kann diese Einrichtung nur einen sehr nachtheiligen Einfluß haben. Durch dieselbe wird ein verstärkter Einschub dänischer, der Verhältnisse unkundiger und der Bevölkerung fremder Beamten vorbereitet. Auf die deutschen Angestellten, welche von dieser Verfügung betroffen sind, wird ein demoralisirender Druck geübt, indem ihnen nur die Wahl bleibt, entweder alle Aussicht auf ein Fortkommen in ihrem Fach aufzugeben oder, im Hinblick auf die dänischerseits vielfach geltend gemachte Möglichkeit eines baldigen Krieges mit Deutschland, sich in eine Lage zu versetzen, in welcher sie befürchten müssen, die Waffen gegen ihr Vaterland zu führen.

Es geschieht nichts, was dazu dienen könnte, die Verfassungsverwirren einer endlichen Lösung näher zu bringen. Die Aussicht auf eine Verständigung schwindet immer mehr. Den Verfassungsvorschlägen, mit welchen die letzte Versammlung bis an die äußerste Gränze des Möglichen zu gehen glaubte, wird Ernst und Sorgfalt nachgerühmt; aber Ewr. Majestät Regierung genügen zwei Zeilen, um sie als unannehmbar zu beseitigen. Dagegen werden uns neue Vorschläge gemacht, deren Grundlagen von der Versammlung schon in ihrem erwähnten allerunterthänigsten Bedenken mit der größten Entschiedenheit verworfen sind, ohne daß auch nur ein Wort der Verständigung oder Begründung hinzugefügt wäre. Selbst das Wenige, was uns geboten wird, nicht einmal das sollen wir der Liebe Ewr. Majestät

zu Ihren Unterthanen im Herzogthum verdanken. Was schon die letzte Versammlung beklagen mußte, das wird uns auch jetzt wieder in der Allerhöchsten Eröffnung gesagt, daß nur der Druck äußerer Umstände die Vorlagen veranlaßt hat.

Auch Ew. Majestät haben es unter diesen Umständen erkannt, daß Holstein für die genügende Wahrnehmung seiner Interessen eine bessere Garantie gegeben werden müsse, als die bisherigen Verhältnisse sie bieten. Sie haben der Versammlung den Entwurf zu einem Gesetz, betreffend die provisorische Stellung des Herzogthums Holstein hinsichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie, vorlegen lassen, dessen Prüfung die Versammlung sich unterzogen hat.

Die Gewährung solcher Garantien ist nicht allein nothwendig, um das Land vor den schlimmsten Schädigungen zu bewahren; Holstein hat auch ein unbestreitbares Recht darauf. Nachdem auf Grundlage der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 die Verbindung der Herzogthümer mit dem Königreich zu einer Gemeinschaft in den wesentlichsten staatlichen Beziehungen und die Trennung der Herzogthümer von einander noch über das von der Bekanntmachung gegebene Maß hinaus factisch vollzogen ist, kann Holstein verlangen, daß nun auch, so lange dieser Zustand besteht, den von Ew. Majestät dagegen übernommenen Verpflichtungen wenigstens einigermaßen genügt, daß ihm eine Stellung angewiesen werde, welche den erteilten Zusagen wenigstens in den allgemeinen Grundzügen entspricht.

Auf diesem Rechtsanspruch, welchen der deutsche Bund anerkannt hat, und für den er eingetreten ist, beruhen die von der holsteinischen Ständerversammlung in ihrer letzten Diät für die provisorische Ordnung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie gestellten allerunterthänigsten Anträge und die im Bundesbeschluß vom 8. März v. J. erhobenen Forderungen. Sie gehen über die für den Augenblick gegebene Grundlage der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 nicht hinaus.

Holstein hat nach der Allerhöchsten Bekanntmachung ein Recht auf eine selbstständige und gleichberechtigte Stellung zu den übrigen Theilen der Monarchie. Diesem Recht entspricht die Forderung, daß in allen Angelegenheiten, welche es mit Schleswig und Dänemark gemein hat, die Vertretung des Herzog-

thums als ein der dänischen und schleswigschen Vertretung coordinirter Factor an der Gesetzgebung Theil nehme. Holstein hat nach der Bekanntmachung ein Recht darauf, daß die Bande, welche es mit Schleswig verbinden, nicht noch weiter, als bisher geschehen, gelockert, daß Schleswig nicht mit Dänemark zu einer engeren Gemeinschaft verbunden werde. Diesem Recht entspricht die Forderung, daß alle staatlichen Angelegenheiten, welche Schleswig mit Dänemark gemein hat, auch ferner wie bisher für Holstein gemeinschaftliche bleiben. Wenn die holsteinische Ständeverammlung davon, daß der für Holstein durch das Allerhöchste Patent vom 6. November 1858 beseitigte Reichsrath für Schleswig und Dänemark factisch fortbesteht, keinen Anlaß zu besonderen Anträgen genommen hat, so ist das geschehen, weil sie es für ihre Aufgabe ansah, sich streng auf dem Gebiet zu halten, welches der Bundesgewalt unzweifelhaft untergeordnet ist. Sie hat damit die rechtliche Existenz des Reichsraths nicht anerkannt. Sie hat geglaubt, in diesem Punkt mit ihrer Forderung hinter dem Maß ihres Rechts zurückbleiben zu können, weil sie es sich sagen kann, daß, so lange Holstein materiell aus der Gemeinschaft nicht scheidet, sie dem Herzogthum Schleswig doch einigen Schutz für seine Selbstständigkeit und Gleichberechtigung gewährt, welche der Reichsrath gänzlich zu vernichten droht. Zu einem Abkommen, welches auch materiell Holstein ganz oder theilweise aus der Gemeinschaft ausschiede, so lange dieselbe für Schleswig und Dänemark besteht, könnte die Versammlung um so weniger die Hand bieten, als dadurch die Beziehungen Holsteins zu Schleswig nur in noch weiterem Umfang gelöst und so die Aussicht auf dereinstige Erfüllung ihres dringendsten Wunsches, der Wiederherstellung der alten Verbindung, nur in weitere Ferne gerückt würde.

Mit diesen Grundsätzen, von denen die Vertretung Holsteins nicht wird abweichen können, ist ihr auch die Stellung angewiesen, welche sie zu dem ihr vorgelegten Gesetzentwurf einzunehmen hat.

Die Vorlage erkennt es an, daß den Vertretern des Herzogthums während des provisorischen Zustandes ein mitwirkender Einfluß auf die Gesetzgebung für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie gesichert werden muß. Aber während die Anträge der Versammlung und der Bundesbeschluß vom 8. März v. J. diese Mitwirkung für das gesammte Ge-

biet der gemeinschaftlichen Gesetzgebung in Anspruch genommen, beschränkt die Vorlage dieselbe auf Veränderungen in der Gesetzgebung, betreffend die Steuern und Abgaben im Herzogthum Holstein, welche der gemeinschaftlichen Cassé zufließen, auf die im Herzogthum Holstein belegenen Königlichen Domänen, auf das Zollwesen im Herzogthum, den Eidercanalzoll, das Post- und Telegraphenwesen und das Münzwesen im Herzogthum, auf Veränderungen in der Militairgesetzgebung für eine aus der holsteinischen Mannschaft zu bildende gesonderte Armeeabtheilung, auf Veränderungen der bestehenden Pläne für Aushebung von Mannschaften zum Land- und Seeheer und für Herbeschaffung von Naturallieferungen für dasselbe, auf Bewilligung der Ausgaben für die holsteinische Armeeabtheilung und für einige durch die Vorlage localisirte umfangreiche Zweige der gemeinschaftlichen Verwaltung, soweit dieselben ein bestimmtes Normalbudget überschreiten, sowie für die übrigen Zweige der gemeinschaftlichen Verwaltung, so weit die darauf zu verwendenden Beträge über eine bestimmte, in der Vorlage angegebene runde Summe hinausgehen.

Während nach den Bestimmungen des Entwurfs die Verwaltung der bisher gemeinschaftlichen Angelegenheiten eine gemeinschaftliche bleibt, tritt rücksichtlich der Gesetzgebung in nicht unerheblichem Umfang eine Aussonderung Holsteins ein, und das geschieht grade in denjenigen Beziehungen, wo die für Holstein und Schleswig zumeist gemeinsamen localen Interessen hauptsächlich in Frage kommen. Auch rücksichtlich der Verwaltung ist eine demnächstige Aussonderung in manchen Richtungen vorgesehen, indem es Ewr. Königlichen Majestät vorbehalten bleibt, wenn eine Uebereinstimmung in den Beschlüssen des Reichsraths und der holsteinischen Ständeversammlung, wo ihr eine solche erforderlich scheint, nicht zu erzielen ist, mit Zustimmung einer dieser Versammlungen, in dem danach sich ergebenden Umfang, die Gemeinschaft selbst vollständig aufzuheben. Die Gefahr, daß das sehr bald geschehen würde, liegt keineswegs fern. Abweichende Beschlüsse können nicht ausbleiben, und es ist bekannt, wie sehr die Partei, welche auf Ewr. Majestät Regierung und auf die Vertretung des Königreichs einen entscheidenden Einfluß ausübt, geneigt ist, Holstein zu opfern, um Schleswig ganz zu gewinnen.

So wenig hiernach die Vorlage an dem gegebenen Princip der Gemeinschaft festhält, so wenig führt sie das Princip der Gleichberechtigung und Selbstständigkeit auch nur annähernd durch. Die Competenz des Reichsraths erstreckt sich, mit Ausnahme der finanziellen Bewilligungen für einzelne Ausgabenposten, nach wie vor auf die gesammte Gesetzgebung in allen gemeinschaftlichen Angelegenheiten, während der Ständerversammlung nur in beschränktem Umfange bestimmte einzelne Zweige derselben untergelegt sind, von welchen Er. Majestät angenommen haben, daß ihre Behandlung die besonderen Interessen des Herzogthums vorzugeweiße berühre. Auch in den Gebieten, wo der Ständerversammlung eine Competenz zugewiesen wird, ist dieselbe eine weit beschränktere, als die concurrirende des Reichsraths. Als die wichtigsten Punkte heben wir folgende hervor: Das Normalbudget, welches für das Bewilligungsrecht des Reichsraths die Gränze bildet, ist nach dem Durchschnitt der Finanzperioden vom 1. April 1853 bis 31. März 1856 bestimmt und so knapp bemessen, daß das Recht, über jede Zulage zu demselben zu bestimmen, dem Reichsrath einen sehr wesentlichen Einfluß auf den Gang der Regierung sichert; während das Normalbudget, sowie die für die Deckung der gemeinschaftlichen Ausgaben in runder Summe berechneten Beträge für Holstein nach dem Durchschnitt der Finanzperioden vom 1. April 1856 bis 31. März 1860 normirt und um so Vieles höher sind, daß danach wenigstens für die nächste Zeit ein Anspruch auf weitere Zuschüsse an die holsteinischen Stände schwerlich würde gestellt werden können. Nach dem Verfassungsgesetz vom 2. October 1855 wird die Decision der Staatsrechnungsablage, sobald die in Aussicht gestellte Bildung eines Rechnungshofes erfolgt ist, vom Reichsrath durch Gesetz geschehen, und dadurch demselben eine eingehende und wirksame Controlle über den wirklichen Bedarf und die Verwendung der bewilligten Gelder gesichert, während der Ständerversammlung die Rechnungsablage nur zum Bedenken mitgetheilt werden soll. Ohne Bewilligung des Reichsraths kann keine Aushebung von Mannschaften erfolgen, während der holsteinischen Ständerversammlung ein Bewilligungsrecht nur zugestanden wird, wenn die bisher für die Aushebung bestehenden Pläne geändert werden. Auf die Gesetzgebung rücksichtlich der Marine und der militairischen Anstalten, sowie auf das Staatsschuldwesen, ist

der holsteinischen Ständeverversammlung, mit Ausnahme des schon erwähnten Bewilligungsrechts, keinerlei Einfluß zugestanden. Die Minister für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten sind dem Reichsrath, aber nicht auch der holsteinischen Ständeverversammlung verantwortlich.

Wir glauben nicht zu viel zu sagen, wenn wir behaupten, daß Holstein, wenn die Bestimmungen dieses Entwurfs zur Geltung kämen, in das Verhältniß einer nach den Grundsätzen, wie sie sonst für Colonien üblich sind, behandelten Provinz herabgedrückt würde, welche ihre eigenen besonderen Ausgaben selbstständig zu decken hat, und im Uebrigen für die gesammten Staatsausgaben einen fest normirten Beitrag leistet, ohne den Genuß der wesentlichsten höheren politischen Rechte.

Da hiernach der vorliegende Entwurf nicht der Art ist, daß die Versammlung auf Grundlage desselben mit Ewr. Königl. Majestät Regierung in Verhandlung hat treten können, so hat dieselbe es nicht für ihre Aufgabe ansehen können, Ewr. Majestät eine eingehende Kritik aller einzelnen Paragraphen vorzulegen.

No. 37.

**Aus dem Bedenken der holsteinischen Ständeverversammlung
betreffend die Budgetangelegenheit.**

Der Inhalt einer der Versammlung von Ewr. Majestät Regierung zugegangenen, durch Ewr. Majestät Commissair in der Sitzung vom 4. d. M. verlesenen Eröffnung macht ihr noch eine besondere Berücksichtigung des Schlusssatzes im § 13 des Entwurfs (betreffend die provisorische Stellung Holsteins u. s. w.) zur Pflicht.

Der zur Prüfung der Vorlagen berufene Ausschuß hatte diesem Passus keine eingehende Beachtung zu Theil werden lassen; durch einige Aeußerungen des Commissairs Ewr. königl. Majestät, welche denselben als besonders bedeutsam bezeichneten, sowie durch die Nachricht, daß Ewr. Majestät Regierung Aeußerungen deutschen Mächten mitgetheilt habe, das Budget für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie für das Finanzjahr

1861/62 sei den Ständen vorgelegt, ward der Ausschuß veranlaßt, unterm 25. v. M. am Schluß einer motivirten Erklärung an Err. Majestät Commissair die Frage zu richten:

ob in dem Schlußsatz des § 13 des Gesetzentwurfs, betreffend die provisorische Stellung des Herzogthums Holstein, das Budget über die Einnahmen und Ausgaben für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie der Ständerversammlung des Herzogthums Holstein zur Beschlußnahme habe vorgelegt sein sollen.

Hierauf ist die erwähnte Eröffnung erfolgt. In derselben ist in dem vorletzten Satze die Frage wiederholt, jedoch mit Hingewerklaffung der wichtigen Worte „zur Beschlußnahme“, und dann in dem Schlußsatze folgende Antwort ertheilt:

„In so fern dabei an das Budget für die ganze Monarchie, also auch an den Antheil des Königreichs und Schleswigs an den gemeinschaftlichen Ausgaben und Einnahmen gedacht wird, so ist ein solches den Ständen nicht vorgelegt. Dagegen ist den Ständen ein Budget für den Antheil des Herzogthums Holstein an den gemeinschaftlichen Ausgaben und Einnahmen für 1860/62 mitgetheilt und ihnen vorgeschlagen worden, darüber einen Beschluß, so weit es das Finanzjahr 1861/62 betrifft, zu fassen, der dann event. an die Stelle der Allerhöchsten Resolution vom 23. September 1859 treten könnte.“

Von dieser Antwort ist nur der erste, der negative Satz, völlig in der Wahrheit begründet. Es ist wahr, ein Budget für die Monarchie ist den Ständen nicht vorgelegt. Der positive Theil der Antwort dagegen ist nicht der Wahrheit gemäß: den Ständen ist überall kein Budget vorgelegt.

Wenn ein Budget einer ständischen Versammlung zur Behandlung vorgelegt wird, so kann darunter nie etwas Anderes verstanden werden, als ein Voranschlag behufs annoch festzustellender Einnahmen und Ausgaben. Es ist der Versammlung von Anfang an nichts Anderes mitgetheilt,

als die schon in das Gesetzblatt vom Jahre 1859 aufgenommene Allerhöchste Resolution vom 23. September desselben Jahres, durch welche der Antheil des Herzogthums Holstein an den gemeinschaftlichen Einnahmen und Ausgaben der Monarchie für die Finanzperiode von 1860/62 längst festgestellt ist. Nachträglich sind freilich dem Ausschuss unterm 5. d. M. durch Ewr. Königlichen Majestät Commissair die in der Eröffnung erwähnten Zusammenstellungen zugegangen, wenn auch nur in Einem geschriebenen Exemplare. Dieselben enthalten aber, außer den in der Allerhöchsten Resolution selbst aufgeführten Summen, nichts Anderes, als eine Uebersicht darüber, wie viel von diesen Summen auf den einzelnen Conti für das Jahr 1861/62 außerhalb des Normalbudgets vom 28. Februar 1856 liegt.

Die Lage der Sache ist daher noch heute ganz dieselbe, wie zu Anfang dieser Diät: der Ständerversammlung ist überall kein Budget vorgelegt.

Die Versammlung hat aber dennoch nicht unterlassen dürfen, in nähere Erwägung zu ziehen, ob Ewr. Majestät Regierung vielleicht nur ein in Budgetangelegenheiten sonst nicht gewöhnliches Verfahren ihr gegenüber ausnahmsweise beobachtet habe, übrigens aber die Versammlung nichts desto weniger mit gleicher Aussicht auf Erfolg, wie wenn ein ordentliches Verfahren ihr gegenüber beobachtet wäre, der Behandlung der finanziellen Stellung des Herzogthums Holstein rücksichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie während des Finanzjahres 1861/62 sich würde unterziehen können. Mehrere Aeußerungen in der Eröffnung vom 4. d. M. gaben zu dieser Erwägung dringende Veranlassung.

Es heißt nämlich im Eingange derselben, daß Ewr. Majestät Regierung von Anfang an darauf bedacht gewesen sei, durch eine besondere Bestimmung den Ständen Gelegenheit zu geben, das Budget für das Finanzjahr 1861/62 für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten, in so weit dieses das Herzogthum Holstein betrifft, zu votiren; daß dieses durch die Aufnahme der Allerhöchsten Resolution vom 23. September 1859 in den § 13 des Gesetzentwurfs, betreffend die provisorische Stellung des Herzogthums Holstein, geschehen, und daß durch diese Aufnahme die Resolution vom 23. September 1859 den Ständen in demselben Umfange und mit derselben Wirkung,

wie die übrigen im Gesetzentwurf enthaltenen Bestimmungen, als Gegenstand ihrer Verhandlung und Beschlußnahme vorgelegt worden sei.

Wenn hierauf von Anfang an Ewr. Königlichen Majestät Allergnädigste Absicht gegangen ist, so muß die Versammlung bedauern, daß ihr kein Mittel geboten war, diese Allerhöchste Absicht zu erkennen. Die Allerhöchste Resolution vom 23. September 1859, das einzige in dieser Beziehung in Betracht kommende Actenstück, welches der Versammlung bei Eröffnung der Diät und bis zum 5. d. M. vorgelegen hat, enthält nichts Anderes, als eine Aufzählung der dem Herzogthum Holstein zufallenden Quotenantheile an den gemeinschaftlichen Ausgaben und Einnahmen der Monarchie in der Finanzperiode 1860/62, in zehn Maximalsummen für die Ausgaben und in neun Summen für die Einnahmen, und ferner die Bestimmung, daß der erforderliche Zuschuß aus den besonderen Einnahmen des Herzogthums Holstein zu den gemeinschaftlichen Ausgaben für das Finanzjahr 1860/61 zu 908,880 Rthlr. festgestellt werde, und daß für das folgende Finanzjahr dieselbe Summe nicht überschritten werden solle. Weiteres giebt die Allerhöchste Resolution nicht.

Wir können es nicht einräumen, daß die Resolution in den § 13 des vorgelegten Gesetzentwurfs aufgenommen ist; sie ist dort nur allegirt und nur den Motiven als Beilage beigegeben. Aus den Motiven geht noch deutlicher, als aus der Fassung des § 13 hervor, daß es sich nur darum handelte, ob die im Entwurf getroffenen Bestimmungen hinsichtlich der finanziellen Stellung Holsteins sofort oder erst mit dem 1. April 1862 in Kraft treten sollten; es ist in denselben namentlich hervorgehoben, daß die Bewilligungen für die Finanzperiode 1860/62 bereits längst vorlägen. Daß die einzelnen Ansätze der Allerhöchsten Resolution einer Prüfung der Stände hätten unterbreitet werden sollen, war mit keinem Worte angedeutet; auch die Kürze der Zeit, welche der Versammlung zugemessen war, ließ einen solchen Gedanken nicht aufkommen. Einige Aeußerungen, mit welchen Ewr. Königlichen Majestät Commissair in der Vorberathung auf den § 13 hinwies, veranlaßten den Ausschuß zu der Frage: ob in dem Schlußsatz des

Paragraphen der Versammlung eine Budgetvorlage für das Finanzjahr 1861/62 habe gemacht werden sollen; die Frage blieb unbeantwortet. Der erwähnte Schlußsatz erschien nur als eine transitorische Bestimmung für den Fall der Annahme des Gesetzentwurfs, und nichts deutete darauf hin, daß der Inhalt desselben eventuell auch als selbstständige Vorlage einen Gegenstand der Verhandlung bilden solle. Erst nachdem die Vorberatung schon geschlossen und nur in Folge der durch jene Äußerungen des Commissairs erregten Zweifel wieder eröffnet war, äußerte dieser nachträglich, „daß zu einer solchen selbstständigen Verhandlung gewiß die Regierung ihre Einwilligung würde gegeben haben.“ Das zur votirung eines Budgets erforderliche Material lag nicht vor, und nichts wies auf die Bedeutung hin, welche Ewr. Majestät Regierung jetzt dem § 13 beilegt haben will. Im Gegentheil war in der Allerhöchsten Eröffnung vom 2. März d. J. bestimmt erklärt, daß es Ewr. Majestät unthunlich erscheine, dem Bundesbeschluß vom 8. März v. J. Folge zu geben, und dadurch war die Annahme, daß Ewr. Majestät gleichzeitig einer der wichtigsten Forderungen desselben durch Vorlage des Budgets stillschweigend genügen wolle, ausgeschlossen. Wenn also wirklich Ewr. Königliche Majestät den Ständen von Anfang an die Gelegenheit haben bieten wollen, das Budget zu votiren, so ist von Ewr. Majestät Regierung jedenfalls zur Verwirklichung dieser landesväterlichen Absicht ein ganz verfehltes Mittel gewählt.

Es hieß aber ferner in der Eröffnung vom 4. d. M., daß dieselbe Gelegenheit den Ständen auch jetzt noch geboten werde; überdies waren ihr die obgedachten Zusammenstellungen zugegangen, und es war weiter in der Eröffnung gesagt, daß die Stände mit Hilfe dieses Materials im Stande sein würden, die finanziellen Bedürfnisse erschöpfend beurtheilen, dieselben discutiren, und demnächst die in der Resolution vom 23. September 1859 aufgeführten, als Holsteins Antheil an den gemeinschaftlichen Einnahmen und Ausgaben für 1861/62 festgesetzten Summen annehmen, oder in den einzelnen Punkten abändern zu können. Wenn diese Befugnisse der Versammlung nunmehr in der Art zugestanden hätten, daß sie dieselben mit Wirksamkeit hätte ausüben können, so würde sie an formellen

Bedenken keinen Anstoß genommen haben, sondern auf die Behandlung der Vorlagen eingegangen sein.

Nun sind zwar die angeführten Aeußerungen der Eröffnung der Art, daß den Verhältnissen ferner Stehende versucht sein könnten, anzunehmen, daß den Ständen in Wahrheit eine beschließende Mitwirkung eingeräumt sei. Das ist aber nicht der Fall. Die Allerhöchste Resolution vom 23. September 1859 besteht nach wie vor in voller Kraft, und im Anschluß an dieselbe bestehen gleichfalls in voller Kraft die mit dem Reichsrath vereinbarten und von Ewr. Majestät Allerhöchst sanctionirten Bewilligungen für den Antheil Dänemarks und Schleswigs für die Finanzperiode 1860/62.

Wenn also die Versammlung sich bei näherer Prüfung der ihr mitgetheilten Zusammenstellungen veranlaßt gefunden hätte, eine Herabsetzung der ausgeworfenen Summen in einem oder dem andern Punkte zu beschließen, und Ewr. Majestät Regierung entsprechende Beschlüsse des Reichsrathes nicht sollte bewirken können, oder aus anderen Gründen die Allerhöchste Sanction verweigert würde: so würde es bei den Bestimmungen der Allerhöchsten Resolution vom 23. September 1859 einfach sein Bemenden behalten; keineswegs aber würden die von den Ständen beanstandeten, über das Normalbudget vom 28. Februar 1856 hinausgehenden Positionen hinfällig werden, wie das immer der Fall ist, wenn zwischen Ewr. Majestät Regierung und dem Reichsrath eine Einigung nicht erzielt wird.

Auch die Eröffnung hob es ausdrücklich hervor, daß die Beschlüsse, welche die Versammlung etwa fassen möchte, nur als Vorschläge zu betrachten seien. Den Ständen ist mithin auch nachträglich in Wirklichkeit nichts Anderes eingeräumt worden, als das Recht einer nachträglichen Berathung über den Antheil des Herzogthums Holstein an den das Normalbudget vom 28. Februar 1856 überschreitenden Ausgaben für 1861/62. Und dieses Recht war ihnen nur für dies Eine Mal ausnahmsweise zugestanden. In der Circulairdepesche, welche Ewr. Majestät Minister der auswärtigen Angelegenheiten unterm 22. März d. J. an die Königlichen Gesandtschaften erlassen hat, ist es ausdrücklich betont, daß damit für die Zukunft kein Präcedens geschaffen sein solle. An sich schon so beschränkt, würde dies Recht vollkommen illusorisch gewesen sein, da der berathen-

den Befugniß der holsteinischen Stände der Reichsrath mit seiner ganzen beschließenden Machtfülle gegenübergestanden hätte, die es von seiner freien Entscheidung abhängig gemacht haben würde, ob den Beschlüssen der holsteinischen Ständerversammlung durch Aufhebung der von ihm schon mit Ewr. Majestät Regierung vereinbarten Bestimmungen irgend eine Folge gegeben werden solle.

Denn wenn auch in der Eröffnung vom 4. d. M., unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Resolution vom 23. September 1859, von einem Budget für den Antheil des Herzogthums Holstein an den gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie die Rede ist, so sind und bleiben die Angelegenheiten doch gemeinschaftliche für die ganze Monarchie, und lassen sich in ihren Einzelheiten nicht nach Antheilen trennen. Wenn daher auch der Reichsrath, welchem das Budget für die ganze Monarchie vorgelegt wird, die erforderlichen Summen für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten nur zum Belaufe von 78,36 pCt. der ganzen Summe bewilligt, so liegt es doch in der Natur der Sache, daß durch seine Beschlüsse auf die Vorschläge der Regierung der ganze Gegenstand des Beschlusses seine Gestaltung erhält. Ebenfalls würde, wenn etwaigen Beschlüssen der Ständerversammlung rücksichtlich der auf Holstein fallenden 21,64 pCt. eine Folge gegeben werden sollte, dieses, in so weit sie mit den Beschlüssen des Reichsraths nicht übereinstimmen, nicht anders geschehen können, als durch Modificirung der letzteren. Es ist auch von Ewr. Majestät Finanzminister in der 7. Sitzung des Reichsraths vom Jahre 1859 bestimmt als die Meinung der Regierung Ewr. Königlichen Majestät bezeichnet, daß die Verwendung der bewilligten Quote die Ergänzung der Summe durch den entsprechenden anderen Quotenantheil zur nothwendigen Voraussetzung hat. Aus diesem Grunde hat es der Versammlung nicht einleuchten wollen, warum Ewr. Majestät Regierung ein so großes Gewicht darauf legt, daß sie der Versammlung nicht das Budget für die ganze Monarchie, sondern nur dasjenige für den Antheil des Herzogthums Holstein vorgelegt habe.

Das volle Maß wirksamer Berechtigung vorausgesetzt, würde das Resultat in der einen, wie in der anderen Form dasselbe sein, und würde es als das Natürlichste erscheinen, daß die dem Reichsrath gegenüber beobachtete Form auch für die

Verhandlung mit den holsteinischen Ständen gewählt wäre. Ist diese Form etwa nur deshalb vermieden, um die Verhandlung der Vertretung des Königreichs weniger anstößig erscheinen zu lassen, so liegt hierin eine Täuschung, zu welcher die Versammlung die Hand nicht bieten durfte. Sollte aber die Regierung Ewr. Majestät bei dem eingeschlagenen Verfahren sich von einer ernstlicheren Absicht haben leiten lassen, sollte sie, im Widerspruch mit jener dem Reichsrath gegebenen bestimmten Erklärung, jetzt bezwecken, eventuell die von der Einen Vertretung bewilligten Quotenbeträge zu verwenden, auch ohne daß die Summe durch die entsprechende Quotenleistung von der anderen Seite ergänzt würde, so würde das nicht nur zu den größten Unzuträglichkeiten und zu unabsehbaren Verwickelungen führen, sondern es würde dadurch auch das Princip der Gemeinschaft untergraben. Und die Versammlung, welche aus den oben entwickelten Gründen unter den gegenwärtigen Verhältnissen alle Ursache hat, an der Gemeinschaft mit Schleswig und Dänemark strenge festzuhalten, würde jeden derartigen Versuch mit Entschiedenheit zurückweisen müssen.

Ewr. Majestät Regierung hat in der Eröffnung vom 4. d. M. hervorgehoben, daß den Ständen in keiner Weise irgend welche verfassungsmäßige Ansprüche zustehen, ein Budget, selbst nicht einmal das für die besonderen Angelegenheiten des Herzogthums, zu verhandeln, und daß sie nicht berechtigt sein können, aus obschwebenden Differenzen zwischen der Regierung und dem deutschen Bunde eine Competenz für sich herzuleiten. Es ist bekannt genug, daß, was die besonderen Angelegenheiten betrifft, den Ständen ein solches Recht in der Verordnung vom 11. Juni 1854 nicht eingeräumt ist; und nicht minder bekannt ist es, daß, was die gemeinschaftlichen Angelegenheiten anbetrifft, ebenfalls kein Gesetz existirt, aus welchem die Stände ein solches Recht herleiten könnten. Aber das ist ja gerade eine der wesentlichsten Beschwerden des Landes, daß das Gleichgewicht in der Art gestört ist, daß das Königreich im vollen und ausgedehntesten Genuße aller finanziellen Befugnisse, sowohl in seinen besonderen Angelegenheiten, als auch in den gemeinschaftlichen, sich befindet, während Holstein in der einen, wie in der anderen Beziehung rechtlos dasteht.

Daß dieses Mißverhältniß gehoben werde, darauf ist das Bestreben der Ständerversammlung schon längst gerichtet gewesen,

und sie stützt sich dabei nicht nur auf ein über jedem geschriebenen Rechte stehendes Recht, sondern ganz positiv auf Ewr. Königlich Majestät Allerhöchste Bekanntmachung vom 28. Januar 1852. Den Grundsätzen derselben entspricht es nicht, wie solches im allerunterthänigsten Bedenken der Ständerversammlung vom 10. März 1859 nachgewiesen ist, daß für Dänemark und Schleswig ein für die ganze Monarchie bestimmt gewesenes Organ ohne gesetzliche Grundlage fortbesteht, welchem Ewr. Majestät das Budget für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie zur Beschlußnahme vorlegen lassen, während Ewr. Majestät Bedenken tragen, den auf gesetzlicher Basis beruhenden Ständen des Herzogthums Holstein das gleiche Recht einzuräumen.

Der deutsche Bund hat es erkannt, daß dem Herzogthum, im Widerspruch mit den Grundsätzen der Allerhöchsten Bekanntmachung, eine Stellung in der Gesamtmonarchie angewiesen ist, welche die nach den Grundgesetzen des Bundes ihm zukommende Selbstständigkeit gefährdet, und daß die jener Bekanntmachung vorausgegangenen Vereinbarungen von Ewr. Majestät Regierung vielfach verletzt worden sind. Er ist zu Gunsten des Herzogthums Holstein eingeschritten. In der Eröffnung vom 4. d. M. ist Bezug genommen auf deshalb zwischen dem deutschen Bund und der Regierung Ewr. Majestät obschwebende Differenzen, aus welchen die Versammlung keine Competenz für sich herleiten könne. Die Versammlung weiß nichts von Differenzen, welche zwischen dem deutschen Bund und Ewr. Majestät Regierung, als einer Regierung deutscher Bundesländer, rechtlich obschweben können, nachdem der Bund einen Beschluß gefaßt hat, dessen Vollziehung er verlangt. Um so weniger vermag sie von der rechtlichen Möglichkeit solcher Differenzen sich eine Vorstellung zu machen, wenn der Beschluß die Verfassungsangelegenheiten eines deutschen Bundeslandes betrifft, einen Gegenstand, rücksichtlich dessen die Competenz des Bundes auf Grund der Bundesgesetzgebung über allen Zweifel erhoben, und im vorliegenden Fall durch die vom Bund erforderten und von der Regierung Ewr. Majestät eingereichten Erklärungen, sowie durch die Ausführung früherer Beschlüsse des Bundes in derselben Angelegenheit von Ewr. Königlich Majestät längst anerkannt ist.

Wenn nun trotzdem nach der Auffassung der Regierung Ewr. Majestät solche Differenzen obschweben, so hat die Ver-

sammlung aus denselben keineswegs eine Competenz für sich herleiten wollen; sie hat es aber für nothwendig gehalten, daß die Versammlung, so lange nicht eine vollständig befriedigende Ordnung in Aussicht steht, sich jeden Schrittes zu enthalten habe, durch welchen der bundesrechtlichen und vertragsmäßigen Erledigung der Differenzen in irgend einer Weise vorgegriffen werden könnte. Sie hat sich namentlich nicht dazu verstehen können, auf die vom Bund für sie geforderte beschließende Mitwirkung bei Feststellung des Budgets durch die Stellung gutachtlicher Anträge nach Maßgabe der Eröffnung vom 4. d. M. zu verzichten. Die Interessen, welche hierdurch gefährdet würden, stehen in gar keinem Verhältnisse zu dem höchst precären Rechte, zu dessen Ausübung Ew. Majestät den Ständen ausnahmsweise Einmal die Gelegenheit haben geben wollen.

Laut des von Ewr. Königlichen Majestät Ihrem Commissair ertheilten und von diesem vor der Versammlung vorgelesenen Allerhöchsten Commissorium hat die offen gebliebene Frage nach der Bedeutung des Schlusssatzes im obgedachten § 13 durch die Eröffnung der Regierung Ewr. Majestät vom 4. d. M. ihre abschließende Beantwortung gefunden. Der Versammlung ist daher nichts übrig geblieben, als zu beschließen:

daß sie auf die Behandlung der als Budget für den Antheil des Herzogthums Holstein an den gemeinschaftlichen Ausgaben und Einnahmen für 1861/62 bezeichneten Vorlagen in der von Ewr. Majestät Regierung vorgeschlagenen Weise nicht eingehen könne.

Aus der Allerhöchsten Eröffnung hat die Versammlung ersehen, daß durch Bundesbeschluß vom 7. Februar d. J. für den Fall, daß den Forderungen des Bundes rücksichtlich des Provisorium nicht innerhalb einer bestimmten Frist genügt sei, eine Bundesexecution angedroht ist. Es kann die Versammlung nur schmerzlich berühren, daß es zwischen ihr und ihrem Landesherrn zu einer solchen Vermittelung hat kommen müssen. Sie wird aber eine Beruhigung darin finden können, daß die Vertretung des Landes jederzeit bereit gewesen, zur Verständigung die Hand zu bieten. Und sie wird mit festerer Zuversicht in die Zukunft blicken, nachdem Holstein wenigstens für seine näch-

sten Ansprüche einen entschiedenen und wirksamen Schutz gefunden hat.

Kopenhagen, den 10. April 1861.

Ew. Königl. Majestät
allerunterthänigste, treuehorsaamste Provinzialstände-
versammlung des Herzogthums Holstein.

C. Scheel-Plessen. E. Versmann.
p. t. Präsident. Berichterstatter.

No. 28.

**Befehle des dänischen Ministers des Auswärtigen an die könig-
lich dänischen Gesandten bei den Höfen von London, Paris,
St. Petersburg und Stockholm.**

Kopenhagen, 22. März 1861.

Mein Herr!

Es wird Ihnen bekannt sein, daß einige Tage vor dem Zusammentritt der holsteinischen Stände die Vertreter der nicht-deutschen Großmächte einen Schritt bei der Regierung des Königs thaten, um ihn zu veranlassen, den Ständen das Budget der gemeinsamen Angelegenheiten für das Finanzjahr 1861—62 zu unterbreiten, insoweit als es Holstein betrifft, da dies der einzige Weg sein würde, die Bundesexecution zu vermeiden. Ich antwortete ihnen, daß die Vorlagen, die den Ständen unterbreitet werden sollten, bereits von dem Ministerrath festgestellt und dem Könige übermittelt wären, um an dem nächsten Tage im Schooße des Geheimen Staatsraths discutirt zu werden, und daß, da die Angelegenheit einmal in diese Phase getreten sei, ich ihnen nicht offiziell den Inhalt des Paragraphen angeben könnte, der sich mit dem Budget 1861—62 beschäftige, ehe nicht E. Majestät seinen Entschluß gefaßt hätte; indessen würde ich mich beeilen, ihnen die Vorlagen mitzutheilen, sobald sie von dem Könige gutgeheißen worden wären.

Sie wissen, mein Herr, der § 13, der zu der das Provisorium betreffenden Vorlage gehört, unterbreitet den Ständen das Patent vom 25. Septbr. 1859, welches den Antheil Hol-

steins in dem Budget der gemeinsamen Angelegenheiten für die Periode 1860—62 festgestellt hatte.

Nichts ist natürlicher, als daß man den Ständen dieses Patent, und nicht einen ganz neuen Budgetentwurf vorgelegt hat, denn einerseits überschreiten die in diesem Patente dem Herzogthum auferlegten Summen nicht den streng nothwendigen Betrag, um den gewöhnlichen Ausgaben zu genügen und sie stehen auch in einem genauen Verhältnisse zu dem, was von dem Königreiche und dem Herzogthume Schleswig verlangt wird; andrerseits würde es die Würde des Königs nicht gestatten, daß eine seit langer Zeit veröffentlichte königliche Entschließung als nichtig und nichtgeschehen bei Seite gelegt würde, ohne einmal den Charakter einer Vorlage zu behalten.

Aber nach Allem handelt es sich nur um eine Form, denn in Wirklichkeit sind die Stände in den Stand gesetzt worden, den Antheil Holsteins in dem allgemeinen Budget frei zu discutiren. Da das Patent vom 25. Septbr. die verschiedenen Kapitel der Einnahmen und Ausgaben enthält, so könnten die Stände Aufschlüsse von dem königlichen Commissarius (dem zu diesem Behufe ein Oberbeamter des Finanzministeriums beigeordnet worden war) fordern und auf diese Weise das Budget in seinen Einzelheiten zur Discussion ziehen. Und indem es einen Theil der Vorlage bildet, findet sich das Patent vom 25. Septbr. der Berathung der Stände hinfort eben so vollständig unterbreitet, als alle andern Bestimmungen des Entwurfs. Die Stände würden es also nach ihren Befunden annehmen oder amendiren können, und ich glaube, obschon in dieser Beziehung nichts Positives beschlossen worden ist, Ihnen dennoch vertraulich sagen zu können, daß nach meiner persönlichen Meinung die Regierung des Königs vorgezogen haben würde, auf die Quote Holsteins an den gemeinschaftlichen Ausgaben zu verzichten und sich in Betreff dieses Herzogthums in den Grenzen des Normalbudgets zu halten, ehe sie sich einer Bundesexercution für ein verhältnißmäßig so geringes Interesse ausgesetzt haben würde.

Sie sehen also, mein Herr, bis zu welchem Punkte die Regierung des Königs den von den Mächten ausgedrückten Wünschen entgegengekommen ist. Aber es geschieht nur zu leicht, daß in einer dergestalt complicirten Frage, wie es unglücklicherweise die unsrige geworden ist, und besonders wenn die

Mächte glauben, sich mit einem in so hohem Grade speciellen und delicaten Punkte beschäftigen zu müssen, Mißverständnisse entstehen, und nach den vor Kurzem von Lord Bodehouse im Oberhause ausgesprochenen Worten zu schließen, scheint die englische Regierung die Sache so verstanden zu haben, als ob das Budget den Ständen noch vorzulegen wäre, während die Regierung des Königs in dieser Beziehung Alles, was sie thun kann, bereits gethan hat, indem sie ihrer Berathung das Patent vom 25. Septbr. 1859 unterbreitete. Ich lege großen Werth darauf, daß dies Mißverständniß sich nicht verbreite, und ich bitte Sie, mein Herr, sich angelegen sein zu lassen, dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Ihren Collegen die wahre Sachlage auseinander zu setzen.

Indem ich das Vorstehende zusammenfasse, muß ich Ihre Aufmerksamkeit auf folgende Hauptpunkte lenken:

1) Das Budget der gemeinsamen Angelegenheiten für das Finanzjahr 1861—62, insofern es Holstein betrifft, wird den Ständen nicht vorgelegt werden, denn dies ist schon durch den § 13 in fine des Entwurfs geschehen, welcher das Patent vom 25. Septbr. ihrer Berathung unterbreitet.

2) Diese von dem oben genannten Patente ausgehende Berathung würde Alles umfassen können, was Holstein in diesem Budget angeht.

3) Die Berathung, zu welcher die Stände über das Patent zugelassen sind, ist eine eben so vollständige, wie die über die andern Theile der königlichen Proposition.

4) Indem die Regierung des Königs das königliche Patent vom 25. Septbr. 1859 den Ständen unterbreitet, hat sie einen Beweis ihrer Versöhnlichkeit gegeben; da aber die Mächte ausdrücklich erklärt haben, daß diese Nachgiebigkeit von Seiten der Regierung keine Consequenzen nach sich ziehen werde, so hat die Regierung des Königs dadurch kein Präcedenz geschaffen, welches zu ihrem Präjudiz würde ausgelegt werden können in dem Falle, daß man sich über den provisorischen Zustand nicht einigen würde.

Ich habe die Ehre u. c. u.

(gez.) Hall.

Sitzung der Bundesversammlung vom 27. April 1861.

Der königlich dänische Gesandte giebt im Namen seiner Regierung folgende Erklärung zu Protokoll:

Dem von dieser hohen Versammlung in ihrem Beschlusse vom 7. Februar d. J. wiederholten, beziehungsweise erweiterten Bundesbeschlüsse vom 8. März v. J. gegenüber hat die königliche Regierung die früher von ihr ausgesprochene Ueberzeugung, daß der holsteinischen Provinzial-Ständerversammlung eine allgemein beschließende Befugniß rücksichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie rechtlich nicht zustehe und daß ein solches ganz allgemeines Zugeständniß mit dem geordneten Gange einer regelmäßigen Regierung unvereinbar sein würde, aufzugeben nicht vermocht. In dem aufrichtigen Wunsche, jedoch, durch Erweiterung der den holsteinischen Unterthanen Sr. Majestät des Königs gesetzlich zustehenden Rechte denselben ernente Bürgschaften der selbstständigen freien Entwicklung zu gewähren und, so viel an ihr liegt, unabsehbaren Verwickelungen vorzubeugen, hat die königliche Regierung, welche berufen ist, die Rechte und Interessen der ganzen Monarchie wie der einzelnen Theile zu berücksichtigen und auszugleichen, sich angelegen sein lassen, einen Weg zu finden, auf welchem sie den Ansprüchen jener Beschlüsse auf eine größere Selbstständigkeit des Herzogthums Holstein rücksichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten genügen könne, ohne auf die ganz unerläßlichen Garantien zu verzichten und ohne den Rechten des Landesherrn wie der übrigen Theile der Monarchie zu nahe zu treten.

Indem die königliche Regierung auf diesem Wege den obengenannten Bundesbeschlüssen soviel möglich entgegenkommen und durch Einführung eines Holsteins autonome und freie Stellung zu den Gesamtangelegenheiten verbürgenden Provisoriums, deren Inhalt und deren Zielpunkten ihre thatsächliche Erfüllung sichern zu können hoffte, beabsichtigte sie zugleich, durch eine freie Verhandlung mit den holsteinischen Ständen die einzige Grundlage einer wahren gemeinschaftlichen Verfassung, nämlich die in und seit der königlichen Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 als nothwendig vorausgesetzte gemeinschaftliche Repräsentation sämmtlicher Landestheile, wieder in's Leben zu rufen. Da

eine Theilung der Gesamtvertretung der Monarchie in zwei Kammern die gegen die bestehende Form zur Sprache gekommenen Bedenken im Wesentlichen zu beseitigen geeignet erschien, so wurden den Ständen in einer Allerhöchsten Eröffnung Grundzüge eines Plans vorgelegt, demzufolge der Reichsrath hinfort aus zwei Kammern gebildet werden sollte, die erste bestehend aus wenigstens 30 von Sr. Majestät dem Könige auf Lebenszeit ernannten, die zweite aus 60, theils mittelbar, theils unmittelbar nach den im Gesetze vom 2. Octbr. 1855 vorgeschriebenen Regeln auf 6 Jahre zu wählenden Mitgliedern.

Auf diesen Vorschlag sind die Stände indessen nicht eingegangen, unter Wiederholung ihrer früheren Behauptung, daß die „Selbstständigkeit der einzelnen zur Monarchie vereinigten Länder mit der Bildung einer gemeinschaftlichen Repräsentation in einem Gesamt-Organ unvereinbar sei.“

Unabhängig von der obigen Vorlage wurde den Ständen der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die provisorische Stellung des Herzogthums Holstein hinsichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie, vorgelegt. In diesem Entwurfe ist die königliche Regierung von dem Gedanken ausgegangen, einerseits, daß wenn auch Angesichts eines fortgesetzten Widerstandes der Stände von einem gemeinschaftlichen Organ für die Gesetzgebung und für Bewilligung der Ausgaben abgesehen werden müßte, doch die bisherige gemeinschaftliche Verwaltung zu bewahren sein werde, andererseits, daß, wenn zwei Repräsentationen jene Befugnisse beizulegen seien, so weit möglich und namentlich durch Beschränkung des Gebietes, auf welchem sie sich begegnen könnten, die Interessen der Gesamtheit wie der Theile gegen mögliche Collisionen gewahrt, und, wenn solche dennoch eintreten sollten, eine möglichst befriedigende Lösung gesucht werden müsse.

Indem der Gesandte sich hinsichtlich des Inhalts der hierauf abzielenden Bestimmungen auf den hierneben mit den Motiven überreichten Entwurf eines Gesetzes, betreffend die provisorische Stellung des Herzogthums Holstein hinsichtlich der gemeinsamen Angelegenheiten der dänischen Monarchie, beziehen darf, beehrt er sich, nur über die Hauptpunkte Folgendes zu bemerken:

Ein großer Theil der gemeinschaftlichen Angelegenheiten bewahrt neben ihrer gemeinschaftlichen Natur einen mehr oder

weniger localen Charakter, der bis zu einem gewissen Grade gestattet, daß Verschiedenheiten innerhalb der verschiedenen Gebiete sich geltend machen, ohne daß dadurch der gemeinsame Zweck allzusehr beeinträchtigt wird. — Die königliche Regierung verhehlte sich freilich nicht, mit welchen praktischen Schwierigkeiten eine auf diesem Grundgedanken beruhende Neuordnung verbunden sein würde; sie glaubt indessen aus den angeführten Beweggründen sich auch einem derartigen Versuche nicht entziehen zu dürfen.

Für Angelegenheiten dieser Art, insoweit dieselben innerhalb der holsteinischen Territorialgrenzen fallen, gab § 9 des Entwurfs den holsteinischen Provinzialständen, selbstverständlich unter Wahrung der Rechte der königlichen Regierung, die ausschließliche gesetzgebende Befugniß, wodurch also jede Collision zwischen ihnen und dem Reichsrathe beseitigt wäre. Was dagegen die übrigen gemeinschaftlichen Angelegenheiten, die einen solchen localen Charakter nicht haben und folglich nicht der holsteinischen Versammlung allein überliefert werden können, betrifft, so setzte eine Veränderung des Bestehenden regelmäßig die Uebereinstimmung der holsteinischen Ständerversammlung und des Reichsraths voraus. Um aber die auf diesem Gebiet schwerlich ganz zu vermeidende Nichtübereinstimmung zwischen den beiden Versammlungen praktisch und gerecht auszugleichen, beziehungsweise zu lösen, hatte in ersterer Beziehung der Entwurf die Bildung combinirter Ausschüsse in Aussicht genommen, während in letzterer die Regierung sich vorbehielt, einen von der einen Versammlung genehmigten, und von dieser, so wie von der Regierung als dringend anerkannten Gesetzentwurf in dem von der gedachten Versammlung vertretenen Theile der Monarchie zum Gesetze zu erheben und alsdann diejenigen Verwaltungsmaßregeln zu treffen, welche die so entstandene Verschiedenheit der Gesetzgebung in den verschiedenen Theilen der Monarchie erheischen würde. (§ 6.)

Dieselbe Unterscheidung war auch rücksichtlich der bewilligten Befugniß (Feststellung des Budgets der gemeinschaftlichen Ausgaben), bei welcher die Gefahr am nächsten liegt, daß zwei getrennt verhandelnde Versammlungen nicht zu einer völligen Uebereinstimmung über alle einschlägigen Detailbestimmungen gelangen, im Allgemeinen zu Grunde gelegt worden.

Für die die Interessen des Herzogthums Holstein besonders

berührenden und in naher Verbindung mit denjenigen Angelegenheiten, die der ausschließlichen gesetzgebenden Befugniß der holsteinischen Stände vorbehalten sind, stehenden Ausgaben war das Bewilligungsrecht auch ausschließlich der holsteinischen Repräsentation vorbehalten worden, nur mit der dem Bundesrechte entsprechenden Beschränkung, daß alle in bestehenden Gesetzen oder in den Anforderungen der verschiedenen Verwaltungszweige begründeten Ausgaben in ein Normalbudget, das ein Correlat für die übrigen Landestheile in dem für diese gesetzlich bestehenden vorläufigen Normalbudget vom 28. Februar 1856 hat, aufgenommen werden sollen.

Rücksichtlich der übrigen gemeinschaftlichen Ausgaben, die nicht der ausschließenden Begutachtung und Zustimmung der einzelnen Versammlung überlassen werden konnten, erschien es besonders wichtig, auf Feststellung der nöthigen Bestimmungen Bedacht zu nehmen, damit ein der holsteinischen Ständerversammlung neben dem Reichsrathe gemeinschaftlich zugestandenes Bewilligungsrecht der Erhaltung und Entwicklung einer ruhigen Staatsverwaltung nicht unübersteigliche Hindernisse in den Weg lege. Um dieses Ziel zu erreichen und die regelmäßigen Bedürfnisse der Verwaltung sicher zu stellen, waren in dem Entwurfe für Holstein feste Summen bei jedem der einzelnen Haupt-Conti angegeben, die ohne eine jedesmal zu erneuernde Zustimmung der Stände jährlich entrichtet werden sollten, und bei deren Berechnung die für die Finanzperioden vom 1. April 1856 bis zum 31. März 1860, während deren die Repräsentanten für das Herzogthum Holstein an den betreffenden Verhandlungen Theil genommen haben, hinsichtlich der verschiedenen Conti bewilligten Summen zu Grunde gelegt. Daß auch fernerweitige Zuschüsse über diese festen Summen hinaus erforderlich werden könnten, wäre freilich nicht zu vermeiden; dieselben würden aber, was Holstein betrifft, ganz von der freien Zustimmung der Stände abhängig gemacht werden.

Diese in ihren allgemeinen Grundlinien dargestellte, dem Beschluß vom 8. März v. J. unter I, c. 2 wesentlich entsprechende provisorische Stellung des Herzogthums Holstein hinsichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie ist jedoch von den holsteinischen Provinzialständen abgelehnt, ohne daß dieselben Veranlassung genommen hätten, durch bestimmte Vorschläge einen andern Weg anzugeben, um die Ausführbar-

keit der in den Bundesbeschlüssen vom 8. März und 7. Febr. für Holstein in Anspruch genommenen Befugniß innerhalb der oben angegebenen Grenzen zu ermöglichen.

Unter den verschiedenen Bestimmungen des betreffenden Gesetzentwurfs verdient die des § 13 in sine noch einer besonderen Erwähnung.

Da die in dem Entwurfe enthaltenen finanziellen Bestimmungen erst für die mit dem 1. April nächsten Jahres beginnende Finanzperiode zur Geltung kommen konnten, so war die königliche Regierung darauf bedacht gewesen, auf andere Weise den Ständen sofort Gelegenheit zu geben, das Budget für das Finanzjahr 1861 — 62 für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten, insoweit dieses das Herzogthum Holstein betrifft, zu genehmigen. Ihrerseits hatte hohe Bundesversammlung im Bundesbeschlusse am 7. Febr. No. 1 erklärt, daß sie das Patent vom 25. Sept. 1859 sammt allen darauf gegründeten weiteren Verordnungen bezüglich des Budgets der Herzogthümer Holstein und Lauenburg in so lange als nicht zu Recht bestehend betrachten könne, als dieselben der Zustimmung der betreffenden Stände ermangeln. Indem hohe Versammlung auf diese Weise die Einholung der Zustimmung, also die Vorlage dieses Gesetzes an die Stände, in Anrede brachte, hatte dieselbe zugleich ihre Ansicht über Zweck und Form einer derartigen nachträglichen Verhandlung mit den Ständen ausgesprochen. Einerseits konnte es sich nur von dem Antheile Holsteins an den gemeinschaftlichen Ausgaben und Einnahmen handeln, während selbstverständlich die für die Antheile der anderen Landestheile von deren Vertretung genehmigten Finanzgesetze unberührt bleiben mußten, andererseits war es auch nur der Inhalt des Patents, welchem zuzustimmen nachträglich den Ständen Gelegenheit gegeben werden sollte. Die förmliche Aufhebung des Patents war im Beschlusse nicht verlangt und hätte nicht zustanden werden können.

Obgleich die königliche Regierung die durch den Bundesbeschluß vom 7. Febr. d. J. aufgestellten Bedingungen nicht als in den bestehenden Rechtsverhältnissen begründet anerkennen und daneben — wie die Erfahrung nur zu sehr seitdem bestätigt hat — eine unbedingte Anerkennung auch deshalb für unthunlich erachten mußte, weil die aus einer solchen nur zu leicht abzuleitenden äußersten Consequenzen, der Absicht dieser

hohen Versammlung entgegen, die Verständigung nicht erleichtern, sondern erschweren mußten, so war es doch gerade in dieser Beziehung ihr ernstes Bestreben, dem Inhalte jenes Beschlusses unter I entgegen zu kommen. Es wurde daher das Patent vom 23. Septbr. 1859 durch den obgenannten § 13 den Ständen als Theil eines Gesetzentwurfes zur Genehmigung vorgelegt, und um sie in den Stand zu setzen, die verschiedenen darin aufgeführten einzelnen Beträge einer genauen Prüfung zu unterziehen, erklärte sich der königliche Commissar sofort bereit über dieselben jeden erforderlichen Aufschluß zu ertheilen.

Wie den Ständen auf diese Weise ein vollständiges Material zu Gebote stand, um die finanziellen Bedürfnisse innerhalb der angegebenen Grenzen zu beurtheilen, so wurde andererseits von dem königlichen Commissar erklärt, daß ihnen eine vollständige Verhandlungsfreiheit zustehe, so daß sie die einzelnen Summen discutiren, annehmen oder in einzelnen Punkten nach freiem Ermessen abändern, daß sie also über das Finanzjahr vom 1. April d. J. bis dahin 1862 einen Beschluß fassen könnten. Das aus den desfalligen Abstimmungen sich ergebende Resultat solle schließlich als Ganzes zusammengefaßt, als das Budget über den Antheil Holsteins an den gemeinschaftlichen Ausgaben und Einnahmen Sr. Majestät zur Sanction vorgelegt werden.

Es konnte freilich damals nicht vorausgesetzt werden, daß die Stände durch ihre Beschlüsse Sr. Majestät dem Könige unübersteigliche Hindernisse für die Führung der Regierung sollten in den Weg legen wollen. Um indessen auch in dieser Beziehung jede Unklarheit abzuhalten, wurde von dem königlichen Commissar ausdrücklich erklärt, daß, wenn solches wider Erwarten dennoch eintreten sollte, es Selbstfolge sei, daß Sr. Majestät diejenigen Beschlüsse würde treffen müssen, welche das Allerhöchste Recht und die Verpflichtung, die Sr. Majestät als Landesherrn obliege, für die Regierung des Landes zu sorgen, unerläßlich machen würde.

Dieser Vorbehalt, der in den Pflichten des Landesherrn wie im Bundesrecht vollständig begründet ist, war auch dadurch gerechtfertigt, daß der größte Theil der im Patente vom 23. Septbr. aufgeführten Summen schon in dem für die Monarchie im Jahre 1856 mittelst königlicher Resolution als Gesetz erlassenen und auch für den Reichsrath verbindlichen Normalbudget

festgestellt worden war, und eine Verweigerung der Stände rücksichtlich dieser Beträge zu fast unlöslicher Verwirrung geführt haben würde. Ueber die Bedeutung des Vorbehalts oder der Warnung von Seiten der königlichen Regierung (rücksichtlich dessen sie nur beiläufig an den Inhalt des Bundesbeschlusses vom 28. Juni 1832, Art. I, II und deren Zurückbeziehung auf Art. 57 und 58 der Wiener Schlusssacte erinnern will) würde höchstens in dem Falle Beschwerde geführt werden können, wenn die Stände die vom Bunde nachträglich geforderte und von der Regierung ganz unzweifelhaft freigegebene Prüfung des Budgets pflichtmäßig vorgenommen, Beträge abgesehen oder deren Minderung beantragt hätten, und dann die königliche Regierung ohne genügende Motive die Berücksichtigung verweigert hätte. Eine solche Eventualität ist aber nicht eingetreten.

Dabei ist zur schließlichen Erläuterung noch hinzuzufügen, daß, wenn die königliche Regierung die Aufnahme des gedachten Patents in den § 13 des Entwurfs einer speciellen Vorlage vorziehen zu müssen glaubte, dieses um so natürlicher war, als es sich nach dem Erachten der königlichen Regierung nicht bloß von der nachträglichen Vorlage eines vorläufig in Kraft getretenen Finanzgesetzes, sondern von einem Uebergange zu einem mehr dauerhaften Zustand handelte, der, wenn überhaupt eine Uebereinkunft über die provisorische Ordnung zu Stande kommen könnte, nicht allzu große Schwierigkeiten dargeboten haben würde. Anders stellte sich die Sache, sobald sich ergab, daß die Stände die ganze vorgeschlagene provisorische Ordnung zu verwerfen beabsichtigten. Dann wurde der Versammlung sogleich von dem königlichen Commissar eröffnet, daß dieser Umstand, wie sehr die königliche Regierung denselben auch bedauern müsse, dennoch eine Veränderung in Betreff der den Ständen gegebenen Gelegenheit, das Patent zu behandeln, nicht herbeiführen würde, die Versammlung vielmehr ebenso gestellt bleibe, als ob das Patent selbstständig und besonders von dem Entwurfe unabhängig vorgelegt worden wäre.

In einer völlig genügenden Form, in dem vollsten Umfange und mit der größtmöglichen Wirkung war auf diese Weise das Patent vom 25. Septbr. 1859, durch welches der Gesamtantheil Holsteins an den gemeinschaftlichen Einnahmen und Ausgaben der Monarchie für die Finanzperiode von 1860—62

festgestellt worden war, den Ständen nachträglich vorgelegt worden.

Nichtsdestonener hat die Versammlung erklärt, daß sie „auf Behandlung der als Budget für den Antheil des Herzogthums Holstein an den gemeinschaftlichen Ausgaben und Einnahmen für 1861 bis 1862 bezeichneten Vorlagen in der von der königlichen Regierung vorgeschlagenen Weise nicht eingehen wolle.“ Insofern für diese Weigerung politische, der Sache ganz fremde Motive angeführt sind, will die königliche Regierung ein derartiges Auftreten der Stände, das die Bewilligung der zur Führung der Regierung erforderlichen Ausgaben auf mittelbare oder unmittelbare Weise durch die Durchsetzung anderweitiger Wünsche bedingen will, nicht charakterisiren. Wenn aber der von dem Ausschusse der Ständerversammlung erstattete Bericht als finanzielles Motiv geltend machen will, daß die mit dem Reichsrathe vereinbarten und von dem Könige Allerhöchst sanctionirten Bewilligungen für den Antheil des Königreichs Dänemark und Schleswigs für die laufende Finanzperiode nach der Voraussetzung der königlichen Regierung dessen ungeachtet in voller Kraft bestehen sollten, so ist der hier versuchte Uebergriff auf das unzweifelhafteste Recht und die Selbstständigkeit der anderen Landestheile nur allzu einleuchtend, um näherer Erörterung zu bedürfen.

Endlich ward den Ständen abermals ein neuer Entwurf eines Verfassungsgesetzes für die besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Holstein zur Beschlußfassung vorgelegt. Aber obgleich die Regierung bei Abfassung desselben in umfassender Weise auf die von den Ständen selbst früher gemachten Anträge Rücksicht genommen hat, und ungeachtet der Entwurf in reichem Maße die Entwicklung bürgerlicher Freiheit und wahrer Selbstständigkeit verbürgt, glaubte die Versammlung die Annahme einer anerkannten Verbesserung der provinziellen Verfassung verweigern zu müssen, so lange ihren Wünschen auf einem anderen Gebiete nicht vollständig Genüge geleistet wurde.

Dies ist also das von der königlichen Regierung lebhaft bedauerte Ergebniß der mit den holsteinischen Ständen gepflogenen Verhandlungen. Ihre Vorlagen hinsichtlich der definitiven Ordnung der Monarchie, der provisorischen Stellung Holsteins und der provinziellen Verfassung des Herzogthums sind sämmtlich verworfen, und die Stände haben überdies sich ge-

weigert, das Budget Holsteins über den Antheil an den gemeinschaftlichen Einnahmen und Ausgaben für das Finanzjahr 1861 — 62 unter Verhandlung zu nehmen. Ueberall, selbst in provinziellen und finanziell-administrativen Fragen, sind gewisse Motive für die Stände maßgebend gewesen, und zwar bestehen diese offen eingestandenen Motive und Pläne in nichts Geringerem, als die Durchführung der in der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 begründeten, von hoher Bundesversammlung in dem Beschlusse vom 29. Juli 1852 für Holstein gutgeheißenen Ordnung unmöglich zu machen, ein durch aus unberechtigtes und ungehöriges Uebergewicht in der Monarchie auszuüben und endlich, als letztes Ziel, Holstein in eine den Rechten des Landesherrn wie den anerkannten staatsrechtlichen Grundlagen der dänischen Monarchie gleich sehr widersprechende ausschließliche politische Verbindung mit dem Herzogthum Schleswig zu bringen.

Auch dieser Schritt der königlichen Regierung ist demnach erfolglos geblieben. Seiner Zeit hat die königliche Regierung commissariische Verhandlungen mit dem Bunde zum Zwecke näheren Austragens der holsteinischen Frage in Anregung gebracht, aber der desfallsige Vorschlag wurde von hoher Bundesversammlung nicht angenommen. Die königliche Regierung hat darauf wiederholt versucht, durch directe Verhandlungen mit den Ständen eine Vereinbarung zu erreichen, aber dieselben haben jede Annäherung abgelehnt, sich unzweideutig gegen Voraussetzungen, Grundlage und Consequenzen der Gesamtmonarchie ausgesprochen und erklärt, sie würden dem Bunde in seinen Beschlüssen nicht vorgreifen.

Die königliche Regierung darf aber annehmen, daß das zu fordern, was die Stände unter einer vollständigen Erfüllung der beiden oft genannten Bundesbeschlüsse verstehen, eben so wenig in den Absichten hoher Bundesversammlung gelegen hat, als es unzweifelhaft der Regierung unmöglich gewesen wäre, einer derartigen Forderung Folge zu geben. Bei der Formulirung dieser Beschlüsse war es gewiß nicht vorausgesetzt, daß die Stände die Zustimmung, welche die Regierung beizubringen aufgefodert wurde, entweder überhaupt verweigern oder an unzulässige und unmögliche Gegenbedingungen knüpfen würden. Wenn nunmehr die Stände ein fest verbürgtes und weitgehendes Recht zu constitutioneller Selbstbestimmung, die unter I, c. 2 des Beschlusses

vom 8. März 1860 in Anrege gebrachte Gleichberechtigung mit und neben dem Reichsrathe und eine selbst in der gegenwärtigen Zeit der Aufregung und Verbitterung von den meisten Stimmen als ein großer Fortschritt anerkannte Provinzial-Versassung nicht annehmen wollen, falls ihnen nicht gleichzeitig eine Competenz für das politische und Rechtsgebiet anderer Landestheile eingeräumt wird; wenn dieselben eine Verathung und Beschlußfassung über das laufende Finanzjahr ablehnen, weil sie zuvor die äußersten Consequenzen ihrer politischen und nationalen Sympathien verwirklicht sehen wollen und irrthümlich aus jenen Bundesbeschlüssen das Recht zur Beschlußfassung über das Budget der ganzen Monarchie ableiten, so ist die königliche Regierung allerdings nicht in der Lage, die von der Bundesversammlung anerkannte Rechtsbeständigkeit der in dem Beschlusse vom 7. Febr. d. J. erwähnten Finanzgesetze (ganz abgesehen von der Competenz- und Rechtsfrage, auf die jetzt nicht eingegangen werden soll) durch „Zustimmung“ der Stände hoher Versammlung außer Zweifel zu stellen, sie hat aber die Ueberzeugung, durch die von ihr gemachten Vorlagen sowohl im Allgemeinen als namentlich, was jenes Patent angeht, dem Inhalt und Zweck jener Beschlüsse nach Möglichkeit genügt zu haben. Weiter zu gehen vermehrte ihr sowohl das außer jeder Competenz dieser Versammlung liegende Recht der übrigen Landestheile, als die Aufrechterhaltung des monarchischen Princips, das auch in den zum Bunde gehörigen Landestheilen wohl neben und mit, aber nicht unbeschränkt und unbedingt unter einer ständischen Zustimmung zu stehen haben wird. Wie jetzt die Sachen stehen, so glaubt die königliche Regierung Alles gethan zu haben, was von ihr zur Erreichung der ständischen Zustimmung erwartet werden konnte und muß die Verantwortung für die Folgen des vorliegenden Resultats von sich ablehnen.

Schließlich ist der Gesandte beauftragt, hoher Versammlung sämtliche, im Vorstehenden erwähnten, den Ständen vorgelegten Gesegentwürfe nebst Motiven und einen Abdruck der Instruction für eine am 4. ds. vom königlichen Commissar abgegebene Erklärung, so wie die allerunterthänigsten Bedenken der Stände über die in der Allerhöchsten Eröffnung enthaltenen Grundlinien einer gemeinschaftlichen Repräsentation und über den Entwurf einer provinziellen Versassung des Herzogthums Holstein zu überreichen, wobei er hinzuzufügen muß, daß die

königliche Regierung sich zu ihrem Bedauern in die Nothwendigkeit versetzt gesehen hat, wegen ungebührender Einmischung der Stände in die Angelegenheiten eines andern Landestheiles die Annahme des allerunterthänigsten Bedenkens über den Gesetzentwurf wegen provisorischer Stellung des Herzogthums in der Monarchie abzulehnen.

No. 40.

Depesche des Freiherrn von Schleinitz an den königl. preussischen Gesandten in London.

Berlin, den 19. Juni 1861.

Ew. Excellenz beehre ich mich in der Anlage Abschrift einer durch den königl. großbritannischen Gesandten uns mitgetheilten Depesche des Lord J. Russell vom 12. d. M. zu übersenden.

Dieselbe bezieht sich auf den durch Lord A. Loftus angeregten Vorschlag in der holsteinischen Frage. Indessen erhält dieser Vorschlag, und namentlich unsere ganze Stellung zu demselben, in jener Depesche einen so veränderten Charakter, daß es mir vor allem nothwendig erscheint, durch eine kurze Recapitulation des wahren Sachverhältnisses diese wieder in das richtige Licht zu stellen.

Zur Zeit der letzten Ständerversammlung in Kjöbenhavn hatte der Minister Hall in seiner bekannten Circulardepesche vom 22. März c. ausgesprochen, daß nach seiner persönlichen Meinung die Regierung, um die Gefahren einer Bundes-Execution zu vermeiden, es vorziehen würde, insoweit sie die Zustimmung der Stände zu dem Budget des laufenden Etatsjahres für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie nicht erhalten sollte, mit den Positionen des Normal-Budgets sich zu begnügen.

An diese Aeußerung knüpfte Lord A. Loftus an. Bei einem Besuch, den er mir zu Anfang dieses Monats machte, stellte er mir die Frage, ob nicht in einer ähnlichen Erklärung, wenn sie jetzt von Seiten der dänischen Regierung aufgenommen würde, eine Handhabe zu finden wäre, um das augenblicklich drohende Executions-Verfahren abzuwenden?

Wie Sie wissen, Herr Graf, hatte der Bund schon im August 1858 beschlossen, die dänische Regierung executivisch zu endlicher Herstellung eines, den gegebenen Zusicherungen entsprechenden Verfassungszustandes für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg auszuhalten. In schonendster Berücksichtigung der Schwierigkeit der Verhältnisse hatte er dieser Maßregel später Aufschub gegeben, jedoch nur unter der ausdrücklichen Bedingung, daß inzwischen kein Gesetz in gemeinschaftlichen Angelegenheiten für die gedachten Herzogthümer erlassen werde, sofern es nicht ständische Zustimmung erhalten habe. Und da die dänische Regierung Anstand nahm auf diese Bedingung einzugehen, so wurde ihr zuletzt durch den Bundesbeschluß vom 7. Febr. 1861 noch eine bestimmte kategorische Frist gestellt, innerhalb welcher sie sich ausdrücklich darüber zu erklären habe, ob sie sich jener Bedingung unterwerfen wolle, widrigenfalls die Execution ihren Fortgang nehmen müsse. Die Frist ist längst verstrichen; die Erklärung ist nicht abgegeben. Es erscheint hiernach, an und für sich, ohne Zweifel, daß der Bund jetzt zur Execution zu schreiten hat.

Auf der andern Seite ist jedoch factisch die Octroyirung des Budgets für die bis zum 1. April 1862 laufende Finanzperiode die einzige von der königlich dänischen Regierung unternommene legislative Maßregel, welche den für das Provisorium gestellten Bedingungen des Bundes zuwiderläuft. Träte die Regierung daher durch eine Erklärung, wie Lord A. Loftus sie mir andeutete, thatsächlich von der Octroyirung des Budgets und somit von der einzigen bisherigen Verletzung des Provisoriums zurück; dürfte der Bund annehmen, daß ähnliche legislative Maßregeln ohne ständische Zustimmung nicht beabsichtigt würden, so könnte er allerdings im Interesse einer freundlichen Verständigung, ohne materiellen Schaden für den Augenblick von der Nothwendigkeit executivischen Einschreitens absehen und die Sache würde dann wieder auf das Gebiet ruhiger Verhandlungen zurückgeleitet werden können. Nach dem fruchtlosen Verlauf wiederholter Versuche zu einer Vereinbarung zwischen Regierung und Ständen würden nunmehr die erforderlichen Maßnahmen von Seiten des Bundes mit der Regierung zu erörtern sein.

Von diesem Gesichtspunkte aus antwortete ich dem Lord A. Loftus.

Ich erklärte ihm, daß wir unsererseits nicht in der Lage seien, irgendwelche Initiative in der Sache zu ergreifen, daß aber, falls die dänische Regierung die entsprechende Erklärung abgäbe, der Bund, nach unserer Ansicht, wohl in der eben von mir angedeuteten Weise verfahren könnte und daß wir uns daher alsdann in diesem Sinne in Frankfurt aussprechen würden, auch an der Zustimmung unserer Verbündeten nicht zweifelten.

Lord A. Loftus theilte mir hierauf vertraulich mit, daß er in Uebereinstimmung hiermit nach London berichtet und bei seinem Hofe eine Einwirkung auf das Kopenhagener Cabinet in dieser Richtung befürwortet habe. Zugleich ersuchte er mich, Erw. 1c. von unserer Unterhaltung vertraulich in Kenntniß und dadurch in den Stand zu setzen, Sich in entsprechender Weise gegen Lord John Russell zu äußern.

Dies habe ich damals sogleich gethan und aus Erw. gefälligen Bericht vom 12. d. M. mit Genugthuung ansehen dürfen, wie exact Sie bei Besprechung der Sache mit dem ersten Staats-Secretair Ihrer großbritannischen Majestät vorgegangen sind.

Es handelt sich also zunächst überhaupt nicht, — wie man nach der Depesche des Lord J. Russell annehmen könnte — um einen von uns ausgehenden Vorschlag oder Antrag. Wir haben vielmehr nur, auf die uns gestellte Frage, unsere Bereitwilligkeit ausgesprochen, einem Schritte, der zur Vermeidung augenblicklicher Conflictе gethan werden möchte, entgegen zu kommen.

Es handelt sich ferner für uns durchaus nicht um Erlangung einer wesentlichen Concession, einer Concession, welche die Bemerkung Lord J. Russell's rechtfertigen könnte, daß es der königlich großbritannischen Regierung widerstrebe, Dänemark zu einer Concession zu drängen, welche die Frage neuer Concessionen noch offen ließe.

Bei der Verzichtleistung Dänemarks auf den Ueberschuß über das Normal-Budget des laufenden Jahres fragt es sich um eine unbedeutende Summe. Ja, da nicht anzunehmen ist, daß die Stände die Bewilligung dieses ganzen Ueberschusses verweigern würden, so kommt es nur auf dessen einstweilige Entbehrung an, bis ein Uebereinkommen mit den Ständen stattgefunden hat. Materiell ist also diese Concession eine relativ äußerst geringfügige. Sie hat nur eine principielle

Bedeutung, sofern die Regierung darauf verzichtet, Ausgaben ohne Bewilligung der Stände zu machen. Für den Bund ist kein besonderer Vortheil damit verknüpft, wenn diese Concession freiwillig gemacht wird. Denn, welche Schwierigkeiten sich immerhin einer definitiven Regulirung der gesamten Verfassungsdifferenz entgegenstellen möchten, — dasjenige, was der Bund als Provisorium für Holstein verlangt hat, — daß keine legislative Maßregel ohne Zustimmung der Stände getroffen, also auch das Budget nicht octroyirt werde, das kann er auch innerhalb der Grenzen eines lediglich auf die holsteinischen Verhältnisse sich beschränkenden Executiv-Verfahrens sofort vollständig sicher stellen.

Der Vorschlag des Lord A. Loftus entspricht also viel mehr den Interessen der dänischen Regierung, viel mehr den Wünschen des englischen Governements, welches einen Werth darauf legt, dem Executionsverfahren vorzubeugen, als den Interessen des Bundes, welcher vielmehr dabei von seinem strengen Rechte nachlassen würde.

Wir unsererseits, können unter solchen Verhältnissen nicht annehmen, daß der Bund — nach dem Vorschlage Lord J. Russels, — sich bestimmt finden könnte, die Regulirung dieser Angelegenheit jetzt aus der Hand zu geben; eine Angelegenheit, die ganz zweifelhaft und nach allgemeinem Auerkenntniß eine innere Bundesangelegenheit ist, wie die Feststellung der Verfassungsverhältnisse des Herzogthums Holstein, in die Entscheidung einer europäischen Conferenz zu legen.

In der That ist auch kein Grund abzusehen, welcher den Wunsch Lord J. Russels rechtfertigen könnte, die Verhandlung der Sache dem Bunde zu entziehen. Wäre durch die Erklärung Dänemarks die momentane Executions-Gefahr abgewendet, wäre dadurch die Möglichkeit ruhiger weiterer Verhandlung zwischen dem Bunde und der dänischen Regierung, die bisher noch nicht stattgefunden hat, gegeben, so würde, ohne Besorgniß irgend eines Nachtheils für Dänemark, füglich zunächst der Verlauf dieser Verhandlung abgewartet werden können.

Was Lord J. Russell zu dem Wunsche nach einer europäischen Conferenz bestimmt, das ist, wie Er. 1c. Bericht vom 12. d. M. über Ihre Unterhaltung mit dem gedachten Herrn Minister näher ergibt, die Rücksicht auf die schleswigsche Frage.

Der Bund — so besorgt er — werde auch die Ansprüche

Holsteins in Bezug auf sein Verhältniß zu Schleswig zur Geltung bringen wollen. Die schleswigsche Frage aber sei eine europäische und Europa habe ein Interesse und ein Recht, sich in dieselbe einzumischen, um die Integrität der dänischen Monarchie und den Frieden von Europa aufrecht zu erhalten.

Ich bemerke zuvörderst, daß die zur Zeit am Bunde schwebenden Verhandlungen ausschließlich um die Verfassungsverhältnisse der deutschen Herzogthümer sich bewegen. Eine europäische Einmischung in diese Verhandlungen würde also unter allen Umständen durch Nichts gerechtfertigt sein.

Welche Ansprüche nun aber der Bund, in Vertretung Holsteins, in Bezug auf Schleswig wird geltend machen wollen, ob es ihm gelingen wird, darüber zu einer Verständigung zu gelangen, in welchem Wege er eventuell für dieselben einzutreten sich bewogen finden sollte, — das dürfte doch vor allen Dingen abzuwarten sein, ehe von einer europäischen Einmischung die Rede sein könnte. Es ist ja möglich, daß die Verhältnisse dahin gedeihen, daß der Zusammentritt einer europäischen Konferenz wünschenswerth, auch uns selbst wünschenswerth erscheinen könnte. Aber man wird nicht, noch ehe eine Differenz constatirt worden, mit Conferenzen beginnen dürfen.

Mit allem Rechte haben Hr. v. gegen Lord J. Russell bereits hervorgehoben, daß es sich in der schleswigschen Frage überhaupt nur um das innere verfassungsmäßige Wechselverhältniß zwischen Holstein und Schleswig innerhalb der Gesamtmonarchie handle, von einer Bedrohung der Integrität der Monarchie also nicht die Rede sein könne.

Nach diesem Allen können wir den Vorschlag zu einer europäischen Conferenz für jetzt in der Lage der Sache nicht begründet finden.

Die definitive Regulirung der Verfassungsverhältnisse Holsteins wird vielmehr nach wie vor der Fürsorge des Bundes vorbehalten bleiben müssen.

Wir erklären uns jedoch auch jetzt wiederholentlich gern bereit, falls die königlich dänische Regierung eine Erklärung im Sinne des Vorschlags des Lord A. Loftus abgeben sollte, unsererseits am Bundestage dahin zu wirken, daß das Executionsverfahren noch ferner sistirt bleibe und dadurch zu einer ruhigen Verhandlung zwischen Dänemark und dem Bunde Zeit gewonnen würde.

Wäre England geneigt, in Kopenhagen einen solchen Ausweg anzuempfehlen, so würde freilich der dänischen Regierung ihr Schritt sehr erleichtert werden, wenn er erfolgte, noch ehe am Bundestage ein Executions-Antrag eingebracht wäre. Die Berathungen in Frankfurt werden aber nicht lange mehr hinausgeschoben bleiben dürfen und eine Beschleunigung der Verwendung in Kopenhagen würde daher nothwendig sein.

Die Erklärung der königlich dänischen Regierung würde etwa dahin gehen können:

daß nachdem die Regelung des Budgets nicht zu erreichen gewesen, das Budgetjahr aber schon längere Zeit ablaufe, die königlich dänische Regierung für das gegenwärtige Finanzjahr vorläufig (bis zu ständischer Bewilligung) von der Quote Holsteins zu dem Extraordinarium Abstand nehmen wolle.

Hieran wäre die Bemerkung zu knüpfen,

daß allgemeine Gesetze für Holstein, seit dem Bundesbeschluß vom 7. Febr. 1861, nicht erlassen seien und auch nicht in Aussicht ständen, so daß die betreffende Forderung jenes Beschlusses thatsächlich erledigt sei.

Hätte die königlich dänische Regierung besondere Bedenken, eine solche Erklärung unmittelbar in Frankfurt abgeben zu lassen, so könnte sie den Ausweg wählen, dieselbe an die beiden deutschen Großmächte zu richten. Wir halten uns überzeugt, daß der Wiener Hof keinen Anstand nehmen würde, diesen Incidenzpunkt gemeinschaftlich mit uns dem Bunde vorzulegen und die Sistirung der Execution und Anknüpfung weiterer Verhandlungen zu befürworten.

Erw. 2c. ersuche ich ganz ergebenst, Sich gefälligst hiernach gegen Lord J. Russell auszusprechen und demselben eine Abschrift dieser Depesche zurückzulassen.

(gez.) Schleitk.

**Depesche der königlich dänischen Regierung vom 29. Juli 1864,
an die dänischen Gesandten in Berlin und Wien.**

Durch den hiesigen Großbritannischen Gesandten ist die königliche Regierung davon benachrichtigt worden, daß der königlich preussische Minister der auswärtigen Angelegenheiten in einer der englischen Regierung mitgetheilten Depesche deren Aufmerksamkeit darauf hingelenkt habe, wie es annoch einen Ausweg gebe, durch dessen Befolgung, falls die dänische Regierung sich dazu möchte verstehen wollen, der drohenden Bundes-Execution in Holstein würde vorgebeugt und zugleich Gelegenheit geboten werden, eine solche internationale Verhandlung zwischen Dänemark und Deutschland einzuleiten, die hoffentlich geeignet sein würde, eine Lösung der holsteinischen Verfassungsfrage schneller und leichter herbeizuführen. Demnach würde die dänische Regierung entweder in der Bundesversammlung oder an die Cabinette von Berlin und Wien die Erklärung abzugeben haben: daß für das laufende Finanzjahr der Zuschuß des Herzogthums Holstein aus seinen besonderen Einnahmen zum gemeinschaftlichen Budget der Monarchie vorläufig (provisorisch) auf die Quote Holsteins an derjenigen Summe eingeschränkt werde, die in dem Normalbudget vom 28. Februar 1856 als der von den einzelnen Landestheilen aus den besonderen Einnahmen derselben zu leistende Gesamt-Zuschuß aufgeführt ist, indem hierdurch das wesentlichste Motiv für den Bundestag zu einem ferneren Vorgehen auf dem Executionswege würde beseitigt werden, da nämlich allgemeine, für das Herzogthum Holstein zur Anwendung kommende Gesetze seit dem Bundesbeschluß vom 7. Februar d. J. nicht promulgirt worden, noch für den Augenblick beabsichtigt sind.

Wenn die königliche Regierung sich nunmehr entschlossen hat, diesen Schritt vorzunehmen, so ist solches geschehen sowohl aus Rücksicht auf die Aufforderungen und Rathschläge der englischen Regierung und anderer befreundeten Mächte, als ihrem eignen Wunsche gemäß, soweit möglich jegliches Mittel zu einer gütlichen Ausgleichung der obschwebenden Differenzen zu benutzen. Allein, indem sie die vorstehende Erklärung hierdurch abgibt, muß sie, damit jedweden Mißverständnisse von vorne herein

vorgebeugt werde, deren Inhalt und Tragweite etwas bestimmter präcisiren.

Es faßt die Regierung lediglich nur eine provisorische Bestimmung rücksichtlich des vorgedachten Beitrags aus den besondern Finanzen des Herzogthums Holstein zur Bestreitung der gemeinschaftlichen Ausgaben der Monarchie: dieselbe verzichtet mithin keineswegs hierdurch auf eine nachträgliche Erhöhung dieses Beitrags, welche die Erfordernisse der Monarchie als geboten erscheinen lassen; sie steht vielmehr nur davon ab, sich hierüber bis dahin schlüssig zu machen, daß die Erfahrung ergeben haben möchte, ob nicht die Erledigung dieser Frage sich gleichzeitig mit derjenigen Ordnung der verfassungsmäßigen und finanziellen Stellung Holsteins überhaupt würde bewerkstelligen lassen können, welche als das Ergebniß der angeedeuteten Verhandlungen erwartet werden muß.

Da die fragliche Bestimmung ferner ausschließlich auf das laufende Finanzjahr Anwendung leidet, so ist es selbstverständlich, daß, sofern die betreffenden Verhandlungen zu einem erwünschten Resultate nicht führen sollten, bevor über das Budget der Monarchie für die künftige Finanzperiode ein Beschluß zu fassen sein wird, so kann die königliche Regierung durch obige Erklärung in keiner Weise daran behindert oder beschränkt sein, die Ordnung desselben so festzustellen, wie das Bedürfniß der Monarchie und die daraus entspringenden Verpflichtungen für die einzelnen Landestheile es mit sich bringen müssen.

Er.... werden hiedurch dienstlich ersucht, diese Depesche dem (königlich preussischen) (kaiserlich königlich österreichischen) Minister der auswärtigen Angelegenheiten afschriftlich mit dem Bemerken gefälligst mittheilen zu wollen, daß eine Depesche ganz gleichen Inhalts dieser Tage ebenfalls der (kaiserlich königlich österreichischen) (königlich preussischen) Regierung mitgetheilt werde.

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung

(gez.) Hall.

Circulardepeſche des dänischen Miniſters der auswärtigen Angelegenheiten an die dänischen Geſandten in Petersburg, London, Paris, im Haag und in Stockholm, d. d. 2. Auguſt 1861.

Er....! In den confidentiellen Verhandlungen, welche, nachdem England und Schweden die Initiative hierzu ergriffen haben, in der letzten Zeit zwischen den nichtdeutschen Mächten, die das Londoner Protokoll unterzeichnet haben, geführt worden ſind, iſt der Wunsch allgemein vorherrschend gewesen, daß zwischen Dänemark und Deutschland directe Verhandlungen eingeleitet werden möchten, welche zu dem Resultat führen könnten, eine endliche Lösung der Differenz herbeizuführen, die bereits in ſo langer Zeit in Hinſicht auf die verfaſſungsmäßige Stellung Holſteins beſtanden hat, damit ſo noch ein weiteres Auftreten von Seiten der Mächte überflüſſig werden könnte. Zu dieſem Zwecke, und um Deutschland den Weg zu ebnen, auf dieſe internationalen Verhandlungen einzugehen, hat das Cabinet in London, nachdem es ſich mit den Anſchauungen Preußens bekannt gemacht, der Regierung Sr. Majestät gerathen, dem Bundestage dadurch entgegen zu kommen, daß für das laufende Finanzjahr proviſoriſch der Antheil Holſteins an den gemeinſamen Ausgaben der Monarchie auf die in dem Normalbudget aufgeführten Summen eingeſchränkt werde.

Die Regierung Sr. Majestät hat dieſem Rathe, welchen die anderen Mächte lebhaft empfohlen haben, nachgegeben und den Cabinetten in Berlin und Wien die Depeſche, von der hierbei eine Abſchrift folgt, überreichen laſſen. — Sie werden ſich, mein Er..., von der vollkommenen Uebereinstimmung der Note des Mr. Paget und dieſer Erklärung überzeugen, und wenn die dänische Regierung, um nicht für die Zukunft den ſtreitigen Punkten vorzugreifen, die nöthigen Vorbehalte hinzugefügt hat, ſo hat ſie gleichfalls in dem Geiſte des gegebenen Rathes und nach deſſen Inhalt gehandelt, da es gerade die Meinung deſſelben war, daß jene Punkte für die eventuellen Unterhandlungen offen gehalten werden ſollten. — Allein wenn die königliche Regierung ſich nicht geweigert hat, das neue Zugeständniß zu machen, das man von ihr als Erſatz für internationale Verhandlungen mit Deutschland und eine eventuell mehr directe Mitwirkung

der Mächte verlangt hat, so darf sie hoffen, daß dieser Schritt nicht ohne Nutzen geschehen sein wird. Sie ist berechtigt zu erwarten, daß Deutschland nicht eine kostbare Zeit hingehen lassen wird, bevor es auf die beregten Unterhandlungen eingeht, und daß es zu dieser Mäßigung und den aufrichtigen Wunsch, innerhalb einer einigermaßen kurzen Zeitfrist ein Resultat zu erlangen, mitbringen werde. Und sie schmeichelt sich mit der Hoffnung, daß die nichtdeutschen Mächte sich nicht ihre Wirksamkeit bis zu dem Augenblicke, wo die Unterhandlungen sich als fruchtlos erwiesen haben möchten, vorbehalten, sondern daß sie denselben mit einem Interesse, welches durch die Umstände vollkommen berechtigt ist, folgen und uns durch ihren Einfluß bei den deutschen Höfen unterstützen werden.

Wenn auch die zahlreichen Phasen in der holsteinischen Frage noch nicht zu irgend welchem Resultate geführt haben, so haben sie doch die Frucht einer nützlichen Erfahrung hinterlassen. In meinem Circular vom 11. Mai habe ich die Ueberzeugung ausgesprochen, zu welcher die königliche Regierung durch die letzten Phasen, welche diese Frage durchgemacht hat, gekommen ist und wonach sie folglich für die Zukunft ihre Bestrebungen richten wird. Eine Ordnung des Verhältnisses von Holstein, so daß es dem Könige möglich wird, dem Verlangen des Bundestages auf eine selbstständigere Stellung für dieses Herzogthum nachzukommen, ohne dadurch irgend welchen Eingriff in die Unabhängigkeit der Landestheile, die nicht zum Bunde gehören, zu machen — das ist der einzige praktische Weg, der befolgt werden kann, um ein Uebereinkommen zu erreichen. Es freut mich constatiren zu können, daß diese Ueberzeugung nach den erhaltenen Mittheilungen vollständig von den andern Mächten getheilt wird, denn dieses Princip muß nothwendigerweise den Ausgangspunkt für die bevorstehenden Unterhandlungen bilden. Es ist sicher, daß kein Resultat erlangt werden wird, wenn man diese Spur verläßt, um sich im Suchen nach Lösungen zu verirren, deren Unmöglichkeit in dem gegenwärtigen Augenblicke notorisch ist, während ernste Unterhandlungen, die darauf ausgehen, die Einzelheiten auf der einzigen Basis, welche durch die Erfahrung als möglich anerkannt ist, bald die freundschaftliche Lösung, welche von der königlichen Regierung so eifrig gewünscht und so theuer erkaufte wird, würden herbeiführen können.

Ich bitte Sie, Hr...., diese Depesche nebst Beilage dem Minister des Auswärtigen mitzutheilen und ihm davon Abschrift zu hinterlassen. — Ich bin &c.

E. Hall.

No. 43.

**Officieller Bericht über die Bundestagsitzung vom
12. August 1861.**

Beim Beginn der Sitzung wurde über den Stand der Verfassungs-Angelegenheit des Herzogthums Holstein von dem für diese Angelegenheit niedergesetzten Ausschusse in Gemeinschaft mit der Executions-Commission, die nachstehende Anzeige erstattet:

„Die vereinigten Ausschüsse haben bisher unterlassen, über die Verfassungs-Angelegenheit des Herzogthums Holstein im Verfolge des Bundes-Beschlusses vom 7. Februar d. J. weiteren Vortrag zu erstatten, weil ihnen vertraulich bekannt geworden war, daß Verhandlungen schwebten, deren Erfolg abzuwarten zweckmäßig erschien. Jetzt haben die vereinigten Ausschüsse durch die Vermittelung der Herren Gesandten von Oesterreich und Preußen Kenntniß erhalten, daß deren allerhöchsten Regierungen gegenüber seitens der königlich dänischen, herzoglich holstein- und lauenburgischen Regierung eine Erklärung abgegeben worden ist, wonach

- 1) für das laufende Finanzjahr vorläufig von dem extraordinären Zuschuß des Herzogthums Holstein aus seinen besondern Einnahmen über die im Normalbudget vom 28. Februar 1856 festgestellte Quote hinaus Abstand genommen wird, und
- 2) allgemeine für das Herzogthum Holstein zur Anwendung kommende Gesetze seit dem Bundes-Beschlusse vom 7. Februar d. J. nicht erlassen sind, noch zur Zeit in Aussicht stehen.

Bezüglich dieser Erklärung der königlich dänischen, herzoglich holstein- und lauenburgischen Regierung, so wie in Betreff der ferneren Behandlung der Sache

darf einer weiteren Mittheilung der Regierungen von Oesterreich und Preußen seiner Zeit entgegenzusehen werden.

Die vereinigten Ausschüsse halten es bei dieser Sachlage gegenwärtig nicht angezeigt, weitere Maßregeln in Verfolg des Bundes-Beschlusses vom 7. Februar d. J. zu beantragen. Bezüglich der ferneren Behandlung der schwebenden Angelegenheit werden dieselben indeß nicht unterlassen, hoher Bundes-Versammlung weiteren Bericht zu erstatten.“

Die Bundes-Versammlung nahm diese Anzeige zur Kenntniß.

No. 41.

**Depesche des königlich preussischen Ministers des Auswärtigen
an den königlichen preussischen Gesandten in Kopenhagen.**

Berlin, den 12. August 1861.

Der königlich Dänische Gesandte hat uns, im Auftrage seiner Regierung, eine Abschrift der Depesche übergeben, welche das Kopenhagener Cabinet in Bezug auf die Verfassungsangelegenheit des Herzogthums Holstein unterm 29. v. M. in übereinstimmender Weise an seine Vertreter in Berlin und Wien gerichtet hat und von deren Inhalt Ew. rc., wie ich aus Ihrem Bericht No. 127 ersehe, durch die Gefälligkeit des Herrn Consul-Präsidenten bereits unmittelbar in Kenntniß gesetzt worden sind.

Ich habe nur das Resultat der Communication mit Wien, zu welcher uns der bei beiden Höfen gleichmäßig gethane Schritt zunächst veranlassen mußte, abwarten wollen, um mit der Bitte, daß Ew. rc. Herrn Minister Hall unsern Dank für die uns gemachte Eröffnung abstatten möchten, zugleich die Benachrichtigung verbinden zu können, daß wir, im Vereine mit dem k. österreichischen Hofe, die uns abgegebene Erklärung den vereinigten

Ausschüssen des Bundestages haben vorlegen lassen. Deren Beruf wird es sein, der Bundesversammlung weiteren gutachtlichen Bericht zu erstatten, und wir glauben annehmen zu dürfen, daß die Ausschüsse schon in diesen Tagen im Schoße der Versammlung eine hierauf bezügliche Anzeige machen werden.

Die Schritte, welche das Londoner Cabinet gethan hat, um die königlich dänische Regierung zu einer Erklärung im Sinne der Depesche vom 29. Juli c. zu bestimmen, sind zwar nicht, wie der Minister Hall nach dem Eingange seiner Depesche voraussetzt, durch eine von Preußen ausgegangene Anregung veranlaßt worden. Sie sind vielmehr dem lebhaften Wunsche des großbritannischen Gouvernements entsprungen, einem Executionsverfahren des Bundes, wenn irgend möglich, vorzubeugen. Aber nichtsdestoweniger hat es uns, im Interesse einer freundschaftlichen Verständigung, die auch wir nur auf das Lebhafteste wünschen können, zu hoher Genugthuung gereicht, daß die königlich dänische Regierung den Rathschlägen Englands und anderer befreundeten Mächte willig ihr Ohr geliehen hat.

Die Erklärung, wonach das dänische Gouvernement für das laufende Finanzjahr, rücksichtlich Holsteins vorläufig auf das Normalbudget von 1856 sich beschränken will und zugleich ausspricht, daß allgemeine, für das Herzogthum Holstein zur Anwendung kommende Geseze seit dem Bundesbeschluß vom 7. Februar d. J. nicht promulgirt worden, noch für den Augenblick beabsichtigt seien, macht es dem Bunde möglich; — so scheint es uns und in diesem Sinne haben wir uns in Frankfurt ausgesprochen, — für jezt von executivischen Schritten abzusehen und wiederum in ruhige Erörterungen mit dem Kopenhagener Cabinet einzutreten, um zu einer gütlichen Ausgleichung zu gelangen.

Beiläufig möchte ich dabei die Bemerkung einschalten, daß wenn der Minister Hall die einzuleitenden Verhandlungen als „internationale“ zwischen Deutschland und Dänemark bezeichnet, dieser Charakter denselben, um genau zu sprechen, nur insoweit wird beigemessen werden können, als es sich darum handeln wird, die Beziehungen der dem deutschen Bunde angehörigen Theile der dänischen Monarchie zu den außer dem Bundeslande stehenden zu erörtern.

Endlich, um auch dies noch zu bemerken, ist es nach allen bisherigen Verhandlungen außer Zweifel, daß der Bund auf Einhaltung des Normalbudgets nur um deswillen Gewicht legt, weil zu einem weiter gehenden Budget zur Zeit die nothwendige Zustimmung der Stände fehlt. Erfordern daher die Bedürfnisse der Monarchie — sei es für die laufende Finanzperiode, sei es für die künftige — ein höheres Budget, so versteht es sich von selbst, daß die Regierung sich künftig nicht etwa, bloß um der jetzt abgegebenen Erklärung willen, verhindert finden kann, nachträglich für angemessene Erhöhung des Budgets Sorge zu tragen. Nur das wird sie dabei im Auge behalten und dafür wird der Bund Sorge tragen müssen, daß die Regulirung dieser Angelegenheit im geordneten, verfassungsmäßigen Wege und insbesondere also nicht ohne die Zuziehung der Stände erfolgt. Hierdurch scheint uns die Reservation am Schlusse der Depesche vom 29. Juli eine, wie wir hoffen, für das Kopenhagener Cabinet vollkommen beruhigende Erledigung zu finden.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten

J. A. (gez.) Gruner.

Er. Hochwohlgeboren Hrn. v. Balan in Kopenhagen.

No. 45.

Depesche des königlich dänischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Geheimrath Hall, an den königlich dänischen Gesandten in Berlin, Kammerherrn Quaade.

Kopenhagen, den 26. October 1861.

Mitteltst gefälligen Berichts vom 21. October haben Ex. 1c. mich davon benachrichtigt, daß Ex. Exc. der Graf von Bernstorff Ihnen die Bereitwilligkeit der königlich preussischen Regierung ausgesprochen habe, sofort in vertrauliche Verhandlung mit uns wegen Ordnung der holsteinischen Frage einzutreten, selbstständig mit dem Vorbehalte, daß deren eventuelles Ergebnis seiner Zeit der Bundesversammlung behufs endlicher Beschlusfassung vorzulegen sein werde. Je mehr wir noch immer bedauern müssen, daß ein so großer Theil der spärlich gemessenen Zeit unbenutzt verstrichen ist, desto größer ist für uns die Aufforderung, die durch den veränderten Entschluß der königlich

preussischen Regierung nunmehr sich eröffnende Aussicht, so weit es an uns liegt, ohne jeden weiteren Zeitverlust zu verfolgen. Auch wir betrachten es als die zweckmäßigste Form der Unterhandlungen, daß dieselben wenigstens bis auf Weiteres mittelst Depeschenaustausches, anstatt durch besondere Bevollmächtigte geführt werden, und wir sehen in dem vertraulichen Charakter derselben ein Mittel, die Auswechslung der Ansichten zu erleichtern, welches wir mit Freude benutzen werden, um von Anfang an die Unterhandlung auf einen practischen, und von denjenigen Vorbehalten und Reservationen freien Weg hinzulenken, welche eine mehr formelle und officiële Verhandlungsweise als nothwendig erscheinen lassen könnte.

Allein indem wir somit ohne weiteren Verzug dazu schreiten, unsererseits diese Verhandlungen anzufangen, und namentlich auch nicht anstehen, dem von der königlichen preussischen Regierung geäußerten Wunsche, daß wir die Initiative ergreifen mögen, entgegenzukommen, wenn Solches auch gleich der Sachlage nach vermeintlich zunächst Deutschland obliegen dürfte, werden wir es uns vorerst angelegen sein lassen, die nöthige Uebereinstimmung hinsichtlich des den Verhandlungen zu stellenden Zieles zu constatiren.

Vor Allem wäre es gewiß unser Wunsch, nunmehr eine Frage endlich definitiv gelöst zu sehen, die so lange störend auf die innere Entwicklung und die äußeren Verhältnisse der Monarchie eingewirkt hat. Wir verkennen indessen keineswegs das Begründete in denjenigen Betrachtungen, welche oft und mit großer Stärke deutscherseits dafür geltend gemacht worden sind, daß man unter den gegenwärtigen Umständen, und, wir können hinzufügen, bei der Kürze der zur Disposition stehenden Zeit sich damit begnügen müsse, eine vorläufige Ordnung zu erreichen, während die nähere und schließliche Abwicklung der Sache übrigens einer ruhigeren Zeit vorbehalten werde. Allein wenn wir, um uns gleich von vornherein in dieser Beziehung auf denselben Standpunkt wie Preußen zu stellen, auf die Forderung an die jetzigen Verhandlungen verzichten, daß sie die holsteinische Verfassungsfrage erschöpfend und endlich ordnen sollen: dürfen wir doch auch andererseits hoffen, daß wir uns Beide in der Erkenntniß begegnen, daß es als der gemeinschaftliche Zweck festzuhalten ist, die früheren ungestörten Beziehungen zwischen Dänemark und Deutschland wieder herzustellen und einen immer

wieder zurückkehrenden Anlaß zu Collisionen ein für alle Mal zu beseitigen. Und dieser Zweck kann erreicht werden, wenn Holstein gegenwärtig eine Stellung erhält, welche den Anforderungen des Bundes auf eine größere Selbstständigkeit für das genannte Herzogthum rücksichtlich der gemeinsamen Angelegenheiten genügt, ohne daß jedoch dadurch die unentbehrlichste Garantie für eine geordnete Staatsverwaltung aufgegeben oder die Rechte des Landesherrn und der übrigen Landestheile geschmälert werden, und wenn ferner jede weitere Entwicklung und Neugestaltung dieses Zustandes von dem Beschlusse der holsteinischen Stände abhängig wird.

Nicht weniger werden wir so weit thunlich bemüht sein, den Ansichten des Bundes über die Mittel entgegen zu kommen, wodurch der gegebene Zielpunkt zu erreichen sei. Mit wie großer Berechtigung die königliche Regierung daher auch dawider Einsprache erheben könnte, daß den holsteinischen Ständen eine Befugniß beigelegt und dem Herzogthum Holstein eine Autonomie zugestanden werde, welche weder in den historisch gegebenen Verhältnissen noch in früheren Verhandlungen begründet sind, werden wir unsere Bestrebungen dennoch nicht auf Anbahnung einer Ordnung richten, welche dem bestimmten und unerwarteten Widerstande gegenüber, den dieselbe gefunden, als unerreichbar erscheinen muß, sondern vielmehr uns vor den Umständen beugend mit dem Bunde eine Erweiterung der Befugnisse der holsteinischen Stände über das provinzielle Gebiet hinaus zum Ausgangspunkte nehmen.

In so fern ist also zwischen uns und dem Bunde Einigkeit hergestellt, die Schwierigkeit zeigt sich aber, wenn es in Frage kommt, den allgemeinen Gedanken auf das praktische Gebiet der concreten Verhältnisse hinüberzuführen, denn es bedarf einer näheren Darlegung nicht, daß eine Ordnung, nach welcher ohne Weiteres und ohne specielle Garantie jedes Gesetz und jegliche Geldbewilligung von vollkommen übereinstimmenden Beschlüssen der holsteinischen Stände und des Reichsraths abhängen sollen, unmöglich sein würde. Sich ganz auf dem nämlichen Gebiete bewegend und im Besitze der nämlichen verfassungsmäßigen und entscheidenden Befugniß würden diese Versammlungen unzweifelhaft in Collisionen mit einander gerathen, welche die Gesetzgebung und wegen Mangels an den nöthigen Geldbewilligungen die Verwaltung selbst ins Stocken gerathen lassen

würde. Die einzige Weise, in welcher es möglich sein würde, daß beide Repräsentationen mit und neben einander wirken könnten, würde darin bestehen, das Gebiet, auf welchem sie sich begegnen, so viel als möglich zu beschränken und sodann rücksichtlich desjenigen, welches demnach zurückbleibt, Mittel ausfindig zu machen, die entstandenen Conflictte auszugleichen, oder wenn das nicht gelingen sollte, jedenfalls der gefahrdrohenden Collision eine Lösung zu geben, die den entgegenstehenden Entscheidungen der beiden Versammlungen gebührende Rechnung tragen würde.

Es ist auf diesem, dem einzigen practischen Wege, daß wir bereit sind, eine Lösung zu suchen; daß derselbe bedeutende Opfer von Seiten der Monarchie erheischen wird, ist eben so gewiß, wie es sich leicht nachweisen läßt, daß er in vielen Richtungen verwickelt und mit Schwierigkeiten verbunden sein wird; es ist aber nach unserer Ueberzeugung der einzige Weg, auf welchem eine Versöhnung zwischen den Anforderungen des Bundes und dem Gange einer geordneten Verwaltung gesucht werden kann, und hoffentlich wird sich allmählig eine einfachere und leichtere Form in Praxis entwickeln, als sich gegenwärtig und im Voraus ermitteln läßt. Bei der näheren Durchführung der oben angegebenen Principien würden als maßgebend für die eigentliche Gesetzgebung folgende Grundzüge sich aufstellen lassen. Alles, was in einer gewissen gemeinschaftlichen Institution, ohne daß die bestehende Gemeinschaft in ihrem eigentlichen Wesen dadurch beeinträchtigt wird, in Holstein eine von der in der übrigen Monarchie angenommenen verschiedene Form und Entwicklung empfangen kann, wird der ausschließlichen Gesetzgebung der holsteinischen Stände, beziehungsweise des Reichsrathes untergelegt. Wie weit man in dieser Richtung im concreten Falle vorgehen kann und soll, das hängt selbstverständlich von dem Charakter des betreffenden Verhältnisses und von praktischen Rücksichten ab. Beispielsweise können hier das Landmilitärwesen und das Zollwesen genannt werden, welche eben zu denjenigen Materien gehören, bei denen eine Collision zwischen der Repräsentation um so leichter entstehen kann, als darin neben dem allgemeinen Interesse, das die Monarchie und die einzelnen Landestheile an der Gemeinschaft dieser Institutionen haben, besondere locale Interessen und Rücksichten sich bei den Einzelheiten und Formen geltend machen, wozu in Betreff des Landmilitärs

wesens specieell das Verhältniß zur deutschen Bundeskriegsverfassung noch hinzukommt. In diesem Verhältnisse würde daher die oben erwähnte Auscheidung von großer praktischer Bedeutung sein und thatsächlich zur Ausführung gelangen können, ohne daß das allgemeine Interesse im Wesentlichen daran zu leiden hätte.

Der holsteinische Truppenkörper würde eine besondere Abtheilung der dänischen Armee bilden können, mit besonderer Deconomie, Organisation und Regulirung, so wie innerhalb der von dem Rechte des Bundesheers bestimmten Grenzen der deutsche Bund und die holsteinische Ständerversammlung es festsetzen möchten, ohne daß jedoch dadurch die nöthige taktische Einheit oder solche gemeinsame militairische Einrichtungen aufgehoben würden, die ihrer Natur und den damit verbundenen Unkosten nach am Besten sich dazu eigneten, gemeinschaftlich zu bleiben. Ebenfalls könnte das holsteinische Zollwesen, ohne daß die bestehende Zolleinheit dadurch aufgehoben würde, rücksichtlich vieler Einzelheiten, die eben die Bevölkerung interessieren, der ausschließlichen Befugniß der holsteinischen Stände untergelegt werden, so daß der gemeinschaftlichen Gesetzeswirksamkeit eigentlich nur der Tarif und die wichtigen Controllregeln untergelegt würden.

Auf dem Gesetzgebungsgebiet, welches, nachdem eine solche Specialisirung vorgenommen ist, als gemeinschaftlich für die beiden Repräsentationen übrig bleibt, würden ferner besondere regulatorische Mittel erheblich dazu mitwirken können, die Meinungsverschiedenheiten auszugleichen. Ohne in dieser Beziehung auf Einzelheiten hier näher eingehen zu wollen, werden wir nur unsere Ueberzeugung davon darlegen, daß die Bildung von gemeinschaftlich aus den bedeutendsten Mitgliedern der beiden Versammlungen bestehenden Commissionen zur Vorberathung schwieriger Angelegenheiten von großer Wirksamkeit sein wird. Die Einreden gegen jedwede gemeinsame Repräsentation, die sich namentlich während der letzten Versammlung der holsteinischen Stände in so bestimmter Weise hervorthaten, würden wider eine solche, lediglich vorbereitende und dem freien Entschlusse der betreffenden Versammlung durchaus nicht vorgreifende gemeinschaftliche Verhandlung zwischen Delegirten nicht geltend gemacht werden können. Es läßt sich indessen voraussehen, daß diese Mittel doch nicht unter allen Umständen eine Collision zwischen den Versammlungen verhindern oder beseitigen würden und es

wären somit für diesen Fall unumgänglich nothwendig geeignete Mittel zur Erledigung einer solchen Collision ausfindig zu machen. In dieser Hinsicht müßte der Regierung die Befugniß vorbehalten sein, bei fortdauerndem Widerstande von Seiten der einen Versammlung gegen eine von der andern genehmigte und von der Regierung als dringend nothwendig erachtete Gesetzgebungsänderung, der dissentirenden Versammlung die Alternative vorzulegen, entweder auch ihrerseits die betreffende Maßregel zu genehmigen, oder sich darin zu finden, daß die neue Gesetzbestimmung von der Regierung in dem einen Theile der Monarchie eingeführt werde, während in dem andern Theile diejenigen Verwaltungsmaßregeln getroffen werden, welche die so entstandene Verschiedenheit der Gesetzgebung erheischen würde. Das Letztere würde in vielen Fällen mit der Aufhebung der Gemeinschaft hinsichtlich der betreffenden Institutionen, nämlich so lange als die dadurch entstandene Ungleichheit in der Gesetzgebung fort dauern möchte, identisch sein. Es ist indessen vorauszusetzen, daß die Regierung nur in äußerster Noth zu diesem Mittel greifen wird, und es darf erwartet werden, daß dessen praktische Bedeutung im Wesentlichen eine indirecte sein würde, indem das Bewußtsein beider Versammlungen, daß sie sich, die eine durch allzuheftiges Vordringen, die andere durch hartnäckigen Widerstand rücksichtlich einer speciellen Maßregel, die Verantwortung dafür zuziehen, daß die ganze betreffende Institution gemeinschaftlich zu sein aufhören wird, bei beiden eine Rücksichtnahme und ein Entgegenkommen hervorrufen würde, die unter andern Umständen schwerlich erwartet werden können.

Gleichwie solchermaßen in der Gesetzgebungssphäre der holsteinischen Stände eine völlige Gleichstellung mit dem Reichsrathe zugestanden werden würde, eben so sollte auch auf dem finanziellen Gebiete den Ständen die Bewilligungsbefugniß beigelegt werden. Rüksichtlich derjenigen Theile der gemeinsamen Institutionen, welche dem Obigen nach der einschließlichen Gesetzgebungsgewalt der holsteinischen Stände untergelegt werden, sollte gleichfalls die Ausgabe von ihnen allein bestimmt werden, was eben so in Betreff der Ausgaben für provinzielle Angelegenheiten des Herzogthums der Fall werden würde, nur mit der Beschränkung, daß durch ein Normalbudget festgestellt würde, was ohne besondere Zustimmung von Seiten der Stände jährlich für diese Verwaltungsbranche (als die Oekonomie der hol-

steinischen Armee-Abtheilung, das locale Zollwesen 2c. verwendet werden dürfe. Die Existenz eines solchen Normalbudgets rücksichtlich derjenigen Theile der gemeinschaftlichen Ausgaben, welche dem Obigen nach besondere würden, würde nicht füglich Gegenstand irgendwelcher principiellen Einsprache werden können. Denn gleichwie dessen Feststellung durch das deutsche Staatsrecht als durchaus begründet erscheint, so würde die Anwendung desselben lediglich der Regierung vorbehalten sein, ohne daß der Staatsrath darüber irgendwie zu verfügen hätte.

Hierdurch würde mithin das Bewilligungsgebiet, auf welchem die beiden Versammlungen sich begegnen werden, einigermaßen beschränkt worden sein. Rücksichtlich derjenigen Ausgaben dagegen, die fortwährend gemeinschaftlich bleiben sollten, wäre die mit der des Reichsraths concurrirende Bewilligungsbefugniß der Stände auf das zu beschränken, welches Holstein über gewisse, für jede Hauptbranche festgesetzte Summen hinaus beizutragen haben würde. Die Größe dieser festen Summen würde zum Theil schon im Voraus in der Weise angegeben sein, daß darüber eine Meinungsverschiedenheit nicht obwalten könnte. Dies gilt namentlich in Betreff 1) der bewilligten Appanage, 2) der Abtragung und Verzinsung der Staatsschuld in Gemäßheit bestehender Contracte, so wie auch hinsichtlich der Pensionen nach dem geltenden Pensionsgesetze. Was die übrigen Branchen dagegen betrifft, welche namentlich die Beiträge zum Ressort der allgemeinen Ausgaben und zur gemeinschaftlichen Finanzverwaltung umfassen, dürfte am Angemessensten die durchschnittliche Größe der desfalligen Ausgaben während der letzten Jahre zum Grunde zu legen sein. Da das Bedürfniß dieser Branche ohne Zweifel alljährlich zunehmen wird, während die festgestellten Summen unverändert bleiben, so würde die Folge davon sein, daß die Bewilligungsbefugniß der Stände allmählig von immer größerer Bedeutung werden würde. Derjenige Beitrag zu den gemeinsamen Ausgaben, welcher in der Form fester Zuschüsse oder besonderer Bewilligungen Holstein zur Last fallen würde, müßte zunächst aus dem Procentantheile Holsteins an den gemeinschaftlichen Einnahmen, wie dieselben jetzt geordnet sind, oder durch spätere Gesetze geordnet werden möchten, und insofern dieser Procentantheil nicht ausreichen sollte, aus den besonderen Intraden des Herzogthums abgehalten werden. Hiernach würden dann die holsteinischen Stände volle constitutionelle Be-

fugniß auf dem finanziellen Gebiete erlangen, nur mit einer Beschränkung der Bewilligungsbefugniß durch ein Normalbudget und gewisse feste Summen. Hinsichtlich dieser Beschränkung darf zwischen dem Principe selbst und dessen Ausführung, namentlich der Größe der aufgeführten Summen unterschieden werden. Ersteres ist, wie schon oben bemerkt, wohlbekannt, ja, nach deutschem Staatsrechte, gewissermaßen sogar nothwendig, und findet auf dem Gebiet des Reichsrathes sein Correlat in dem Normalbudget vom 28. Februar 1856. Letzteres kann natürlich Gegenstand genauerer Bestimmung nach vollständigerer Uebersetzung sein, würde aber kaum unübersteigliche Schwierigkeiten darbieten, wenn erst das Princip selbst angenommen wäre.

Dies sind die Grundzüge, auf denen nach der Uebersetzung der königlichen Regierung eine den Anforderungen des Bundes entsprechende Ordnung der Stellung Holsteins begründet werden könnte. Der Hauptsache nach sind sie mit denjenigen identisch, welche die Regierung vor Augen hatte, als sie im verwichenen März den holsteinischen Ständen den Vorschlag einer provisorischen Ordnung vorlegte, welcher der königlich preussischen Regierung aus den Bundestagsverhandlungen bekannt sein wird. Dieser Vorschlag wurde von den Ständen zum Gegenstand einer eingehenden Erörterung nicht gemacht in Folge des Standpunktes, auf den dieselben sich im Ganzen stellten und theils beruhten die erhobenen Einreden auf wesentlichen Mißverständnissen der Grundprincipien, theils bezogen sie sich auf Einzelheiten bei der Durchführung, hinsichtlich deren natürlicherweise solche Modificationen, die nach näherer Untersuchung und Verhandlung sich als zweckmäßig herausstellen möchten, keinen Widerstand von Seiten der Regierung gefunden haben würden.

Die königliche Regierung hält sich davon überzeugt, daß die oben in ihrer Allgemeinheit dargelegten Grundzüge von der königlich preussischen Regierung einer gewissenhaften Prüfung und Würdigung werden unterzogen werden, und wir dürfen hoffen, daß es uns auf dieser Grundlage gelingen werde, eine Verständigung zu erzielen, deren spätere Ausführung bei der Ordnung der einzelnen Punkte keine erhebliche Schwierigkeiten darbieten würde. Schon jetzt hierauf näher einzugehen, würde uns als wenig ersprießlich für den Gang der Verhandlungen erscheinen. Sobald die allgemeine Grundlage gewonnen sein

wird, würde der Zeitpunkt gekommen sein, wo zur näheren Erörterung und Ausführung geschritten werden könnte.

Ich ersuche Ew. rc., Sr. Exc. dem Grafen v. Bernstorff diese Depeſche abſchriftlich mitzutheilen. Inſofern irgend ein Punkt der darin enthaltenen Darſtellung wider Erwarten eine nähere Aufklärung bereits im gegenwärtigen Stadium der Sache bedürfen ſollte, wird Ew. rc. gewiß ſelbſt im Stande ſein, dieſelbe mitzutheilen, jedenfalls werde ich bereit ſein, etwa gewünschte derartige Aufſchlüſſe ungeſäumt Ihnen nachträglich zugehen zu laſſen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung verharre ich
Ew. Hochwohlgeboren ergebeneſter
gez. C. Hall.

No. 46.

Depeſche des königlich preußiſchen Miniſters der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Bernſtorff, an den königlich preußiſchen Geſandten in Kopenhagen Herrn v. Balan.

Berlin, den 5. December 1861.

Hochwohlgeborner Herr!

Die vertrauliche Eröffnung des Kopenhagener Cabinets vom 26. October, welche mir durch den königlich dänischen Geſandten übergeben worden, iſt Ew. rc durch die Gefälligkeit des Hrn. Miniſters Hall bereits bekannt. Eine gleiche Mittheilung hat der gedachte Hr. Miniſter etwas ſpäter auch an das Wiener Cabinet gerichtet. Dieſe Eröffnung iſt der Gegenſtand ſorgfältiger Erwägung und eingehender Erörterung zwischen den beiden deutſchen Mächten geworden, und ich finde mich nunmehr in der Lage, mich über unfere Auffaſſung im Folgenden mit voller Offenheit auszuſprechen. — Ich kann zunächſt nur meine Befriedigung darüber ausdrücken, in den Worten des dänischen Hrn. Miniſters dem ernſtlichen Wunſche zu begegnen, die früheren ungeſtörten Beziehungen zwischen Dänemark und Deutſchland wieder herzuſtellen und einen immer wiederkehrenden Anlaß zu Collisionen ein für allemal zu beſeitigen. Dieß erkennen auch wir nicht allein als den gemeinſchaftlich feſtzuhaltenden Zweck an, ſondern es iſt das Ziel unſerer aufrichtigſten Wünſche

und Bestrebungen. Aber eben darum hat es mich, auch bei voller Würdigung der von dem Hrn. Minister angedeuteten Schwierigkeiten der Sache, einigermaßen überraschen müssen, daß dieser Zweck doch wiederum nur in provisorischer Weise erreicht, und daß von vornherein auf die Forderung an die jetzigen Verhandlungen verzichtet werden soll, die Frage erschöpfend und endgültig zu ordnen. Ich kann nicht zugeben, daß wir Veranlassung zu einer solchen Auffassung gegeben haben und daß die königlich dänische Regierung sich damit, wie die Depesche sagt, auf unsern Standpunkt oder den des deutschen Bundes stelle. Um dies zu rechtfertigen, genügt es, daran zu erinnern, daß von deutscher Seite immer, schon in dem Bundesbeschluß vom 11. Februar 1838, auf eine definitive Ordnung der Verhältnisse gedrungen ist, und daß nur, weil die königlich dänische Regierung sich hierzu nicht in der Lage fand, in späteren Beschlüssen die Bedingungen aufgestellt sind, unter welchen ein Aufschub der Erfüllung der ursprünglichen und eigentlichen Forderung stattfinden könne.

Durch die Erklärungen, welche das Kopenhagener Cabinet am 29. Juli v. J. mit Rücksicht auf diese Bedingungen abgab, ist thatsächlich ein Provisorium geschaffen, welches bestimmt war, die Möglichkeit directer und eingehender Verhandlungen offen zu erhalten. Je größeren Werth nun gerade das Kopenhagener Cabinet auf solche Verhandlungen legte, um so mehr mußten wir annehmen, daß es dieselben dazu benutzen werde, sich vertraulich und offen gegen uns darüber auszusprechen, in welcher Weise es die Beziehungen der verschiedenen Theile der Monarchie zu einander und den berechtigten Anforderungen des Bundes und seinen eigenen aus den früheren Verhandlungen hervorgehenden Verpflichtungen definitiv in Einklang zu bringen gedenke. Die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit, auf welche die Depesche vom 26. October hindeutet, konnte in unseren Augen hiersür kein Hinderniß sein. Denn es konnte zwar nicht mit Sicherheit vorausgesetzt werden, daß auch nur über die Grundzüge der künftigen Gestaltung sofort ein Einverständniß stattfinden werde, wohl aber lag die Hoffnung nicht fern, daß in der Eröffnung der königlich dänischen Regierung ein Ausgangspunkt und eine Basis gefunden werden könne, die es möglich mache, einen thatsächlich gegebenen provisorischen Zustand so weit als nöthig zu verlängern.

Dieser unserer Erwartung ist nicht entsprochen worden. Die Eröffnung vom 26. October erachtet zur Erreichung des eben angegebenen gemeinsamer Zweckes die Aufstellung eines geordneten Provisoriums für ausreichend, in welchem Holstein für die Gegenwart eine Stellung erhalte, die den Anforderungen des Bundes auf eine größere Selbstständigkeit für das Herzogthum, hinsichtlich der gemeinsamen Angelegenheiten genüge und dessen weitere Entwicklung der Umgestaltung in der Zukunft von dem Beschluß der holsteinischen Stände abhängig gemacht werde. Die Depeſche geht daher sofort dazu über, die Grundzüge für eine solche Stellung Holsteins zu entwerfen.

Ich darf hieran zunächst die Bemerkung knüpfen, daß wir über den zuletzt erwähnten Punkt, nämlich die Abhängigkeit jeder weiteren Entwicklung von der Zustimmung der holsteinischen Stände, mit der königlich dänischen Regierung vollkommen einig sind und daß wir auch den gemachten Vorbehalt der für eine geordnete Staatsverwaltung unentbehrlichen Garantien, sowie der Rechte des Landesherrn und der übrigen Landestheile als selbstverständlich ansehen. Aber ich muß hinzufügen, daß wir auch für eine gegenwärtig und provisorisch in's Auge zu fassende Einrichtung ein gleiches Einverständnis mit den holsteinischen Ständen als eine nothwendige Voraussetzung betrachten. Ich kann es mir auch nicht anders vorstellen, als daß die königlich dänische Regierung selbst die Möglichkeit der Durchführung eines solchen Zustandes für bedingt durch eine Einigung mit den Ständen gehalten habe. Wenn wir nun die in der Depeſche vom 26. October enthaltenen Vorschläge selbst zunächst als ein Ganzes in's Auge fassen, so müssen wir zuvörderst constatiren, daß dieselben nichts wesentlich Neues darbieten. Der Herr Minister Hall selbst bemerkt, daß die hier entwickelten Grundzüge der Hauptsache nach mit denjenigen identisch sind, welche die Regierung vor Augen hatte, als sie im verwichenen Monate März den holsteinischen Ständen den Vorschlag einer provisorischen Ordnung vorlegte. Diese Propositionen sind uns allerdings aus den Bundestagsverhandlungen bekannt, in welchen sie sowohl durch die Erklärung der königlich herzoglichen Regierung, als durch eine Eingabe der Stände vorgelegt worden sind. Aber es ist eben daher auch bekannt, daß ein Einverständnis mit den Ständen darüber nicht hat erzielt werden können, daß vielmehr von jener Seite her die gewichtigsten Bedenken dage-

gen vorgebracht worden sind. Ohne diese hier näher erörtern zu wollen, kann ich es doch nicht verhehlen, daß wir im Hinblick auf diese einfache Thatsache selbst in der That nicht hatten erwarten können, daß das Kopenhagener Cabinet bei den Verhandlungen, deren Bedeutung für eine friedliche Ausgleichung gerade von ihm so stark betont worden, nichts Anderes vorlegen werde, als was bereits von den Ständen abgelehnt worden. Können wir es für unsere Aufgabe halten, die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit dieser im Einzelnen und in ihrer Beziehung auf die praktischen Bedürfnisse und Interessen des Herzogthums zu erörtern und zu beurtheilen, nachdem die zunächst dabei theiligten Vertreter des Landes sich so entschieden dagegen ausgesprochen haben?

Die Bundesversammlung selbst hat noch keine Veranlassung gefunden, sich über die den Ständen gemachten Propositionen und über das Verhältniß derselben zu den von ihr für die Zulässigkeit eines Provisoriums aufgestellten Bedingungen zu erklären.

Wir unsererseits würden bei einer Beurtheilung derselben keinen andern Maßstab anlegen können, als eben diese Bedingungen und die für uns maßgebenden Bundesbeschlüsse. Aber wir würden allerdings, selbst wenn wir die Frage nach ihrer Uebereinstimmung mit diesen Forderungen nicht unbedingt bejahen könnten — wie wir es in der That nicht können — in dem aufrichtigen Wunsch einer Verständigung noch immer suchen, in ihnen die Elemente und Anknüpfungspunkte aufzufinden, welche unter gewissen Voraussetzungen, vielleicht dennoch zu einer Ausgleichung der gegenseitigen Ansprüche führen könnten; und wir würden nicht zweifeln, daß auch die holsteinischen Stände eben so bereitwillig wie wir sein würden, solche Anknüpfungspunkte weiter zu verfolgen und zu entwickeln, so wie wir auf der andern Seite auch hoffen dürften, daß die königlich dänische Regierung hierin bereitwillig entgegenkommen werde. Um aber diesen Weg mit einiger Aussicht auf Erfolg einschlagen zu können, müßten wir zuvor über die wichtigste dieser Voraussetzungen beruhigt sein, und ich kann es daher nur lebhaft bedauern, diese Seite der Frage in der Depesche vom 28. October gar nicht berührt zu finden.

Dies ist die Beziehung auf die Verhandlungen vom Jahre 1851/52 und die Vereinbarungen, zu welchen dieselben

geführt haben. Wir müssen es hier unsererseits aussprechen, daß auch die holsteinische Verfassungsfrage erschöpfend und endgültig nicht geordnet werden kann, so lange dieselbe isolirt und ohne Berücksichtigung dieser Vereinbarung behandelt wird. Das von Dänemark jetzt vorgeschlagene Provisorium soll aber ein Schritt, und ein bedeutungsvoller, den Anlaß zu weiteren Collisionen beseitigender Schritt auf dem Wege zu einer definitiven Ordnung sein. Es soll einen zwar nur provisorischen, aber doch fest geordneten und als Grundlage weiterer Entwicklung dauernden Zustand herbeiführen und es ist nicht allein in seinen Grundzügen, sondern in ausdrücklichen Hinweisungen auf die Zukunft (z. B. in Betreff der sich alljährlich erhöhenden Bedeutung des ständischen Bewilligungsrechtes) offenbar auf eine längere Dauer berechnet. Können wir uns da verhehlen, daß es nur zu sehr geeignet ist, das künftige Definitivum zu präjudiciren? Je mehr aber dies der Fall ist, um so unabweislicher drängt sich die Frage auf, wie es sich denn zu der für die definitive Gestaltung in den erwähnten Verhandlungen gegebenen Basis verhalte? Wir können diese Basis nicht, wie es die Depesche vom 26. October thut, ignoriren. Sie ist für uns der nothwendige Ausgangspunkt auch der gegenwärtigen Verhandlungen. Sie ist es ebenso für den deutschen Bund, welcher dieselbe auf Oesterreichs und unsere Empfehlung im Jahre 1852 angenommen hat. Wir können diese Basis auch nur im ganzen Zusammenhange ihrer Bestimmungen auffassen und müssen es für ein fruchtloses Bemühen halten, durch Aussonderung einzelner Elemente derselben, z. B. durch eine dem Herzogthum gewährte größere Selbstständigkeit und Autonomie, wie der dänische Vorschlag es thut, eine Befriedigung herbeiführen zu wollen, selbst wenn diese Autonomie auch in Betreff der gemeinsamen legislativen und finanziellen Angelegenheiten der zugesagten vollen Gleichberechtigung mit den übrigen Theilen der Monarchie entspräche, was wir namentlich in Bezug auf das Budget nicht einmal zugeben können.

Diese für Holstein verheißene Gleichberechtigung steht in nothwendigem Zusammenhange mit der dem Herzogthum Schleswig durch jene Verhandlungen gegebenen Stellung. Die Aenderung in den Verhältnissen der beiden Herzogthümer, die Lösung einer früheren engen Verbindung, ist vom Bunde nur in der bestimmten Voraussetzung jener Zusagen anerkannt worden.

Die Zusage und wiederholte Erklärung, daß weder eine Incorporation des Herzogthums Schleswig in das Königreich stattfinden, noch irgend dieselbe bezweckende Schritte vorgenommen werden sollten, bildeten eine der Bedingungen, unter welchen die deutschen Mächte Verpflichtungen übernommen und erfüllt haben. Die Bekanntmachung Sr. Majestät des Königs von Dänemark vom 28. Januar 1852 ist nicht allein den deutschen Mächten, sondern dem Bundestage von der königlich herzoglichen Regierung als ein integrierender Theil der damaligen Verhandlungen vorgelegt worden. Diese Thatsachen bei den gegenwärtigen Verhandlungen außer Acht zu lassen, kann unmöglich einer dauerhaften Verständigung förderlich sein. Wir dürfen auch bei der königlich dänischen Regierung nicht die Absicht voraussetzen, die Basis wieder zu verlassen, welche im Jahre 1852 als der Abschluß beklagenswerther Differenzen und die Grundlage neuer freundlicher Beziehungen angesehen wurde. Nur in der Aussicht darauf, daß die zu erwartende definitive Ordnung auch in dieser Beziehung den legitimen Ansprüchen Deutschlands werde gerecht werden, hat der Bund es bisher unterlassen können, diese Ansprüche noch besonders hervorzuheben. Wenn nun aber wiederum keine Erklärung über die definitive Ordnung gegeben wird, wenn die Verhältnisse des Herzogthums Schleswig, welche einen integrierenden Theil der frühern Verhandlungen bildeten, in der Depesche vom 26. October nicht nur mit keinem Worte berührt werden, sondern es als selbstverständlich angenommen zu werden scheint, daß das Herzogthum Holstein dem unter Einer gemeinsamen politischen Institution zu einem Ganzen vereinigten Körper der übrigen Monarchie gegenüber gestellt sei, wenn dormalen ausdrücklich in Abrede gestellt wird, daß auch nur die für Holstein in Anspruch genommene Stellung in früheren Verhandlungen begründet sei: so wird die königlich dänische Regierung es begreiflich finden, daß wir in Wahrung der Rechte und Interessen des Bundes und festhaltend an dem 1852 getroffenen Uebereinkommen uns zuvörderst von ihr in Betreff der angegebenen Punkte und ihrer eigenen Stellung zu der durch dieses Uebereinkommen gegebenen Basis Erläuterungen erbitten, welche wir als die nothwendige Ergänzung ihrer gegenwärtigen Vorschläge ansehen. Zu meinem Bedauern kann ich nicht umhin, hier auszusprechen, daß sowohl die bisherigen Aeußerungen des Kopenhagener Cabinets, als das Verfahren der Regierung in

Schleswig, namentlich ihre offenkundige systematische Bekämpfung der deutschen Nationalität, so wie nicht minder das noch factische Fortbestehen des Reichsraths für Schleswig, statt uns die moralischen Garantien zu gewähren, deren Verständigung die dänische Erklärung vom 6. December 1851 in Aussicht stellte, vielmehr die Forderung solcher Erläuterungen für uns nur unabweislich machen.

Nur eine offene und befriedigende Erklärung über die in Betreff der definitiven Gestaltung obwaltenden Absichten und über das Verhältniß auch der vorgeschlagenen provisorischen Ordnung zu den in der Depesche vom 26. October nicht erwähnten Bestimmungen des Uebereinkommens von 1852 würde den Verhandlungen, welche wir mit dem aufrichtigen Wunsche der Verständigung aufnehmen, eine erste Grundlage sichern können.

Diese Erklärung ist es demnach, um welche ich den dänischen Herrn Minister in Erwiderung auf seine Eröffnung vom 26. October zuvörderst zu ersuchen habe. Ich freue mich hinzufügen zu können, daß unsere Auffassung von der kaiserlich österreichischen Regierung getheilt wird. Die im Vorstehenden enthaltene Darlegung derselben ersuche ich Ew. rc. ergebenst im vollen Umfange zur Kenntniß des Herrn Ministers Hall zu bringen und ihm zu dem Ende eine Abschrift dieser Depesche zu übergeben.

Empfangen Ew. rc. 2c.

(gez.) Bernstorff.

No. 47.

Depesche des königlich dänischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Geheimrath Hall, an den königlich dänischen Gesandten in Berlin, Kammerherrn Maade.

Kopenhagen, den 26. Dec. 1861.

„Ich darf es Ew. Excellenz nicht verhehlen, daß es der königlichen Regierung eine schmerzliche Täuschung bereitet hat, in der Ihnen bereits bekannten Depesche, welche Herr von Balan auf Befehl seiner Regierung mir am 10. d. M. übergeben hat, statt einer eingehenden Würdigung unserer Vorschläge vom 26. October d. J. wesentlich nur neue Anfragen zu finden,

die geeignet sind, die Hoffnungen zu schwächen, welche nicht nur wir an eine directe Verhandlung mit den deutschen Großmächten geknüpft haben, sondern die auch von den befreundeten Mächten getheilt wurden, auf deren dringendes Anrathen wir diesen Weg zu einer freundschaftlichen Verständigung betreten haben. Dies soll uns indeß nicht davon abhalten, auch ferner Alles zu thun, was an uns liegt, diese Verhandlungen zu fördern; und wie ich daher mit möglichster Eile dazu schreite, mich über die verschiedenen in der obenerwähnten Depesche angeregten Punkte auszusprechen, so will ich auch dem Beispiel des königlich preussischen Herrn Ministers folgend, unsere Ansichten mit vollkommener Offenheit dazulegen nicht unterlassen.

— Zuvörderst muß ich dem Vorwurf entgegenreten, welchen der königlich preussische Herr Minister an uns richten zu können gemeint hat, als hätten wir freiwillig und nicht vielmehr durch die Umstände und durch das Vorgehen des deutschen Bundes gedrungen, darauf verzichtet, mittelst der gegenwärtigen Verhandlungen eine definitive Ordnung der verfassungsmäßigen Stellung des Herzogthums Holstein zu erzielen. Es möge hier genügen, daran zu erinnern, wie die königliche Regierung, welche hoffen mußte, in der seit Jahren in Kraft getretenen gemeinschaftlichen Verfassung für die Monarchie eine dem Programm von 1832 entsprechende definitive Ordnung unserer Verfassungsverhältnisse erlangt zu haben, nachdem diese Hoffnung durch das Einschreiten des deutschen Bundes gestört war, zu wiederholten Malen, wenn auch stets vergeblich, sich bemüht hat, ein neues Definitivum durch Vereinbarung mit den holsteinischen Ständen zu erreichen. Es waren aber diese Stände, welche zuerst aussprachen, „wie sehr man auch von allen Seiten bemüht sein möchte, eine befriedigende definitive Ordnung der gegenseitigen Verhältnisse der der dänischen Monarchie angehörigen Lande herbeizuführen, doch voraussichtlich eine längere Zeit hingehen würde, ehe das gewünschte Ziel erreicht werden könnte“, und daher auf eine provisorische Ordnung antrugen, durch welche ihnen in demselben Maße wie dem Reichsrathe gesetzgebende Gewalt in den gemeinschaftlichen Angelegenheiten beigelegt werden sollte. Dieser Ansicht trat der deutsche Bund bei. In der Voraussetzung, „daß auch, wenn der beste Wille von allen Seiten vorhanden sei, doch noch eine längere Zeit vergehen werde, bis eine auf gegenseitiges Einverständniß gegründete definitive Regelung der Ver-

fassungsverhältnisse Holsteins an sich und zu den übrigen Theilen der Monarchie zu Stande komme“, hat der Bund sich bemüht, das von den holsteinischen Ständen gewünschte Provisorium in's Leben zu rufen. Wierwohl diese Ansprüche jeder rechtlichen Begründung entbehren, hat der Bundesbeschluß vom 8. März 1860 dieselben als maßgebend für die Zukunft erklärt und durch den späteren Beschluß vom 7. Februar d. J. sind dieselben in doppelter Weise geschärft worden, indem ihnen rückwirkende Kraft beigelegt und deren förmliche Anerkennung durch die königliche Regierung unter Androhung der Execution gefordert wurde. Wenn wir diesen Anforderungen gegenüber unsere Bestrebungen darauf haben beschränken müssen, den Streit mit dem deutschen Bunde durch ein Eingehen auf das Provisorium zu beseitigen, indem wir jede weitere Entwicklung einer künftigen Vereinbarung mit den Ständen vorbehielten — wenn wir zu diesem Ende nur darum ernstlich bemüht sind, uns über eine Auslegung dieser Bundesbeschlüsse mit dem Bunde zu verständigen, die den Gang der geregelten Verwaltung möglich machen könnte, und, um die dazu nöthige Zeit zu gewinnen, bedingungsweise und für einen im Voraus beschränkten Zeitraum denselben auf eine über die Absichten des Bundes unzweifelhaft hinausgehende Weise vorläufig schon entsprochen haben, so konnten wir wahrlich nicht darauf gefaßt sein, daß man uns vorwerfen könne, unerwartet und freiwillig darauf verzichtet zu haben, die streitige Frage erschöpfend und endgültig zu ordnen. Es kann nicht meine Absicht sein, hier die erwähnten Bundesbeschlüsse und deren Verhältniß zur Bundesacte zu discutiren; ich habe nur durch Herstellung des wahren Thatbestandes constatiren wollen, daß die Frage, so wie sie vorliegt, nicht von uns, sondern vom deutschen Bunde gestellt ist. Wenn wir übrigens gegen diese Formulirung der Frage keine Einwendung erhoben haben, so geschah das nicht nur, weil es auch uns einleuchtet, daß Vieles der künftigen Entwicklung vorbehalten bleiben müßte, sondern zugleich weil wir so lange wie möglich die Hoffnung festhalten wollten, daß wenn diese fernere Entwicklung einer Vereinbarung mit den Ständen überwiesen würde, bei einer ruhigeren Gestaltung der Verhältnisse die wahren Gesinnungen und Interessen der Holsteiner einen näheren Anschluß an die übrigen Theile der Monarchie herbeiführen würden. Die Aufgabe der gegenwärtigen Verhandlungen, die innerhalb einer gegebenen, ohne unser Ver-

schulden leider wenig benutzten Zeitfrist beendet sein müssen, ist somit die vorläufige Lösung der Frage, auf welche Weise dem Bundesbeschlusse vom 8. März 1860 Genüge geschehen könne. Es hat uns daher nicht wenig überraschen müssen, ein jedes Eingehen auf diese Frage beseitigt zu sehen durch die Vorfrage, in welchen Verhältnisse die in meiner Depesche vom 26. Octbr. näher entwickelte Ordnung der holsteinischen Verfassungs-Angelegenheiten zu den in der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 ausgesprochenen Absichten stehe; denn das ist in der That nichts anders, als die Frage, wie der Bundesbeschluß vom 8. März sich damit vereinbaren lasse. Wiewohl es nun sicherlich nicht der königlichen Regierung obliegen kann, diese Frage zu erörtern, habe ich doch keine Veranlassung einer Untersuchung auszuweichen, deren Berührung ich bisher nur deshalb vermieden habe, um nicht durch nutzlose Betrachtungen und fruchtlose Beschwerden über das Geschehene dem praktischen Ziele der Verhandlung — einer freundschaftlichen Verständigung — zu schaden. Auch hier werden indeß einige Andeutungen hinreichen, um die wahre Sachlage aufzuklären. — Als der deutsche Bund durch seinen Beschluß vom 29. Juli 1852 „die Bestimmungen der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852, so weit dieselbe die Angelegenheiten der Herzogthümer Holstein und Lauenburg betrafen, auch nach der Lage der Sache der verfassungsmäßigen Prüfung und dem Beschluß des deutschen Bundes unterlagen als den Gesetzen und Rechten des Bundes entsprechend“ anerkannte, war es von beiden Seiten ausdrücklich vorausgesetzt, daß der Bund sein Verhältniß zu den Herzogthümern nicht zu einer unberechtigten Einmischung in die Regierung des unabhängigen dänischen Gesamtstaates benutzen dürfe. In der Anlage 2 der diesseitigen Depesche vom 6. Decbr. 1851 heißt es, „daß *Ec.* Majestät sich nicht verhehlen können, daß die Möglichkeit einer solchen gemeinschaftlichen Verfassung und überhaupt der Verwaltung Allerhöchstlicher Staaten als einer gesammten Monarchie nur dadurch gegeben sein wird, daß den Verpflichtungen, welche der König als Mitglied des deutschen Bundes übernommen hat, keine weitere Ausdehnung gegeben, auch Allerhöchstseffen Souveränität über seine beiden deutschen Herzogthümer nicht mehr begrenzt und beschränkt werde, als die jetzt bestehende von dem König von Dänemark angenommene Bundesgesetzgebung es erheischt“, und die Antwort hierauf lautete dahin, daß „jede künftige möglicherweise entstehende weitere Irrung zwischen Däne-

mark und dem Bunde wieder ausschließlich innerhalb der Frage der grundgesetzlichen Competenz des Bundes sich bewegen wird.“ (s. Depesche vom 26. Decbr. 1851 cf. Anlage No. 2). — Es ist rücksichtlich dieser grundgesetzlichen Competenz, daß die königlich preussische Regierung neuerdings wieder ausgesprochen hat, daß es in dem ursprünglichen Charakter des Bundes nicht weniger als in dem wohlverstandenen Interesse desselben liege, „seine Thätigkeit in seinen Beziehungen zu den innern Verhältnissen der einzelnen Staaten und insbesondere zu deren Verfassungen auf das genaueste Maß zu beschränken.“ Wenn aber das preussische Circular vom 6. Juni vorigen Jahres diese enge Begrenzung des Rechtes des Bundes zu einer Einmischung in die Verfassungsangelegenheiten rein deutscher Staaten als in den Acten und der allgemein völkerrechtlichen Natur des Bundes begründet hat, so hätte man wohl um so mehr zu der Erwartung berechtigt sein müssen, dieselben Regeln einem Bundeslande gegenüber beobachtet zu sehen, welches sich wie Holstein in einer anerkannten verfassungsmäßigen Verbindung mit einem nicht zu Deutschland gehörenden Staate befindet. — Leider hat der deutsche Bund diese allseitige Voraussetzung bei Weitem nicht in seiner Beziehung zu uns erfüllt. Schon von 1854 an hatte die gemeinschaftliche Verfassung in ihren Grundzügen bestanden und das Stillschweigen der Bundesversammlung konnte nur als eine Anerkennung der Uebereinstimmung derselben mit den in 1852 kundgegebenen Intentionen aufgefaßt werden. Nichtsdestoweniger und obgleich der Bundesversammlung weder in einer Eingabe der holsteinischen Stände noch in der Uebnahme einer besonderen Garantie eine formelle Berechtigung zum Einschreiten erwachsen war, hat dieselbe dennoch seit 1858 ihre Bestrebungen darauf gerichtet, Schritt für Schritt das Herzogthum Holstein aus dessen, auf die Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 basirten constitutionellen Verbindung mit der Monarchie hinaus zu zwingen. Und als diese Verbindung endlich aufgelöst war, ist der Bund deren Wiederherstellung hindernd in den Weg getreten, theils dadurch, daß er dieselbe, im Widerspruch mit der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852, von der Zustimmung der holsteinischen Stände abhängig machte, obgleich diese jedenfalls höchstens eine bloß rathgebende Mitwirkung in Anspruch nehmen können, wie solches auch von der Bundesversammlung selbst annoch im Jahre 1858 unzweideutig aner-

- kannt wurde —, theils dadurch, daß den Ausdrücken „Gleichberechtigung und Selbstständigkeit,“ deren bestimmter Definirung man sich immer sorgfältig enthielt, dennoch ein Sinn beigelegt wurde, der (wie es nur mit allzuvielm Rechte in der preussischen Deputirtenkammer in 1860 hervorgehoben ist) mit der Existenz eines Gesamtstaates unvereinbar ist. Nunmehr verlangt endlich der Bund, daß den holsteinischen Ständen in demselben Umfang wie dem Reichsrath eine Gesetzgebungs- und Bewilligungs-Befugniß beigelegt werden solle, die nach der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 in der bestimmtesten Weise außerhalb des Wirkungskreises der Stände-Versammlung gehalten waren, um der gemeinsamen repräsentativen Versammlung reservirt zu sein. Und diese ganze, die 4 letzten Jahre hindurch stets weiter gehende Einmischung des Bundes ist fortwährend von der Androhung der Execution begleitet gewesen, welche, als gegen den Landesherrn gerichtet, ohne Beispiel in der Geschichte des Bundes sein würde, wie sie auch ohne Gewähr in dessen Gesetzgebung ist. — Schritt für Schritt hat die königliche Regierung durch eine sichere Aussicht auf die Execution mit deren unberechenbaren Folgen sich gezwungen gesehen, von der durch die Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 bezweckten und durch Bundesbeschluß vom 29. Juli desselben Jahres gutgeheißenen Stellung des Herzogthums in der Monarchie zurückzuweichen. Und wenn die königliche Regierung jetzt, belehrt durch fünfjährige bittere Erfahrung zur Zeit von dem resultatlosen Versuche absteht, die Voraussetzungen von 1852 vollständig in der damals beabsichtigten Weise durchzuführen und auf's Neue mit einer Execution bedroht, sich bereit erklärt, auch den zuletzt aufgestellten Forderungen des Bundes dadurch zu willfahren, daß den holsteinischen Ständen eine auch hinsichtlich der allgemeinen Angelegenheiten der Monarchie selbstständige Stellung zugestanden und jede Veränderung in dieser Ordnung von der Zustimmung derselben abhängig gemacht werde, so hat sie lediglich ihr Augenmerk noch darauf gerichtet, diesen Zustand so zu reguliren, daß nicht jede Regierung unmöglich gemacht werde, und unter Aufrechthaltung der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852, so weit die Beschlüsse des deutschen Bundes es gestatten, einen Zustand hervorzurufen, welcher den Forderungen des deutschen Bundes genügend, die fernere Gestaltung der holsteinischen Verfassungs-Angelegenheit einer freien Vereinbarung mit den gesetz-

mäßigen Vertretern Holsteins überweist. — Dieser kurze Rückblick auf den bisherigen historischen Verlauf der obschwebenden Frage wird dem königlich preussischen (k. k. österreichischen) Herrn Minister die gewünschte Aufklärung gewähren, sowohl über die definitiven Absichten der königlichen Regierung hinsichtlich der verfassungsmäßigen Stellung Holsteins in der dänischen Monarchie, als über deren Verhältniß zu den in der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 darüber ausgesprochenen Absichten. Namentlich wird er daraus ersehen, daß, wenn die gegenwärtige Lage der Dinge unseren Wünschen und den damals gehegten Erwartungen nur sehr unvollkommen entspricht, die Verantwortung hierfür nicht auf der dänischen Regierung lasten kann, welcher die jetzt vorliegende Ordnung durch wiederholte Executions-An drohung aufgenöthigt ist. Auch darf es dabei nicht übersehen werden, daß nicht nur der deutsche Bund sich für befugt gehalten hat, von der Verpflichtung von 1852 abzugehen, sondern daß auch die allgemeinen Voraussetzungen der damals beabsichtigten Ordnung seitdem wesentlich modificirt sind. Das auf mannigfache Weise bekundete Streben nach einer mehr einheitlichen Gestaltung der öffentlichen Rechtsverhältnisse Deutschlands, dem weder die deutschen Regierungen noch die Bundesversammlung fremd geblieben, sind Thatfachen, auf deren Würdigung ich hier nicht eingehen werde, die aber selbst aus einem rein deutschen Gesichtspunkte, auf die Stellung eines Bundeslandes zu einem nicht zum Bunde gehörigen Reiche nothwendig von großer Bedeutung sein müssen. Eben deshalb kann ich bei der Bereitwilligkeit der königlichen Regierung, dieser Sachlage in gebührender Weise Rechnung zu tragen, die Hoffnung nicht aufgeben, daß es trotz aller Irrungen doch gelingen werde, eine alle berechtigten Forderungen befriedigende Lösung zu finden. — Leider hat aber die königlich preussische Regierung sich nicht darauf beschränkt, den historischen Zusammenhang und die künftigen Aussichten der holsteinischen Verfassungsfrage in Anregung zu bringen. Dem Versuche, auch die inneren Verhältnisse des Herzogthums Schleswig in den Bereich dieser Discussion zu ziehen, kann ich nicht entsprechen, denn wenn auch Sr. Majestät unser allergnädigster König Sich mit Rücksicht auf die Herzogthümer Holstein und Lauenburg und wegen deren staatsrechtlicher Verhältnisse zum deutschen Bunde in viele der darauf gestützten Forderungen hat fügen können, so kann Er das nicht mit Rück-

sicht auf das Herzogthum Schleswig, weil dasselbe zum deutschen Bunde nicht gehört und er die souveränen Rechte seines vom deutschen Bunde unabhängigen Reiches zu wahren hat. Zwar können wir es der preussischen Regierung nicht wehren, aus den Verhandlungen von 1851 und 52 Anlaß zu nehmen, sich über deren Verhältniß zur Stellung Schleswigs auszusprechen, und wie wenig Grund wir haben, eine Erörterung dieser Frage zu scheuen, wird aus dem Schriftwechsel crinnerlich sein, welcher aus Anlaß der preussischen Kammerverhandlungen darüber im Jahre 1860 stattgehabt hat. Aber der jetzt vorliegenden Frage ist dieser Gegenstand gänzlich fremd, denn in welcher Weise der deutsche Bund seine Competenz mit Rücksicht auf Holstein aufgefaßt hat, so hat er doch durchgängig die Ansicht festgehalten, welche die königlich preussische Regierung — früherer Vorgänge nicht zu gedenken — im Namen des Bundes 1851 ausgesprochen hat, „daß die Verhältnisse Schleswigs als eines außerdeutschen Landes an sich nicht Gegenstand der Erörterung und Verhandlung des deutschen Bundes seien.“ In den Bundesbeschlüssen, um deren Durchführung es sich hier ausschließlich handelt, ist daher auch des Herzogthums Schleswig mit keinem Worte gedacht. Wiewohl ich daher nicht die Hand dazu bieten kann, die Lösung der ohnehin schon hinlänglich verwickelten holsteinischen Frage durch Einmischung einer ganz neuen, den bisherigen Verhandlungen ganz fremden Frage zu erschweren, wo nicht unmöglich zu machen, kann ich doch nicht umhin, bei dieser Gelegenheit gegen die unrichtigen Behauptungen, die sich darüber in die Depesche des Grafen Bernstorff eingeschlichen haben, namentlich gegen solche Aeußerungen als „offenkundige systematische Bekämpfung der deutschen Nationalität“ oder über das noch factische Fortbestehen des Reichsrathes für Schleswig bestimmte Eintrede zu machen. Es kann dem Herrn Minister unmöglich unbekannt sein, daß selbst eine unparteiische Gerechtigkeit und wohlwollende Milde nicht gegen systematische Verleumdungen schützt, wo innerhalb desselben Staates verschiedene Nationalitäten einander gegenüberstehen; und was das vollgültige Fortbestehen des Reichsrathes für die zum deutschen Bunde nicht gehörigen Theile der dänischen Monarchie betrifft, so soll ich, ohne näher auf diesen Punkt einzugehen, auf das vom Bunde mit Befriedigung aufgenommene Patent vom 6. November 1858 verweisen, worin dasselbe bestimmt ausgesprochen, wie es denn

auch in dem Bundesbeschlusse vom 8. März 1860 und 7. Febr. d. J. in klarer Weise vorausgesetzt ist. — Je schmerzlicher der hier erwähnte Theil der Depesche des Grafen Bernstorff uns hat berühren müssen, desto mehr wünschen wir festzuhalten an seinen wiederholten Versicherungen, ein gedeihliches Resultat dieser Verhandlungen aufrichtig zu wünschen. Auf diesen Wunsch, der sicherlich von allen befreundeten Mächten getheilt wird, gründe ich die Hoffnung, daß, nachdem die königliche Regierung durch die diesseitige Erklärung vom 29. Juli d. J. dem Willen des deutschen Bundes vorläufig entgegengekommen ist, die königlich preussische Regierung nicht unterlassen werde, unsere Vorschläge, die nur die loyale Erfüllung dieser Bundesbeschlüsse bezwecken, in ernstliche Erwägung zu ziehen. Namentlich dürfen wir uns auch der Erwartung hingeben, daß der deutsche Bund, der an die holsteinischen Stände zu wiederholten Malen als an das rechte Forum der Sache hingewiesen habe, nicht wiederum seinen Entschluß von der Zustimmung dieser Stände abhängig machen, sondern selbst ermessen wird, wie weit unsere Vorschläge seinen früheren Entschlüssen entsprechen. Die Bundesversammlung wird es dabei gewiß nicht unterlassen, die Ansprüche Holsteins mit ihrer eigenen Gesetzgebung, so wie mit den souveränen Rechten des Landesherrn in Einklang zu bringen. Indem ich daher mit der wiederholten Bitte an den Herrn Minister des Auswärtigen schliesse, daß er durch ein Eingehen auf die Sache uns in den Stand setzen wolle, die Punkte näher zu erläutern, welche in unsern Vorschlägen ihm unklar oder zweifelhaft erschienen, darf ich es nicht unterlassen, ihn daran zu erinnern, daß der Zusammentritt des Reichsraths so lange ver tagt ist, als die Verfassung der Regierung solches gestattet, und daß somit der Zeitpunkt nahe liegt, wo die königliche Regierung sich in die Nothwendigkeit versetzt finden wird, das Budget für die nächste Finanzperiode vorzulegen, so wie es der königlich preussischen Regierung bekannt ist, daß eine Verlängerung des gegenwärtigen Provisoriums über den Ablauf der jetzigen Finanzperiode nicht möglich ist. In dieser Beziehung darf ich mich auf die Erklärung der königlich preussischen Regierung berufen, daß es selbstverständlich fern von ihrer Absicht sei, den Bedingungen einer geordneten Staatsverwaltung oder den Rechten des Landesherrn und der übrigen zum deutschen Bunde nicht gehörenden Landestheile in irgend einer Weise zu nahe zu treten. — Ich

ersuche Ew. Excellenz, dem königlich preussischen, (k. k. österreichischen) Minister der auswärtigen Angelegenheiten eine Abschrift dieser Depesche zu übergeben. Mit ausgezeichnetester Hochachtung etc.

(gez.) C. Hall.



Beilagen.

No. 1.

A. Der der Notabeln-Versammlung vorgelegte Plan zur Organisation der dänischen Monarchie.

I.

Die dänische Monarchie verbleibt ein einheitliches Ganzes, unter einem gemeinsamen Fürsten, mit der nämlichen Erbfolge, mit gemeinsamer diplomatischer und Consular- Repräsentation, Flotte und Flagge.

Ein übereinstimmendes Handels- und Schifffahrtssystem, ein übereinstimmender Münzfuß und ein übereinstimmendes Post- und Zollwesen wird die ganze dänische Monarchie umfassen, mit Ausnahme des Herzogthums Lauenburg, dessen Anschluß in dieser Hinsicht einer nähern Prüfung vorbehalten bleibt.

In wiefern die Staatsschuld und die Staatsactiven gemeinschaftlich verbleiben, oder nach der Volkszahl und der Lage des betreffenden Grundbesizes getheilt werden sollen, wird gleichfalls einer nähern Bestimmung vorbehalten.

II.

Die Herzogthümer Holstein und Lauenburg verbleiben Theile des deutschen Bundes. Ihre besondere Stellung wird durch eigene Landtage gesichert, denen in Gemeinschaft mit dem Könige, hinsichtlich der inneren Angelegenheiten eines jeden der beiden Herzogthümer, die beschließende Macht zusieht.

Jedes Herzogthum nimmt, im Verhältniß seiner Volkszahl zu der der ganzen Monarchie, an den die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der ganzen Monarchie betreffenden Ausgaben Theil.

Die Größe dieses Beitrages wird ein für allemal festgesetzt, und können die Landtage denselben nicht verweigern.

Auf welche Art dieser Beitrag entrichtet wird, wird von dem Könige in Verbindung mit dem Landtage eines jeden Herzogthums bestimmt.

III.

In allen Fällen, in welchen es sich um Angelegenheiten handelt, die die Monarchie in ihrer Gesamtheit betreffen, haben die bei dem Könige anwesenden officiellen Organe Holsteins und Lauenburgs, den dänischen Ministern vollkommen gleich, Sitz und Stimme im Staatsrath.

Die auf die gemeinschaftlichen Angelegenheiten, einschließ- lich des Post- und Zollwesens, bezügliche Gesetzgebung wird vorläufig von Ausschüssen behandelt, welche aus einer gleichen Zahl der Mitglieder des dänischen Reichstags, und der Land- tage Holsteins und Lauenburgs zusammengesetzt werden. Diese vorbereitenden Arbeiten werden dann, getrennt und in den ver- fassungsmäßigen Formen, den drei Versammlungen vorgelegt.

Ist hinsichtlich eines einzelnen Punktes kein Einverständnis zu Wege zu bringen, so verbleibt es in dieser Beziehung bei dem Bestehenden.

IV.

Das Herzogthum Schleswig hat seinen eigenen beschlie- sende Landtag und eine abgesonderte ministerielle und locale Administration in folgenden Angelegenheiten:

- 1) die allgemeine civile und criminelle Gesetzgebung;
- 2) das Justiz- und Polizeiwesen;
- 3) die Kirche und das öffentliche Unterrichtswesen, jedoch mit Beibehaltung des speciellen Verhältnisses mit Rücksicht auf Als, Aertoe und Törringelehn;
- 4) das Communal-Wesen;
- 5) das Gewerbe-Wesen;
- 6) die die inneren Angelegenheiten des Herzogthums betreffenden Einnahmen und Ausgaben; ferner die Art der Aufbringung eventueller Zuschüsse zu der, nach dem Verhältniß der Volkszahl, ein für allemal normirten Beitrags-Quota des Herzog- thums zu den gemeinschaftlichen Staatsbedürfnissen der ganzen Monarchie, insoweit solche durch die gemeinschaftlichen Staatseinnahmen nicht gedeckt werden.

V.

Außer den im Art. I. genannten, für die gesammte Monar- chie gemeinschaftlichen Angelegenheiten, hat das Herzogthum Schles-

wig mit dem Königreiche ferner gemeinschaftliches Heer und was damit in Verbindung steht.

Für alle gemeinschaftlichen Angelegenheiten haben Dänemark und Schleswig gemeinschaftliche Administration und gesetzgebende Gewalt, indem in Beziehung auf dieselben der schleswigsche Landtag mit dem dänischen Reichstag zusammentreten soll.

VI.

Mit dem Herzogthum Holstein hat das Herzogthum Schleswig folgende specielle Institutionen gemein:

- 1) den Eider-Canal;
- 2) die Affecuranz-Gesellschaften gegen Feuersbrunst;
- 3) die Universität in Kiel, was den deutschredenden Theil des Herzogthums Schleswig betrifft;
- 4) das Taubstummen-Institut;
- 5) die Irrenanstalt in der Stadt Schleswig;
- 6) die Strafanstalt in Glückstadt;
- 7) die Ritterschaft (was den bestehenden unpolitischen nexus socialis betrifft,) und die Klöster.

Die Art und Weise, wie Holstein und Schleswig an den mit den genannten Institutionen verbundenen Einnahmen und Ausgaben Theil nehmen, sowohl als die Ordnung der Verwaltung derselben, so wie auch das respective Verhältniß des schleswigschen und des holsteinischen Landtages hierzu, werden näher zu regeln sein.

VII.

Die fernere Entwicklung und eventuelle Modification der gegenwärtigen Grundzüge werden der Berathung mit den in Folge des Manifestes vom 14. Juli 1850 ehestens zusammentretenden angesehenen Männern aus den verschiedenen Theilen der Monarchie vorbehalten.

B. Der von den holsteinischen Mitgliedern der Notabeln-Versammlung ausgearbeitete Organisations-Entwurf.

(Wie nach den politischen Antecedentien der von der dänischen Regierung berufenen Männer zu erwarten war, stimmten

die aus dem Königreiche Dänemark sowie die aus dem Herzogthume Schleswig Einberufenen, mit Ausnahme des Etatsraths Brehn, sammt und sonders für den Regierungsentwurf, wohingegen die Holsteiner einstimmig denselben verwarfen, und in einem ausführlichen Gutachten darlegten, wie die Selbstständigkeit, so wie die Verbindung der Herzogthümer Schleswig und Holstein, durch Geschichte und Recht gleichmäßig sanctionirt sei, und als nothwendiger Ausgangspunkt für jede Ordnung der Verfassungsverhältnisse festgehalten werden müsse. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, reichten sie den nachfolgenden Organisations-Entwurf ein.)

In der Voraussetzung, daß eine gemeinsame Erbfolge in allen Landestheilen auf eine die Interessen der Unterthanen sichernde Weise, unter Beachtung der Ansprüche erbberechtigter Agnaten hergestellt werde, erlauben sich die Unterzeichneten, nachstehende Grundzüge eines Plans zur Organisation der dänischen Monarchie in Vorschlag zu bringen.

§ 1.

Die dänische Monarchie bildet ein Ganzes, insofern alle Theile derselben (§ 2) den Fürsten, dieselbe Erbfolge, und eine diplomatische und Consularvertretung mit einander gemein haben.

Die Flagge ist mit den Abzeichen der einzelnen Landestheile eine gemeinsame; eben so das Heer und die Flotte, beides jedoch unter den im § 8 angeführten näheren Beschränkungen und Voraussetzungen.

§ 2.

Die Monarchie besteht aus dem Königreiche Dänemark, dem Herzogthum Schleswig, dem Herzogthum Holstein und dem Herzogthum Lauenburg.

§ 3.

Die Herzogthümer Holstein und Lauenburg verbleiben Theile des Deutschen Bundes.

Das Herzogthum Schleswig behält seine bisherige Selbstständigkeit.

Die besondere Stellung aller drei Herzogthümer wird durch eigene Landtage gesichert, denen in Gemeinschaft mit dem Landesherren die beschließende Macht hinsichtlich der inneren Angelegenheiten eines jeden dieser drei Herzogthümer beigelegt wird.

Ueber die innere Organisation jedes dieser Landestheile ist in besonderen Verfassungsurkunden, nach wesentlich übereinstimmenden Grundsätzen, das Nähere festzustellen.

§ 4.

Den Herzogthümern Schleswig und Holstein verbleibt ihre bisherige Gemeinsamkeit der Verwaltung und Rechtspflege.

Beide Herzogthümer haben demgemäß eine gemeinsame höchste Vertretung beim Landesherren, und eine gemeinsame obere Behörde in der Verwaltung und Justiz.

Es können nur Eingeborne der gedachten beiden Landestheile in der Verwaltung und Rechtspflege derselben angestellt werden.

Hinsichtlich der Inseln Alsen, Mørø und des Löringsehns verbleibt es bei den bisherigen Verhältnissen in Betreff der Kirche und des öffentlichen Unterrichts.

§ 5.

Die beiden Nationalitäten des Herzogthums Schleswig haben völlig gleiche Berechtigung, und dient hinsichtlich der Kirchen- und Schulsprache der status quo vom 1. Januar 1848 zur Grundlage.

Die zur Sicherung dieser Gleichberechtigung erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen, bleiben der eigenen Beschlußnahme des schleswigschen Landtages, unter Zustimmung des Landesherren, vorbehalten.

§ 6.

Jedes Herzogthum nimmt nach einem festzustellenden Quotenverhältnisse an den, die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie (§ 1 und 8) betreffenden, Kosten Theil.

Es ist ein für allemal durch Vereinbarung ein Minimum für jeden Zweig dieser Abgaben festzustellen, welches jährlich

von den Herzogthümern aufzubringen ist. Zur Leistung eines größeren Beitrages ist die Zustimmung des Landtages jedes Herzogthums erforderlich.

Auf welche Weise dieser Kostenbeitrag in jedem Landestheile aufzubringen ist, wird von dem Landesherren in Verbindung mit dem Landtage jedes Herzogthums festgestellt.

§ 7.

Die Herbeiführung eines möglichst gleichförmigen Zoll-, Post- und Münz-, sowie Handels- und Schiffahrtssystems für die gesammte Monarchie wird einer Verständigung sämmtlicher Landesvertretungen unter Vermittelung und Zustimmung des Landesherren vorbehalten. Für die Herzogthümer Schleswig und Holstein dient in dieser Beziehung der status quo vom 1. Januar 1848 zur Grundlage.

§ 8.

Das gesammte Heer der Monarchie steht unter demselben Kriegsherrn und derselben Oberleitung, welche Letztere rücksichtlich der einzelnen Heeresabtheilungen resp. dem dänischen Reichstage und den Landtagen der Herzogthümer verantwortlich ist. Hinsichtlich der mit dieser gemeinsamen Oberleitung verbundenen Kosten ist es nach § 6 zu verhalten.

Die holsteinischen und lauenburgischen Truppen bilden das deutsche Bundescontingent, in welchem nur Deutsche angestellt werden können, für deren militärische Ausbildung im Herzogthum Holstein die nöthigen Veranstaltungen zu treffen sind. Gleichfalls bilden die Truppen des Herzogthums Schleswig eine besondere Abtheilung, bei welcher zur Sicherstellung der beiden Nationalitäten, in Beziehung auf den Dienst und den ordentlichen Garnisonsort in Friedenszeiten, die nöthigen näheren Bestimmungen zu treffen sind. Die Kosten jeder dieser Heeresabtheilungen sind von demjenigen Landestheile, welchem dieselbe angehört, zu tragen. Die Theilnahme Holsteins an der dänischen Flotte bleibt einer näheren Vereinbarung mit dem deutschen Bunde vorbehalten.

§ 9.

Inwiefern die Staatsschuld und die Staatsactiven gemeinschaftlich bleiben oder aufgetheilt werden sollen, und in welcher Weise, wird einer näheren Verständigung vorbehalten.

§ 10.

Dieser Organisationsplan wird den Ständeverfassungen der verschiedenen Landestheile zur Prüfung vorgelegt.

Glücksburg, den 17. Juni 1851.

Baudissin. A. Mollke. Rankau. Eh. Reincke. Scharmer. Wiese.



No. 2.

Vorläufiges Normalbudget für die zweijährige Finanzperiode.

Wir Frederik der Siebente, von Gottes Gnaden König zu Dänemark, der Wenden und Gothen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stormarn, der Dithmarschen und zu Lauenburg, wie auch zu Oldenburg,

Thun kund hiermit: In Gemäßheit der siebenten interimistischen Bestimmung *) des Verfassungsgesetzes vom 2. October 1853 für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der dänischen Monarchie haben Wir gegenwärtiges vorläufige Normalbudget bestimmt, und wird dasselbe, bis ein Normalbudget durch Gesetz festgestellt werden kann, den finanziellen Zulagegesetzen zum Grunde zu legen sein.

Bonach sich männiglich zu achten.

Gegeben auf Unserm Schlosse Christiansborg, den 28. Februar 1856.

Unter Unserem Königlichen Handzeichen und Inseigel.

Frederik. R.

(L. S.)

Andri.

Einnahmen.

	Rthlr.
1. Ueberschuß von Domaine-Einnahmen (§ 1)	3,398,000
2. Ueberschuß aus dem Herzogthum Lauenburg	600,000
3. Ueberschuß von den dänisch-westindischen Inseln	6,000
4. Zinsen von den Staatsactiven (§ 2)	1,020,450
5. Sunds, Stroms und Canalzoll (§ 3)	4,132,000
6. Ueberschuß der Zolls, Kartenstempelungs- und Schifffahrts- Abgaben, Brennerei-Eintraden, Recognitionen von Han- delsreisenden ic. ic. (§ 4)	15,097,000
	<hr/>
	Lat. 24,253,450

*) Die angezogene siebente interimistische Bestimmung lautet: „Bis das Normalbudget durch Gesetz festgestellt werden kann, bestimmt der König ein vorläufiges Normalbudget, in welchem die Ausgaben aufgeführt werden sollen, welche in bestehenden Gesetzen oder in den ordinären Anforderungen der verschiedenen Verwaltungszweige begründet sind. Jedoch darf die Gesamtsumme der Ausgaben für jeden Hauptabschnitt nicht den Durchschnittsbelauf der Summen übersteigen, welche für denselben Zweck durch die Budgette für die Finanzjahre vom 1. April 1853 bis zum 31. März 1856 bewilligt worden sind.“

	Rthlr.
	Transp. 24,253,450
7. Ueberschuß von dem Postwesen (§ 5)	243,000
8. Klassen-Lotto-Intraden	150,000
9. Verschiedene Einnahmen (§ 6)	291,600
10. Zuschuß der einzelnen Landestheile von den besonderen Einnahmen derselben	3,426,660
Im Ganzen Einnahme	28,364,710

Ausgaben.

1. Die Civilliste Sr. Maj. des Königs	1,600,000
2. Die Apanagen des Königlichen Hauses	706,600
3. Der Geheime-Staatsrath (§ 7)	106,600
4. Verzinsung und Abbezahlung der Staatsschuld (§ 8)	12,290,000
5. Das Pensionswesen (§ 9)	2,833,400
6. Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten (§ 10)	422,490
7. Das Kriegsministerium (§ 11)	6,394,097
8. Das Marineministerium (§ 12)	2,923,705
9. Das Finanzministerium (§ 13)	811,918
10. Das Ministerium für die gemeinschaftlichen inneren An- gelegenheiten der Monarchie (§ 14)	9,900
11. Verschiedene Ausgaben (§. 15)	266,000
Im Ganzen Ausgabe	28,364,710

s. 1. Ueberschuß von Domainen-Einnahmen.

A. Von dem Königreiche:

a. Das Landwesen u. f. w.

	Rthlr.	Rthlr.
1. Eigentliche Domainen-Einnahmen	800,000	
2. Verschiedene unter die Domainen-Verwaltung gehörige Einnahmen	30,000	
3. Verschiedene unter die Domainen-Verwaltung gehörige Schlösser und Gebäude	2,800	
	<hr/>	832,800

b. Das Forst- und Jagdwesen.

1. Das Forstwesen	760,000	
2. Das Jagdwesen	24,800	
	<hr/>	784,800
	<hr/>	Bat. 1,617,600

	Rthlr.	
	Transp.	1,617,600
B. Von dem Herzogthum Schleswig:		
a. Das Landwesen u. s. w.	Rthlr.	
1. Einnahme von den Domainedistricten	28,400	
2. Stehende Domaine-Einnahmen	1,100,000	
3. Veränderliche Domaine-Einnahmen	280,000	
		<u>1,408,400</u>
b. Das Forst- und Jagdwesen		360,000
C. Von dem Herzogthum Holstein:		
a. Das Landwesen u. s. w.		
1. Einnahmen von den Domainedistricten	220,000	
2. Einnahmen von den Pachtungen	320,000	
3. Andere Domaine-Einnahmen	740,000	
		<u>1,280,000</u>
b. Das Forst- und Jagdwesen		380,000
		<u>5,046,000</u>
Wenn hiervon die Ausgaben abgezogen werden, welche von den Domaine-Einnahmen im Voraus abgehalten werden (§ 14)		<u>1,647,932</u>
ergiebt sich ein reiner Ueberschuß von		<u>3,398,068</u>
oder abgerundet		3,398,000

§. 2. Zinsen von den Staatsactiven.

A. Die Activen des Reservefonds: Zinsen und Ausbeute von denselben	296,000
B. a. Einnahmen von einigen den Activen zugewiesenen festen Be- fügungen	11,850
b. Ueberschuß von dem Grönländischen Handel und von der Porzelaufabrik	60,000
C. a. Zinsen von den im Königreich, in dem Herzogthum Schleswig und in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg ausste- henden Forderungen, nach Abzug der Realisationsausgaben u., welche hiervon vorweg abgehalten werden	572,600
b. Zinsen von den in Westindien ausstehenden Forderungen und Ueberschuß der Einnahmen von den übernommenen Plantagen nach Abzug der Realisationsausgaben u. s. w., welche hievon vorweg abgehalten werden (hierunter für den auf St. Croix angenommenen künftigen Plantageninspector 4,800 Rthlr.)	80,000
Zusammen	1,020,450

§. 3. Sund-, Strom- und Canalzoll.

A. Derselbe und Stromzoll, Intraden.

	Rthlr.
a. Sund- u. Stromzoll nebst Rosenobel, nach Abzug der Vergütungen	4,000,000
b. Andere Einnahmen, von welchen die Administrations-Kosten bestritten werden	580,000 Rthlr.
Dievon werden, außer den im § 13 aufgeführten 444,823 Rthlr. 32 Schl. auch die außerordentlichen, dem Fond belasteten Ausgaben abgehalten. Eine eventuelle Unterbilanz wird soweit möglich durch das zinstragende Capital des Administrationsfonds zu decken sein und dieses wiederum um die eventuellen jährlichen Ueberschüsse erhöht werden.	
B. Intraden von dem Ueberschusse des Eider-canal's	132,000
Zusammen	4,132,000

§. 4. Ueberschuß von Zoll-, Kartenstempelungs- und Schiffahrts-Abgaben, Brennerei-Intraden, Recognitionen von Handelsreisenden u. u.

A. Für das Königreich.

a. Einfuhrzoll und Abgabe vom Kartenstempel, nach Abzug der Vergütungen	6,820,000
b. Ausfuhrzoll, ebenfalls	130,000
c. Transitzoll und Bachhausmiethen, nach Abzug der Vergütungen .	32,000
d. Sporteln, ebenfalls	542,000
e. Laßgelder, ebenfalls	500,000
f. Leuchtfeuer Gelder, ebenfalls	246,000
g. Brennerei-Abgabe, ebenfalls	2,520,000
h. Recognitionen von Handelsreisenden und von concessionirten Spitzenhändlern u. u.	27,000
i. Verschiedene Einnahmen	26,000
	<u>10,843,000</u>

B. Für das Herzogthum Schleswig.

a. Einfuhrzoll und Abgabe vom Kartenstempel, nach Abzug der Vergütungen	2,140,000
b. Ausfuhrzoll, ebenfalls	40,000
c. Transitzoll und Bachhausmiethen, ebenfalls	3,000
d. Sporteln, ebenfalls	168,000
e. Laßgelder, ebenfalls	70,000
f. Leuchtfeuer Gelder, ebenfalls	48,000
g. Brennerei-Abgabe, ebenfalls	440,000
h. Recognition von Handelsreisenden und von concessionirten Spitzenhändlern u. u.	6,000
	<u>Rat. 2,915,000</u>

		Rthlr.
	Transp.	10,843,000
		Rthlr.
	Transp.	2,915,000
i. Verschiedene Einnahmen	20,000	
	<hr/>	2,935,000

C. Für das Herzogthum Holstein.

a.	Einfuhrzoll und Abgabe vom Kartenstempel, nach Abzug der Vergütungen	3,060,000
b.	Ausfuhrzoll, ebenfalls	137,000
c.	Transitzoll und Packhausmiete, ebenfalls	89,200
d.	Sporteln, ebenfalls	220,000
e.	Lastgelder, ebenfalls	34,000
f.	Leuchtfeuerfelder, ebenfalls	24,000
g.	Brennerei-Abgabe, ebenfalls	334,600
h.	Recognitionen von Handelsreisenden und von con- cessionirten Spitzenhändlern	38,000
i.	Verschiedene Einnahmen	36,000
		<hr/>
		3,975,800

Nach Abzug der Aversionalsumme in Gemäßheit der
Conventionen vom 13. Febr., 20. und 21. Juni
1853, welche auf 160,800
veranschlagt werden, netto 3,815,000

Also im Ganzen 17,593,000

Wenn hiervon die im Voraus abzuhaltenden Administrationskosten (§ 13) 2,496,000
abgezogen werden, ergibt sich ein Ueberschuß von 15,097,000

§. 5. Ueberschuß von dem Postwesen.

	Rthlr.	Echl.
A. a. Porto von Briefen, Geldern und Packeten nebst Fuhr- lohn für die Beförderung von Reisenden mit der Frachtkroß	1,780,000	
b. Postabgaben für die mit den Posten versandten Zei- tungen, Zeitschriften und Blätter	52,000	
B. Fracht für die Beförderung von Reisenden und Gütern mit den Diligencen und Personenposten	372,000	
C. Zufällige Einnahmen	4,600	
	<hr/>	2,208,600
Nach Abzug der Ausgaben, welche im Voraus abzuhalten sind (§ 14)	1,965,674	22
ergibt sich ein Ueberschuß von	242,925	74
oder abgerundet	243,000	

§. 6. Verschiedene Einnahmen.

	Rthlr.
a. Zinsen von dem Kassenbehalt	60,000
b. Abträge auf Vorschüsse	20,000
c. Realisationen u. u. bei den Militair-Etats	100,000
d. Rangsteuer	92,000
e. Verschiedene Mieth-Einnahmen	1,600
f. Gebühren	18,000
	<hr/>
Im Ganzen	291,600

§. 7. Der Geheime Staatsrath.

a. Die Gagen der Minister u. u.	93,800
b. Das Staatssecretariat	12,800
	<hr/>
Im Ganzen	106,600

§. 8. Verzinsung und Abbezahlung der Staatsschuld.

a. Zinsen, Capitalabtrag und Unkosten auf die inländische Schuld (hierunter ist die schwebende Staatsschuld doch nicht einbefaßt)	6,704,000
b. Zinsen, Capitalabtrag und Unkosten auf die ausländische Schuld	5,586,000
	<hr/>
Im Ganzen	12,290,000

§. 9. Das Pensionswesen.

	Rthlr.	Rthlr.
A. Pensionen an Beamte und an Nachgelassene von Beamten		2,782,400
B. a. Zur Bestreitung der Abrechnung der Staatskasse mit der allgemeinen Wittwenkasse und mit der Leibrenten- und Versorgungs-Anstalt . . .	12,000	
b. Zur Einlösung restingender Einschußschuld an die allgemeine Wittwenkasse	4,200	
c. Vergütung an die allgemeine Wittwenkasse von der bewilligten Zulage von 60 pCt. zu Pensionen für Wittwen in den Herzogthümern und den Colonien	34,800	
		<hr/>
		51,000
Im Ganzen	2,833,400	

§. 10. Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

	Rthlr.
A. Beamte und Angestellte unter dem Ministerium u. u.:	
a. Befoldungen	30,100
b. Zu Copialien nebst Bureau-Ausgaben	6,640
c. Zu einem Unterstützungsfond	800
	<hr/>
Transp.	37,540
	14

		Rthlr.	
		Transp.	37,540
B.	Die königlichen Gesandtschaften und Consulate im Auslande:		
a.	Gagen und Tafelgelder	325,200	§.
b.	Andere Ausgaben	59,750	
		<u>384,950</u>	
	Im Ganzen	422,490	

§. 11. Das Kriegsministerium.

		Rthlr.	§h.	Rthlr.	§h.
A.	a. Das Kriegsministerium			120,307	4
	b. Gagen:				
	1. Linienofficiere	1,069,826	64		
	2. Verschiedene militaire und civil: militaire Beamte u. Angestellte	183,014	64		
		<u></u>		1,252,841	32
	c. Löhnungen mit Bespeisungszulagen für die Unterlassen			1,609,413	78
	d. Verschiedene planmäßige Ausgaben			341,191	72
B.	a. Die Naturalverpflegung:				
	1. Brod	352,542	66		
	2. Fourage	734,492	86		
		<u></u>		1,087,035	56
	b. Das Einquartierungswesen:				
	1. Quartier- und Meubelgeld	183,102	90		
	2. Caserne-Ausgaben	132,312	66		
	3. Feuerung und Licht zu den Fe: stungen, so wie andere Ausgaben bei den Festungs-Commandant: schaften	29,570	64		
		<u></u>		344,986	28
	c. Die Krankenpflege			176,914	28
C.	Die Unterrichtsanstalten für das Militair:				
	a. Die Hochschule	58,656	4		
	b. Das Landcadetten-Corps	67,098	18		
	c. Das gymnastische Institut	8,083	30		
	d. Die Manege	6,387	76		
	e. Garnisons-Schulen und Unterrichts- Anstalten für die Unterlassen	20,566	64		
		<u></u>		160,792	20
D.	a. Honorare, Reisegelder und Unterstützungen			10,000	
	b. Diäten und Beförderungs-Ausgaben			48,000	
		<u></u>		5,447,482	30
				Transp.	

		Rthlr.	Sch.
	Transp.	5,447,482	30
	Rthlr.	Sch.	
E. a. Das Montirungswesen		547,709	28
b. Das Remontirungswesen:			
1. Remontirungs-Ausgaben	40,500	—	
2. Vergütung für Districts- und Futter-Pferde	106,336	44	
3. Verschiedene Ausgaben	333	32	
		147,169	76
c. Das Kriegsmaterial der Armee		223,652	—
d. Festungen und Militair-Gebäude sowie Steuern und Abgaben:			
1. Unterhaltungs-Arbeiten	230,080	—	
2. Steuern und Abgaben	23,333	32	
3. Neubauten	13,333	32	
		266,746	64
F. a. Die Miliz auf Bornholm		29,155	56
b. Verschiedene bestimmte Ausgaben		4,704	—
c. Unvorhergesehene und unbestimmte Ausgaben		63,953	92
Werden von der Total-Summe		6,434,573	58
die Ausgaben abgezogen, welche für die beim Wegeedienst ic. ic. angestellten Officiere von den Budgets der be- treffenden Ministerien abgehalten werden		40,476	58
	verbleiben zur Ausgabe	6,394,097	—

§. 12. Das Marineministerium.

I. Ausgaben, die Flotte direct betreffend:

A. Personal-Ausgaben:	Rthlr.	Sch.	Rthlr.	Sch.
a. Beamte und Angestellte unter dem Ministerium ic. ic.	61,730	—		
b. Der Generaladjutant des See- Etats ic. ic.	4,200	—		
c. Das Officier-Personal	242,200	—		
d. Justiz-Beamte	5,136	—		
e. Die Geistlichkeit	4,445	48		
f. Die Seecadetten-Akademie	19,362	—		
g. Ordonnanz-Vergütungen	9,365	64		
		346,439	16	
B. Arbeitsstärke und Material:				
a. Das Werft	126,965	32		
b. Material und Arbeitskraft außer- halb der festen Mannschaft, außer				
	Transp.	126,965	32	346,439 16

14*

	Transp.	Rthlr.	Sch.	Rthlr.	Sch.
dem durch Vacanzen unter der festen Mannschaft auf den Conti der Besoldungen und Landkost ersparten Belauf		126,965	82	346,439	16
c. Die feste Mannschaft und „Nyboder“		1,070,000	—		
d. Das Schulwesen		524,430	54		
e. Das Proviantgebäude und die Naturalverpflegung: 3614 Portionen Landkost nach Abzug von 8 pCt., 274 Portionen Roggen dito, 1000 Portionen Schiffskost dito		31,016	—		
f. Das Medicinalwesen und das Hospital \$ 46,306 hiervon geht der Betrag ab, welcher von den separaten Fonds des See-Stats ein- gezogen wird . . . \$ 28,000		314,361	38		
		18,306	—		
C. Andere Ausgaben:				2,085,079	28
a. Steuern und Abgaben . . .		9,666	52		
b. Verschiedene Ausgaben . . .		14,000	—		
c. Unvorhergesehene Ausgaben . .		20,000	—		
				43,666	52
D. Ausrüstungen:					
a. Das Cadettenschiff		23,800	—		
b. Das Wachtschiff im Sunde \$ 32,000					
c. Das Wachtschiff im Belt \$ 16,000 welche von dem Administrationsfond des Deresunds und Stromzollwe- sens abgehalten werden.					
d. Die Wachstation auf der Batterie „Drei Kronen“		18,000	—		
e. Die Wachstation auf der Elbe .		28,000	—		
f. Ausrüstungen		149,400	—		
g. Sessions-Ausgaben		6,200	—		
				225,400	—
				2,700,585	—
II. Ausgaben, die Flotte nicht direct betreffend:					
A. Das Lootsen-, Leuchtfeuer- und Bakenwesen:					
a. Das Lootsenwesen		10,876			
	Transp.	10,876		2,700,585	—

	Rthlr. Sch.	Rthlr. Sch.
Transp.	10,876	2,700,585
b. Das Leuchtfeuerwesen:	Rthlr.	
Gagen und Befoldungen . . .	72,060	
Del und Feuerung . . .	30,460	
Bauausgaben ic. . . .	54,260	
c. Das Balenwesen:		
in dem östlichen District:		
Gagen und Befoldungen . . .	11,202	
Anderer Ausgaben . . .	12,898	
in dem westlichen District:		
Gagen und Befoldungen . . .	10,832	
Anderer Ausgaben . . .	12,812	
	<u>204,524</u>	
Der Administrationsfond des Deresund- und Strom-Zollwesens entrichtet die Hälfte der Ausgaben beim Leuchtfeuer- u. Balenwesen im Sund, Kattegat und in den Belten, durchschnittlich 65,873 Rthlr. 22 Sch.	138,650	64
		<u>149,526 64</u>
B. a. Das Navigations-Unterrichtswesen	2,600	—
b. Das Aufschlammungswesen	43,533	32
c. Das Defensionswesen	3,860	—
d. Christiansö und dessen Unterhaltung als Nothhafen	23,600	—
		<u>Im Ganzen 2,923,705 —</u>

§. 13. Das Finanzministerium.

I. Centralverwaltung der Finanzen:

A. Beamte und Angestellte unter dem Ministerium ic.

a. Gagen und Befoldungen:

1. Die Departementsdirectoren und der Oberfinanzbuchhalter	82,800
2. Die Comtoire der Departements und die Staatsbuchhalterei	113,010
3. Die Hauptkassen	60,000
4. Die Ofenheizer, Boten ic. des Ministeriums	4,530
b. Ministerial- und Comtoir-Ausgaben	46,000
c. Die Unterstützungsclasse	106,000
	<u>362,340</u>

- B. a. Beamte und Angestellte bei dem Klassen-Lotto 8,350 Rthlr., welche nebst den übrigen das Klassen-Lotto betreffenden Ausgaben (Provision der Collecteure, Ziehungskosten ic.) vorweg von den Lotto-Entraden abgehalten werden.

Transp. 362,340

	Transp.	Rthlr.
b. Die Münzen		362,340
c. Das statistische Bureau		27,927
C. Zuschuß zur Pensionirung der Militair-Unterklassen, sowie zur Invaliden-Versorgung		24,000
		320,000

II. Das Zollwesen:

A. Gemeinschaftliche Verwaltungsausgaben:	Rthlr.
a. Das Grenzzolldirectorat	72,000
b. Das Kreuzzollwesen	264,000
c. Die Bewachung der Zollgrenze in Holstein	322,000
	<hr/>
	658,000
B. Local-Verwaltungsausgaben im Königreich:	
a. Gagen, Alterszulagen, Comtoirhalt u.	841,800
b. Zur Verstärkung der Zollaufsicht, so wie für die Aufschlagfreiheit in Kopenhagen	28,000
c. Bauausgaben	18,000
d. Reisekosten und Diäten für die Oberzollinspectoren	5,000
e. Sonstige Verwaltungsausgaben	100,000
f. Vergütungen in Veranlassung der Verordnung vom 28. Mai 1825, § 8	5,400
C. Local-Verwaltungsausgaben im Herzogthum Schleswig:	
a. Gagen, Alterszulagen, Comtoirhalt u.	308,000
b. Zur Verstärkung der Zollaufsicht	4,000
c. Bauausgaben	10,000
d. Reisekosten und Diäten für den Oberzollinspector	2,000
e. Sonstige Verwaltungsausgaben	40,000
D. Local-Verwaltungsausgaben im Herzogthum Holstein:	
a. Gagen, Alterszulagen, Comtoirhalt u.	410,800
b. Zur Verstärkung der Zollaufsicht	— —
c. Bauausgaben	12,000
d. Reisekosten und Diäten für die Oberzollinspectoren	5,000
e. Sonstige Verwaltungsausgaben	48,000
	<hr/>
	2,496,000

welcher Belauf vorweg von den Zolls und Brennereis intraden abgehalten wird (§ 4).

III. Das Dersunds und Stromzollwesen:

A. Das Sundzollwesen:	
a. Gagen und Sporteln	166,600
b. Andere von der Administration herrührende Ausgaben	62,400
	<hr/>
	Transp. 229,000
	734,267

	Transp.	Rthlr. Schl.	Rthlr.
c. Verschiedene die Schifffahrt angehende Institutionen	229,000	—	784,267
d. Für die Dampfbugierschiffe	21,150	—	
e. Für das Wachtschiff im Deresund	39,800	—	
f. Beitrag zum Leuchtfeuer- und Basenwesen im Kattegat, dem Sund und den Belten, so wie zur Reinhaltung des Fahrwassers	32,000	—	
g. Zur quarantainemäßigen Clarirung der Schiffe in Veranlassung der Cholera		65,873	32
		2,000	—
		389,823	32
B. Das Stromzollwesen:			
a. Nyborg		36,200	—
b. Fredericia		18,800	—
		444,823	32
welche im Voraus von dem Administrationsfond des Deresunds und Stromzollwesens abgehalten werden.			
IV. Das Generaldecisorat für das indirecte Steuerwesen			77,651
	Im Ganzen		811,918
5. 14. Das Ministerium für die gemeinschaftlichen inneren Angelegenheiten der Monarchie.			
			Rthlr.
I. Beamte des Ministeriums, Comtoirhalt u. . .			9,900
II. Das Domainewesen.			
			Rthlr.
A. Das Domaine-Directorat		32,520	
B. Domainen im Königreich:			
a. Das Landwesen u.		Rthlr.	
1. Ausgaben, die eigentlichen Domainen-Districte betreffend . .	400,000		
2. Ausgaben, verschiedene dem Staate gehörende Bauerhöfe, Zehnten u., so wie die Colonien auf der Ahs- und Randbøllehaide betreffend		4,800	
3. Ausgaben, verschiedene unter die Domainen-Verwaltung gehörige Schlösser und Gebäude betreffend	1,020		
	405,820	32,520	9,900

	Rthlr.	Rthlr.	Rthlr.
	Transp. 405,820	32,520	9,900
4. Verschiedene und unvorhergesehene Ausgaben bei der Domaines-Verwaltung	12,000		
		417,820	
b. Das Forst- und Jagdwesen:			
1. Das Forstwesen	450,000		
2. Das Jagdwesen	31,200		
3. Allgemeine Ausgaben des Forst- und Jagdwesens	24,000		
		505,200	
c. Zu Bauarbeiten		90,000	
d. Zur Unterhaltung von Alterthums- und historischen Denkmälern auf den Domainen		232	
C. Domainen in dem Herzogthum Schleswig.			
a. Das Landwesen u.			
1. Ausgaben in den sog. Domaines-Districten	2,110		
2. Ausgaben bei den Pachtungen	60,000		
3. Ausgaben mit den stehenden Domaines-Einnahmen in Verbindung stehend	20,000		
		82,110	
b. Das Forstwesen		140,000	
D. Domainen in dem Herzogthum Holstein:			
a. Das Landwesen u.			
1. Ausgaben bei den einzelnen Domainen	80,000		
2. Ausgaben bei den Pachtungen	24,000		
3. Ausgaben, mit den stehenden Domaines-Einnahmen in Verbindung stehend	80,000		
		184,000	
b. Das Forstwesen		180,000	
c. Verschiedene Ausgaben		16,050	
		1,647,932	

Der hier aufgeführte Betrag wird von den Domaines-Intenden (S 1) im Voraus abgehalten.

Die Porzellan-Fabrik: Einnahme 80,000 Rthlr., Ausgabe 72,000 Rthlr., Ueberschuß 8000 Rthlr., welcher unter den Staatsactiven (S 2) aufgeführt wird.

Transp. 9,900

Rthlr.
Transp. 9,900

III. Das Postwesen.

	Rthlr.	Schl.
A. Die Oberverwaltung	156,188	—
B. Die Oberpostämter und Postcomtoire:		
a. Das Oberpostamt in Rthlr. Schl.		
Hamburg	48,202	—
b. Das Oberpostamt in		
Lübeck	16,766	64
c. Die Postcomtoire	613,448	22
	<u>678,416</u>	<u>86</u>
C. Beförderung der Posten u.		
	Rthlr.	Schl.
a. Beförderung der Posten	1,025,748	86
b. Begleitung der Posten	10,840	—
c. Andere jährliche Aus-		
gaben	94,480	42
	<u>1,131,069</u>	<u>32</u>
		<u>1,965,674 22</u>

Der hier aufgeführte Betrag wird von den Post-
traden (§ 5) im Voraus abgehalten.

9,900

§ 15. Verschiedene Ausgaben.

a. Die königlichen Gebäude	220,000
b. Porto für das königliche Haus u.	6,000
c. Zu topographischen Arbeiten und zur Herausgabe von Karten unter dem Generalstabe, außer dem Erlös aus verkauften Karten . .	20,000
d. Ausgaben bei der Gradmessung	4,000
e. Zu kleineren Anleihen an Beamte, deren Befoldung hauptsächlich aus ungewissen Einnahmen besteht, sowie an Aerzte, als Beihülfe zu ihrer ersten Etablierung	16,000
	<u>266,000</u>
Zim Ganzen	

No. 3.

Die Verfassung für das Herzogthum Holstein in ihrer gegenwärtigen Gestalt.

Wir Frederik der Siebente, von Gottes Gnaden König zu Dänemark, der Wendon und Gothen, Herzog zu Schleswig, Holstein, Stormarn, der Dithmarschen und zu Lauenburg, wie auch zu Oldenburg &c.

Thun kund hiemit:

Nachdem Wir mittelst Unserer Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 Unsere Allerhöchsten Entschlüsse in Betreff der Ordnung der Verhältnisse Unserer Monarchie und ihrer verschiedenen Theile und der demnächstigen Einführung einer gemeinschaftlichen Verfassung zum Zweck der Behandlung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten verkündet, rücksichtlich Unseres Herzogthums Holstein insbesondere auch die Allerhöchste Zusicherung ertheilt haben, daß demselben eine ständische Vertretung mit beschließender Befugniß in den zu ihrer Wirksamkeit gehörenden Gegenständen verliehen werden sollte, haben Wir zur Erfüllung dieser Unserer Zusage die provincialständische Vertretung und Verfassung Unseres Herzogthums Holstein unter Vorbehalt der von Uns beabsichtigten Einführung einer gemeinschaftlichen Verfassung für Unsere Monarchie, so wie der aus Unserem Verhältnisse als Mitglied des deutschen Bundes für Unser Herzogthum Holstein sich ergebenden Rechte und Pflichten, durch eine Allerhöchste Verordnung festzustellen Uns Allerhöchst berogen gefunden.

Nach hierüber eingegangenen Gutachten Unserer getreuen Provinzialstände des Herzogthums Holstein gebieten und befehlen Wir demnach wie folgt:

Titel I.

Allgemeine Bestimmungen.

- § 1. — — Aufgehoben.
- § 2. — — Aufgehoben.
- § 3. — — Aufgehoben.

§ 4. — — Aufgehoben.

§ 5. — — Aufgehoben.

§ 6. — — Aufgehoben.

§ 7. Jeder Unterthan in Unserem Herzogthum Holstein hat das Recht, sich unter Beobachtung der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen mit Bitten und Beschwerden, dieselben mögen allgemeine öffentliche oder Privatangelegenheiten betreffen, an Uns, an Unsere Ministerien, an die Versammlung der Provinzialstände oder an seine Obrigkeit zu wenden. Zur gemeinsamen mündlichen oder schriftlichen Vorbringung eines, öffentliche Angelegenheiten betreffenden Anliegens (Petition, Adresse) dürfen nur die verfassungsmäßigen Vertreter einer gesetzlich anerkannten Corporation, und auch nur dann sich vereinigen, wenn der Gegenstand des Anliegens nicht eine allgemeine Landesangelegenheit ist, sondern lediglich das besondere Interesse der von den Bittstellern vertretenen Corporation betrifft. Abgesehen von diesem letzteren Falle ist jede Vereinigung zu dem gedachten Zwecke, sowie die Unterzeichnung einer geschriebenen, gedruckten oder lithographirten Eingabe, welche eine öffentliche Angelegenheit betrifft, strafbar.

§ 8. Den Gerichten in Unserem Herzogthume Holstein steht es nicht zu, über die Rechtmäßigkeit einer von Seiten einer Regierung, obrigkeitlichen, oder Polizeibehörde getroffenen Maßregel ein Urtheil zu fällen, insofern nicht specielle gesetzliche Bestimmungen oder Allerhöchste Resolutionen eine Ausnahme hiervon zulassen. Ein Jeder, welcher sich durch eine solche Maßregel beeinträchtigt hält, kann sich mit seiner desfallsigen Beschwerde an Uns oder die betreffende obere Behörde wenden, wird aber dadurch nicht der Verpflichtung entbunden, den Anordnungen, über welche er sich beschweren zu müssen glaubt, bis zur ausgemachten Sache gebührende Folge zu leisten. Jeder vorsätzliche Ungehorsam wider eine solche Anordnung ist strafbar, und es wird die Strafe nach richterlichem Ermessen bestimmt. Würden aber zwischen den richterlichen und administrativen Behörden selbst Conflictе rücksichtlich ihrer Competenz entstehen, so wollen Wir es Uns vorbehalten haben, die betreffenden Entscheidungen in Unserem Geheimen Staatsrath abzugeben.

Titel II.

Von der Versammlung der Provinzialstände.

§ 9. Die Versammlung der Provinzialstände Unseres Herzogthums Holstein bildet das gesetzliche Organ der verschiedenen Stände in demselben und besteht aus:

- 1) dem jedesmaligen Besitzer der Fürstlich Hessenssteinischen Fideicommissgüter, insofern derselbe das 25. Jahr zurückgelegt und freie Dispositionsbefugniß hat. Es ist demselben gestattet, sich durch einen wählbaren Besitzer eines größeren Guts, welcher nicht schon Mitglied der ständischen Versammlung ist, vertreten zu lassen;
- 2) fünf von der Geistlichkeit des Herzogthums Holstein aus ihrer Mitte, in fünf geistlichen Wahlbezirken gewählten Abgeordneten;
- 3) vier von dem Verbieter des adeligen Convents zu Iphoe, den Präbsten der Convente zu Preetz und Uetersen und den Mitgliedern der holsteinischen Ritterschaft aus ihrer Mitte gewählten Abgeordneten (Wahlort Iphoe);
- 4) neun von den Besitzern adeliger und anderer größerer Güter zu einem Steuerwerth von wenigstens 50,000 Rthlr. aus ihrer Mitte gewählten Abgeordneten (Wahlort Iphoe);
- 5) sechszehn kleineren Landbesitzern, gewählt in 16 Wahlbezirken (Anhang A der Verordnung vom 15. Mai 1834);
- 6) fünfzehn Einwohnern der Städte und Flecken, gewählt in 12 Wahlbezirken (Anhang B der Verordnung vom 15. Mai 1834).

Endlich wollen Wir dem akademischen Consistorio der Kieler Universität gestatten, unter Leitung des jedesmaligen Rectors der Universität ein Mitglied aus seiner Mitte zu wählen.

§ 10. Die ständische Versammlung tritt zusammen, wenn Wir selbige einberufen. Regelmäßig wird dies in jedem dritten Jahre geschehen, so daß zwei Versammlungen in jede Wahlperiode fallen, außerordentlich aber, so oft Wir es den Umständen nach für erforderlich halten.

In dem Einberufungspatent werden wir die Dauer der Versammlung bestimmen.

§ 11. In Betreff derjenigen Holsteinischen Angelegenheiten, welche zu dem amtlichen Wirkungskreise Unseres Ministeriums für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg gehören, sollen Veränderungen in der Gesetzgebung (vergl. jedoch § 3) nicht anders, als nach vorgängiger Zustimmung der Versammlung der Provinzialstände vorgenommen werden, und es ist in den betreffenden Verfügungen auf die erteilte ständische Zustimmung ausdrücklich Bezug zu nehmen.

§ 12. Hinsichtlich der nach Unserer Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 von Unserm Minister für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg collegialisch zu behandelnden, Unseren Herzogthümern Schleswig und Holstein gemeinschaftlichen nicht politischen Einrichtungen und Anstalten, sollen Veränderungen in der Gesetzgebung, mit Ausnahme jedoch des Eidercanal-Zolltarifs, nur nach vorgängig eingelegtem Gutachten der Versammlung der Provinzialstände Unserers Herzogthums Holstein eintreten. Insofern diese Veränderungen eine Vermehrung der bisherigen gesetzlich festgestellten Ausgaben mit sich führen, wird die Versammlung in Betreff der Aufbringung des auf Unser Herzogthum Holstein fallenden Antheils dieser Ausgaben, vorbehaltlich Unserer Allerhöchsten Genehmigung, einen Beschluß fassen.

§ 13. Wir behalten es uns vor, ausnahmsweise in dringenden Fällen, wenn die Provinzialstände nicht versammelt sind, und ihre Einberufung nicht so schnell stattfinden könnte, wie die Umstände es erheischen würden, auch ohne ihre vorgängige Zustimmung die erforderlichen Verfügungen, mit Ausnahme von organischen Gesetzen, provisorisch zu erlassen, welche jedenfalls so lange Gesetzeskraft behalten, bis rücksichtlich ihrer ein verfassungsmäßiger Beschluß gefaßt worden ist. Die Gesetzeskraft dieser provisorischen Verfügungen hört aber auf, in so weit nicht rücksichtlich ihrer ein zustimmender ständischer Beschluß hinzutritt.

§ 14. Wenn nach dem Erachten der Versammlung der Provinzialstände zur Erlassung einer solchen provisorischen Verfügung ein dringender Grund nicht vorhanden gewesen ist, so soll die Versammlung befugt sein, diese Frage durch ihren Präsidenten mittelst einer wider Unseren Minister für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg anzustellenden Klage Unserem

Oberappellationsgericht für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg zur Entscheidung vortragen zu lassen. Das Oberappellationsgericht hat diese Entscheidung nach vorgängiger mündlicher und öffentlicher Verhandlung der Sache abzugeben. Fällt die Entscheidung zum Nachtheil des Ministers aus, so soll dieser sein Amt verbrochen haben.

§ 15. Die Sitzungen der Versammlung der Provinzialstände sind öffentlich. Auf Verlangen Unseres Commissarius, oder auf Anordnung des Präsidenten der Versammlungen, welcher einem desfälligen Antrage von wenigstens 10 Abgeordneten stattzugeben hat, muß die Entfernung der Zuhörer verfügt werden.

Die Beschlüsse der Versammlung werden durch einfache Stimmenmehrheit gefaßt; findet Gleichheit der Stimmen Statt, so giebt der Präsident der Versammlung durch seine Stimme den Ausschlag.

§ 16. Die Versammlung der Provinzialstände ist befugt, Veränderungen in der Gesetzgebung in Betreff der zu ihrem Wirkungskreise gehörenden Gegenstände bei Uns allerunterthänigst zu beantragen.

§ 17. Gleichfalls soll die Versammlung der Provinzialstände zur Einreichung und Unterstützung von Vorschlägen, Anträgen und Beschwerden in Betreff solcher Verwaltungsmaßregeln in Unserem Herzogthum Holstein befugt sein, welche zu dem amtlichen Wirkungskreise Unseres Ministeriums für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg gehören. Auf solche, so wie auf die im vorstehenden Paragraphen erwähnten Eingaben werden Wir der Versammlung der Provinzialstände, insofern sie noch vereinigt ist, sonst aber der nächsten Versammlung der Provinzialstände bei ihrer Eröffnung Unsere Allerhöchste Entscheidung eröffnen lassen.

§ 18. Endlich wollen Wir der Versammlung der Provinzialstände, unter Vorbehalt Unserer Allerhöchsten Genehmigung, die Befugniß beilegen, gemeinnützige öffentliche Anstalten und Einrichtungen in Unserem Herzogthum Holstein zu treffen, durch Ausschüsse aus ihrer Mitte, unter der Oberaufsicht Unseres Ministeriums für die Herzogthümer Schleswig und Holstein verwalten zu lassen, und zur Deckung der damit verbundenen Kosten die Ausschreibung von Beiträgen und die Contrahirung von temporären Anleihen zu beschließen, in diesem letzteren Falle

muß zugleich wegen der Aufbringung der zur Verzinsung der Anleihen, sowie zu deren Tilgung erforderlichen Geldmittel ein Beschluß gefaßt werden.

§ 19. Zur Theilnahme an den Wahlen der Abgeordneten zu der Versammlung der Provinzialstände ist erforderlich:

- 1) das Indigenatrecht oder zehnjähriger ununterbrochener Aufenthalt in Unseren Landen;
- 2) Vollendung des 25jährigen Lebensalters zur Zeit der Wahl;
- 3) unbescholtener Ruf. Wer durch ein gerichtliches Erkenntniß seine Ehre, sein Amt oder sein Bürgerrecht verloren hat, oder wer zu Strafsarbeiten schuldig befunden, oder wer wegen eines Verbrechens in Criminaluntersuchung gezogen und wegen dieses Verbrechens nicht gänzlich frei gesprochen worden, ist von der Wahlberechtigung ausgeschlossen.
- 4) Freie Dispositionsbefugniß. Wer gerichtlich zur Verwaltung seines Vermögens für unfähig erklärt ist, oder freiwillig sich derselben begeben hat, wer in dem der Wahl vorhergehenden zweijährigen Zeitraum in einem Privat-Dienstverhältniß gestanden, ohne seinen eigenen Heerd zu haben, wer irgend eine Unterstützung vom Armenwesen erhalten und nicht erstattet hat, ist von der Theilnahme an den Wahlen ausgeschlossen.
- 5) Ununterbrochener Aufenthalt, während der zwei letzten Jahre vor der Wahl, innerhalb des betreffenden Wahldistricts. Es leidet diese Bestimmung indeß keine Anwendung auf diejenigen, welche zur Erfüllung ihrer Wehrpflicht, sei es im stehenden Heer oder auf der Flotte, aus dem betreffenden Wahldistrict entfernt gewesen sind. Auch werden Geschäfts- und Vergnügungsreisen als Unterbrechungen des Aufenthalts, so lange sie mit einer Veränderung des Wohnsitzes nicht verbunden sind, nicht angesehen.
- 6) Für die großen Gutsbesitzer außer den vorgedachten Bedingungen Nr. 1—5, eigenthümlicher

oder fideicommissarischer Besitz eines adeligen Guts oder eines ländlichen Grundstücks von wenigstens 50,000 Rthlr. Steuerwerth zur Zeit der Wahl.

- 7) Für die Bewohner der städtischen aus den Städten, Flecken und der ihnen gleichgestellten Ortschaften des Herzogthums Holstein gebildeten Wahlbezirke, außer den unter Nr. 1—5, aufgeführten Bedingungen, der eigenthümliche Besitz eines wenigstens zu 800 Rthlr. in der Brandkasse versicherten oder zur Haussteuer taxirten Grundstücks und entweder das Bürgerrecht, oder der Betrieb eines bürgerlichen Nahrungszweiges, oder der Landwirthschaft für eigene Rechnung innerhalb des betreffenden Wahlbezirks zur Zeit der Wahl.
- 8) Für die Bewohner der ländlichen Wahlbezirke, außer den unter Nr. 1—5 aufgeführten Bedingungen, der eigenthümliche oder auf Erbpacht oder Erbsefe beruhende Besitz eines innerhalb des betreffenden Wahlbezirks belegenen ländlichen, wenigstens zu 800 Rthlr. zur Grund- und Benutzungssteuer taxirten Grundstücks.
- 9) Für die Abgeordneten der holsteinischen Ritterschaft sind die sub 1—5 aufgeführten Bedingungen erforderlich.
- 10) Für die Abgeordneten der Geistlichkeit und der Kieler Universität ist freie Dispositions-Befugniß (Nr. 4) erforderlich.

§ 20. Wer dem Vorstehenden nach in einem Wahlbezirk wahlberechtigt ist und sich zur christlichen Religion bekennt, der ist auch in demselben Wahlbezirke, aber auch nur in diesem, wählbar.

§ 21. Diejenigen, welchen von Uns eine Allerhöchste Bestallung oder Confirmation zur Wahrnehmung öffentlicher Geschäfte verliehen ist, bedürfen, mit Ausnahme der gewählten Abgeordneten der Geistlichkeit und der Universität, zur Annahme einer auf sie gefallenen Wahl, Unserer Allerhöchsten Erlaubniß und haben für die Verwaltung ihrer Amtsgeschäfte, insofern es deren während ihrer Theilnahme an der Versammlung der Pro-

vinzialstände bedarf, auf die von ihren Vorgesetzten für erforderlich erachtete Weise und auf ihre eigene Kosten Sorge zu tragen. — Die letztere Bestimmung findet auch auf Communalbeamte, die zu Abgeordneten gewählt werden möchten, die gleiche Anwendung. Die Mitglieder Unseres Oberappellationsgerichts für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg sind, mit Rücksicht auf die im § 14 enthaltene Bestimmung nicht wählbar.

§ 22. Im Uebrigen dienen in Betreff der Wahlen der Abgeordneten zur Versammlung der Provinzialstände, sowie hinsichtlich der Bestreitung und Aufbringung der durch die Wahlen und die Ständerversammlung verursachten Kosten und des in dieser Versammlung zu befolgenden Geschäftsganges die betreffenden Vorschriften der Verordnung vom 15. Mai 1834 zur Richtschnur.

§ 23. Das allgemeine Gesetz vom 28. Mai 1831, insoweit dasselbe Unser Herzogthum Holstein betrifft, wird hiermit aufgehoben.

§ 24. Etwasige Abänderungen der in der gegenwärtigen Verordnung und ihren Anhängen enthaltenen Vorschriften, mit Ausnahme jedoch der von dem Wirkungskreise der Provinzialstände ausgeschlossenen Bestimmungen der §§ 1—6, sollen wie andere Veränderungen in der Gesetzgebung Unseres Herzogthums Holstein (§ 11) behandelt werden, durch provisorische Verfügungen aber nicht herbeigeführt werden können.

Wornach sich männiglich allerunterthänigst zu achten.

Urkundlich unter Unserem Königlichem Handzeichen und vorgedrucktem Insignel.

(gez.) **Frederik II.**

(L. S.)

(gez.) **Reventlow-Criminil.**

(Ueber den Protest der holsteinischen Stände in Betreff der ihrer Berathung entzogenen §§ 1—6 der Verfassung, so wie über die Maßnahmen der Regierung zur Unterdrückung dieses Protestes, s. Zeitung für die Verhandlungen der 7. holsteinischen Provinzialständerversammlung, Beilagenheft II. Pag. 277 u. f.)

Durch königliches Patent d. d. 6. November 1858 (s. Actenstücke Nr. 16) sind, wie bekannt, die §§ 1—6 der

vorstehenden Verfassung auf Grund des Bundesbeschlusses vom 11. Februar 1858 aufgehoben worden.

Die aufgehobenen Paragraphen lauteten wie folgt:

§ 1. Unser Herzogthum Holstein bildet einen selbstständigen Theil der Unserem königlichen Scepter untergebenen dänischen Monarchie und ist mit derselben durch das unter dem 31. Juli v. J. von Uns erlassene Thronfolgegesetz für die dänische Monarchie auf immer vereinigt.

Die Ausübung Unserer souverainen Regierungsgewalt in Unserem Herzogthum Holstein wird in Betreff seiner besonderen Angelegenheiten durch nachstehende Vorschriften näher bestimmt.

§ 2. Die Verhältnisse Unseres Herzogthums Holstein, welche sich aus der Wahrnehmung Unserer Rechte und Pflichten als Mitglied des deutschen Bundes für Unsere Herzogthümer Holstein und Lauenburg ergeben, bleiben unverändert.

§ 3. Hinsichtlich derjenigen Angelegenheiten, welche nach Unserer Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 zu dem amtlichen Wirkungskreise Unseres Ministeriums für die auswärtigen Angelegenheiten, Unseres Finanzministeriums, Unseres Kriegsministeriums und Unseres Marineministeriums gehören, soll Unser Herzogthum Holstein mit den übrigen Bestandtheilen Unserer Monarchie eine gemeinsame Gesetzgebung und Verwaltung haben. Dasselbe gilt in Betreff der Gesetzgebung hinsichtlich der Aushebung zum Kriegsdienste in Unserem Heer und auf Unserer Flotte, so wie hinsichtlich der Stellung von Pferden für das Heer und des militärischen Einquartirungswesens.

Zu den Kosten Unserer Hofhaltung, den Alpanagen der Mitglieder Unseres königlichen Hauses, den Ausgaben für Unseren Geheimen Staatsrath, der für die Verwaltungszweige der vier vorgedachten Ministerien, soweit sie gemeinschaftliche Angelegenheiten betreffen, und für die Unterhaltung gemeinschaftlicher öffentlicher Anstalten erforderlichen Ausgaben, insofern dieselben nicht durch die gemeinschaftlichen Einnahmen, nämlich den Ertrag der Domänen und Forsten, des Zolls, der Branntwein-Productions-Abgabe, des Postwesens, der Lotterie, der Staatsactiva und der verschiedenen gemeinschaftlichen Zintraden gedeckt werden können, trägt Unser Herzogthum Holstein nach dem durch die gemeinschaftliche Verfassung festzusetzenden Verhältnisse bei. Bis dahin fallen auf Unser Herzogthum Holstein 23 Procent der gemeinschaftlichen Ausgaben. Würden die Zintraden Unseres Herzogthums Holstein nicht ausreichen, um damit neben den für dieses Herzogthum erforderlichen besonderen Ausgaben den auf dasselbe fallenden Antheil an den gemeinschaftlichen

Ausgaben zu decken, so ist die daran fehlende Summe von Unserem Herzogthume Holstein allein aufzubringen. Die desfällige Verfügung werden Wir der Versammlung der Provinzialstände Unseres Herzogthums Holstein, welche indessen in diesem Falle nur über die Art der Aufbringung, nicht aber über den Betrag der aufzubringenden Summe selbst, einen Beschluß zu fassen hat, mit einer Nachweisung darüber vorlegen lassen, daß von den übrigen Theilen der Monarchie die Aufbringung des nach dem festgesetzten Maßstabe auf sie fallenden Antheils an den gemeinschaftlichen Ausgaben gefordert ist.

Wenn Zweifel darüber entstehen, ob eine Einnahme oder Ausgabe zu den gemeinschaftlichen Einnahmen oder Ausgaben der ganzen Monarchie oder zu den besonderen des Herzogthums Holstein gehört, so ist diese Frage bis weiter nach den betreffenden Positionen des Budgets für das Finanzjahr 1853—54 zu entscheiden.

Dasselbe Verhältniß wird gleichfalls hinsichtlich der zum Dienste in Unserem Heer zu stellenden Mannschaft in Friedenszeiten zur Richtschnur dienen.

§ 4. Hinsichtlich derjenigen holsteinischen Angelegenheiten, welche nach Unserer Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 zu dem amtlichen Wirkungskreise Unseres Ministeriums für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg gehören, hat Unser Herzogthum Holstein seine eigene Gesetzgebung und Verwaltung. Die in Gemäßheit der Bundesverfassung von der deutschen Bundesversammlung gefaßten Beschlüsse sind, insofern sie das ganze Bundesgebiet betreffen, auch für Unser Herzogthum Holstein gültig und erhalten durch ihre Publication in demselben gesetzliche Kraft.

§ 5. Die Evangelisch-Lutherische Kirche ist die Landeskirche Unseres Herzogthums Holstein. Ihre Einkünfte dürfen nicht geschmälert, nur zu den Zwecken dieser Kirche verwendet und sollen, insoweit es zu deren vollständigeren Erfüllung erforderlich ist, aus den Intraden des Herzogthums ergänzt werden. Die Geistlichen dieser Kirche sollen an der Beaufsichtigung und Verwaltung des Schul- und Armen-Wesens auch in Zukunft in angemessener Weise Theil nehmen.

§ 6. Das durch Geburt oder Naturalisation begründete Unterthanenverhältniß in Unserem Herzogthum Holstein kann auf den Antrag des Betheiligten nur durch Allerhöchste Resolution aufgehoben werden.

No. 4.

Bekanntmachung wegen Aufhebung verschiedener Vereine und Gesellschaften in Betreff des Herzogthums Schleswig.

Mittels Allerhöchster Resolution vom 14. d. M. haben Se. Majestät der König auf desfallsig allerunterthänigste Vorstellung des Ministeriums in Betreff des Herzogthums Schleswig die seiner Zeit unter dem Namen „Schleswig-Holstein-Lauenburgische Gesellschaft für vaterländische Geschichte“ und „Schleswig-Holstein-Lauenburgische Gesellschaft für Sammlung und Erhaltung vaterländischer Alterthümer“ errichteten Gesellschaften allergnädigst aufzuheben geruht.

Indem das Ministerium Vorstehendes zur erforderlichen Nachricht und Wahrnehmung hierdurch bekannt macht, fügt es hinzu, daß in Uebereinstimmung mit dem bereits in der Verfügung vom 12. April 1853 ausgesprochenen Grundsatz, Vereine oder Gesellschaften, durch welche es beabsichtigt wird, Bewohner des Herzogthums Schleswig und des Herzogthums Holstein zu gemeinschaftlicher Wirksamkeit für den einen oder den andern Zweck zu vereinigen, und welche nicht zu denjenigen gehören, die durch die Allerhöchste Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 aufrecht erhalten sind, in Betreff des Herzogthums Schleswig als zulässig nicht betrachtet werden können. Gleichwie deshalb solche bereits gestiftete Vereine, wie der sogenannte „Gartenbau-Verein der Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg“, der sogenannte „Verein zur Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse“, und der seiner Zeit für die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg errichtete sogenannte „Kunstverein zu Kiel“, gleichwie andere ähnliche Vereine und Gesellschaften in Betreff des Herzogthums Schleswig hierdurch aufgehoben werden, also werden in Zukunft dergleichen Vereine oder Gesellschaften in Betreff des eben genannten Herzogthums nicht errichtet werden können.

Königliches Ministerium für das Herzogthum Schleswig,
Kopenhagen, den 23. December 1858.

Wolffhagen.

G. de Jonquières.

No. 5.

Verzeichniß der Gesekentwürfe über gemeinschaftliche Angelegenheiten der Monarchie, welche von der Regierung dem Reichsrathe für Dänemark und Schleswig in der Session von 1859 vorgelegt und von der Versammlung auf Grund der Verfassung vom 2. October 1855 verhandelt worden sind.

- I. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aushebung zum Landkriegsdienste für die Jahre 1861 und 1862.
- II. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aushebung zum Seekriegsdienste für das Jahr 1860.
- III. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aushebung zum Seekriegsdienste für das Jahr 1861.
- IV. Entwurf eines Gesetzes, betreffend eine Aenderung in der Taxe für die Bootsen auf dem Randers Fjord.
- V. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Veränderung einer Bestimmung im § 25 des Colonialgesetzes für die dänisch-westindischen Besitzungen vom 26. März 1852.
- VI. Entwurf eines Gesetzes, betreffend eine Pensionszulage für die Wittve des Obersten im Generalstabe D. R. v. Olsen.
- VII. Entwurf eines Gesetzes, betreffend eine Pension für den verabschiedeten Oberarzt in der Armee, Gottlieb Ferdinand Eschricht.
- VIII. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Bewilligung von Pensionszulagen für den entlassenen Leuchtfeuer-Aufseher und Postofficialen P. B. Petersen und für den entlassenen Holzbogt E. G. C. Harmsen.
- IX. Entwurf eines Gesetzes, betreffend eine Pension für den verabschiedeten Rittmeister 1. Classe von der Canallerie William Palmer v. Pingel.
- X. Entwurf eines Gesetzes, betreffend eine extraordinaire Pension für die Wittve des Generallieutenants H. C. G. P. v. Hedemann.

- XI. Entwurf eines Gesetzes, betreffend eine extraordinaire Pension für die Wittve des Generalleutenants P. B. S. v. Bülow.
- XII. Entwurf eines Gesetzes betreffend eine Abweichung von den Bestimmungen im § 53 des Verfassungsgesetzes vom 2. October 1855 für die Dauer der Finanzperiode 1860—62.
- XIII. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Bewilligung von Pensionszulagen für die Wittwen von Officieren, welche im Kriege 1848—50 gefallen sind.
- XIV. Entwurf eines Gesetzes, betreffend eine temporaire Verbesserung der Befoldung der Beamten und Angestellten unter den gemeinschaftlichen Ministerien für die Finanzperiode 1860—62.
- XV. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Vertheilung der Zinsen des Kassebhalts.
- XVI. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Auszahlungen an verschiedene communale Institutionen und Bedienstungen in Helsingör, sowie Unterstützungen an Private.
- XVII. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Bewilligung von Unterstützungen an Personen, welche der Gährmannsgilde von Helsingör angehört haben.
- XVIII. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Bewilligung einer Pension für den entlassenen Zollcontroleur in Helsingburg, Kammerassessor Heinrich Petersen.
- XIX. Entwurf eines Gesetzes, wegen Zulagen zum vorläufigen Normalbudget vom 28. Februar 1856 § 10, die zum Ressort des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten gehörenden Ausgaben betreffend, für die zweijährige Finanzperiode 1860—62.
- XX. Entwurf eines Gesetzes wegen Zulagen zum vorläufigen Normalbudget vom 28. Februar 1856 in der Finanzperiode 1860—1862 für den Ressort des Marineministeriums.

- XXI.** Entwurf eines Gesetzes, betreffend einige Maßregeln in Veranlassung der Umtauschung von Obligationen, welche zur inländischen Staatsschuld der Monarchie gehören.
- XXII.** Vorläufiges Gesetz vom 15. April 1858, betreffend eine Veränderung des § 6 des Gesetzes vom 6. Mai 1857 betreffend den Transitzoll u. s. w.
- XXIII.** Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Erlaß von Forderungen, welche der Staatskasse aus geleisteten Vorschüssen auf Löhne und dergleichen zuständig sind.
- XXIV.** Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verleihung des Indigenatrechts an verschiedene Ausländer.
- XXV.** Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Veräußerung verschiedener Besitzungen.
- XXVI.** Entwurf eines Gesetzes, betreffend eine Erweiterung des Staatstelegraphen.
- XXVII.** Entwurf eines Gesetzes, betreffend Zulage zu dem vorläufigen Normalbudget vom 28. Februar 1856 in der Finanzperiode 1860—62 für das Kriegsministerium.
- XXVIII.** Entwurf eines Gesetzes, betreffend einige Veränderungen in den geltenden Bestimmungen rücksichtlich der Anzahl und der Besoldung der bei den Staatsforsten im Königreiche und im Herzogthum Schleswig angestellten Beamten und Officianten.
- XXIX.** Entwurf eines Gesetzes, betreffend Austausch sowie Erwerbung und Verkauf verschiedener Hölzungen und anderer kleineren Grundstücke für die Domainen-Besitzungen.
- XXX.** Entwurf eines Gesetzes, betreffend Zulagen zu den im vorläufigen Normalbudget vom 28. Februar 1856 aufgeführten Staatseinnahmen in der Finanzperiode 1860—62.
- XXXI.** Entwurf eines Gesetzes, betreffend Zulagen zu den in dem vorläufigen Normalbudget vom 28. Februar 1856 aufgeführten Staatsausgaben in der Finanzperiode 1860—62 für den Reffort des Finanzministeriums.

- XXXII. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die schwebende Staatsschuld.
- XXXIII. Entwurf eines Gesetzes, betreffend eine Bewilligung zur Aufführung von Wohnungen für die feste Mannschaft des See-Etats.
- XXXIV. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Landgewinnung an der Westküste des Herzogthums Schleswig und Verkauf einiger zum Domainenwesen gehörigen Voruser daselbst.
- XXXV. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Vollführung der neuen Artilleriecaserne auf Christianshafen m. w. d. a.
- XXXVI. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Auszahlung von Löhnung u. an Unterofficiere u. des Land-Etats.
-

No. 6.

Aus. der Adresse der schleswigschen Stände vom
11. Februar 1860.

Allerdurchlauchtigster,
Großmächtigster,
Allernädigster Erbkönig und Herr!

Auf Ew. Königlichen Majestät Befehl haben die Stände des Herzogthums Schleswig sich jetzt zum letzten Male in dieser Wahlperiode und zum ersten Male nach Erlassung der Patente vom 6. November 1858 versammelt. Die Verhältnisse der dem Scepter Ew. Majestät untergebenen Lande sind so eigenthümlicher Art, daß die Stände es für ihre Pflicht halten, sich über dieselben so offen wie ehrfurchtsvoll vor Ew. Majestät auszusprechen.

Hierzu fühlen die Stände sich um so mehr gedrungen, da Ew. Majestät in dem Einberufungspatent vom 20. December 1859 die Erwartung aussprachen, daß die Stände ihrerseits möglichst zur Erreichung der landesväterlichen Absichten Ew. Majestät beitragen und dadurch dem in sie gesetzten Vertrauen entsprechen werden. Die Stände können die allerunter-

thänigste Versicherung geben, daß sie, so wie dies stets ihr eifrigstes Bestreben gewesen ist, auch in der jetzigen Diät jede ihnen gebotene Gelegenheit mit Freuden ergreifen werden, um der Allergnädigst ausgesprochenen Erwartung zu entsprechen, und von ihrem unerschütterlichen Vertrauen zu Ew. Majestät landesväterlichen Absichten Zeugniß abzulegen. Wir bitten Ew. Majestät, in den Worten, welche wir uns allerunterthänigst erlauben an unsern Landesherren in tiefster Ehrfurcht in der Form einer Adresse gelangen zu lassen, es Allergnädigst erkennen zu wollen, daß wir bei diesem Schritt geleitet sind nur durch die Sorge für das Wohl des von uns vertretenen Landes und durch die Ueberzeugung, daß wir dem in uns gesetzten Vertrauen nicht besser entsprechen können, als indem wir offen und rückhaltlos dem Herzen unseres Landesherren anvertrauen, was uns in Hinblick auf die Lage des Landes mit Bekümmerniß erfüllt.

Auf die traurigen Wirren der Jahre 1848 bis 1850 sind zehn Jahre gefolgt, welche wir nicht als Friedensjahre zu bezeichnen wagen. Auf die Zeit des offenen Kampfes folgte zunächst eine Zeit, welche für die Bewohner des Herzogthums fast eben so drückend gewesen ist, in welcher es vollständig an einem geordneten und gesetzlichen Zustande fehlte. Die Bevölkerung hielt fest an der Hoffnung auf eine Aenderung dieses traurigen Zustandes, im Hinblick auf die durch die inzwischen stattgefundenen Verfassungsveränderungen im Königreich zur Nothwendigkeit gewordene Neugestaltung der Monarchie.

Die Allerhöchste Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 ließ diese Hoffnung freilich auf das kleinste Maß zusammenschwinden; und doch ist nicht einmal Dasjenige gewährt worden, was das Herzogthum nach dieser Bekanntmachung und den vorhergegangenen Verhandlungen erwarten durfte. Wir erlauben uns ganz unterthänigst einige der besonders in Betracht kommenden Punkte hervorzuheben:

1) Durch die Allerhöchste Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 wird dem Lande versprochen, daß mit der Ordnung der Angelegenheiten der Monarchie, unter Beibehaltung und weiterer Ausbildung der alle Theile derselben umfassenden sowohl, als der für einzelne Theile gegründeten Einrichtungen, in dem Geiste der Erhaltung und Verbesserung rechtlich bestehender Verhältnisse vorgeschritten werden solle.

Diesen Geist hat das Land in den Maßregeln der Re-

gierung von 1852 bis jetzt schmerzlichst vermißt. Es bekümmert uns tief, es aussprechen zu müssen, daß während dieser Periode in Gesetzgebung und Verwaltung die Tendenz erkennbar gewesen ist, die im Herzogthum Schleswig bestehenden Einrichtungen und Verhältnisse, ohne Rücksicht auf die Interessen des Herzogthums und die Ansichten und Wünsche der Landesvertretung, so wie des Landes selbst, umzustürzen, zu dem Zweck, um an die Stelle des Bestehenden dänische Einrichtungen, dänische Verwaltung und Münze, dänische Sprache, ja selbst dänische Ortsnamen zu setzen.

2) Die Allerhöchste Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 verspricht auf verfassungsmäßigem Wege den schleswigschen Ständen eine solche Entwicklung zu geben, daß das Herzogthum Schleswig hinsichtlich seiner bisher zu dem Wirkungskreise der beratenden Stände gehörigen Angelegenheiten eine ständische Vertretung mit beschließender Befugniß erhält. Diese Zusage ist deutlich und klar. Der Wirkungskreis der früheren beratenden Stände (§ 4 der Verordnung vom 28. Mai 1831) umfaßte alle allgemeinen Gesetze, welche Veränderungen in den Personen- und Eigenthumsrechten, in den Steuern und öffentlichen Lasten zum Gegenstand haben.

Nicht minder war es durch Zusicherungen der Jahre 1851 und 1852 dem Lande verheißen, daß die Verbindung sämmtlicher Landestheile zu einer gesaumten Monarchie nur nach vorgängiger Berathung mit den schleswigschen Ständen stattfinden solle. Diese Verheißung konnte, wenn sie nicht bedeutungslos sein sollte, nicht wohl anders verstanden werden, als dahin, daß keine desfallsige Organisation ohne die Zustimmung der schleswigschen Stände stattfinden solle.

Diese Versprechungen sind in keiner Weise erfüllt. Gegen den Wunsch der Landesvertretung wurde unterm 15. Februar 1854 für das Herzogthum Schleswig eine Specialverfassung erlassen, deren wichtigste §§ 1 bis 4 den Ständen zur Berathung überhaupt nicht vorgelegt waren. Bei der Berathung über den Entwurf dieser Verfassung wurde den Ständen ungewöhnlicher, aber vielleicht nicht unabsichtlicher Weise, keine Gelegenheit gegeben, über die Annahme oder Ablehnung dieses Entwurfs im Ganzen abzustimmen. Die gedachte Verfassung entzog den Ständen gerade die wichtigsten früher zum Wirkungskreise derselben gehörenden Gegenstände. Nicht einmal für die

jährliche Normirung des speciellen schleswigschen Budgets wurde den Ständen eine Mitwirkung gestattet. Der geringe Wirkungsfreis, welcher der Ständerversammlung noch verblieben war, wurde schon im nächsten Jahr durch die ohne jegliche Vernehmung der Stände erlassene Bekanntmachung vom 10. November 1855 noch mehr beschränkt.

Nachdem nämlich durch den der Ständerversammlung nicht vorgelegten und mit der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 in Widerspruch stehenden § 2 des Verfassungsgesetzes vom 15. Februar 1854 die Einnahmen der im Herzogthum Schleswig belegenen Domainen dem Lande zu dessen großer Benachtheiligung entzogen waren, wurde durch die Bekanntmachung vom 10. November 1855 den Ständen nunmehr auch die Mitwirkung bei der Gesetzgebung und Verwaltung der Domainen verfassungswidrig genommen.

Auch die Verordnung vom 2. October 1855, durch welche die gemeinsamen Angelegenheiten der Monarchie geordnet werden sollten, war nicht geeignet, dem Herzogthum Schleswig die selbstständige und gleichberechtigte Stellung zu den übrigen Theilen der Monarchie zu geben, auf welche dasselbe nach den Zusicherungen von 1831 und 1832 gerechten Anspruch zu machen hatte. Abgesehen von den formellen Mängeln dieser Verordnung, waren die Interessen des Herzogthums durch dasselbe so wenig gewahrt, daß die Vertreter desselben in dem gemeinsamen constitutionellen Organ des Reichsraths selbst dann, wenn die Vertreter der Herzogthümer Holstein und Lauenburg ihre Stimmen mit den übrigen verbanden, der dänischen Majorität gegenüber keine für Schleswig günstige Resultate erzielen konnten. Ew. Königlichen Majestät wird es nicht unbekannt sein, daß eins der einflußreicheren Mitglieder des dänischen Reichstags diesem in öffentlicher Versammlung die Annahme der Verordnung vom 2. October 1855 mit der Bemerkung empfahl: es sei diese Verordnung eine solche, welche mit Recht das Uebergewicht der dänischen Majorität im Reichsrath sichere. In diesem Sinne ist denn auch wirklich das ganze Verfassungswesen sowohl hinsichtlich der gemeinsamen, wie hinsichtlich der speciellen Angelegenheiten eingerichtet.

3) Ferner verspricht die Allerhöchste Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 der dänischen und der deutschen Nationa-

lität im Herzogthum Schleswig völlig gleiche Berechtigung und kräftigen Schutz!

Allergnädigster König! Es fehlen uns die Worte, um unsere Gefühle auszudrücken, wenn wir dessen gedenken, wie sehr das Gegentheil dieser Verheißung eingetreten ist!

Wir wissen es wohl, und Ew. Majestät haben es wiederholt ausgesprochen, daß dem landesväterlichen Herzen Ew. Majestät Ihre Unterthanen, gleichviel ob dieselben deutsch oder dänisch reden, gleich lieb seien, daß es Ew. Majestät ganz einerlei sei, welche Sprache dieselben gebrauchen, wenn sie nur getreue Unterthanen seien. Aber die früheren Ministerien haben es zu verhindern gewußt, daß die landesväterlichen Verheißungen und Absichten Ew. Majestät zur Ausführung und dem Lande zu Gute kamen. An die Stelle der versprochenen Gleichberechtigung beider Sprachen ist eine gewaltsame und schonungslose Unterdrückung der deutschen Sprache getreten. Durch einen Anhang der Verfassung für Schleswig vom 15. Februar 1854 ist in der Probstei Hensburg mit 26 Kirchspielen, in der Stadt Tondern und 10 Kirchspielen der Probstei Tondern, in 4 Kirchspielen der Probstei Husum und Bredstedt, in 9 Kirchspielen der Probstei Gottorf, die seit Jahrhunderten bestandene ausschließliche deutsche Schulsprache gewaltsam und gegen den Wunsch der Einwohner verdrängt, so daß in allen diesen Kirchspielen nur bis zu 4 Stunden in der Woche deutsch unterrichtet werden darf, welches aber nicht einmal geschieht. In dem größten Theil dieser Kirchspiele ist die deutsche Sprache die ausschließliche, fast in allen übrigen die überwiegende Volkssprache, und wird der Unterricht daher in den meisten dieser Kirchspiele in einer den Kindern fremden Sprache erteilt. Auf alle Weise wird zu verhindern gesucht, daß Kinder in diesen Kirchspielen durch deutsche Hauslehrer unterrichtet werden, und das gemeinsame Halten eines solchen Hauslehrers durch zwei oder mehrere Familien ist unbedingt untersagt. — — — — —

Die feindseligste und schlaueste Arglist hätte kein wirksames Mittel ersinnen können, um im Lande bis in die kleinste Hütte dem dänischen Namen und der dänischen Sprache Abneigung und Entfremdung zu erwecken, als die vor Gott und Menschen nicht zu rechtfertigende gänzlich erfolg- und zwecklose

Unterdrückung der deutschen Sprache — — — — —

Es steht ferner im Widerspruch mit der verheißenen Gleichberechtigung der beiden Nationalitäten, so wie mit der bestehenden Gesetzgebung, daß die Verwaltung des Herzogthums Schleswig, sowohl die civile, wie die kirchliche, fast ausschließlich dänischen, größtentheils nicht im Herzogthum Schleswig, sondern im Königreiche geborenen Beamten und Predigern übertragen, und daß die Eingebornen des Herzogthums, zumal wenn sie auf der Landesuniversität Kiel studirt haben, meistens von der Anstellung ausgeschlossen werden. Es kommt wesentlich hinzu, daß ein großer Theil dieser Beamten und Prediger, welche häufig die localen Verhältnisse und Communalanrichtungen nicht kennen, oder nicht berücksichtigen, und alles, was von den Einrichtungen im Königreiche abweichendes von ihnen vorgefunden wird, als einen ohne Weiteres zu beseitigenden Mißbrauch behandeln, gesetzlich gar nicht zur Anstellung im Herzogthum Schleswig qualificirt ist, weil sie nicht die in den Verordnungen vom 1. Februar 1768 und 21. September 1774 als Bedingung einer Anstellung vorgeschriebenen zwei Jahre auf der Kieler Universität studirt haben. — — — — —

Wir bezweifeln sehr, daß irgend einer der früheren Minister für Schleswig im Stande sein wird zu beweisen, daß er diesen landesväterlichen Absichten Ewr. Majestät gemäß gehandelt habe. Im directen Widerspruch mit denselben ist eine Anzahl der unschuldigsten Vereine, deren Tendenz von aller Politik weit entfernt liegt, welche theils religiöser, künstlerischer und wissenschaftlicher oder auch landwirthschaftlicher Natur sind, welche sich sämmtlich der besonderen Gnade und Förderung Seitens Ewr. Majestät erfreut haben und zum Theil noch erfreuen, hinsichtlich des Herzogthums Schleswig verboten und aufgehoben, während sie in Holstein fortbestehen. Wir erinnern unter Anderem namentlich an die Bekanntmachung vom 23. April 1853, welche hinsichtlich Schleswigs die durch Allerhöchste Resolution vom 17. November 1815 approbirte Bibelgesellschaft für die Herzogthümer Schleswig und Holstein, verbot; ferner an die Ministerialverfügung vom 12. April 1853, welche „allen Ernstes“ allen Unterthanen im Herzogthum Schles-

wig den Eintritt in einen für beide Herzogthümer gestifteten Affecuranz-Verein gegen die Lungenseuche unter dem Hornvieh verbot. — — — — —

Es wird überflüssig sein es näher auszuführen, daß der von dem früheren Ministerium ausgesprochene Grundsatz, consequent durchgeführt, zu Resultaten führen muß, welche dem gesunden Menschenverstande zuwiderlaufen. Die Gerechtigkeit und Weisheit Ewr. Majestät wird es nicht zulassen, daß Vereine, wie solches geschehen, für einen Landestheil unterdrückt werden, deren Pflege ausdrücklich verheißen ist, und denen Ew. Majestät Selber fortwährend im Uebrigen Ihren königlichen Schuß angedeihen lassen. — — — — —

So ist denn nach verschiedenen Seiten hin für das Herzogthum Schleswig ein Zustand herbeigeführt, dessen Druck völlig unerträglich ist; wir bitten flehentlich, daß Ew. Majestät Allergnädigst geruhen wollen, diesem Zustande schleunigst Wandel zu schaffen.

Die Ständerversammlung hat sich verpflichtet gehalten, Ew. Majestät diese offene und wahre Schilderung von der Lage des Landes in tiefster Ehrfurcht vorzulegen, weil sie nicht anders glauben kann, als daß Ew. Majestät von den früheren Ministern über die thatsächlichen Verhältnisse unwahr und unrichtig berichtet worden sind. Die Stände glauben ihre Pflicht als treue Unterthanen Ewr. Majestät und als Vertreter des Herzogthums Schleswig nur dadurch erfüllen zu können, daß sie ihre feste Ueberzeugung aussprechen, daß nur eine vollständige Umkehr von dem bisher durch die früheren Ministerien eingeschlagenen Wege zum wahren Frieden und zur Wohlfahrt der Monarchie führen kann. Aufgegeben muß es werden, die dänische Sprache als eine politische Person zu betrachten, deren Gebiet durch Eroberung vergrößert werden soll. Die Sprache ist um der Menschen willen da, nicht umgekehrt die Menschen um der Sprache willen. So lange die Kirche und Schule noch dazu gemißbraucht wird, Propaganda für die Sprache zu machen, so lange den Einwohnern nicht gestattet wird, sich, wo und wann sie wollen, namentlich auch beim Unterricht ihrer Kinder, ihrer eigenen Sprache zu bedienen, steht der Staat mit den ersten Anforderungen des Christenthums und der Civilisation in einem

directen Widerspruch und fehlt die allererste Voraussetzung für eine freie bürgerliche Existenz. So lange bei allen Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung nur die Verbindung Schleswigs mit Dänemark und die noch vollständigere Losreißung von Holstein bezweckt wird, kann von Berücksichtigung der Wünsche und Interessen des Herzogthums nicht die Rede sein.

Allergnädigster König! Die schleswigschen Stände haben bei ihrem diesmaligen Zusammentreten sich in ihrem Gewissen gedrungen gefühlt, ihre Klagen und Bitten so vertrauensvoll, wie freimüthig vor dem Thron Ewr. Majestät anzusprechen, weil seit ihrer letzten Versammlung von Ewr. Majestät Regierung Schritte gethan worden sind, wodurch das von ihnen vertretene Herzogthum in seiner Selbstständigkeit und Gleichberechtigung mit den übrigen Theilen der Monarchie noch ernstlicher bedroht ist. Durch die Patente vom 6. November 1858 hat die Regierung Ewr. Majestät die §§. 1—6 der Specialverfassung für Holstein vom 11. Juni 1854, sowie die Verordnung vom 2. October 1855, betreffend die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie, hinsichtlich Holsteins und Lauenburgs aufgehoben, dabei aber ausgesprochen, daß das letztgedachte Gesetz für das Königreich und das Herzogthum Schleswig in ungeschwächter Wirksamkeit fortbestehe. Da die Zusicherungen aus den Jahren 1851 und 1852 sich nicht einseitig auf das Herzogthum Holstein bezogen, sondern, wie aus der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 28. Jan. 1852 unzweifelhaft hervorgeht, genau in derselben Weise dem Herzogthum Schleswig gegeben sind, so müssen wir als Vertreter dieses Landes die Ueberzeugung aussprechen, daß auch die der schleswigschen Ständerversammlung nicht zur Beurtheilung vorgelegten §§. 1—4 der Special-Verfassung für Schleswig vom 15. Februar 1854 nicht mehr in Kraft bestehen können. Wenn dem Herzogthum Schleswig verweigert würde, was dem Herzogthum Holstein gewährt ist, so würde das ein offenkundiges Zeugniß sein, daß Ewr. Majestät Regierung den beiden gleichberechtigten Landen die gleiche Berechtigung nicht zu Theil werden lassen.

Aus demselben Grunde glaubt die schleswigsche Ständerversammlung es als selbstverständlich bezeichnen zu dürfen, daß die Verordnung vom 2. October 1855 für das von ihr vertretene Herzogthum nicht mehr in Kraft stehen könne, nachdem

sie für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg durch die gedachten Patente aufgehoben worden ist.

Die Verordnung vom 2. October 1855 sollte ihrem ganzen Wesen nach für die Gesamtheit aller Theile der Monarchie zusammen gelten, nicht aber für diesen oder jenen Theil derselben. Der Reichsrath sollte, als ein Organ für die ganze Monarchie, eben diese in ihrer Totalität vertreten, nicht aber die dänischen Mitglieder das Königreich oder die schleswigschen allein das Herzogthum Schleswig. Darin liegt aber unwidersprechlich, daß die Verordnung, nachdem sie für die Gesamt-Monarchie nicht mehr in Kraft steht, auch für einzelne Theile derselben keine Geltung mehr behalten kann.

Sollte eine gemeinsame Verfassung Dänemark und Schleswig verbinden, so hätte es dazu eines neuen Gesetzes bedurft, welches ohne Mitwirkung der schleswigschen Ständeversammlung nicht rechtlich würde zu Stande kommen können.

Die Ständeversammlung muß sich daher dem in der letzten Diät des Reichsraths bereits von zwei Mitgliedern der schleswigschen Stände erhobenen Proteste gegen die Rechtsbeständigkeit der Verordnung vom 2. October 1855 in vollster Ueberzeugung anschließen.

Daß dieser Protest im Reichsrath überhaupt nur von zwei schleswigschen Mitgliedern desselben erhoben worden ist, hat seinen Grund darin, daß die deutsche Bevölkerung des Herzogthums Schleswig sich größtentheils bei den Wahlen zum Reichsrathe nicht betheiligt hat, und in den künstlichen Bestimmungen des Wahlgesetzes. Durch Beides ist es veranlaßt, daß die deutsche Bevölkerung des Herzogthums Schleswig zuletzt nur durch zwei Reichsräthe im Reichsrathe vertreten gewesen ist, obgleich die deutsche Nationalität im Herzogthum Schleswig die überwiegende Majorität bildet.

Die Ständeversammlung hat es bereits vor Ew. königlichen Majestät ausgesprochen, daß durch die Verordnung vom 2. October 1855 die Interessen des Herzogthums Schleswig der Majorität des Königreichs gegenüber nicht einmal damals hinreichend gewahrt waren, als diese Verordnung noch für alle Landestheile Geltung hatte, und die Stimmen Holsteins und Lauenburgs sich mit denen Schleswigs vereinigen konnten. Seitdem die Verordnung für Holstein und Lauenburg aufgehoben ist, wird dies nothwendiger Weise noch weniger der Fall sein,

da die Vertreter des Herzogthums Schleswig im Reichsrathe, der ganz unverhältnißmäßigen Majorität des Königreichs gegenüber, in keiner Frage würden durchdringen können. Das Herzogthum Schleswig ist also durch das Patent vom 6. November 1858, betreffend die Aufhebung der Verordnung vom 2. Decbr. 1855 für Holstein und Lauenburg, in eine viel schlimmere Lage versetzt, als bisher. Die Stände sehen dieselbe für so bedroht an, daß sie in dem mehrgedachten Patent lediglich einen Act der materiellen und factischen Incorporation des Herzogthums Schleswig in das Königreich Dänemark erblicken können. Ew. Königliche Majestät haben in den Jahren 1851 und 1852 es ausgesprochen und verheißen, daß weder eine solche Incorporation stattfinden, noch irgend welche dieselbe bezweckende Schritte vorgenommen werden sollen. Die Stände haben das Vertrauen, daß Ew. Königliche Majestät dieses Ihr Königliches Wort auch jetzt nicht werden zurücknehmen und zugeben wollen, daß Schleswig politisch unmnündig gemacht und einzig dem Willen dänischer Parteien unterworfen werde.

Allergnädigster König!

Es ist den Ständen wohl bekannt, daß jenseits der Königsaaue die Behauptung aufgestellt worden ist, daß eine Verschmelzung Schleswigs mit dem Königreich dem Interesse des Königreichs entspreche.

Diese Behauptung ist falsch. Mit viel größerem Recht können die Stände sich darauf berufen, daß der Bestand der dänischen Monarchie seit Jahrhunderten auch ohne jene beabsichtigte Verschmelzung Schleswigs mit Dänemark, vielmehr gerade in Folge der Verbindung der Herzogthümer Schleswig und Holstein, in unerschütterter Ruhe bestanden hat.

Diese Verbindung, welche für die Wohlfahrt und Zufriedenheit der Herzogthümer unentbehrlich ist, welche von Ew. Majestät königlichen Vorfahren seit nun gerade 400 Jahren stets geschützt und aufrecht erhalten worden ist, hat weder Ew. Majestät landesherrliche Prärogative, noch die wahren Interessen des dänischen Volks irgendwie beeinträchtigt. So wie diese Verbindung damals durch einen freien Vertrag der Herzogthümer mit dem von ihnen unter dieser Bedingung gewählten Landesherrn verbürgt und zugesichert worden ist, so kann dieselbe auch nicht durch einen einseitigen Act, sondern nur mit Zustimmung des Landesherrn und beider Herzogthümer verändert und

aufgehoben werden. Die Vertretung des Herzogthums Schleswig, das wünschen wir laut vor aller Welt auszusprechen, hat zu einer desfälligen Veränderung niemals ihre Zustimmung gegeben, und wird es nie einseitig thun. Jahrhunderte hindurch hat die Herzogthümer zum großen Segen für beide eine Gemeinschaft umfaßt, welche, wie der königliche Bundestags-Gesandte am 7. September 1816 richtig aussprach, darin bestand, „daß beide Herzogthümer, bis auf Holsteins Eigenschaft als Bundesstaat, und die abgeforderte Ständerversammlung, neben dem Socialnexus der schleswig-holsteinischen Ritterschaft, bei gemeinsamer oder gleichartiger Gesetzgebung und Verwaltung, soweit Verfassungs-Eigenthümlichkeiten eines jeden der beiden Herzogthümer hiervon keine Ausnahme begründen (wie solche auch durch den §. 4 des allgemeinen Gesetzes vorgesehen sind) alle öffentlichen Rechtsverhältnisse mit einander gemein haben.“

Die Ruhe der Monarchie würde und wird dagegen gerade dadurch erschüttert, daß seit einer Reihe von Jahren von einer Partei im Königreich Dänemark die Incorporation Schlesiwi als Ziel verfolgt, und hiefür mit großer Energie jedes Mittel benutzt wird. Wie wenig aber ein solches Unternehmen zum Heile der Monarchie führt, beweisen die letzten zehn Jahre, welche statt einer Ausöhnung der sich widerstrebenden nationalen und politischen Elemente nur gesteigerte Bitterkeit und die tiefste innere Zerküftung aller öffentlichen Verhältnisse der Monarchie zur Folge gehabt haben.

Indem die Stände des Herzogthums Schleswig sich daher verpflichtet fühlen, hiedurch

- 1) gegen das Fortbestehen der Verordnung vom 2. Octbr. 1855 für Dänemark und Schleswig, sowie gegen die Rechtsbeständigkeit der von dem Reichsrathe in seiner jüngsten Diät gefaßten Beschlüsse für das Herzogthum Schleswig,
- 2) gegen die Rechtsbeständigkeit der §§. 1—4 der Specialverfassung für Schleswig, über welche keine Verathung der Stände stattgefunden hat,
- 3) gegen die Rechtsbeständigkeit der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 10. November 1855, wodurch der Wirkungsbereich der Stände verfassungswidrig beschränkt wird,
- 4) gegen jede ohne vorgängige Vernehmung der schleswischen Stände vorzunehmende Regulirung des Ver-

hältnisses des Herzogthums Schleswig zu den übrigen dem Scepter Ew. Majestät untergebenen Landen, und
5) gegen alle bisherigen und künftigen Maßregeln, die auf eine Lösung der Verhältnisse gerichtet sind, welche die Herzogthümer Schleswig und Holstein verbinden,

feierlichst Verwahrung einzulegen, bitten wir Ew. Königliche Majestät inständigst, dieses lediglich als einen Ausdruck unserer treuen und loyalen Gesinnung Allergnädigst aufnehmen zu wollen. Wir geben uns mit Vertrauen der Hoffnung hin, daß es der Weisheit Ew. Majestät gelingen werde, die geeigneten Mittel zu finden, um dem traurigen Zustande, in welchem sich die Angelegenheiten des Landes befinden, und welcher die wichtigsten und heiligsten Interessen des Herzogthums Schleswig untergräbt, ein Ende zu machen. Wir erlauben uns nur noch, die feste Ueberzeugung vor Ew. Majestät auszusprechen, daß der Monarchie allein dadurch Friede, Ruhe und Wohlfahrt wiedergegeben werden kann, daß den Ständen des Herzogthums Schleswig, behufs endlicher Feststellung des politischen Verhältnisses des Herzogthums Schleswig zu den übrigen zur Monarchie gehörigen Landen, auf Grund der alten Landesrechte zeitgemäße Vorlagen gemacht werden, so wie dadurch, daß zur definitiven Ordnung dieses Verhältnisses auch rücksichtlich der bisher gemeinschaftlichen Angelegenheiten kein Gesetz ohne Zustimmung der schleswigschen Stände erlassen werde.

Ew. Königlichen Majestät

allerunterthänigste treugehorsamste

Abgeordnete der 9. ordentlichen schleswigschen Ständerversammlung.

H. Kumohr. Dahl. J. G. Marquardsen. E. Baudissin. P. Hinrichsen.
Mackeprang. Kittel. C. C. Clausen. C. L. Ebsen. Joh. Fr. Mømsen.
H. O. v. Ahlefeld. A. E. Thomsen. J. Jessen. M. Buchwaldt. J. Wulf.
J. J. Hansen. Schmidt. J. P. Kielholz. Radbruch. R. v. Ahlefeldt.
J. D. Arp. A. Hansen. M. C. Matthiesen. S. v. Hobe. B. Hamkens.
P. Fr. Martensen.

No. 7.

Aus dem Bericht

der Commission für Petitionen des preussischen Hauses
der Abgeordneten über drei Petitionen, das Herzogthum
Schleswig betreffend.

Der Commission liegen drei Petitionen zur Berichterstattung vor, welche sämmtlich die Verhältnisse im Herzogthum Schleswig zum Gegenstande und den Schuß der Rechte dieses Herzogthums zum Zwecke haben:

Die Verhandlung hat in Gegenwart des Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten und des Unterstaats-Secretairs von Gruner stattgefunden.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten äußerte sich dahin:

Die Regierung theile im vollsten Maße die Gesinnung und die Theilnahme, welche sich in der Petition für Schleswig ausspreche:

Zur Sache selbst müsse er Folgendes bemerken:

Das wesentliche Resultat, welches die in den Jahren 1851 und 1852 zwischen dem Bunde und dem Kopenhagener Cabinet gepflogenen Verhandlungen in Betreff Schleswigs ergeben, lasse sich in drei Punkte zusammenfassen:

- 1) Nicht-Incorporation Schleswigs in Dänemark;
- 2) vielmehr Anerkennung der selbstständigen und gleichberechtigten Stellung der verschiedenen Landestheile, also auch Schleswigs innerhalb der Gesamt-Monarchie, und
- 3) gleiche Berechtigung der deutschen und der dänischen Nationalität in Schleswig.

Diese berechtigten Ansprüche seien bis jetzt noch keinesweges erfüllt. Der zur Zeit in Schleswig bestehende factische Zustand nähere sich in mancher Beziehung in seinen Wirkungen einer Incorporation, und die deutsche Nationalität werde notorisch ungünstiger behandelt, als die dänische. Der Bund habe aus den oben gedachten Verhandlungen das Recht, zunächst auf Erfüllung der dänischerseits gemachten Versprechungen zu dringen. Wenn er dies bis jetzt nicht gethan, sondern während der letzten Jahre sich darauf beschränkt habe, die Sache Holsteins und

Lauenburgs vor sein Forum zu ziehen, so könne man über die Frage der Zweckmäßigkeit einer solchen Trennung verschieden denken — daß aber auch Gründe von Gewicht für den bisher von dem Bunde verfolgten Weg sprächen, liege auf der Hand. Die Sache Holsteins und Lauenburgs bewege sich auf der Basis des deutschen Bundesrechts, hier gebühre dem Bunde die Entscheidung und der König-Herzog sei verpflichtet, auf seine Aussprüche zu hören; jede Einwirkung des Auslandes aber sei ausgeschlossen. In der Sache Schleswigs dagegen sei der Bund Partei; hier habe er mit Dänemark als Macht zu Macht zu verhandeln, jede Differenz auf diesem Felde nehme wesentlich einen europäischen Charakter an. Die europäischen Mächte aber wären in Betreff Schleswigs Deutschland früher sehr ungünstig gewesen. Von der Ueberzeugung geleitet, daß eine wesentliche Schwierigkeit für die günstige Regelung der Verhältnisse Schleswigs in der bisherigen Haltung der europäischen Großmächte liege, sei die jetzige preussische Verwaltung von ihrem Beginne an bemüht gewesen, dieses Hinderniß möglichst zu beseitigen — und sie werde in diesen ihren Bestrebungen, die, wie sie Grund habe zu glauben, nicht ohne Erfolg geblieben, unausgesetzt fortfahren. — Was der Bund thun zu müssen glaube, falle dessen Entschließung anheim. Daß aber, soweit die preussische Regierung dabei mitzuwirken habe, dieselbe von der aufrichtigsten Theilnahme für das Wohl Schleswigs geleitet werde, bedürfe nicht erst der Versicherung. Aber gerade deshalb auch glaube die Regierung das Vertrauen für sich in Anspruch nehmen zu dürfen, daß, nachdem während der letzten anderthalb Jahre die ganze Aufmerksamkeit Preussens wie der übrigen Großmächte nach einer andern Seite hin sich hätte richten müssen, und, obwohl die allgemeine europäische Situation auch zur Zeit noch eine äußerst verwickelte sei, sie ihrerseits die Verhältnisse Schleswigs nicht aus den Augen verlieren, sondern die befriedigende Regelung derselben zum Gegenstande ihrer eifrigsten Sorge machen werde.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, finde er gegen die Ueberweisung der Petition an die Staats-Regierung nichts zu erinnern.

Nach eingehender Erörterung der Sachlage schließt der Commissions-Bericht wie folgt:

„Die Commission empfiehlt daher dem hohen Hause einstimmig:

Die Petition der Königlich Staats-Regierung in dem Sinne zur Berücksichtigung zu überweisen, daß dieselbe aufgefordert werde, Kenntniß davon zu nehmen,

ob und inwieweit die in den Verhandlungen von 1851 und 1852 mit der Königlich dänischen Regierung in Betreff des Herzogthums Schleswig festgestellten Bedingungen in Ausführung gekommen, und das Erforderliche zu veranlassen, daß, falls dieselben unausgeführt gelassen werden, die von der Krone Preußen mitgarantirte Erfüllung derselben endlich stattfinde.“

No. 9.

Aus der Sitzung des preussischen Hauses der Abgeordneten vom 13. Mai 1860.

Tagesordnung: Verhandlungen über den Bericht der Petitionscommission über drei Petitionen das Herzogthum Schleswig betreffend.

Minister der auswärtigen Angelegenheiten Freiherr von Schlieffen:

„Meine Herren! Ich habe dem ausführlichen Berichte Ihrer Petitions-Commission nur Weniges hinzuzufügen. Es erörtert derselbe eine Angelegenheit, an welcher in nicht geringerem Grade, als an der kurhessischen Frage, die vor Kurzem den Gegenstand Ihrer Beratungen bildete, nicht bloß das preussische, sondern das gesammte deutsche Volk einen lebendigen und tiefbegründeten Antheil nimmt. Denn es handelt sich dabei um das Wohl und Wehe zweier Länder, von denen das eine ein wichtiges und werthvolles Glied des deutschen Bundes, das andere, zwar politisch mit Deutschland nicht verbunden, nichts destoweniger aber eine Vormauer deutschen Geistes und deutscher Gesittung ist

und die beide von einem der tüchtigsten, kräftigsten und edelsten deutschen Volksstämme bewohnt werden.

(Bravo! rechts)

Die an Sie gerichteten Petitionen, von denen namentlich die aus Berlin datirte eine Anzahl hochachtbarer Unterschriften trägt und jener Theknahme einen warmen und beredten Ausdruck giebt, beschäftigen sich zunächst und hauptsächlich nur mit dem Herzogthum Schleswig und stellen auch nur in Beziehung auf dieses bestimmte Anträge. Und in der That, meine Herren, haben in der neueren Zeit gerade die Zustände Schlesiens durch eine Reihe von, ich darf wohl sagen, beklagenswerthen Thatfachen und Vorgängen die Aufmerksamkeit in ganz Deutschland vorzugsweise auf sich ziehen müssen. Es ist für eine fremde Regierung und aus der Entfernung nicht leicht, dergleichen Vorgänge und Thatfachen vollkommen zu constatiren; allein nach Allem, was neuerlich und namentlich auch durch die jüngsten Verhandlungen der Schleswigschen Ständeversammlung in authentischer Weise in dieser Beziehung bekannt geworden, wird sich meiner Ansicht nach der deutsche Bund kaum länger der Verpflichtung entziehen dürfen, die dermalige Lage Schlesiens in ernste Erwägung zu nehmen.

(Lebhaftes Bravo! rechts)

Er wird zu prüfen haben, ob und inwiefern diese Lage demjenigen entsprechend sei, was auf Grund der mit Dänemark gepflogenen und im Jahre 1852 zum Abschluß gelangten Verhandlungen Deutschland zu Gunsten Schlesiens zu fordern berechtigt ist.

Ich habe mir gestattet, eine actenmäßige Darstellung über das Resultat dieser Unterhandlungen im Schooße Ihrer Commission mitzutheilen. Danach hat sich Dänemark anheischig gemacht, e i n m a l der deutschen Nationalität im Herzogthum Schleswig gleichen Schutz und gleiche Berechtigung angedeihen zu lassen, wie der dänischen, und s o d a n n das Herzogthum Schleswig niemals in das Königreich zu incorporiren, vielmehr in der Gesammt-Verfassung allen Bestandtheilen der Monarchie eine selbstständige und gleichberechtigte Stellung nebeneinander einzuräumen. Es ist nicht zu verkennen, daß diese Zusicherungen auch für das deutsche Bundesland Holstein von nicht geringer Bedeutung waren, da dessen Stellung wesentlich verstärkt wird, wenn in

der vielgegliederten Monarchie ein Glied mehr ihm zur Seite steht, in welchem deutsche Nationalität ihre Geltung findet.

Allein im Vergleich zu dem früheren Rechtszustande enthielten diese Zusicherungen immerhin nur eine sehr beschränkte Grundlage nationalen und selbstständigen Lebens, und es hätte deshalb um so zuversichtlicher erwartet werden sollen, daß wenigstens diese beschränkte Grundlage dem Herzogthum Schleswig unverkürzt gewährt und unverkümmert erhalten werden würde. Es kann nicht meine Absicht sein, hier in eine nähere Erörterung und Schilderung der dormaligen Zustände dieses Landes einzugehen, allein das glaube ich aussprechen zu dürfen und zu müssen, daß kein unbefangenes und unparteiisches Auge darin eine Verwirklichung der mit Dänemark getroffenen Verabredungen zu erblicken vermögen wird.

(Sehr gut!)

Welche Entschließungen der deutsche Bund bei einer solchen Lage der Dinge für gerechtfertigt und für geboten halten werde, das muß zunächst seiner eigenen Erwägung und Prüfung vorbehalten bleiben. Die königliche Staats-Regierung kann sich nicht für ermächtigt halten, diesen Entschließungen ihrerseits durch einseitige Erklärungen irgendwie zu präjudiciren.

Bei Weitem weniger unbefriedigend erscheint die augenblickliche Lage Holsteins und Lauenburgs. Hier ist nach der definitiven Aufhebung der Gesamtstaatsverfassung durch den jüngsten Bundesbeschluß vom 8. März d. J. ein Interimisticum festgestellt worden, wonach in den sogenannten gemeinsamen Angelegenheiten alle Anordnungen, die zur Geltung im eigentlichen Königreich die Genehmigung des Reichsraths erfordern, für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg in Zukunft der Zustimmung der Provinzialstände bedürfen werden; und zwar hat der deutsche Bund dies nicht abhängig gemacht von einer beipflichtenden Erklärung der dänischen Regierung; er hat vielmehr bestimmt ausgesprochen, daß er keine dem zuwiderlaufende Verordnung für die Herzogthümer als bindend erachten werde. Wenn damit allerdings auch für die Dauer des provisorischen Zustandes die beiden Herzogthümer gegen jede Beeinträchtigung gesichert erscheinen, so ist damit doch noch nichts Entscheidendes für die definitive Regulirung ihres staatsrechtlichen Verhältnisses geschehen, und namentlich bleibt die Frage wegen der ihnen gebührenden

Stellung in dem Gesamtorganismus der Monarchie noch vorbehalten.

Meine Herren! Preußen hat ein Herz für die Sache der deutschen Herzogthümer; es wird, wie bisher, so auch in Zukunft bemüht sein, dieselbe in jeder geeigneten Weise zu fördern und zu unterstützen, sei es als Bundesmacht, sei es durch seine Stellung und seinen Einfluß als Europäische Macht. Indes brauche ich Sie kaum darauf aufmerksam zu machen, wie vielfach sich die Fäden verschlingen, durch welche gerade diese Angelegenheit, und insbesondere insoweit es sich um Schleswig dabei handelt, mit der allgemeinen Politik im engen und unauflösliehen Zusammenhange steht. Wenn daher auch über die Richtung und das Ziel unserer Bestrebungen niemals ein Zweifel obwalten kann, so wird doch die Form und das Maß der zu thuenen Schritte, so wie die Wahl des geeigneten Zeitpunktes wesentlich durch diejenigen Erwägungen bedingt bleiben müssen, welche die jedesmalige allgemeine politische Situation an die Hand giebt. Die Staats-Regierung glaubt deshalb auch das Vertrauen für sich in Anspruch nehmen zu dürfen, daß sie von der ihr als Bundesmacht und als Europäische Macht zustehenden Initiative nicht bloß den richtigen, sondern auch den rechtzeitigen Gebrauch zu machen wissen werde.

Die deutschen Herzogthümer haben durch die männliche Beharrlichkeit, mit welcher sie nicht aufhören für die Wahrung ihrer Rechte und ihrer Nationalität einzutreten, ein schönes und leuchtendes Beispiel aufgestellt.

(Bravo!)

Es gebührt ihnen deshalb eine um so größere, eine um so ungetheilte Anerkennung, als sie dabei niemals die unverbrüchliche Treue gegen den angestammten Landesherrn und niemals jenen Geist der Mäßigung und Besonnenheit verleugnet haben, welcher das sichere Kennzeichen einer guten und gerechten Sache ist.

(Bravo!)

Lassen Sie mich die Hoffnung, ja die Zuversicht aussprechen, daß derselbe Geist und dieselbe Gesinnung inmitten der Schwierigkeiten und Gefahren ihres dornenvollen Weges auch in Zukunft die Schritte der Herzogthümer leiten werden.

(Lebhaftes Bravo!)

No. 9.

Aus der Sitzung des preussischen Hauses der Abgeordneten vom 4. Mai 1860.

Tagesordnung: Fortsetzung der Verhandlungen über den Bericht der Petitionscommission über drei Petitionen das Herzogthum Schleswig betreffend.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung!

Diese Abstimmung wird meines Ermessens zunächst eine eventuelle sein müssen. Das Haus wird sich darüber zu entscheiden haben, ob für den Fall, daß der Antrag der Abgeordneten von Carlowitz und Genossen angenommen werden sollte, in demselben (nach dem Vorschlage des Abgeordneten von Blandenburg) hinter dem Worte „dieselbe“ eingeschaltet werden soll „in Gemeinschaft mit den deutschen Verbündeten“, oder nicht. Der solchergestalt mit dem Zusätze des Abgeordneten von Blandenburg versehene oder nicht versehene von Carlowitz'sche Antrag wird dann den Gegenstand einer namentlichen Abstimmung bilden, endlich event. über den Antrag der Commission abzustimmen sein.

Der Antrag auf namentliche Abstimmung hat inzwischen schon die ausreichende Unterstützung durch Unterschriften erhalten. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, gehe ich mit der Abstimmung vor.

(Pausc.)

Diejenigen Herren, welche für den Fall, daß das Amendement von Carlowitz und Genossen (Nr. 210 der Drucksachen) die Zustimmung des Hauses finden sollte, nach dem Unteramendement des Abgeordneten von Blandenburg in der dritten Zeile hinter dem Worte

„dieselbe“

einschalten wollen.

„In Gemeinschaft mit den deutschen Verbündeten“ bitte ich, aufzustehen.

(Geschicet.)

Das Unteramendement ist eventuell angenommen. Der Antrag, der jetzt zur namentlichen Abstimmung kommt, lautet also wie folgt:

„Das Haus der Abgeordneten, indem es die vorliegenden Petitionen der königlichen Staats-Regierung überweist, spricht die Erwartung aus, daß dieselbe in Gemeinschaft mit den deutschen Verbündeten Nichts unterlassen werde, um den Herzogthümern Schleswig und Holstein endlich zum vollen Genuße ihrer schwer gekränkten Rechte zu verhelfen.“

Diejenigen Herren, die so beschließen wollen, werden bei dem Aufruf ihres Namens mit „Ja“, die das nicht wollen, mit „Nein“ antworten.

(Der Namensaufruf wird vollzogen.)

Präsident: Das Ergebniß der Abstimmung ist dieses:

Es haben sich bei der Abstimmung 303 Mitglieder theiligt und dieselben haben sämmtlich mit Ja gestimmt.

(Bravo!)

Der Antrag der Abgeordneten von Carlowitz und Genossen mit dem Unter-Amendement des Abgeordneten von Plandenburg ist also von dem Hause einstimmig angenommen.

No. 10.

Circulardepesche des königlich dänischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an die dänischen Gesandtschaften im Auslande.

Kopenhagen, den 25. Mai 1860.

Herr (Tit.) Die lezthm im preussischen Abgeordneten-hause stattgefundenen Debatten in Betreff der Angelegenheiten des Herzogthums Schleswig werfen ein bemerkenswerthes Licht auf das dänisch-deutsche Zerwürfniß im Allgemeinen.

Was seit langer Zeit der königlichen Regierung ungen-scheinlich war, fällt gegenwärtig Jedermann in die Augen. Es ist von jezt an klar, daß die so eifrig behaupteten Forderungen in Betreff der Stellung von Holstein und Lauenburg in der Monarchie, wenigstens nach den Absichten einer mächtigen Partei in Deutschland, etwas ganz anderes bezwecken, als jene Herzogthümer in ihren angeblichen Rechten zu schützen und ihnen

eine befriedigende Stellung in der dänischen Monarchie zu sichern. Man hatte mit großem Geräusch dasjenige reclamirt, was man mit einem seltsamen Wortmißbrauch „die politische Selbstständigkeit und Gleichberechtigung dieser Herzogthümer“ nannte; jetzt ist es der Berichterstatter des Comité's des Hauses selbst, welcher behauptet, daß die dänische Regierung nicht nur jene Forderungen wie Deutschland sie versteht, niemals wird erfüllen wollen, sondern sie auch niemals wird erfüllen können. Eine das Ganze der Monarchie umfassende Verfassung — und dies war gerade die Organisation, welche der deutsche Bund und Preußen vor Allem unlängst als dasjenige anerkannten, welches vollkommen mit den besonderen Rechten dieser Herzogthümer übereinstimmen würde — ist keineswegs, er gesteht es offen, mit der Auslegung vereinbar, die man diesen Worten zu geben behauptet. Kürzlich hatte man durch den Bundestag einen Beschluß genehmigen zu lassen gewußt, welcher bezweckte, der holsteinischen Ständerversammlung beratthende Gewalt in gemeinsamen Angelegenheiten einzuräumen; und gegenwärtig gesteht ein sehr hervorragendes Mitglied, welches einen großen Einfluß auf das Haus ausübt, in Betreff eines andern Staates (Oesterreich) ein, daß wenn man jedem der verschiedenen Theile, aus welchem er besteht, eine besondere Verfassung gäbe, man wie Einer handeln würde, der vier Pferde an einen Wagen in einer Weise spannte, daß jedes nach seiner Seite hin zöge; denn die wunderbarste Coincidenz nur könne zwischen den verschiedenen Ständerversammlungen die erforderliche Gemeinsamkeit der Handlung herbeiführen.

Es ist also nur zu augenscheinlich, daß man sich von einer gewissen Seite keinesweges beleißigt, auf gerechte und billige Weise die in Betreff der zum Bunde gehörigen Herzogthümer bestehende Differenz zu erledigen. Ganz im Gegentheil bezweckt man diese Frage offen zu halten, zum großen Nachtheil der dänischen Monarchie und ganz besonders der deutschen Herzogthümer, damit es endlich gelinge, die Wirksamkeit des Bundestages auf das dänische Herzogthum Schleswig auszu dehnen. Man hat im preussischen Abgeordnetenhanse das Mögliche gethan, um die Erinnerungen von 1848 anzufrischen. Man hat offenkundig den Schleswig-Holsteinismus proclamirt, den Europa verdammt, man hat sich geweigert, die Erbfolgeordnung der Monarchie anzuerkennen, die Europa sanctionirt

hatte, man hat die Gültigkeit eines definitiven Bundesbeschlusses, insofern es Preußen betrifft und den dieser Staat selbst provocirt hatte, in Abrede gestellt, und man behauptet, die Sicherheit Deutschlands erlaube nicht, daß Schleswig und Holstein fortwährend einem fremden Staat angehören.

Durch den Beschluß des Abgeordnetenhanſes wird die preußische Regierung aufgefordert, sich in die Angelegenheiten des dänischen Herzogthums Schleswig zu mischen. Dem dringenden Rath der befreundeten Mächte gegenüber hat Dänemark eine Einmischung in die Angelegenheiten Holsteins ertragen, deren Rechtmäßigkeit es nicht anerkennen, welcher es aber doch nicht die Anerkennung eines gewissen Scheins formellen Rechtes wegen der besonderen Beziehungen, die Holstein mit dem Bunde verbinden, versagen konnte. Eine solche Rücksicht würde aber keine Anwendung auf Schleswig finden. Nicht nur gehört dies ausschließlich dänische Land nicht zum Bunde, noch hat es je dazu gehört, sondern Dänemark findet sich auch diesem gegenüber nicht durch irgend welchen Tractat noch durch irgend eine Uebereinkunft verpflichtet, insofern es die Organisation und Verwaltung dieses Landes betrifft.

Ohne auf alle Arten öffentlichen Rechts zurückzukommen, welche die durchaus unabhängige Lage dieses Herzogthums dem deutschen Bunde gegenüber beweisen, werde ich mich darauf beschränken, mit kurzen Worten die Unrechtmäßigkeit der willkürlichen Einmischung Deutschlands in die Angelegenheiten einer dänischen Provinz zu beweisen, indem ich den Tenor der letzten zwischen Dänemark und dem Bunde abgeschlossenen förmlichen Acten ins Gedächtniß rufe.

Durch den Bundesbeschluß vom 29. Juli 1852 wurden die bis dahin zwischen Dänemark und Deutschland bestandenen Differenzen für definitiv erledigt erklärt. Auf die Einladung Oesterreichs und Preußens erkannte der Bundestag an, daß die Verfügungen der vom Könige von Dänemark unterm 28. Januar desselben Jahres erlassenen Bekanntmachung mit den Gesetzen und Rechten des Bundes übereinstimmen, insofern diese Verfügungen die Angelegenheiten der Herzogthümer Holstein und Lauenburg betreffen und insofern sie, ihrer Beschaffenheit nach, von der Prüfung und verfassungsmäßigen Entscheidung

des Bundes abhängig wären. Der Bundestag äußerte das Vertrauen, daß der König die Aufrechterhaltung, sowie die Entwicklung sowohl der gesetzlich bestehenden Einrichtungen in seinen zum Bunde gehörenden Provinzen, als der diesen Ländern zukommenden Stellung in ihrer Verbindung mit den übrigen Theilen der Monarchie überwachen werde.

Dies war die förmliche und definitive Erledigung der Differenz. Wenn der Bundestag die königliche Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 prüft und approbirt, so ist dieses nur in Betreff der zum Bunde gehörenden Herzogthümer, und die vom Bundestage ausgedrückte Hoffnung hat nur Bezug auf die inneren Institutionen dieser Länder und auf ihre Stellung in der gemeinschaftlichen Verfassung der Monarchie.

Ich könnte bei diesen genauen und klaren Angaben stehen bleiben. Aber in den Debatten des preussischen Abgeordnetenhauses und anderswo hat man diesem Beschlusse vorangehende Unterhandlungen, welche gegen Ende des Jahres 1851 zwischen Dänemark, Oesterreich und Preußen als Bundesbevollmächtigte stattgefunden, benutzen zu können geglaubt. Ich habe nicht nöthig, mein Herr, Ihnen bemerklieh zu machen, daß der alleinige definitive Abschluß und keinesweges die vorläufigen Unterhandlungen den internationalen Rechten und Pflichten zur Grundlage dienen kann, und daß es eine durchaus nicht zu rechtfertigende Behauptung sein würde, aus letzteren ableiten zu wollen, was keine Begründung in der Schlußacte hätte. Indessen, um keine Spur des Zweifels übrig zu lassen, ziehe ich es doch vor auch auf diesem Gebiete den vollständigen Mangel eines Rechtes, von Seiten Deutschlands in die Angelegenheiten Schleswigs sich zu mischen, zu zeigen, indem ich mich vornämlich an die Beilagen der ausgewechselten Depeschen halte, in welchen man beiderseits die Resultate der gegenseitigen Forderungen niederlegte, so daß darin Alles formulirt wurde, was im Laufe der Unterhandlungen zum Vorschein gekommen war.

Das in Betreff Schleswigs von Oesterreich und Preußen ausgesprochene Fundamental-Princip ist, daß dieses Herzogthum ein nichtdeutsches Land ist, dessen Angelegenheiten folglich nicht Gegenstände der Discussion und Unterhandlung mit dem deutschen Bunde werden können. Und wenn man diesem Princip die Modification hinzufügte, daß der Bund

Das Recht habe es zu controliren, ob die Abschaffung der administrativen und judiziellen Gemeinſamkeit, die bis dahin zwischen Schleswig und Holstein bestanden, nicht die von letzterem Lande erworbenen Rechte verlege, erkannte man zugleich an, daß derartige Rechte in der Wirklichkeit nicht bestanden und daß die Maßregeln, durch welche die königl. Regierung diese Verbindung sowie jede andere besondere Verbindung zwischen dem dänischen Herzogthum Schleswig und dem deutschen Herzogthume Holstein aufgehoben hätte, vollkommen gerechtfertigt seien und daß sie nicht unter die Competenz oder die Zustimmung des Bundes gehörten. Endlich, um jeden Zweifel zu entfernen, der aus den früheren Entscheidungen des Bundes in Betreff der königlichen Erklärung vom 7. September 1846 hervorgehen könnte, wurde ausdrücklich hinzugefügt, daß diese nur den damaligen Zustand der Monarchie im Auge habe und „daß sie nicht die Wirkung haben könne und solle, der verfassungsmäßigen Competenz des Bundes zuwider, durch förmliche, vom Wechsel der Umstände und von späteren Ereignissen unabhängige Verpflichtungen die unbestreitbaren Souveränitätsrechte des Königs zu beeinträchtigen.“

Dieses ist der Gesichtspunkt, auf welchen Oesterreich und Preußen sich hinsichtlich Schleswigs gestellt haben. Der Schleswig-holsteinismus war verworfen. Die Abschaffung der alten administrativen und judiziellen Vereinigung Schleswigs und Holsteins war als vollkommen rechtsbegründet anerkannt. Schleswig ging den Bund nichts an, der kein Recht hatte, sich mit den Angelegenheiten Schleswigs zu befassen.

Dieser vollständigen Anerkennung der Stellung Schleswigs und der Grenzen der Competenz des Bundes gegenüber, hat der König im Laufe der Unterhandlungen seine Absichten in Betreff der künftigen Organisation der Monarchie, und namentlich in Betreff der von Schleswig in derselben einzunehmenden Stellung, ankündigen zu können geglaubt. Se. Majestät haben erklärt, daß Sie nicht die Absicht hätten, das Herzogthum dem Königreiche zu incorporiren, sondern demselben für seine Sonderangelegenheiten seine eigene Verfassung und Verwaltung zu lassen. Zu diesem Zwecke beabsichtigten Se. Majestät aus eigener Machtvollkommenheit die alten Stände Schleswigs wiederherzustellen. Eben so sollten die im Königreich geltenden

politischen Institutionen, namentlich das Wahlgesetz, nicht auf Schleswig ausgedehnt werden. Dies sind seine Absichten — und außer diesen giebt es keine, — welche der König in Betreff Schleswigs im Laufe der Unterhandlungen angekündigt hat.

Untersuchen wir diese königlichen Erklärungen gehörig. Welches ist ihr wirklicher Charakter und in welchem Grade sind sie verwirklicht?

Um den Wünschen der deutschen Mächte entgegenzukommen, kündigte der König seine Absichten an, keinesweges aber um ihnen das Recht einzuräumen, die königliche Regierung in ihrer Verwaltung einer ausschließlich dänischen Provinz zu controliren und den Samen neuer und endloser Zwürfnisse in einem Augenblick auszustreuen, wo man denselben definitiv ein Ziel zu setzen beabsichtigte. Wenn man heute die freie Aeußerung der Absichten des Königs mit internationalen Verpflichtungen vermengen will, so sucht man die Form dieser Erklärungen, die ausdrücklichen Vorbehalte der Regierung in Betreff derselben und die Art und Weise, wie Oesterreich und Preußen sie damals aufnahmen, zu vergessen. „Die Souveränitätsrechte des Königs von Dänemark sind uns heilig“, hieß es in der österreichischen Depesche vom 26. December 1851, „aber nach unserer innigsten Ueberzeugung, würden dieselben in keinerlei Weise Abbruch leiden, wenn die Stellung Sr. Majestät ihn bewöge, seinen Bundesgenossen Erläuterungen zu geben.“ Es bietet sich hier eine Analogie dar, auf welche ich die Aufmerksamkeit lenken möchte. Man erinnert sich der vom königlichen Gesandten in Frankfurt unter dem 7. September 1846 gegebenen Erklärung, um den Bundestag über die Absichten des Königs aufzuklären. Welches ist die Bedeutung, die Oesterreich und Preußen bei den Unterhandlungen von 1851–52 dieser Erklärung gaben? Sie war freiwillig gegeben worden, um gewisse durch den offenen Brief hervorgerufene Befürchtungen zu beschwören, und sie war vom Bundestage angenommen worden, welcher sie zur Grundlage eines Special-Beschlusses genommen hatte. Aber weder die Wiener und Berliner Cabinette, noch der Bundestag, haben diesem Act den Charakter einer gegenseitig verpflichtenden Transaction geben wollen, den er in Wirklichkeit nicht hatte. — Gewiß kann noch weniger die Rede davon sein, den in den Jahren 1851 und 1852 angekündigten königlichen

Absichten den Charakter einer verpflichtenden Transaction beizulegen, wenn man gehörig ihre Form und ihren Inhalt berücksichtigt.

Aber deßhalb haben diese Erklärungen nicht minder eine große Bedeutung für Jedermann und vornämlich für die Unterthanen des Königs. Er. Majestät haben den angekündigten Absichten gemäß gehandelt und werden nicht aufhören, Ihr Verfahren darnach einzurichten. Es kann nicht der geringste Zweifel darüber obwalten, daß das Herzogthum Schleswig nicht dem Königreiche incorporirt werden wird, so lange es seine besondere Verfassung und Verwaltung behält, in welchen sich die besonderen provinziellen Principien und nicht die des Königreiches realisirt finden. Und obwohl die schleswigsche Ständeversammlung vollständig bewiesen hat, wie gerecht die Besorgnisse gewesen waren, die die Regierung im Jahre 1851 geäußert hatte, daß sie sich nicht dem unaufhörlichen fremden Einflusse werde entziehen können, so lange sie nach ihren alten Principien organisiert sein würde, hat der König sie nichtsdestoweniger fungiren lassen, selbst als es notorisch war, daß die Stimme des Aufsturus in ihren Berathungen die Oberhand hatte.

Das ist also das Resultat, wohin die Prüfung der Unterhandlungen von 1851 und 1852 führt, und eben so wenig wie die definitive Acte vom 29. Juli 1852 enthalten diese Unterhandlungen den mindesten Anspruch für Deutschland, sich in die Angelegenheiten des dänischen Herzogthums Schleswig zu mischen. Wenn dessenungeachtet das preussische Abgeordnetenhaus von unzweideutigen schleswig-holsteinischen Tendenzen inspirirt und die Vergrößerung Deutschlands im Auge die preussische Regierung gedrängt hat, sich in die inneren Angelegenheiten eines dänischen Landes zu mischen, und wenn die preussische Regierung geglaubt hat, sich bereit erklären zu müssen, diese Ermahnung günstig aufzunehmen, so habe ich den Befehlen des Königs, unseres erhabenen Souverains, gemäß, dem Berliner Cabinet einen Protest gegen diese Usurpation zustellen müssen.

Ich bitte Sie, mein Herr, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Er. Majestät . . . die beifolgende Protestation vorzulesen und ihm eine Abschrift davon zu geben, wenn er es wünscht, sowie sich ihm und seinen Collegen gegenüber im Sinne gegenwärtiger Depesche zu erklären, so oft man von

durch Dänemark in den Verhandlungen von 1851—52 in Betreff Schleswigs eingegangenen Verpflichtungen Ihnen gegenüber reden sollte.

Ich habe die Ehre u. s. w.

(unterz.) E. Hall.

No. 11.

Depesche des preussischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den königlich preussischen Gesandten in Kopenhagen.

Baden-Baden, den 29. Juni 1860.

Freiherr v. Broddorff hat mir eine Depesche mitgetheilt, welche Herr Hall unterm 10. Juni an ihn gerichtet hat, und von welcher ich die Ehre habe Ihnen anbei eine Abschrift zu übersenden.

Herr Hall glaubt in dieser Depesche die Vermahnungen erneuern zu müssen, die er schon in seiner Depesche vom 16. Mai formulirt hatte, auf welche ich durch die an Sie gerichtete Note vom 29. Mai geantwortet habe. Die in dieser Note niedergelegten Bemerkungen bedürfen meinerseits weder einer Einschränkung noch eines Zusages, und mir scheint, daß eine verlängerte Erörterung dieses Punktes nur dazu dienen würde, die Beziehungen der beiden Länder zu vergiften, ohne im geringsten zur Ebung der Schwierigkeiten beizutragen, welche sich einer befriedigenden Lösung der Frage, um die es sich handelt, entgegen stellen.

Da indessen der Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu beweisen unternommen hat, daß Dänemark gegen den deutschen Bund in Bezug auf Schleswig keine Art von Verpflichtungen auf sich geladen habe, so kann ich mich nicht enthalten, des Genaueren unsere Auffassung von der Beschaffenheit und der Tragweite der Festsetzungen, denen die dänische Regierung in dieser Hinsicht zugestimmt hat, auseinander zu setzen, und so finden Sie denn diese Auffassung in der deutschen Denkschrift niedergelegt, welche die gegenwärtige Note begleitet. Dieselbe wird hinreichen, ich zweifle nicht daran, Herrn Hall's Beweisführung vollständig zu widerlegen.

Indem ich mich im Allgemeinen auf den Inhalt dieses Actenstückes beziehe, glaube ich doch hier jetzt noch bestimmter die Verwahrung aufrecht erhalten zu müssen, die ich dem Freiherrn v. Broddorff schon mündlich ausgesprochen habe, als dieser Gesandte mir die Depesche des Herrn Hall vom 10. d. M. vorlas — meine Verwahrung gegen die Bezeichnung des Herzogthums Schleswig als „Dänische Provinz,“ die sich nach unserer Meinung in offenem Widerspruch mit der Stellung befindet, welche diesem Lande von Rechtswegen und kraft völkerrechtlicher Festsetzungen zukommt.

Im Uebrigen steht es dem Bundestage zu, die Rechte zu benennen, welche geltend zu machen er sich laut der von Dänemark übernommenen Verpflichtungen befugt halten mag, und wir wünschen unsererseits keinesweges den Entschlüssen vorzugreifen, welche derselbe in dieser Beziehung zu fassen haben wird.

Wenn Herr Hall in seiner Depesche vom 10. Juni bemerkt, daß die Verhandlungen der dänischen Kammern nie das Schauspiel heftiger und maßloser Angriffe gegen die deutschen Mächte oder den deutschen Bund geboten hätten, so giebt meine Note vom 29. Mai klar genug zu erkennen, daß wir derartigen Vorfällen keine besondere Bedeutung beilegen. Daher glauben wir uns denn auch enthalten zu können, die Protokolle der parlamentarischen Sessionen Dänemarks seit 1850 nachzuschlagen und alle jene heftigen Anfälle anzuführen, denen sich die deutschen Mächte im Schooße der dänischen Kammern ausgesetzt sahen. Ich begnüge mich Herrn Halls Aufmerksamkeit auf die Debatten zu lenken, welche in den beiden dänischen Kammern vom Herbst 1851 bis zum Frühjahr 1852 stattgefunden haben, und welche zahlreiche Beispiele zur Unterstützung dessen liefern, was ich in diesem Betracht in meiner Note vom 24. Mai bemerkt habe.

Ich ersuche Sie, gegenwärtige Note dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorzulesen und ihm, wenn er es wünscht, Abschrift sowohl von der Note als von der Denkschrift zukommen zu lassen.

Genehmigen Sie u. s. w.

Schleinitz.

Denkschrift der königlich preussischen Regierung.

Der königlich dänische Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat in der Depesche an den Freiherrn v. Broddorff vom 10. Juni d. J. die Behauptung aufgestellt, „daß Dänemark in

den Verhandlungen der Jahre 1851 und 1852 keine Verbindlichkeit gegen den deutschen Bund in Bezug auf Schleswig eingegangen sei.“ Die in den Monaten December 1851 und Januar 1852 zwischen Kopenhagen, Wien und Berlin gewechselten Depeschen beweisen unbestreitbar das Gegentheil.

Des Königs von Dänemark Majestät hatte auf Grund des Art. 4. des Friedensvertrags vom 2. Juli 1850 die Intervention des deutschen Bundes nachgesucht, um wieder in den Besitz des Herzogthums Holstein eingesetzt zu werden. Es war dies nach eben jener Bestimmung wie nach Art. 27 der Wiener Schlußacte vom 15. Mai 1820 davon abhängig, daß der König dem Bunde von den zur Pacification des Landes gefaßten Entschließungen Kenntniß gab. — Eine erste Erklärung, welche die dänische Regierung den von dem Bunde für diese Angelegenheit bevollmächtigten Höfen von Berlin und Wien unter dem 26. August 1851 abgegeben hatte, war von letzteren für ungenügend erachtet worden, um darauf hin zur Herstellung der landesherrlichen Gewalt zu schreiten.

Darauf erging die Depesche des Kopenhagener Cabinets vom 6. December 1851. Rechtliche Garantien für seine künftigen Maßnahmen — erklärte dasselbe darin — könnten Deutschseits nicht verlangt, dürften von Dänemark nicht gegeben werden. Wohl aber werde es dem Könige, wenn man seinem Verlangen durch Rückgabe der vollen landesherrlichen Gewalt in Holstein entspreche, in einer hoffentlich nahen Zukunft möglich werden, die moralischen Garantien zu verstärken, welche dem innern und äußeren Frieden der Monarchie zum Grunde lägen. Solche Garantien könnten aber ihrem Wesen und ihrer Natur nach nur aus freien Stücken gegeben werden. Zu diesem Zwecke waren in einer besonderen Anlage der Depesche unter Nr. II die Absichten des Königs vertraulich mit dem Beifügen näher entwickelt, daß der König deren Ausführung eventuell nicht beanstanden werde. Diese waren in bestimmten Punkten formulirt. Sie interessiren hier nur in so weit, als sie auf Schleswig Bezug haben. Es war darin gesagt: „1) Wenn Se. Majestät aus Rücksichten auf den Rath und Wunsch Seiner hohen Allirten beschließen, nicht nur das Herzogthum Holstein, sondern auch das Herzogthum Schleswig bis weiter als absoluter König unter Mitwirkung beratthender Provinzialstände zu regieren, so

geschieht dies, was das Herzogthum Schleswig betrifft, übrigens lediglich aus freier Machtvollkommenheit, auch keineswegs in der Absicht, auf Wiedereinführung der Provinzialstände-Institution im Königreich Dänemark, mit Beseitigung des für letzteres angenommenen und in Wirksamkeit bestehenden Grundgesetzes, hinzuarbeiten, sondern mit dem Ziele vor Augen, auf gesetz- und verfassungsmäßigem Wege, d. h. durch die beratenden Provinzialstände, jedes der gedachten Herzogthümer für sich und, was das Königreich betrifft, durch Beschlüsse des Reichstags, so wie in Betreff Lauenburgs unter Mitwirkung von Ritter- und Landschaft eine organische und gleichartige verfassungsmäßige Verbindung sämmtlicher Landestheile zu einer gesammten Monarchie herbeizuführen. 2) So wie der König einerseits bereits zugesagt hat, auch ferner erklärt, daß weder eine Incorporation des Herzogthums Schleswig in das Königreich stattfinden, noch irgend dieselbe bezweckende Schritte vorgenommen werden sollen, so kann Se. Majestät andertheils nichts genehmigen, wodurch eine Zusammenschmelzung Holsteins und Schleswigs oder überall irgend eine andere oder nähere Verbindung dieser Herzogthümer unter einander, als zwischen einem jeden derselben und dem Königreiche Dänemark gleich eintreten oder in Zukunft herbeigeführt werden würde“ u. s. w. Unter 3) wird dann noch weiter ausgesprochen, daß obiger Grundsatz dem Fortbestehen solcher Bande zwischen beiden Herzogthümern nicht entgegen sei, welche sich zwischen Grenzländern auf Grund ähnlicher Territorialbeschaffenheit und analoger Nahrungsverhältnisse der Bewohner ergäben, in gleichen solcher, die entweder in den für beide Landestheile gemeinsam gewordenen Instituten nichtstaatsrechtlicher Natur begründet seien oder auf privatrechtlich gemeinsamen Verhältnissen gewisser Klassen beruhten. Unter 4) wurde ferner als ein nothwendiges Erforderniß ausgesprochen, daß der Bundestag von jedweder Kompetenzbegründung in oder rücksichtlich des dänischen Kronlandes Schleswig absehe.

Die deutschen Mächte gingen jedoch auch diesmal auf den von der dänischen Regierung eingenommenen Standpunkt, wonach dieselbe jede verpflichtende Zusage von sich ablehnen wollte, nicht ein. In der aus Wien unter dem 26. December 1851 nach Kopenhagen gegebenen Antwort heißt es sehr bestimmt: „Daß wir, um den Ausgang dieser Angelegenheit zu beschleunigen, bereitwillig über die uns nunmehr fund gegebenen Absichten

Er. Majestät des Königs uns aussprechen werden, daß wir dies aber unsrerseits nur in der Unterstellung thun können, eine von ihrem Urheber als verpflichtend betrachtete, daher in der Ausführung gesicherte Erklärung vor Augen zu haben. Uebersetzt, daß die Lösung der noch vorhandenen Schwierigkeiten nicht länger ausbleiben könnte, sobald nur über die hierzu geeigneten Schritte der dänischen Regierung materielle Uebereinstimmung zwischen dieser und den deutschen Mächten bestände, vermöchten wir in der That kaum zu besorgen, daß auch in einem so günstigen Falle die dänische Regierung zögern sollte, die wirkliche Ausführung dieser Schritte durch eine bestimmte Zusage zu verbürgen. — Wir freuen uns — heißt es im weiteren Verlaufe — nachdem wir somit unsern Standpunkt in der ganzen Frage aufs neue bezeichnet haben, nunmehr aussprechen zu können, daß wir in dem Inhalte dieser Entschlüsse eine der veränderten Lage der Dinge angemessene Ausgleichung der entgegenstehenden Ansichten allerdings anerkennen.“ Die beifolgende Aufzeichnung, welche Punkt für Punkt der Anlage II der dänischen Depesche folgt, erläutert die Beweggründe unserer Zustimmung, so wie die Erwartungen, welche wir von einer entsprechenden Ausführung hegen. — In der citirten Anlage der Depesche heißt es: „1) der kaiserliche Hof vernimmt mit Befriedigung den Entschluß Sr. Majestät des Königs von Dänemark, nicht nur im Herzogthum Holstein, sondern auch im Herzogthum Schleswig die zu Recht bestehenden provincialständischen Institutionen wieder in Wirksamkeit treten zu lassen, und wenn Se. Majestät zugleich die Absicht kund geben, auf gesetz- und verfassungsmäßigem Wege, also nach Berathung mit den Provinzialständen der gedachten Herzogthümer, eine organische und gleichartige verfassungsmäßige Verbindung sämmtlicher Landestheile zu einer gesammten Monarchie herbeizuführen, so vermag der kaiserliche Hof diese Willensmeinung des Königs nur als auf die Erfüllung einer unabweislichen Aufgabe gerichtet anzuerkennen u. s. w. So aufrichtig aber Se. Majestät der Kaiser die Ruhe und Wohlfahrt des dänischen Reichs durch eine seinen Bedürfnissen angemessene definitive Organisation baldmöglichst befestigt zu sehen wünschen, eben so zuversichtlich überlassen Allerhöchstdieselben sich der Hoffnung, daß die dänische Regierung bei ihrem auf diesen wichtigen Zweck gerichteten Bestrebungen nicht etwa die Institutionen, welche dem eigentlichen

Königreiche Dänemark während der letzten Jahre verliehen wurden, eine ausschließliche Bevorzugung zuwenden, sondern daß sie dabei die bleibenden Verhältnisse der gesammten Monarchie und den Zweck der inneren Kräftigung ihres Verbandes zu einem Ganzen als die einzig sichere Richtschnur vor Augen haben werde. Einmal hierüber beruhigt, werden Se. Majestät nicht säumen, an der Sicherung jenes Verbandes durch völkerrechtliche Verbürgung einer gemeinsamen Erbfolge in allen Theilen der Monarchie mit anderen befreundeten Mächten sich zu betheiligen.

2) In der Erklärung Sr. Majestät des Königs von Dänemark, daß weder eine Incorporation des Herzogthums Schleswig in das Königreich stattgefunden, noch irgend dieselbe bezweckende Schritte vorgenommen werden sollen, erblickt der kaiserliche Hof mit Genugthuung eine neue Bestätigung jener Zusage, welche bereits von dem hochseligen Könige Christian VIII seinen Unterthanen gegeben, dann von des jetzt regierenden Königs Majestät alsbald nach dem Friedensvertrage vom 2. Juli 1850 in dem Manifeste vom 14. desselben Monats erneuert, auch in Gemäßheit des 4. Artikels des erwähnten Friedensvertrages dem deutschen Bunde als eine zur Pacification des Landes gefasste Entschliesung des Königs zur Kenntniß gebracht wurde.“ Im weiteren Verlaufe der Erklärung erkennt die kaiserliche Regierung die Befugniß des Königs zur Aufhebung der früheren Gemeinschaft zwischen Schleswig und Holstein rücksichtlich der Administration und Rechtspflege vollkommen an, und nicht minder den Grundsatz, daß die Geltung der Bundesgesetze, mithin auch die nur aus denselben hervorgehende Competenz des Bundes, sich niemals auf ein zum Bunde nicht gehöriges Land, also auch nicht auf Schleswig, erstrecken könne. Schließlich wird die vertrauensvolle Erwartung ausgesprochen, „daß der König, gleich wie in der Frage der künftigen Organisation der Monarchie, so auch in der einstweiligen Leitung der Staatsgeschäfte die den verschiedenen Landestheilen gebührende Stellung als Glieder eines Ganzen, in welchem kein Theil dem andern untergeordnet ist, durch entsprechende Einrichtungen mit gleicher Sorgfalt zu wahren wissen werde.“ Mit Bezug auf diese erläuternden Bemerkungen fährt dann die Wiener Depesche vom 26. December 1851 fort: „Würde nun die dänische Regierung sich berogen finden, diejenige Auffassung ihres Programmes, die wir in dem gegenwärtigen Erlasse und in der Anlage desselben niedergelegt haben, auch als die ihrige

anzuerkennen, würde sie uns zugleich der wirklichen Ausführung der Absichten, die sie uns bis jetzt officiell nur als eine mögliche Eventualität zur Kenntniß gebracht hat, in der bindenden Form einer auf Befehl Sr. Majestät des Königs abgegebenen Erklärung versichern und danach auch ihre Handlungen einrichten, so weit dazu schon jetzt Veranlassung gegeben ist, so könnten wir auf einen baldigen versöhnenden Ausgang der seitherigen Irrungen zwischen den verschiedenen Theilen der dänischen Monarchie wie zwischen dieser und dem deutschen Bunde zuversichtlich vertrauen; wir würden das Mandat, kraft dessen wir in Gemeinschaft mit Preußen den deutschen Bund in dieser Angelegenheit vertreten, unter gleichzeitiger Räumung Holsteins und Wiederherstellung der vollen landesherrlichen Gewalt in diesem Herzogthume zurücklegen, in der Bundesversammlung für die getroffene Vereinbarung einstehen und zugleich die neue innere Begründung des Verbandes des unter Einem Herrscher vereinigten Landes für weit genug vorgeschritten erachten, um uns an der völkerechtlichen Verbürgung der Integrität der Monarchie mittelst Anerkennung der gemeinsamen Erbfolge zu betheiligen.“ —

Die dänische Regierung stand nicht an ihr Einverständnis mit diesen Eröffnungen zu erklären. Bezugnehmend auf die von preussischer Seite ausgesprochene Zustimmung zu der Wiener Depesche, erklärte der königlich dänische Minister der auswärtigen Angelegenheiten in seiner Antwort vom 29. Januar 1852: „Unter diesen Umständen kann es mir nur zu besonderer Befriedigung gereichen, in Folge der mit allerhöchsten Orts erteilten Ermächtigung die Erklärung hierdurch abzugeben, daß der König, unser allergnädigster Herr, die in dem Erlasse des kaiserlichen Cabinets vom 26. December v. J. und in der Anlage desselben niedergelegte Auffassung der den Höfen von Berlin und Wien kund gegebenen allerhöchsten Absichten — wie im Allgemeinen, so auch namentlich, was die Nichtincorporation Schleswigs in das Königreich betrifft — als mit der Seinigen übereinstimmend anerkennt.“ Zugleich wurde den beiden Mächten die Tags zuvor, unter dem 28. Januar 1852, erlassene königliche Bekanntmachung mitgetheilt, welche, die Verheißung einer gemeinsamen Verfassung für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten wiederholend, daneben verspricht, „den Provinzialständen des Herzogthums Schleswig sowohl als denen von Holstein auf verfassungsmäßigem Wege eine solche Entwicklung angedeihen

zu lassen, daß jedes der gedachten beiden Herzogthümer hinsichtlich seiner bisher zu dem Wirkungskreise der beratenden Provinzialstände gehörigen Angelegenheiten eine ständische Vertretung mit beschließender Befugniß erhalten werde. Der zu dem gedachten Zwecke für das Herzogthum Schleswig auszuarbeitende Gesekentwurf" — fährt die Bekanntmachung fort — „wird insbesondere die erforderlichen Bestimmungen enthalten, um der dänischen und deutschen Nationalität in dem gedachten Herzogthume völlig gleiche Berechtigung und kräftigen Schutz zu verschaffen und zu sichern. Der Inhalt dieser allerhöchsten Bekanntmachung" — so lautete die Kopenhagener Depesche vom 29. Januar 1852 weiter — „wird, wie die königliche Regierung zuversichtlich hoffen darf, allen gerechten Erwartungen im vollsten Maße entsprechen, so wie es auch nicht zweifelhaft sein kann, daß, nachdem durch die obige Erklärung das diesseitige Einverständniß mit den von der königlich preussischen Regierung getheilten Ansichten des kaiserlichen Cabinets entschieden bethätigt worden, die gewählte Form, die königlichen Absichten auszusprechen, den beiden Höfen vollkommen genügend erscheinen wird, um demnach die Ausführung der ihrerseits in Aussicht gestellten Maßnahmen nicht länger zu beanstanden.“ Am Schlusse der Depesche werden die ausgetauschten Erklärungen ausdrücklich noch als eine „getroffene Vereinbarung“ bezeichnet. Die beiden deutschen Mächte fanden sich durch dieselbe befriedigt, zogen in Erwiderung auf die gegebenen Zusagen die Bundestruppen aus dem Herzogthum Holstein zurück und legten die volle Regierungsgewalt in diesem Landestheile wiederum in die Hände Sr. königlich dänischen Majestät. Durch die solchergestalt von deutscher Seite erfüllte Uebereinkunft war in Bezug auf Schleswig dem deutschen Bunde das Recht erworben, von Dänemark zu verlangen: 1) Nichtincorporation Schleswigs in Dänemark, vielmehr 2) Gewährung einer selbstständigen und gleichberechtigten Stellung in der Gesamtmonarchie wie für die übrigen Landestheile, so auch für Schleswig; 3) gleiche Berechtigung der deutschen und der dänischen Nationalität in Schleswig. Der Herr Minister Hall glaubt nun zwar nach Inhalt seiner Depesche vom 10. Juni c. die vorstehend entwickelten Verpflichtungen des dänischen Gouvernements durch die Behauptung ablehnen zu können, daß in dem Bundesbeschlusse vom 29. Juli ein *acte final* der gepflogenen Verhandlungen existire, daß unter solchen

Umständen es nicht erlaubt sei, aus den vorangegangenen Tractaten einen Anspruch herzuleiten, der seine Begründung nicht in der Schlußacte finde, und daß der Bundesbeschluß Schleswigs mit keinem Worte gedenke. Diese Argumentation ist jedoch mit den factischen Verhältnissen in offenem Widerspruch. Zunächst ergibt die ganze vorstehende Darstellung des geschichtlichen Verlaufs der Verhandlungen, daß die in den Depeschen vom 6. und 26. December 1851 und vom 29. Januar 1852 gewechselten Erklärungen sich nicht in den Grenzen vorläufiger Tractate hielten, sondern, wie das Kopenhagener Cabinet in der zuletzt genannten Depesche selbst aussprach, eine getroffene Vereinbarung bildeten, welche von deutscher Seite zu Gunsten Dänemarks sofort erfüllt worden ist, und den dänischen Hof zu gleicher Erfüllung von seiner Seite verpflichtet. Es hat ferner die Redaction einer Schlußacte über die getroffenen Verabredungen, von welchen der Minister Hall spricht, überhaupt nicht stattgefunden. Am wenigsten kann der Bundesbeschluß vom 29. Juli 1852 als eine solche gelten. Dieser Beschluß nimmt ausdrücklich Bezug auf den vorangehenden Antrag Preußens und Oesterreichs. Dieser Antrag basiert sich aber wiederum wesentlich auf das vorangeschickte historische Referat beider Mächte und ist nur im Zusammenhange mit diesem richtig zu deuten. Jenes Referat aber hebt unter Hinweisung auf das königliche Manifest vom 28. Januar 1852 in Betreff Schleswigs gerade diejenigen Punkte als speciell von Dänemark übernommene Verpflichtungen hervor, welche im Obigen als das Resultat des mehrerwähnten Depeschenwechsels bezeichnet sind. Es läßt sich daher auch mit Nichten behaupten, daß die Bundestagsverhandlung vom 29. Juli 1852 Schleswigs nicht gedenke.

Es kam nicht darauf an, in der Sitzung jenes Tages einen Vertrag erst zu Stande zu bringen. Die Aufgabe Preußens und Oesterreichs war vielmehr nur, dem von dem Kopenhagener Cabinet in der Depesche vom 29. Januar 1852 ausgesprochenen Wunsche gemäß „die bereits getroffene Vereinbarung zu vertreten,“ deren Genehmigung von Seiten des Bundestags zu erwirken. Nach Vorausschickung eines kurzen geschichtlichen Ueberblicks über die von beiden Mächten in Folge des erhaltenen Commissoriatus entwickelte Thätigkeit erklärten die Gesandten von Oesterreich und Preußen: „Die Allerhöchste Bekanntmachung Seiner Majestät (des Königs von Dänemark) vom 28. Januar

d. J. wird hoher Bundesversammlung von der königlich dänischen, herzoglich holstein-lauenburgischen Gesandtschaft vorgelegt werden.“ (Es geschah dies demnächst.) „Ihrerseits sind die Gesandten von Oesterreich und Preußen zu der Erklärung angewiesen, daß diese Bekanntmachung in denjenigen ihrer Verfügungen, die sich auf die zwischen Dänemark und dem deutschen Bunde streitig gewesenen Fragen beziehen, den Ausdruck der Verständigung enthält, zu welcher die im Namen des Bundes handelnden allerhöchsten Höfe mit der königlich dänischen Regierung sich geeinigt haben.“ Sodann auf eine Erläuterung im Einzelnen übergehend, bemerken sie im Verlaufe derselben wörtlich: „Der Deutschen und der Dänischen Nationalität in dem Herzogthume Schleswig wird völlig gleiche Berechtigung und kräftiger Schutz zugesichert,“ und weiter: „In der Anerkennung der selbstständigen und gleichberechtigten Stellung der verschiedenen Bestandtheile der Monarchie, deren keiner dem andern untergeordnet oder einverleibt ist, stimmt die Bekanntmachung vom 28. Januar namentlich mit der früheren königlichen Verständigung vom 14. Juli 1850 überein, mit welcher letzteren die Zusage erneuert wurde, daß eine Incorporation des Herzogthums Schleswig in das Königreich Dänemark nicht stattfinden soll.“

Den Gesetzen und Rechten des Bundes unterworfen und demgemäß der verfassungsmäßigen Prüfung und Entscheidung des Bundestages unterliegend waren die getroffenen Verabredungen natürlich nur in so weit, als sie sich auf die Verhältnisse der zum Bundesgebiete gehörigen Landestheile, also Holsteins und Lauenburgs, bezogen. In Ansehung Schleswigs handelte es sich nur um Verabredungen internationalen Charakters zur Beilegung der streitigen, von Holstein in dieser Beziehung erhobenen Ansprüche. Es war daher nur streng dem Sachverhältniß entsprechend, wenn Preußen und Oesterreich in ihrem Antrage diesem Unterschiede einen Ausdruck gaben, indem sie zwar für die bewirkte Beilegung der seitherigen Streitigkeiten in ihrem ganzen Umfange die Genehmigung, das Anerkenntniß aber, daß dieselbe den Gesetzen und Rechten des Bundes entspreche, nur insoweit nachsuchten, als die diesfälligen Bestimmungen die Angelegenheiten der Herzogthümer Holstein und Lauenburg betrafen und nach Lage der Sache der verfassungsmäßigen Prüfung und Beschlußfassung des deutschen Bundes unterlagen. In solcher Weise erklärt sich vollständig der von der Bundesver-

sammlung sofort in derselben Sitzung vom 29. Juli 1852 genau dem Antrage gemäß gefaßte Beschluß: „Die Bestimmungen der am 28. Januar d. J. erlassenen Bekanntmachung Sr. Majestät des Königs von Dänemark, Herzogs von Holstein und Lauenburg, so weit dieselbe die Angelegenheiten der Herzogthümer Holstein und Lauenburg betreffen, auch nach Lage der Sache der verfassungsmäßigen Prüfung und Beschlußfassung des deutschen Bundes unterliegen, als den Gesetzen und Rechten des Bundes entsprechend anzuerkennen, und der sonach von Sr. Majestät dem Könige im Einverständnisse mit den im Namen des Bundes handelnden Regierungen von Oesterreich und Preußen bewirkten Beilegung der seitherigen Streitigkeiten zwischen Dänemark und dem deutschen Bunde die vorbehaltene definitive Genehmigung zu erteilen.“

No. 12.

Dänisches Memorandum vom October 1860,

durch Vermittelung des englischen Cabinet's dem Freiherrn v. Schlieinig überreicht und von letzterem unterm 8. November desselben Jahres beantwortet.

Da die dänische Regierung von dem aufrichtigen Wunsche befeelt ist, den Streit, welcher unglücklicher Weise so lange zwischen Dänemark und dem deutschen Bunde mit Bezug auf das Herzogthum Holstein obwaltet, zu beendigen, so hat sie beschlossen, eine fernere Anstrengung zur Erreichung dieses wünschenswerthen Erfolges zu machen.

Die dänische Regierung ist überzeugt, daß der Versuch nutzlos sein würde, unter den gegenwärtigen Umständen und bei der Aufgeregtheit der öffentlichen Meinung in Holstein, ein für allemal und definitiv die verfassungsmäßige Stellung, welche dieses Herzogthum in der Monarchie einzunehmen hat, festzusetzen, und daß es daher nothwendig ist, den Weg zu einem definitiven Arrangement durch ein temporäres vorzubereiten, wodurch Zeit gewonnen würde für ruhige Ueberlegung und Erörterung zwischen den beiden am unmittelbarsten interessirten Theilen, den Provinzialständen von Holstein und der dänischen Regierung.

Zu diesem Ende ist die dänische Regierung bereit, folgende Modificationen in dem gegenwärtig vorhandenen Zustande der Dinge zu adoptiren.

Das beratthende (consultative) Votum, welches den holsteinischen Ständen durch § 2 des königlichen Patentes vom 23. September 1859 zugestanden war, soll in ein beschließendes (deliberative) verwandelt werden, so daß kein Gesetz, mag es sich auf Personen oder auf Eigenthum beziehen, in Holstein ohne die Zustimmung der Stände dieses Herzogthums Kraft haben soll. Es ist zu hoffen, daß die gemeinsamen Interessen des Reichsrathes und der holsteinischen Stände zwischen ihnen in Betreff der Angelegenheiten, welche ihrer Berathung unterliegen, eine Verständigung bewirken werden; wenn aber ungeachtet der wiederholten Anstrengung der Regierung auch ferner zwischen den beiden Versammlungen Uneinigkeiten die Oberhand behalten sollten in Bezug auf Angelegenheiten, welche zu wichtig sind, als daß sie auf eine zukünftige Periode verschoben werden könnten, so verpflichtet sich die dänische Regierung, in dem Theile der Monarchie, dessen Versammlung eine bestimmte Maßregel verworfen hat, diese letztere nicht zu effectuiren und die Wirksamkeit derselben auf den Theil der Monarchie, dessen Versammlung dieselbe angenommen hat, zu beschränken.

Um eine Verständigung zwischen den streitigen Meinungen der beiden Versammlungen herbeizuführen, möchte es vielleicht nöthig sein specielle Maßregeln (z. B. die Ernennung einer Commission von gleicher Mitgliederzahl Seitens beider Versammlungen) zu adoptiren; es mag indeß, ohne daß über diesen Punkt gegenwärtig in Details eingegangen wird, bemerkt werden, daß die dänische Regierung sich jeder Einnischung in die einer jeden Versammlung zugestandene Entscheidung enthalten wird. Was die finanziellen Arrangements betrifft, so soll der Betrag, welchen die speciellen Finanzen Holsteins zu den gemeinsamen Ausgaben der Monarchie beizutragen haben, ein für allemal auf 850,000 Reichsthaler fixirt werden, ein Betrag, welcher die Durchschnittssumme von dem darstellt, was nach einer Berechnung der letzten 6 Jahre durch das Herzogthum bezahlt worden ist. So lange keine Vermehrung dieser Summe nothwendig ist, sollen die holsteinischen Stände keine Controle über ihre Verwendung ausüben; sollten aber die Bedürfnisse des Staates irgend welche Erhöhung der Hülfquellen erfordern, so kann die

Vermehrung der fixirten Summe den Finanzen Holsteins nur durch eine königliche Ordonanz nach vorheriger freier Zustimmung der Stände aufgelegt werden.

Die preussische Regierung wird in den obigen Vorschlägen ohne Zweifel den Geist der Versöhnung erkennen, von welchem die dänische Regierung beseelt ist. Wenn diese Arrangements zur Ausführung gebracht worden sind, so werden die Stände Holsteins thatsächlich dieselbe Controle über die Maßregeln, welche ihr Herzogthum betreffen, ausüben, wie sie der Reichsrath über diejenigen Maßregeln besitz, welche sich auf die anderen Theile der Monarchie beziehen, und es darf daher gehofft werden, daß der Plan, sobald er durch den dänischen Gesandten in Frankfurt vorgelegt wird, die Unterstützung Preußens finden wird.

Aber die dänische Regierung ist bereit, auf den Weg der Versöhnung noch weiter zu gehen. Freilich, sie kann weder, noch will sie Seitens Deutschlands irgend ein Recht zur Einmischung in die Angelegenheiten Schleswigs zulassen, und alle Concessionen, welche diesem Herzogthume gemacht werden, müssen ausschließlich als Ausfluß des freien Willens der dänischen Regierung aufgefaßt und dürfen nicht dahin gedeutet werden, als sollte damit dem Bunde eine Autorität zugestanden werden.

Zum Beweis der freundschaftlichen Gesinnungen, von denen die dänische Regierung beseelt ist, und ihres Wunsches, einige der Uebelstände, über welche Klage erhoben ist, zu beseitigen, wird sie unter der Bedingung, daß der Bund dem oben ange deuteten temporären Arrangement für Holstein seine Zustimmung gebe, bereit sein, folgende Modificationen in den gegenwärtig in Schleswig geltenden Gesetzen eintreten zu lassen.

1) Die religiöse Handlung der Confirmation kann in der Sprache vollzogen werden, welche die einzelnen Personen sich erwählen.

2) Der Privatunterricht ist unter der Bedingung gestattet, daß die gebräuchlichen öffentlichen Prüfungen bestanden werden.

3) Es wird vollständige Amnestie für politische Vergehen gewährt, und die einzelnen verurtheilten Personen werden in ihre politischen Rechte wieder eingesetzt.

4) Versammlungen und Vereinigungen zwischen Schleswigern und Holsteinern werden für nicht politische Zwecke, und

unter der Bedingung gestattet, daß sie die Bezeichnung schleswig-holsteinische Vereine für sich nicht anwenden.

Dies sind einige von den Maßregeln, welche die dänische Regierung bereit sein würde, sofort eintreten zu lassen, und vielleicht dürfte später noch mehr bewilligt werden.

Dem Urtheil der preussischen Regierung ist es nun anheimgegeben, ob hiermit nicht hinreichendes Material vorliegt, um den Weg zu einem bessern Verständniß zwischen Deutschland und Dänemark zu bahnen und ob es Seitens des ersteren nicht weise sein dürfte, bei dem gegenwärtigen kritischen Zustande Europa's aus den versöhnlichen Gesinnungen Vortheil zu ziehen, welche in Dänemark vorherrschen, um diese lange schwebenden Streitigkeiten zu einem Ende zu führen.

No. 13.

**Verbalnote des dänischen Ministers des Auswärtigen an den
englischen Gesandten in Kopenhagen,
mit Bezug auf das Memorandum vom October 1860.**

Die Regierung Sr. Majestät des Königs von Dänemark kann weder, noch will sie in eine Erörterung über die innern Angelegenheiten Schleswigs eintreten. Wenn der König bei den im Jahre 1851 stattgefundenen Verhandlungen auf sein Recht, diesen nichtdeutschen Theil des Landes dem eigentlichen Königsreiche zu incorporiren, in der Weise verzichtete, daß er ihm in allen provinziellen Angelegenheiten eine gesetzgebende Versammlung und eine durchaus getrennte Verwaltung gelassen, so sind diese Verheißungen, oder, wie Preußen sie zu qualificiren beliebt, diese Versprechungen sogleich vollständig und rücksichtslos erfüllt worden. Je mehr Beweise ihres versöhnlichen Geistes die königliche Regierung dadurch gegeben, daß sie, um dem Verlangen der deutschen Bundesversammlung zu genügen, in Bezug auf Holstein übergroße Lasten auf sich nahm, umso mehr hat sie das Recht zu erwarten, daß Deutschland sich der Einmischung in die Verwaltung Schleswigs enthalte; eine solche Einmischung würde jede Verhandlung unmöglich machen. Das ist die *conditio sine qua non*, von welcher nothwendig jedes Eingehen

der dänischen Regierung auf die Forderungen Deutschlands in Bezug auf Holstein abhängt. Durch eine schmerzliche Erfahrung belehrt und um nicht die fruchtbaren Keime zu unaufhörlichen Collisionen mit Deutschland zu legen, kann sich die königliche Regierung nicht einmal dazu herbeilassen, Deutschland diejenigen Modificationen anzugeben, welche es für gewisse Punkte der schleswigschen Verwaltung zu bewilligen geneigt sein möchte. Aber während die Regierung es sich zur strengsten Pflicht macht, Deutschland gegenüber dieses Princip aufrecht zu erhalten, kann sie in ihren Beziehungen zu dem englischen Cabinete ein anderes Verfahren einschlagen. Deshalb hat sie der von diesem Cabinet an sie ergangenen Aufforderung entsprochen und ihm in vertraulicher Weise ihre Intentionen in Bezug auf gewisse innere schleswigsche Fragen mittheilen zu müssen geglaubt, sowie auch in Betreff der Modificationen, welche sie zu concediren nicht verfehlen wird, sobald, wenn die Stellung Holsteins in der angedeuteten Weise einmal geregelt worden, Deutschland aufgehört hat, die Gemüther in Schleswig in Aufregung zu setzen.

No. 14.

Befehle des königlich preussischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherrn von Schleinitz, an den königlich preussischen Gesandten in London.

Berlin, den 8. November 1860.

Er. Excellenz Herrn Grafen v. Bernstorff, London.
In der Anlage beehre ich mich ein Memorandum abschriftlich zu Eurer Excellenz Kenntniß zu bringen, welches Lord Bloomfield mir im Auftrage seines Hofes vertraulich mitgetheilt hat, um uns von den Schritten zu unterrichten, welche die königlich dänische Regierung zur Ausgleichung der Differenzen in der holsteinischen Verfassungssache zu thun beabsichtige. Danach würde von dem Kopenhagener Cabinet jetzt die Ansicht geltend gemacht, daß es unter den gegenwärtigen Umständen und bei der in Holstein herrschenden Erregtheit der Gemüther zur Zeit unmöglich sei, die dem Herzogthum in der Gesamtverfassung

der Monarchie zu gebende Stellung endgültig zu ordnen. Man will vielmehr nur ein vorläufiges Abkommen treffen, welches zu einer ruhigeren Erörterung zwischen Regierung und Ständen den nöthigen Spielraum gewähre. Er. Excellenz werden leicht ermessen, wie peinlich wir uns hierdurch überrascht finden mußten.

Schon sind seit den Verfassungsverheißungen von 1851—52 neun Jahre erfolglos verstrichen. Als vor Jahresfrist der Bundestag endlich zu executivischen Maßregeln übergehen wollte, wandte die königlich-herzogliche Regierung den drohenden Schritt nur durch das Versprechen ab, daß schon in nächster Zeit Verhandlungen mit Vertretern des Landes eröffnet werden sollten. Auch dieses Jahr ist abgelaufen, ohne daß irgend etwas geschehen wäre, und am Schluß wird vollends die Behauptung aufgestellt, daß die Erledigung der Sache wegen Erregtheit der öffentlichen Stimmung unmöglich sei! Besteht eine solche Erregtheit wirklich, so hat sie ihre Quelle gerade darin, daß die gegebenen Verheißungen noch immer der Erfüllung harren, und es ist im Gegentheil das dringendste Bedürfnis, daß diese Angelegenheit sobald als möglich zum endlichen Austrage gebracht werde. Und in welcher Weise gedenkt die Regierung das Interimisticum zu regeln? Ihre Vorschläge in dieser Beziehung sind nicht minder unbefriedigend. Bekanntlich hat der Bund durch seinen Beschluß vom 8. März es bereits als unumgänglich nothwendig ausgesprochen, daß für die Zwischenzeit bis zur Herstellung eines definitiven Verfassungszustandes alle Gesetzentwürfe in den gemeinsamen Angelegenheiten der Monarchie, welche dem Reichsrathe zugehen, insoweit sie für Holstein Gültigkeit erhalten sollen, auch den holsteinischen Ständen vorzulegen seien und daß kein Gesetz über gemeinschaftliche Angelegenheiten, namentlich auch in Finanzsachen, für Holstein erlassen werden dürfe, wenn es nicht die Zustimmung der Stände des Herzogthums erhalten habe.

Die jetzigen Vorschläge Dänemarks bleiben weit hinter dieser Anordnung zurück. Zwar für Gesetze, welche die Personen- und Eigenthumsrechte betreffen, soll danach den Ständen ein Zustimmungrecht eingeräumt werden. In den Finanzangelegenheiten aber — und gerade diese werden die wichtigste Stelle einnehmen — will man sie nicht hören. Die Regierung will aus eigener Machtvollkommenheit ein Aversum festsetzen, welches von dem Herzogthume für die gemeinsamen Bedürfnisse der

Monarchie gewissermaßen als ein Tribut beizusteuern wäre. Sie will den Betrag dieses Aversums nach denjenigen Summen bemessen, welche sie in den letzten sechs Jahren ebenfalls ohne Bewilligung der Stände und in einer Höhe erhoben hat, die bereits Gegenstand vieler Klagen geworden ist. Ueber die Verwendung jenes Aversums soll den Ständen Holsteins keine Stimme zustehen. Nur wenn noch eine Erhöhung desselben erheischt würde, will man hierzu ihre Zustimmung einholen. In welcher Ungleichheit der Stellung Holstein auf diese Weise im Verhältniß zu den im Reichsrathe vertretenen Theilen der Monarchie versetzt werden würde, leuchtet ein. Denn der Reichsrath hätte über die Steuern und deren Verwendung mit entscheidendem Votum zu befinden, und es muß als eine nahe liegende und gerechtfertigte Besorgniß erscheinen, daß unter solchen Verhältnissen die Finanzkräfte des Herzogthums weniger dessen eigenen Interessen als denen der übrigen Landestheile zu dienen haben würden.

Es ist hiernach offenbar eine unbegründete Voraussetzung, auf welche das Memorandum des Londoner Cabinets die Hoffnung baut, daß die dänischen Vorschläge Billigung finden würden, wenn dasselbe annimmt, daß nach diesen Vorschlägen die holsteinischen Stände über die ihr Herzogthum betreffenden Angelegenheiten thatsächlich dieselbe Controle auszuüben haben würden, welche dem Reichsrath über die für die andern Theile der Monarchie bestimmten Angelegenheiten zustehe. Mehrfach schon haben wir darauf hingewiesen, welche Rechtswidrigkeit überhaupt darin liegt, daß die dänische Regierung die Gesamtstaatsverfassung und namentlich den durch dieselbe in's Leben gerufenen Reichsrath noch fortwährend in Wirksamkeit beläßt, nachdem sie hat anerkennen müssen, daß dieselben rücksichtlich Holsteins nicht zu Recht bestehen. Der Reichsrath sollte eine gemeinsame Vertretung für gemeinsame Interessen bilden. Er hat ausgehört gemeinsame Vertretung zu sein, seit Holstein aus demselben ausgeschieden ist. Gleichwohl entscheidet er über gemeinsame Angelegenheiten, mithin auch über die gewichtigsten Interessen des von ihm nicht vertretenen Herzogthums Holstein. Wie abnorm dies ist, wie nothwendig mit dem Ausscheiden Holsteins die Aufhebung des Reichsraths überhaupt gegeben war, leuchtet dem unbefangenen Blick ohne Weiteres ein. Eine Adoption der jetzigen Vorschläge Dänemarks aber würde

implicite zugleich eine Billigung des Fortbestehens des Reichsraths in sich schließen. Und wann der so begründete interimistische Zustand ein Ende nehmen würde, ist nicht wohl abzusehen. Wie man aber auch über die Vorschläge Dänemarks urtheilen möge, jedenfalls kann der Bund sich nicht, wie das Londoner Cabinet anzunehmen scheint, ermächtigt fühlen, über die Regelung der Verhältnisse auf dieser Basis mit Dänemark zu pacificiren, und Preußen ist daher auch nicht in der Lage, nach dem Wunsche Lord John Russell's in diesem Sinne in Frankfurt zu wirken. Es handelt sich hier um Rechte der Stände, über welche der Bund nicht zu disponiren hat. Möge die dänische Regierung darüber mit den Ständen in Verhandlung treten. Findet sie deren Zustimmung, so wird von Seiten des Bundes nichts dagegen zu erinnern sein. Solcher Art aber erscheinen die Vorschläge nicht, daß der Bund bei den Ständen auf deren Annahme hinwirken könnte, und eine etwa von der Regierung nach Maßgabe jener Vorschläge zu treffende Anordnung würde der Bund, so lange derselben die Zustimmung der Stände fehlt, nicht als gültig anzuerkennen vermögen.

Wie Ew. Excellenz aus dem Schlusse der Denkschrift ersehen werden, glaubt das Kopenhagener Cabinet eine Verständigung in der holssteinischen Frage durch das Anerbieten gewisser Concessionen in Betreff Schleswigs zu fördern. Wir können uns enthalten, im Einzelnen auf eine Würdigung der Bedeutung der in Aussicht gestellten Maßregeln einzugehen, denn die Voraussetzung, an welche sie als eine wesentliche Bedingung geknüpft worden, ist nach unserer Ueberzeugung für den Bund völlig unannehmbar. Es soll danach dem deutschen Bunde irgend ein Recht der Einnischung in die Angelegenheiten Schleswigs nicht zustehen. Alle diesem Herzogthume zu machenden Concessionen sollen ausschließlich als ein Ausfluß des freien Willens der dänischen Regierung aufgefaßt und nicht als ein Zugeständniß der Autorität des Bundes in Bezug auf Schleswig gedeutet werden. Hierauf wird der Bund nie eingehen können. Es ist allerdings ganz richtig und auch stets von uns anerkannt, daß das Herzogthum Schleswig nicht zum Verbande des deutschen Bundes gehört und insofern also auch der Autorität des Bundes nicht unterliegt. Hiermit aber bleibt es nichtsdestoweniger sehr wohl vereinbar, daß der König von Dänemark als Herzog von Schleswig behufs der Ausgleichung der streitigen Ansprüche

Holsteins gegen den deutschen Bund gewisse internationale Verpflichtungen in Betreff Schlesiens eingegangen und zu deren Erfüllung gehalten ist. Ich darf mich in dieser Hinsicht auf unsere ausführliche Denkschrift vom Juni d. J. beziehen, welche Ew. Excellenz zu seiner Zeit auch zur Kenntniß des englischen Cabinets gebracht haben. Der Geist, in welchem England so vielfach andrer Orten sein Gewicht in die Waagschale gelegt hat, wo es galt, einem Volke Freiheit gegen seine Regierung zu erringen, die demselben bis dahin rechtlich nicht zugestanden, die Grundsätze in Betreff der Volksrechte, welche noch in diesen Tagen, unter dem 27. October c., die Depesche Lord John Russell's an Sir James Hudson in Turin dictirt haben, dürfen uns nicht zweifeln lassen, daß in der deutsch-dänischen Frage, in welcher es sich nur darum handelt, wohl begründete und verbrieftte Freiheiten der Stände zu wahren, Großbritannien keinen Anstand nehmen werde, bei dem Cabinet von Kopenhagen mit seinem ganzen Einflusse auf Gewährung des Rechts hinzuwirken.

Ew. Excellenz sind ermächtigt, in Erwiderung auf die uns communicirte Denkschrift dem Lord John Russell von dem Inhalte dieser Depesche Mittheilung zu machen.

(gez.) Schleinitz.

No. 15.

**Depesche des Staats-Secretairs Ihrer Großbritannischen Majestät,
Lord John Russell, an den Gesandten Ihrer Majestät,
Herrn Paget in Kopenhagen.**

Answärtiges Amt, 8. December 1860.

Mein Herr!

Angeschlossen übersende ich Ihnen die Abschriften einer Depesche des Freiherrn v. Schleinitz an den Grafen Bernstorff und der Antwort, die ich in einer Depesche an Frn. Lowther darauf gegeben habe.

Sie wollen beachten, daß ich in dieser Depesche die Verbindlichkeiten bezeichnet habe, die nach der Ansicht der Regierung Ihrer Majestät der Königin der König von Dänemark zu

erfüllen in Ehren verpflichtet ist (bound by honour). Ich habe gesagt: „er ist verpflichtet, Schleswig nicht in Dänemark zu incorporiren, die schleswigschen Repräsentantenstände aufrecht zu halten, so wie die deutsche und die dänische Nationalität im Herzogthum Schleswig zu beschützen.“

Was auch der juristische Werth der gegen Oesterreich und Preußen eingegangenen Verpflichtungen sein mag, so ist die Regierung J. M. doch nicht zweifelhaft, daß der König von Dänemark in Ehren verpflichtet ist, diese Bedingungen zu erfüllen. Er hat sie öffentlich proclamirt, er hat sie nicht nur seinen Unterthanen, sondern auch den Vertretern fremder Mächte bekannt gemacht, ihre Erfüllung ist nicht weniger sein Interesse, als seine Pflicht.

Seine deutschen Unterthanen sollten empfinden, daß sie unter seiner Herrschaft in Rechtsgleichheit mit ihren dänischen Mitbürgern stehen. Sie würden dann zugleich das Gefühl einer loyalen Anhänglichkeit an die dänische Monarchie und des aufrichtigen Wunsches, sie unvermindert zu erhalten, besitzen. Wenn aber im Gegensatz dazu die Erziehung ihrer Kinder in den öffentlichen Schulen, und ihr Gottesdienst ihnen durch veragatorische Anordnungen abgeschnitten wird, wenn die Regierung von dem Wunsche beseelt erscheint, die Nationalität ihrer Unterthanen deutscher Geburt zu unterdrücken, dann können nur unselige Folgen eintreten. Sollte der deutsche Bundestag dazu schreiten, seine Beschlüsse vom letzten März mit Gewalt durchzuführen, so wird sicherlich das benachbarte Herzogthum Schleswig, der Schauplatz der Agitation, vielleicht von Unruhen und Aufstand werden. Dann würde sich dem König von Dänemark der Werth solcher Zugeständnisse an die Schleswiger fühlbar machen, die in ihren Augen ihn über jeden Verdacht eines Wortbruchs und über die Beschuldigung erheben möchten, einen intelligenten und betriebamen Theil seiner Unterthanen in eine gehässig untergeordnete Stellung gebracht zu haben.

Lesen Sie diese Depesche in Verbindung mit der an Hrn. Lomther gerichteten dem Herrn Hall vor und lassen Sie ihm Abschrift.

J. Russell.

No. 16.

Depesche des Staatssecretsairs Ihrer Großbritannischen Majestät,
Lord John Russell, an den Gesandten Ihrer Majestät
in Berlin.

Auswärtiges Amt, den 8. December 1860.

Mein Herr!

Ihrer Majestät Regierung hat die Depesche des Barons Schleinitz an den Grafen Bernstorff vom 8. v. Mts., von der ich eine Abschrift zu Ihrer Information beilege, in sorgfältige Erwägung gezogen.

Die erste Bemerkung, welche ich in Bezug auf diese Depesche machen möchte, ist die, daß die preussische Regierung sich im Mißverständniß über die Stellung zu befinden scheint, welche Ihrer Majestät Regierung zu dem dem Berliner Hofe überreichten Memorandum einnimmt. Die in demselben enthaltenen Vorschläge sind die Vorschläge der dänischen Regierung. Die Regierung Ihrer Majestät hat sie nicht zur Annahme empfohlen; sie hat nicht einmal die Meinung geäußert, daß sie die Grundlage einer Vereinbarung werden möchten, sie hat einzig die Hoffnung ausgesprochen, daß in ihnen ein Anknüpfungspunkt für Unterhandlungen liegen möchte. Ferner habe ich die Bemerkung zu machen, daß die Regierung Ihrer Majestät keineswegs der Ansicht war, daß der von Holstein vorgeschlagene holsteinische Steuerbeitrag (was to be taken from Holstein without any power of inquiring as to its appropriation) erhoben werden sollte, ohne daß Holstein die Befugniß hätte, seine Verwendung zu controliren. Im Gegentheil würde sie der Meinung gewesen sein, daß, wenn Seitens Preußens die Forderung gestellt worden wäre, daß der Beitrag, welchen Dänemark zu den allgemeinen und gemeinsamen Ausgaben zahle, ebenfalls eine feste Summe sein solle und daß die Stände von Holstein in gleichem Maße wie der Reichsrath die Befugniß haben sollten, die Verwendung dieser Summe zu prüfen und gegen eine üble Verwendung zu remonstriren — eine solche Forderung ganz im Einklang mit dem dänischen Memorandum stehe. Als ein unabhängiger Staat muß Dänemark offenbar seine Monarchie, seine Armee und seine Flotte in einer seinem Rang und seiner Stellung entsprechenden Weise erhalten. Auch ist die Forderung im

Princip berechtigt, daß die Stände von Holstein und Lauenburg zu dieser Erhaltung der Monarchie, der Armee und der Flotte des Königsreichs beizutragen haben.

Nachdem ich versucht habe, jenes Mißverständniß zu beseitigen, gehe ich dazu über, die Vorschläge Dänemarks und der Regierung Ihrer Majestät unter Bezugnahme auf den stattgefundenen Schriftwechsel zu erläutern. Dänemark wünschte eine Bereitwilligkeit zur Versöhnung zu zeigen, ohne dem deutschen Bunde ein Recht auf Intervention zuzugestehen. Da nun Großbritannien nicht in dem Verdacht stehen konnte, ein solches Recht in Anspruch zu nehmen, so hielt es die dänische Regierung ihrer Stellung für gemäßer, wenn sie Preußen ihre Intentionen mit Rücksicht auf Schleswig durch die Vermittelung und womöglich mit Unterstützung von Großbritannien darlegte, als wenn sie direct dem deutschen Bunde Concessionen machte.

Die britische Regierung ihrerseits hat die dänischen Vorschläge nicht als ihre eigenen adoptirt und sie auch dem Prinz-Regenten und dem deutschen Bunde nicht bestimmt zur Annahme empfohlen, aber sie gesteht zu, daß sie an der Erhaltung der dänischen Monarchie Interesse nimmt und daß sie nur mit Bedauern (and should be sorry to see) die nicht bedeutende Macht Dänemark geschwächt oder vermindert sehen würde. Aus diesem Gesichtspunkte würde es der Regierung Ihrer Majestät wünschenswerth sein, wenn alle Theile der dänischen Monarchie in einem Parlament zu Kopenhagen repräsentirt werden könnten. Ist dies unerreichbar, so würde sie wünschen, daß Dänemark und Holstein einen der Billigkeit entsprechenden Antheil an den Lasten übernehmen, welche zur Erhaltung der Unabhängigkeit Dänemarks nothwendig sind.

Die Depeſche des Barons Schleich vom 8. November scheint diesen Vorschlag zu einer Vereinbarung zu verwerfen, ebenso wie der frühere Vorschlag einer gleichmäßigen Vertretung verworfen wurde.

Es erübrigt noch, das Verhältniß Dänemarks zum deutschen Bunde in Betracht zu ziehen. Die Herzogthümer Holstein und Lauenburg sind deutsche Herzogthümer und bilden einen Theil des deutschen Bundes. Die Geseze des deutschen Bundes sind auf sie anwendbar und der Bundestag und der Herzog von Holstein-Lauenburg haben zusammen zu entscheiden, was diese Geseze erfordern und wie sie in Zukunft geregelt werden sollen.

Dagegen ist das Herzogthum Schleswig ein dänisches Herzog-

thum. Das der Regierung Ihrer Majestät am 8. Juli 1860 mitgetheilte Memorandum des Berliner Hofes sagt, indem es den wesentlichen Inhalt eines Anhangs zur Wiener Depesche vom 26. Decbr. 1851 wiedergiebt: „Die kaiserliche Regierung erkennt vollständig die Competenz des Königs an, die frühere Union zwischen Schleswig und Holstein, soweit sie sich auf die Administration und Justiz bezieht, aufzulösen, und ebenso den Grundsatz, daß die Autorität des Bundesgesetzes und demnach auch die von dem letzteren allein ausgehende Competenz des Bundes über ein Land, welches nicht zu dem Bunde gehört, folglich über Schleswig sich nicht erstrecke.“ Hierin ist offenbar von Seiten Oesterreichs und Preußens, in Vertretung des deutschen Bundes, auf jede Befugniß, das Bundesgesetz über Schleswig auszudehnen, bestimmt Verzicht geleistet. Gleichwohl nimmt die preussische Regierung gegenwärtig ein Recht zur Intercession in Schleswig in Kraft gewisser Versprechungen in Anspruch, welche durch den König von Dänemark im Jahre 1851 gemacht sind.

Wir wollen zunächst die Form und dann den Inhalt dieser Versprechungen in Betracht ziehen. Ihrer Form nach waren die Versprechungen des Königs von Dänemark in erster Stelle seinen eigenen Unterthanen gemacht; jedoch die Depesche des Wiener Hofes vom 6. Decbr. 1851 und die Antwort des dänischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten zusammen mit der fast gleichzeitigen Proclamation des Königs von Dänemark sind darauf gerichtet, diesen Versprechungen, wenn auch nicht die exacte Form, so doch die Kraft einer vertragsmäßigen Verpflichtung zu geben. Der kaiserliche Minister definiert den Sinn des Programmes des Königs von Dänemark, verlangt die bindende Form einer auf den Befehl Sr. Majestät des Königs gegebenen Erklärung und schließt mit einem freiwilligen Anerbieten, unter jener Bedingung das Mandat, welches Oesterreich und Preußen von Seiten des deutschen Bundes hatten, niederzulegen und für die Räumung Holsteins zu sorgen.

Am 29. Januar 1852 gab der dänische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, „in Folge der mir allerhöchsten Orts ertheilten Ermächtigung die Erklärung, daß der König, unser Herr, die Auffassung der den Höfen von Wien und Berlin mitgetheilten höchsten Intentionen, welche in der Depesche des kaiserlich österreichischen Hofes vom 26. Decbr. v. J. und

in dem Anhange dazu niedergelegt ist, als mit seiner eigenen Auffassung übereinstimmend anerkennt.“

Was nun den Inhalt der gegebenen Versprechungen anbetrifft, so verspricht

- 1) der König von Dänemark, daß keine Incorporation des Herzogthums Schleswig in das Königreich, noch irgend dahin zielende Maßregeln vorgenommen werden sollen;
- 2) die Proclamation vom 28. Januar 1852 verspricht eine constitutionelle Entwicklung der schleswigschen Stände und daß das zu dem Ende zu entwerfende Gesetz ganz besonders die nöthigen Vorkehrungen enthalten soll, um der dänischen und deutschen Nationalität in dem Herzogthum eine vollkommen gleiche Berechtigung und wirksamen Schutz zu verschaffen.

Es kann nach der Meinung der Regierung Ihrer Majestät kein Zweifel sein, daß in diesen Versprechungen eine Verpflichtung liegt, welche Se. dänische Majestät zu erfüllen in Ehren verbunden ist. Er ist verbunden, Schleswig nicht in Dänemark zu incorporiren, in Schleswig repräsentative Stände aufrecht zu erhalten und die dänische und deutsche Nationalität im Herzogthume Schleswig zu schützen. Aber diese Versprechungen geben nach der Meinung der Regierung Ihrer Majestät weder der Form noch dem Inhalte nach Oesterreich und Preußen oder dem gesammten deutschen Bunde ein Recht, sich in alle Einzelheiten der Verwaltung in dem dänischen Herzogthum Schleswig einzumischen. Wenn Schleswig in Dänemark incorporirt wäre, wenn Schleswig seiner besonderen Verfassung beraubt wäre, so könnte Deutschland ein Recht der Einmischung beanspruchen; wenn aber die Regulirung jeder Kirche und jeder Schule in Schleswig der Gegenstand der Einmischung von Seiten des deutschen Bundes werden dürfte, so würden offenbar die souverainen Rechte des Königs von Dänemark nur noch dem Namen nach existiren.

Die Regierung Ihrer Majestät wird ihrerseits stets jeden Einfluß, den sie am dänischen Hofe besitzen möchte, dazu verwenden, um den Schutz der deutschen Einwohner Schleswigs zu sichern. Wenn aber die preussische Regierung sich auf die Gesinnungen bezieht, welche neulich von der Regierung Ihrer Majestät in Betreff der italienischen Nationalität geäußert worden sind, so muß ich der preussischen Regierung in Erinnerung bringen, daß

im Herzogthume Schleswig 140,000 Dänen leben, und daß die übrige Bevölkerung nicht rein deutsch ist, während sich weder im Kirchenstaat noch im Königreich beider Sicilien eine Bevölkerung befindet, welche mit irgend einer andern Race gemischt wäre. Mögen wir nun schließlich entweder die Form der von dem König von Dänemark gegenüber Oesterreich, Preußen und dem deutschen Bunde übernommenen Verpflichtungen, oder mögen wir die Empfindlichkeit (whether we regard the susceptibilities) der dänischen Regierung, die Mischung der Racen in Schleswig und die den Deutschen und den Dänen gleicherweise zukommende Rücksicht in Betracht ziehen, die Regierung Ihrer Majestät ist überzeugt, daß es niemals eine Frage gab, welche gebieterischer eine gemäßigte Erwägung verlangt, bei welcher der Beginn eines Streites nachtheiliger auf die theilhaftigen Interessen einwirken würde. Ich bin &c.
J. Russell.

No. 17.

Depesche des preussischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherrn v. Schleinitz, an den k. Gesandten Grafen von Bernstorff in London.

Berlin, den 29. Decbr. 1860.

Mein Erlaß vom 8. Novbr. d. J., mit welchem ich Ew. Excellenz das, die Differenzen zwischen dem deutschen Bunde und Dänemark betreffende Memorandum des Londoner Cabinets mitzutheilen mich beehrte, hat Lord John Russell veranlaßt, in einer an Mr. Lowther gerichteten Depesche vom 8. d. Mts. über den Zweck und die Bedeutung jener Denkschrift noch einige Erläuterungen zu geben. Ich stehe deshalb nicht an, zur Vervollständigung meiner früheren Mittheilung auch diese Depesche hieneben in Abschrift zur Kenntniß Ewr. Excellenz zu bringen.

Auch wir hatten, wie Ew. Excellenz aus meinem Erlaß vom 8. v. Mts. ersehen haben werden, die in dem Memorandum enthaltenen Vorschläge als Vorschläge der dänischen Regierung aufgefaßt. Daß aber auch England dieselben

billige, glaubten wir nicht bloß im Allgemeinen daraus abnehmen zu müssen, daß das Londoner Cabinet sich hatte bereit finden lassen, uns dieselben zu übermitteln, vielmehr schien uns dafür noch ganz besonders jene Stelle des Memorandums zu sprechen, welche ausdrücklich die Hoffnung äußerte, daß wenn der besprochene Plan dänischer Seits in Frankfurt vorgelegt werden würde, Preußen denselben unterstützen werde.

Zu unserer Genugthuung haben wir aus der neuesten Depesche des Lord John Russell entnehmen dürfen, daß es nicht in der Absicht der Königl. Großbritannischen Regierung gelegen habe, die Vorschläge des Kopenhagener Cabinets zur Annahme zu empfehlen, ja selbst nicht einmal sie geeignet zu einer Basis für ein Abkommen zu bezeichnen.

Von der dänischen Regierung war ferner angeboten, sie wolle den, bisher nach ihrem einseitigen Ermessen normirten Beitrag Holsteins zu den gemeinsamen Bedürfnissen der Monarchie ein für alle Mal, und zwar nach der Durchschnittssumme der letzten Jahre fixiren, dabei wurde aber ausdrücklich hinzugefügt, daß, so lange eine Erhöhung dieses Aversums nicht nöthig werde, den holsteinischen Ständen eine Controle über dessen Verwendung nicht zustehen solle. Es mußte einleuchten, wie ungleich hierdurch Holsteins Stellung gegen die im Reichsrath vertretenen Landestheile werden würde, da der Reichsrath das Budget in allen seinen einzelnen Positionen zu bewilligen und dessen Verwendung zu überwachen hat.

Erw. Excellenz werden jetzt aus der Anlage ersehen, daß auch das Londoner Cabinet den Ständen Holsteins die Prüfung der Verwendung ihrer Beisteuer nicht entzogen wissen möchte.

Die britische Regierung — sagt Lord John Russell im weitem Verlauf der Depesche — würde es gern sehen, daß alle Theile der dänischen Monarchie in einem Parlament zu Kopenhagen in angemessener Weise vertreten wären, und wenn dies unerreichbar sein sollte, daß das Königreich wie die Herzogthümer, ein jedes einen verhältnißmäßigen Antheil an den gemeinsamen Lasten übernehme. Unsererseits haben wir hiergegen nicht das Mindeste einzuwenden. Wenn daher Lord John Russell aus meiner Depesche vom 8. v. Mts. folgern zu müssen glaubt, daß wir einen dahin gerichteten Plan ablehnen würden, so kann dies nur eben so wohl auf einem Mißver-

ständniß beruhen, als die Voraussetzung, daß wir früher den Plan einer gleichen Vertretung der verschiedenen Landestheile verworfen hätten. Im Gegentheil, wir haben stets darauf gedrungen, daß die gegebene Verheißung, wonach die Monarchie eine Verfassung erhalten soll, in welcher die einzelnen Landestheile eine gleichberechtigte Stellung neben einander einnehmen, endlich in Erfüllung gebracht werden möge.

Eine ganz besondere Befriedigung hat uns der letzte Theil der Depesche vom 8. d. Mts. gewährt, wonach die königlich großbritannische Regierung nicht ansteht, die in Bezug auf Schleswig bestehenden internationalen Verpflichtungen Dänemarks gegen den deutschen Bund, welche von dänischer Seite bisher beharrlich in Abrede gestellt worden sind, ausdrücklich anzuerkennen. Daß diese Verpflichtungen nicht eine Einmischung des Bundes in die Details der Administration nach sich ziehen können, versteht sich von selbst. Eine Einmischung dieser Art ist aber auch bisher nie in Anspruch genommen worden.

Wir halten uns versichert, daß der freimüthige Ausdruck der Ueberzeugung, welche uns Lord John Russell in Bezug auf Dänemarks Verpflichtungen wegen Schleswig ausgesprochen hat, seine Wirkung bei dem Kopenhagener Cabinet um so weniger verfehlen würde, je weniger dasselbe über die Unbefangenheit des englischen Hofes in dieser Frage und über dessen wohlwollende und freundschaftliche Gesinnungen in Zweifel sein könnte.

Schließlich noch ein Wort, zu welchem mich eine Bemerkung Lord John Russell's gegen den Schluß seiner Depesche veranlaßt.

Wenn ich in meinem Erlaß vom 8. Novbr. d. J. auf Lord John Russell's damals kürzlich ergangene Depesche an Sir James Hudson Bezug nahm, so hatte ich dabei nicht die darin ausgesprochenen Grundsätze über das Recht der Nationalität im Auge, sondern vielmehr die Principien über das Recht eines Volkes gegen seine Regierung. In ihnen mußte ich eine Bürgschaft dafür erblicken, daß England sich auch für die Rechte der Stände Holsteins gegen ihre Regierung interessieren werde.

Env. Excellenz sind ermächtigt, den Inhalt dieser Depesche unter Bezeugung unseres Dankes für die uns gegebenen

Erläuterungen, vertraulich zur Kenntniß Lord John Russell's zu bringen.

(gez.) Schleinitz.

No. 18.

Patent betreffend einige Vorschriften über die Confirmation der Katechumenen im Stifte Schleswig.

Se. Majestät der König haben geruht durch Allerhöchste Resolution vom 4. dieses nachstehende Vorschriften in Betreff der Confirmation der Katechumenen festzusetzen.

§ 1. Die in § 3 des Ganzleipatents vom 12. August 1820 enthaltenen Bestimmungen, wonach das für die Katechumenen angeordnete öffentliche Examen am Confirmationstage vor der Confirmation vorgenommen werden soll, wird aufgehoben, und die gedachten zwei Handlungen sollen in Zukunft jede getrennt für sich an verschiedenen Tagen vorgenommen werden.

§ 2. Während die Sprache, die an jedem Orte bei dem öffentlichen Unterricht gültig ist, fortwährend auch bei dem Unterricht und bei dem Examen benutzt wird, sollen hinsichtlich der Confirmations-Handlung die für kirchliche Handlungen zufolge Anhang Lit. A. zur Verordnung in Betreff der Verfassung des Herzogthums Schleswig vom 15. Febr. 1854 geltenden Regeln zur Anwendung kommen.

§ 3. Das vom ehemaligen schleswigschen Oberconsistorium auf Gottorff am 25. Febr. 1831 ergangene Circular, wodurch die wegen Confirmation von Kindern außerhalb ihrer Parochie geltenden Vorschriften eingeschränkt und näher festgesetzt wurden, wird aufgehoben und wird es als Folge davon Jedem freistehen, ohne dazu eines Inlaßbeweises von seinem Kirchspielsprediger zu bedürfen, seine Kinder außerhalb des Kirchspiels confirmiren zu lassen.

Vorstehendes wird hiermit allen Betreffenden zur Nachricht und Nachlebung bekannt gemacht.

Das Königliche Ministerium für das Herzogthum Schleswig.

Kopenhagen, den 9. Januar 1861.

(unterz.) Wolsfagen.

No. 10.

Circular an sämmtliche Kirchenvisitatoren im Herzogthum Schleswig.

Nachdem das Ministerium die unterm 21. Januar und 17. März v. J. verlangten Berichte, betreffend das Verfahren hinsichtlich der Ausübung der den Kirchenvisitatoren und Schulinspectoren obliegenden Controle bei der Wahl von Hauslehrern, sowie des von diesen zu ertheilenden Unterrichts empfangen hat, sieht sich das Ministerium veranlaßt, zur Ordnung dieses Verhältnisses folgende Bestimmungen zu treffen:

1) Es soll in Zukunft wie bisher jeder Familie freistehen, ihre Kinder im Hause durch Hauslehrer unterrichten zu lassen. Die Unterrichtssprache bei einem solchen Hausunterricht hängt allein von der eigenen Bestimmung des Betreffenden ab.

2) Die Kinder, für deren Unterricht auf diese Weise gehörige Sorge getragen wird, sind in Zukunft wie bisher des Besuches der öffentlichen Schule enthoben. Betreffende haben nur im Vorwege erforderliche Anmeldung beim Schulinspecteur und Schullehrer des Districts zu machen, der den Schullisten eine Bemerkung darüber hinzufügt.

3) Diejenigen, welche ihre Kinder zu Hause durch Hauslehrer unterrichten lassen, sind verpflichtet, diese nach Ansagung nebst den Kindern zur Examination vor den Special- und General-Kirchenvisitationen erscheinen zu lassen. Der von den Betreffenden gewählten Unterrichtssprache wird sich auch beim Examen bedient.

4) Wenn die angesagten Hauslehrer und Kinder ohne beweislich unüberwindliche Verhinderung von dem Examen ausgeblieben sind, oder wenn bei diesen nicht befunden wird, daß

sie denselben Grad von Kenntnissen und Geschicklichkeit in den vorgeschriebenen Unterrichtsgegenständen besitzen, welche Kinder desselben Alters durchschnittlich in der Schule erreichen, so fällt ihre Dispensation vom öffentlichen Schulbesuch fort und können sie dann nicht wieder ohne besondere Erlaubniß aus der Schule genommen werden, um im Hause unterrichtet zu werden. Vorstehendes wird hiermit den Herren Kirchenvisitatoren zur Nachricht und weiteren Bekanntmachung für Betreffende mitgetheilt.

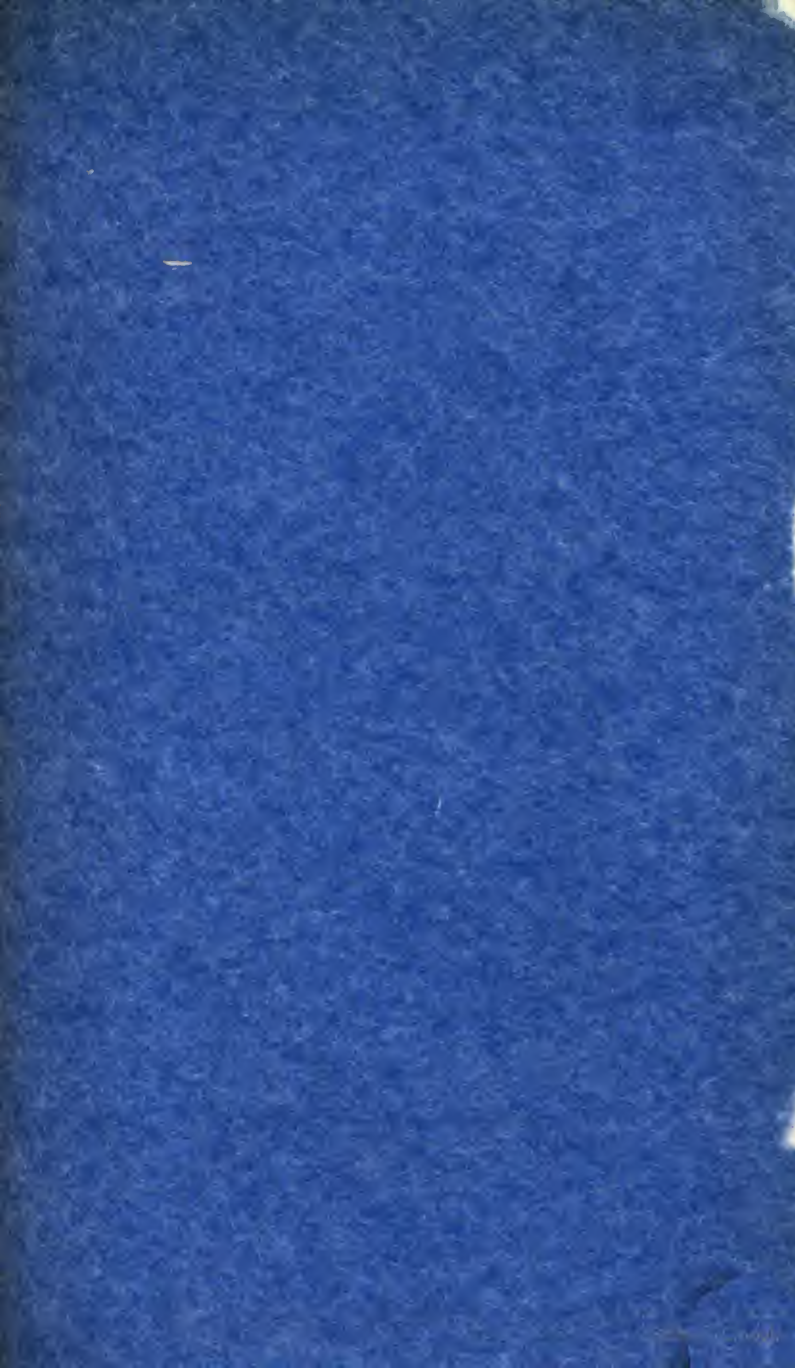
Das Königliche Ministerium für das Herzogthum Schleswig, den 9. Januar 1861.

Kopenhagen, den 9. Januar 1861.

(unterz.) Wolsbagen.

Verichtigungen.

- §. 21, Z. 13 von oben, ist in einer Anzahl von Exemplaren das Wort: fast ausgelassen; es muß statt einstimmig heißen: fast einstimmig.
- §. 85, Z. 18 von unten, muß es statt No. 24 heißen: No. 23.
- §. 199, Z. 17 von unten, muß es statt: 2,520,000 heißen: 2,720,000; ebenso muß es
- — Z. 19 von unten, statt 500,000 heißen 300,000.
- §. 200, Z. 12 von oben, muß es statt 220,000 heißen: 222,000; ebenso muß es
- — Z. 14 von oben, statt 24,000 heißen: 24,400;
- — Z. 18 von oben, statt 36,000 heißen 36,600.



THE UNIVERSITY OF CHICAGO

LIBRARY

CHICAGO, ILL.

RECEIVED

APR 10 1900

CHICAGO, ILL.

APR 10 1900

CHICAGO, ILL.

APR 10 1900

CHICAGO, ILL.

CHICAGO, ILL.

CHICAGO, ILL.

CHICAGO, ILL.

CHICAGO, ILL.

CHICAGO, ILL.

1932

